

Die Neue Gesell- schaft 2

1977
24. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Kölnener Straße 143, 5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon (0 22 21) 88 91
Postcheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 08
Druck: Vorwärts-Druck, Kölnener Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 4,- DM, Jahresabonnement 42,- DM zuzüglich Versandkosten.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 30,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag.
Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreiskarte Nr. 8

Herausgegeben
für die *Friedrich-Ebert-Stiftung* von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Kölnener Straße 143
53 Bonn-Bad Godesberg
Telefon 37 80 81, 37 80 92

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Zum Inhalt

„Politik zwischen Klippen“ nennt Herbert Wehner seinen Artikel zur Regierungserklärung, der inzwischen als Vorausmeldung mehr oder weniger stark verkürzt, mehr oder weniger korrekt in zahlreichen bundesdeutschen Zeitungen wiedergegeben wurde. Dabei war – wie könnte es auch anders sein – die Bemerkung Herbert Wehners, die SPD habe für die Koalition mit der FDP einen „Preis“ zu zahlen und die SPD wolle nicht „kosten, was es wolle“ in der Bundesregierung bleiben, allzu häufig das einzige, was durch zahlreiche Nachrichtenfilter bis zum Zeitungsleser durchdrang, und manchmal wurde sogar sein Resümee, die Sozialdemokraten müßten wissen, „daß Friedenspolitik ohne sie keine von anderen politischen Kräften zu realisierende Politik sein würde“, um der „Sensation“ willen weggelassen.

Die Klippen, zwischen denen sich Politik im freiheitlich-demokratisch verfaßten Teil Deutschlands bewegen muß, sind nach Herbert Wehner das „eigentlich Notwendige“ und das „real Mögliche“, eine Formulierung, die den Fahrtweg zwischen diesen Klippen beschreibt: soweit wie nur irgend möglich an das „eigentlich Notwendige“ heran, ohne durch Hoffnung blind gemacht an der häufig widrigen Realität zu scheitern.

Das gleiche Bild ließe sich auf die eingehende Analyse Gerhard Gründlers der Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Abrüstung (oder bescheidener: Rüstungsbegrenzung) anwenden. Klippen, an denen man scheitern könnte, sind übergenug vorhanden, aber es gibt aus im wörtlichen Sinne existentiellen Gründen keine Alternative zur Suche nach einem Weg durch sie hindurch.

„Die Neue Gesellschaft“ wird sich in den nächsten Monaten verstärkt dem Thema Entspannung und Abrüstung widmen und dabei auch versuchen, einige der zahllosen technischen und politischen Details zu schildern, die in der Realität den Weg zu Vernunft und Überleben hindern, aber nicht unmöglich machen.

Die CDU/CSU-Opposition hat ihre Strategie für die nächste Zeit bereits festgelegt, und die Semantiker und fixen Wortschöpfer im Konrad-Adenauer-Haus haben sie auch flugs auf eine Formel gebracht: „Entstaatlichung“ heißt die Inschrift der ansonsten schwarz-weiß-roten CSU/CDU-Fahne, unter der die Opposition „mit List und Manipulation das Steuer der Bundesrepublik in ihre Gewalt zu bekommen“ hofft (Wehner). Es wäre sicher falsch, wollte man diesen Slogan leichterhand abtun und sich auf den Nachweis beschränken, daß sich hinter ihm weniger das Interesse am Menschen als vielmehr neben den konsequentern Ausflüssen konservativer und reaktionärer Ideologie wirtschaftliche Interessen verbergen. Das „Bürokratieproblem“ geht den Bürgern dank eigener negativer Erfahrungen leichter unter die Haut als angeblich „Neue Soziale Fragen“ und „Freiheit oder/statt Sozialismus“-Behauptungen. Die SPD muß hier ihre Antworten auf das Problem des auch gesellschaftlich entfremdeten und verwalteten Menschen nicht nur formulieren, sondern auch an den Bürger bringen. Und sie darf nicht zu lange damit warten, um ihrem politischen Gegner nicht zu gestatten, ihr ureigenstes politisches Feld, die Demokratie, mit Leerformeln und geschürzten Ängsten unpassierbar zu machen.

Seite	Autor	Titel
92	Herbert Wehner	Politik zwischen Klippen
98	Gerhard E. Gründler	Haben wir noch Angst vor dem großen Krieg?
102	Rudolf Scharping	Reform der Parteiorganisation?
105	Egon Matzner	Was kommt nach dem Wohlfahrtsaust? (II)
110	Helmut Hohrmann	CDU-Programmdiskussion nach den Wahlen – Weiterarbeiten am Ressentiment?
114	Hermann Scheer	Verbandesgesetzentwurf – Bangemann auf Bienenkopflinie
118	Wolfgang Zetsig	Freiheit und Bürokratie
120	Hennling Nass	Gesellschaftliche Konfliktfelder – Zum Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel
124	Andreas Diekmann/ Peter Schmidt	Soziale Indikatoren-Modelle und Sozialplanung – eine Antwort auf die Kritik von Friedrich Ortman
129	Helner Lindner	Praxisbericht: Wochenendseminar über Vertrauensarbeit
134	Fritz Säger	Für eine Reform des Zeitungswesens
138	Johannes EBwein/ Friedhelm Teusch/ Thomas Wilde	Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland – Ansatzpunkte einer neuen Wirtschaftspolitik
139	Hans-Georg Kiera	Auslandsinvestitionen, Außenhandel und Arbeitsplätze
141	Karl Kühne	Britische Linke und deutsche Verantwortung
146	Kurt Matlick	Was tut sich im östlichen Mittelmeerraum?
148	Joachim Bauer	Zur industriellen Entwicklung in der Dritten Welt – Formen konkreter ökonomischer Abhängigkeit
155	Hans Konrad Koch	Das chinesische Bildungswesen
158	Helmut Heinzmeier	Erdöl in China
161	Gerhard E. Sollbach	Die Stellung des Negers auf dem US-Arbeitsmarkt
164		Leserbriefe
168		Kritik
176		Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wehner: Politik zwischen Klippen

Politik ist in Deutschland ein Navigieren zwischen Klippen. Das gilt für alle Teile des getrennten Deutschland mehr als für manche andere Länder. Die Entwicklung der deutschen Nachkriegswirklichkeit bietet die Erklärung für vieles. Aber verständlicherweise mangelt es vielen Menschen heute an der Einsicht in das Einwirken vorgegebener und objektiver Faktoren auf die Möglichkeiten der Politik in Deutschland.

Die Grenzen zwischen den Teilen des getrennten Deutschland sind zugleich die Grenze zwischen den militärischen Bereichen von Ost und West — das heißt, zwischen dem Warschauer Pakt und der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation. Daß Berlins Sonderstatus in diesem Zusammenhang besonders gehütet zu werden verdient, wird im grenzüberschreitenden Disput über Politik, menschliche Rechte und Bedürfnisse im getrennten Deutschland oft außer acht gelassen.

Im freiheitlich-demokratisch verfaßten Teil Deutschlands leben wir in ständiger Auseinandersetzung über das „eigentlich Notwendige“ und das „real Mögliche“. Das betrifft fast alles im Zusammenleben von Menschen durch Politik zu Ordnende.

Im anderen Teil Deutschlands lebt man in der Spannung zwischen dem „eigentlich Notwendigen“ und dem von oben als „allein richtig“ Verordneten. Die Abgrenzung gegen unsere Art der Auseinandersetzung soll zugleich die Menschen drüben davon abhalten oder abschrecken.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, Wolfgang Mischnick, hat in einem Rückblick auf die Bundestagsdebatte zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt betont:

„Was die Entspannungspolitik so schwierig, so kompliziert, so zähflüssig macht, ist die Tatsache, daß wir hier Wege der Zusammenarbeit mit Partnern finden müssen, deren politische Wertvorstellungen sich von den unseren grundsätzlich unterscheiden.“

Das gemeinsame Interesse am Frieden und der immer stärker werdende Zwang zur wirtschaftlichen Kooperation machen diese Zusammenarbeit möglich und nötig. Eine solche Politik setzt voraus, daß wir Tatsachen, die durch einen Weltkrieg ge-



schaffen wurden, als Modus vivendi anerkennen.

Wer sich über die Ideologischen Grenzen mit dem Ziel der praktischen Zusammenarbeit wagt, der braucht innere Stabilität. Kein Zweifel, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland, sie haben. Aber Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn beide Partner dazu in der Lage sind. Das heißt, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß Entspannungspolitik Politik zum gegenseitigen Vorteil ist. Die Handlungsfähigkeit unserer östlichen Partner erhöht auch dort die Bereitschaft zur Kooperation und liegt damit auch in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse. Wer dem Kalten Krieg nicht nachtrauert, wer aus den gescheiterten Versuchen des 'roll-back' gelernt hat, wer den Frieden sichern will, der muß entsprechend handeln."

Diese Sätze bekräftigen die Übereinstimmung mit dem Schwerpunkt, den Bundeskanzler Helmut Schmidt an die Spitze der Schwerpunkte seiner Regierungserklärung gestellt hat:

"Wir wollen weiter den Frieden sichern — durch Fortsetzung unserer bisherigen Außenpolitik, durch Fortsetzung unserer bisherigen Politik der guten Nachbarschaft und der Partnerschaft."

Mit Recht hat Wolfgang Mischnick zurückgewiesen, was die Sprecher der CDU/CSU in der Debatte über Schmidts Regierungserklärung bemäkeln zu sollen glaubten:

"Weil die CDU/CSU unter dem immer noch dominierenden Einfluß von Franz Josef Strauß ein gebrochenes Verhältnis zur Entspannungspolitik hat, glaubt sie auf das Gebiet der Europapolitik ausweichen und der sozialliberalen Koalition den Vorwurf der Vernachlässigung machen zu können. Sie bemerkt dabei nicht, daß Außenpolitik nicht scheinbarweise zu betreiben ist, daß ein enger Zusammenhang zwischen Entspannungs-, Europa- und Bündnispolitik herrscht. Wir können Europa mit demokratischen Strukturen, mit materiellem Wohlstand und mit Handlungsspielraum in der Weltpolitik nicht bauen, wenn wir unsere Energien auf Konfrontation und Rüstungswettlauf verschwenden. Entspannungspolitik ist geradezu ein Fundament der Europapolitik."

Fast zur gleichen Zeit haben Generalsekretär Breschnew und Präsident Carter als

die erklärten Absichten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika hervorgehoben: „Unser Land wird niemals den Weg der Aggression beschreiten und wird niemals das Schwert gegen andere Nationen erheben“ (L. Breschnew). „Wir versprechen Dauerhaftigkeit und Weisheit bei unseren Bemühungen, die Rüstung in der Welt auf das für die innere Sicherheit jeder Nation notwendige Maß zu beschränken“ und daß die USA „In diesem Jahr einen Schritt in Richtung auf unser endgültiges Ziel, die Beseitigung von Kernwaffen auf der ganzen Welt gehen werden“ (Carter).

So schwierig und mühselig es in der Praxis sein wird, diese Absichtserklärungen aus dem Munde der beiden führenden Männer der Weltgroßmächte von Ost und West auf den Verhandlungswegen in Schritte zur wirksamen Rüstungsbegrenzung und Truppenverminderung umzusetzen, so wesentlich ist es für deutsche Politik, geduldig daran mitzuwirken. Geduldig heißt beharrlich, weil es um Lebensinteressen unseres deutschen Volkes geht.

Alle Schwerpunkte, die der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Zusammenfassung seiner Regierungserklärung der sozial-liberalen Koalition am 16. Dezember 1976 genannt hat, bedürfen der beharrlichen Arbeit an der Erfüllung des ersten Schwerpunktes. Und dazu wäre es unzureichend, wenn — wie das die Opposition tut — betont würde, es sei doch selbstverständlich, daß „alle“ den Frieden sichern wollten. Die Schwerpunkte, die dem ersten folgen, sind:

Zweitens: Wir wollen die Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen — durch eine vorausschauende Wirtschaftspolitik.

Drittens: Wir wollen den sozialen Frieden und unsere innere Sicherheit bewahren — durch sozialen Ausgleich und durch liberale Rechtsstaatlichkeit.

Viertens: Wir wollen die soziale Sicherung gewährleisten — durch Festigung unseres sozialen Netzes.

Fünftens: Wir wollen unser gutes Gesundheitswesen wirtschaftlicher machen — durch Sparsamkeit und strukturelle Reformen.

Sechstens: Wir wollen unserer Jugend Türen öffnen und gute Chancen in Bildung und Beruf bieten.

Siebtens: Wir wollen helfen, unsere Städte, Gemeinden und Landschaften lebenswert zu erhalten -- durch eine Politik für eine menschliche Umwelt.

Die Debatte über die Regierungserklärung hat gezeigt, daß CDU/CSU nicht imstande waren, die Auseinandersetzung in der Sache zu führen. Weil Franz Josef Strauß einen „internationalen Aspekt in einer historischen Gesamtschau“ entwickelt hat („bei aller Bedeutung der Innenpolitik, deren augenblickliche Priorität ich bejahe“ -- wie er im „Bayern-Kurier“ Mitte Oktober betont hatte), unter dem er die Zerstörung der sozial-liberalen Koalition für zwingend hält: „in einer historischen Gesamtschau.“ Zu seinen „Argumenten“ gehört: „Meine persönliche Meinung ist, daß die chinesische Führung mit der Schilderung der Gefahr eines dritten Weltkrieges oder Unterwerfung als Preis der Vermeidung desselben viel mehr recht hat, als wir bisher geglaubt haben.“

Das gehört zu dem Treibsatz seines Raisonnements: „Das einzige, was mich interessiert, ist die Frage: Wie kann man für die bessere Politik auch die Mehrheit der Wähler so mobilisieren, daß es zum Schluß in der Zahl der Mandate zum Ausdruck kommt. Wenn wir darüber nicht mit erster Priorität nachdenken, dann wird diese Entwicklung Schritt für Schritt zu unseren Ungunsten verlaufen. Die nächsten Beispiele werden die Landtagewahlen sein.“

Das war's, was Strauß bewegt hatte, am 19. November 1976 den Beschluß der Landesgruppe der CSU in Kreuth herbeizuführen. Wenn dann zwei Tage vor der Konstituierung des Bundestages eine Vereinbarung zwischen CSU und CDU zustandekam, durch die jene Motive, die zum Separationsbeschluß von Kreuth geführt hatten, „überwölbt“ worden sind, um künftig im Rahmen einer „Strategie“-Kommission als Leitmotive für CDU und CSU zum Tragen gebracht zu werden, so zu dem Zwecke, daß die Hebel zur politischen Macht-ausübung im Sinne der Strauß'schen Meditationen unwiderruflich in die von Strauß für richtig gehaltenen Hände geraten.

Kreuth war keine Episode! Die Unfruchtbarkeit der Debattenbeiträge der CDU zur Regierungserklärung war die Folge der Einordnung in die „historische Gesamtschau“ von

Franz Josef Strauß. Die Partner der sozial-liberalen Koalition dürfen nicht aus den Augen lassen, welche strategischen Vorstellungen in der CSU/CDU noch vorherrschend sind. Es gibt -- bei allen Unterschieden und Gegensätzen in politischen Grundvorstellungen und in aktuellen Sachfragen zwischen SPD und FDP -- ein gemeinsames Interesse, die Bundesrepublik Deutschland nicht dem „internationalen Aspekt“ des Herrn Strauß auszuliefern. Das mag in Niedersachsen, im Saarland oder in anderen Bundesländern zeitweilig verdrängt werden. Das kann zeitweilig in den Hintergrund von Empfindungen geraten, die Unmut über den „Preis“ hervorrufen, den die Sozialdemokraten dem kleineren Koalitionspartner zu zahlen haben. Die Sozialdemokraten wollen nicht -- „koste es, was es wolle“ -- in der Bundesregierung bleiben, aber sie müssen wissen, daß Friedenspolitik ohne sie keine von anderen politischen Kräften zu realisierende Politik sein würde.

Der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt hat während der Debatte über seine Regierungserklärung und in besonderer Eindringlichkeit in seiner abschließenden Rede am 21. Januar die von ihm dargelegte und vertretene konkrete Politik interpretiert, so daß dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion nichts einfiel als der Rückgriff auf die abgegriffenen Versatzstücke aus der Wahlkampf-Agitation.

Das Bewährte bewahren und das Notwendige möglich machen. Das ist sozialdemokratische Politik unter den gegebenen Umständen und Kräfteverhältnissen.

Wenn die SPD es nicht fertig brächte, sich als die politische Kraft zu erweisen, die das Vertrauen der breiten Schichten unseres Volkes verdient und rechtfertigt, würde deutsche Politik zwischen den Klippen der Spannungen scheitern.

Politik in Deutschland bedarf der sowohl ausgleichenden als auch aufbauenden Fähigkeiten, die Schwerpunkte der Regierungserklärung vom 16. Dezember Schritt auf Schritt umzusetzen.

CDU und CSU sind immer noch befangen in der Vorstellung, durch List und Manipulation das Steuer der Bundesrepublik in ihre Gewalt zu bekommen. „Neue Minen“ über-

schrrieb die „Frankfurter Allgemeine“ am Tage nach der Debatte über die Regierungserklärung die folgende Beschreibung der CDU-Szene:

„Im Bonner Adenauer-Haus ist mit dem Wechsel von Biedenkopf zu Geißler ein Knoten durchgehauen. Zuviel Mißtrauen hatte sich zwischen dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär der CDU angehäuft; dieses Gespann konnte nicht mehr zusammen ziehen. Kohl und Geißler hingegen werden wohl gut miteinander zurechtkommen. Sie stehen sich persönlich wie politisch nahe und sind aufeinander eingespült; sollte es einmal Reibungen geben, wird daraus schon deswegen keine Entfremdung werden, weil Geißler eigene Empfindlichkeiten zurückzustellen versteht. Ein neuer Anfang im Adenauer-Haus — dafür aber draußen noch mehr Minen im Gelände. Biedenkopfs mögliche Wendung nach Nordrhein-Westfalen bringt dort Unruhe in die Parteiführung. Windelen scheint schon verdrängt, Köppler gerät in Bedrängnis. Und Barzel, der immer noch an Westfalen als Operationsbasis denkt? Auch in Bonn drohen Kollisionen. Wer soll nun der erste Wirtschaftssprecher der Union sein? Der bewährte Stoltenberg wird gewiß nicht einfach vor Biedenkopf kapitulieren. Und Barzel? Strauß geht vielleicht nach München. Aber wenn er nicht geht?“

Was CDU und CSU verbindet, ist im Grunde genommen lediglich die Sucht, die SPD in die politische Isolation zu treiben oder zu drängen. Die Differenzen bestehen in den Unterschieden der Auffassungen darüber, wie man sich der FDP bemächtigt oder versichert. Der CDU-Vorsitzende Kohl verschmähte es nicht, in der Bundestagsdebatte von Gruppierungen zu schwätzen, die angeblich innerhalb der SPD auf „Große Koalition“ mit der CDU hinwirkten; diese „Enthüllung“ sollte sowohl die FDP verunsichern als auch Zündstoff in der SPD anbringen. Der CSU-Vorsitzende Strauß hat für das gleiche strategische Ziel eine etwas anders geartete Taktik. Aber im Hinblick auf die Notwendigkeiten der Politik in Deutschland sind die Kontrahenten lediglich der Meinung, die Regierung Schmidt verantwortlich zu machen für alle Probleme, die sich aus den Klippen ergeben, zwischen denen Politik in Deutschland hindurchgesteuert wer-

den muß; Ihre eigenen Beiträge zur Lösung solcher Probleme sind bestenfalls dürftig.

Von der Standhaftigkeit und der Aufrichtigkeit, mit der die sozial-liberale Koalition in diesem Jahr operieren wird, hängt es ab, den Kräften in CDU und CSU Gelegenheit zur konstruktiven Teilnahme an der Lösung der Probleme in Bundestag und Bundesrat zu geben, die bereit und willens sind, mehr als Worte zu machen. Je weniger Gelegenheit den destruktiven Kräften zum Auseinandermanövrieren der Koalition geboten wird, um so handlungsfähiger wird sich die Bundesrepublik Deutschland erweisen, wenn es nun darum geht, International Kooperation statt Konfrontation zur Bewältigung der Internationalen Krisenfaktoren und zur Sicherung friedlicher Lösungen der Konflikte zu gewährleisten.

Es hat lange gedauert, bis die Koalition „Tritt gefaßt“ hat. Die Opposition von CDU/CSU war nicht darauf begierig, unmittelbar nach Abgabe der Regierungserklärung die Debatte zu führen. Sie wollte die politischen Probleme lieber „schmoren“ lassen und Zeit gewinnen. Nachdem die Debatte geführt worden ist, darf weder die Bundesregierung noch dürfen die Fraktionen der SPD und der FDP im Bundestag Zeit verschwenden, die Probleme zur Lösung zu bringen, die auf den Nenner der Schwerpunkte der Regierungserklärung zu bringen sind. Helmut Schmidt hat in seiner Schlußreplik deutlich werden lassen, daß die Bundesregierung den Kurs hält. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die SPD auf ihre Rolle eingestimmt. Die Bundestagsfraktion der SPD hat die Voraussetzungen geschaffen, den komplizierten Aufgaben im 8. Deutschen Bundestag durch Zusammenarbeit aller ihrer Mitglieder gewachsen zu sein. Die Alltagsarbeit nimmt die Sozialdemokraten in die Pflicht. So anstrengend sie streckenweise werden mag, so lohnend für unser Volk wird sie sein.

Den Schwarzmalern und Angstmachern stellen wir entgegen, was Bundeskanzler Helmut Schmidt am Schluß der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht hat:

„Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der die Menschen einander mit Respekt und Verständnis begegnen können, eine Gesellschaft, in der Mitmenschlichkeit kein Fremdwort ist, in der Lebensangst und Isolation der Zuversicht weichen, in der

Gerhard E. Gründler: Haben wir noch Angst vor dem großen Krieg?

Menschen einander nicht nur tolerieren, sondern auch anerkennen und aufeinander zugehen.

Wenn wir eine solche Gesellschaft wollen, dann brauchen wir mehr Solidarität und Liberalität in unserem Land – Liberalität, weil sie der Kern der Demokratie ist, und Solidarität, weil sie Gerechtigkeit erst möglich macht und weil nur durch Solidarität die soziale Sicherheit ermöglicht wird, aus der erst die erlebbare persönliche Freiheit von vielen, vielen Millionen Menschen fließen kann.

Jeder weiß, daß sich Mitmenschlichkeit, Toleranz und Nächstenliebe nicht verordnen lassen. Unser Land braucht aber vielleicht mehr davon, im Umgang der Menschen miteinander, zwischen alt und jung, zwischen gegensätzlichen politischen Gruppierungen, zwischen politischen Gegnern.

Außerdem brauchen wir Realitätsinn. Verzerrte Bilder der Wirklichkeit trüben den Blick. Angst wäre ein schlechter Ratgeber. Wir sollten vielmehr die Hoffnung an Ihre Stelle setzen, und wir sollten den Mut haben, auf die Vernunft und auf den Sinn der Menschen für Gerechtigkeit zu setzen.“

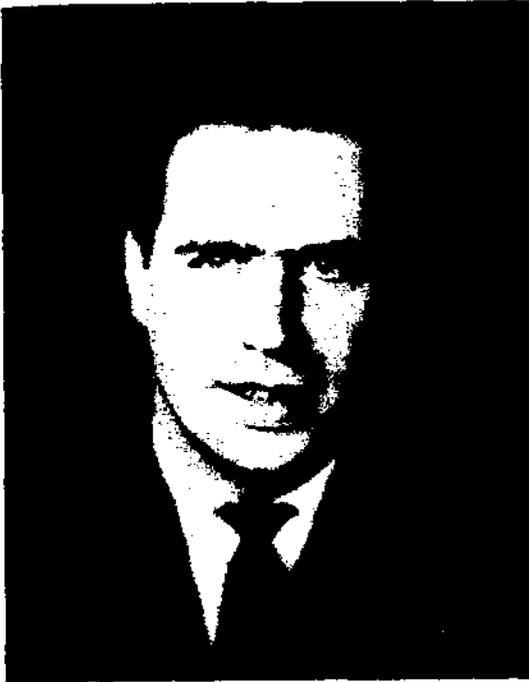
I.

Im vergangenen Jahr ist der Friedens-Nobelpreis nicht verliehen worden. Das norwegische Preiskomitee konnte oder mochte 1976 niemand ausmachen, den es dieser Ehrung für würdig befunden hätte. Es war ja auch kein friedliches Jahr. Im Libanon und in Nordirland ging der Bürgerkrieg weiter. In Afrika versucht eine weiße Minderheit immer noch, ihre Vorherrschaft mit Waffengewalt zu verlängern oder gar zu retten. Immerhin war 1976 nach langer, langer Zeit das erste Jahr ohne einen Krieg zwischen feindlichen Staaten. Doch wer könnte sich das schon als persönliches Verdienst anrechnen? Friedensarbeit bleibt Millimeterarbeit. Durch eine Einzelleistung den Krieg abzuschaffen, das wird nicht gelingen.

Alfred Nobel, der Stifter des Friedenspreises, hatte anfänglich gehofft, er ganz persönlich werde den Krieg als Möglichkeit der Konfliktlösung für immer ausschalten. Der Erfinder des Dynamits glaubte nämlich, er habe mit seinem Sprengstoff die Produktion so verheerender Waffen ermöglicht, daß sich künftig die militärische Lösung politischer Machtkämpfe von selbst verbiete. Noch ganz im Erfinderrausch schrieb er über seine Hoffnung an Bertha von Suttner, die Vorkämpferin der internationalen Friedensbewegung: „Meine Fabriken könnten dem Krieg früher ein Ende bereiten als Ihre Kongresse. Am selben Tag, an dem zwei Armeekorps in der Lage sein werden, in Sekundenschnelle einander zu vernichten, werden alle zivilisierten Völker vom Krieg zurückschrecken und Ihre Armeen auflösen.“

So sehr überschätzte Alfred Nobel die friedensstiftende Wirkung seiner Erfindung! Bertha von Suttner wußte es besser. Sie wußte, daß der Friede nicht „erfunden“ werden kann, daß er organisiert und propagiert werden muß. Als sie 1905 den Friedenspreis verliehen bekam, war dessen Stifter schon lange tot. Er hatte schließlich erkennen müssen, daß sein Dynamit jedes Großfeuer ausblasen kann, nicht aber die in den Köpfen von Menschen fortglühende Lunte des Krieges. Das Dynamit überbot zwar mit seiner schrecklichen Sprengkraft die vor seiner Erfindung verwendeten Explosions- und Schußwaffen, so wie schon zuvor das Zündnadelgewehr den Vorderlader und dann das Maschinengewehr den Karabiner übertraf. Aber das Plus an Zerstörungskraft in Nobels Erfindung war nicht groß genug, um die Völker zur Vernunft zu bringen. Im Gegenteil, das Trommelfeuer des Ersten und die Bombenteppiche des Zweiten Weltkrieges bewiesen, daß gesteigerte Sprengkraft vor allem gesteigerte Zerstörungswut auslöst.

Hat die ins Unermeßliche und Apokalyptische gesteigerte Zerstörungskraft der atomaren Massenvernichtungswaffen daran etwas geändert? Hat sich



die Menschheit mit den Atomraketen jene Waffen geschaffen, die sie vom Kriege erlösen werden? Kann es die Waffe, die den Krieg abschafft, jene Waffe, die schon Alfred Nobel gefunden zu haben glaubte, überhaupt geben? Sie ist jedenfalls denkbar. Der Zukunftsforscher Herman Kahn hat sie in seinem 1960 erschienen Buch „Über den thermonuklearen Krieg“ als Denkmodell und – wie er betont – rein hypothetisch beschrieben. Er nannte sein Phantasie-Produkt „Doomsday Machine“ – auf deutsch: Maschine des jüngsten Gerichts. Darunter muß man sich ein riesiges Arsenal von Wasserstoffbomben vorstellen, dessen Explosion den Weltuntergang auslösen würde. Kahn beschreibt uns das so:

„Die Anlage kann vom Gegner nicht außer Gefecht gesetzt werden... Sie ist an einen Computer angeschlossen, der wiederum durch ein absolut sicheres Nachrichtensystem mit hunderten von empfindlichen Sensoren, verteilt über das ganze Territorium der Vereinigten Staaten, verbunden ist. Dabei wäre der Computer so programmiert, daß – sagen wir – fünf über den USA explodierende Atombomben die Anlage auslösen und damit die ganze Erde zerstören würden.“ Kahns imaginäre Weltuntergangsmaschine muß also dank ihrer grenzenlosen Zerstörungskraft nicht erst mit Raketen oder Bomben zum Gegner transportiert werden. Niemand kann sich ihrer mit Abfangwaffen erwehren. Wo immer sie steht, ihre Zündung würde jene Kettenreaktion in Gang setzen, die den ganzen Erdball zerstört. Sie macht jeden gegnerischen Atomangriff zu einem massen- und selbstmörderischen Akt. Schon insofern bildet sie das Maximum an vorstellbarer Abschreckung.

Es kommt hinzu, daß sie – einmal programmiert – auch von ihrem Besitzer nie mehr abgeschaltet werden könnte. Jede Manipulation an ihren Leitungen und Schaltern, jeder Versuch, sie zu demontieren, würde sie hochgehen lassen. Das beim jetzigen Abschreckungsschema („Wenn Du mir was tust, schlage ich zurück“) auftretende Glaubwürdigkeitsproblem („Du wagst keinen Gegenschlag, weil dadurch für Dich alles noch schlimmer würde“) stellt sich also bei Kahns Maschine gar nicht erst. Die Gegendrohung kann überhaupt nicht zurückgenommen werden. Der Gegenschlag erfolgt automatisch, ganz ohne Befehl der politischen Führung. Auch durch atomare Drohungen könnte der Gegner die Entschärfung der Maschine nicht erzwingen.

Wie gesagt, hier wird ein Phantasie-Gebilde beschrieben. Sein maximaler Abschreckungswert, die absolute Glaubwürdigkeit hinsichtlich der zu erwartenden Konsequenzen – das alles mag manche Strategen faszinieren. Menschlichem Oberlebensinstinkt jedoch – so verkümmert er auch ist – widerstrebt der Gedanke, daß wir unser Schicksal einer

Maschine „Rühr mich nicht an“ überantworten sollen, die als Alternative zum Frieden nur noch den Weltuntergang zuläßt. Selbst wenn ein solcher Weltuntergangsautomat machbar wäre, was er auf absehbare Zeit kaum sein wird, wollen wir uns ihm lieber nicht ausliefern. Wir wollen vielmehr, daß menschliche Verantwortung auch in allerletzter Minute noch in den Lauf des Verhängnisvollen eingreifen kann; daß Irgendjemand, sei es selbst der denkbar skrupelloseste Mann auf dem Sessel des amerikanischen Präsidenten oder des Moskauer KP-Generalsekretärs, äußerstenfalls den Hebel herumwerfen kann, um die Katastrophe abzuwenden. Wir sind nicht mehr auf Götterdämmerung abonniert. Wir wollen, daß einer von unserer Machart vor die Entscheidung gestellt bleibt, ob nicht doch das Nachgeben dem Untergehen vorzuziehen ist. Nur solange darüber Menschen entscheiden und nicht sture Computer, behält die menschliche Alternative des Überlebens eine Chance. Die unkalkulierbare Hoffnung darf dem programmierten Ende nicht weichen.

Unversehens steht man vor der Frage, ob also äußerstenfalls ein Schrecken ohne Ende dem Ende mit Schrecken vorzuziehen wäre. Da erfahren wir dann das Fatale an diesen Denkspielen: Sie zwingen den widerstrebend Mitdenkenden am Ende dazu, den Krieg, der immerhin begrenzt und beendet werden kann, der also nicht zwangsläufig in den Weltuntergang führt, für vergleichsweise human zu halten. Das herbelphantasierte Schlimmste rehabilitiert das real drohende Schlimme. Diese subtile Methode, Angst vor dem Krieg abzubauen und seiner Verharmlosung Vorschub zu leisten, vermag den Friedensgedanken nicht zu stärken. In äußerster Konsequenz sagt uns Herman Kahn durch sein unmenschliches Denkmodell, daß der Krieg nur zusammen mit der Menschheit abgeschafft werden kann. Nein, für den Frieden auf Erden leistet seine Weltuntergangsmaschine keinen nützlichen Beitrag. Freilich: Im Gegensatz zu dem idealistischen Industriellen Alfred Nobel hat der ein bißchen zynische Wissenschaftler Herman Kahn von seiner Erfindung eine segensreiche Wirkung auch nicht erhofft.

II.

Einen dauerhaften und verlässlichen Frieden können wir von Waffensystemen, Abschreckungstheorien, strategischen Doktrinen überhaupt nicht erwarten. Er kann nur erstrebt werden, indem immer mehr Menschen ihn wollen und suchen. Uns bleibt derweilen kaum etwas anderes übrig, als darauf zu bauen, daß ein einigermaßen gewahrtes Rüstungsgleichgewicht zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion uns einen neuen großen Krieg erspart. Bevor nicht ernsthaft Abrüstungsschritte unternommen werden, bietet sich keine andere Hoffnung.

Immerhin war in den ersten zehn Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Angst vor einem dritten viel stärker als heute. Der Umsturz in Prag, die Berliner Blockade und der Krieg in Korea, die gespannte Atmosphäre des Kalten Krieges zwischen Ost und West — alles schien auf eine gewaltsame Entladung hinzudeuten. Nur ganz allmählich machte sich dann Mitte der fünfziger Jahre — von Entspannung war noch keine Rede — das Gefühl breit, daß die auf beiden Seiten überquellenden Arsenale mit atomaren Massenvernichtungswaffen, so schrecklich man sich ihre Wirkung auch vorstellen mußte, vielleicht doch einen neuen Weltkrieg verhindern würden. Man begann zu hoffen, ihre abschreckende Wirkung könnte Ost und West von einer gewaltsamen Konfrontation abhalten. Man sprach fortan vom atomaren Patt, und die Leitartikler verglichen die beiden Supermächte mit zwei Skorpionen in einer Flasche: Wenn der eine zusticht, kann ihm der andere noch im Sterben ebenfalls einen tödlichen Stich verpassen.

Doch nur der große Krieg galt als unwahrscheinlich. In vielen Krisenzonen der Welt wurde örtlich begrenzt ständig weiter geschossen, getötet und zerstört: In Korea, im Nahen Osten, in Indochina, in Pakistan und Indien, in Afrika. Die beiden Supermächte steckten mehr oder weniger dahinter, manchmal auch mitten drin, paßten aber höflich auf, daß sie dabei nicht selber aneinandergerieten. Das hat die übrige Welt beruhigt und läßt vor allem uns Europäer gut schlafen, die wir nun schon dreißig Jahre lang in Frieden leben dürfen.

Können wir diesem Frieden trauen, obwohl so fieberhaft gerüstet wird? Obwohl sich überall auf der Welt immer mehr gefährlicher Zündstoff ansammelt? Der Hunger auf der Erde ist nicht gebannt. Der Nord/Süd-Gegensatz verschärft sich weiter. Rohstoff- und Energiepreise verstärken die Spannungen. Die Dritte Welt ist in sich zerfallen; einige Länder stehen plötzlich noch ärmer da, andere sind über Nacht sehr reich geworden, wieder andere entwickeln sich sogar zu Nuklearmächten, versuchen es jedenfalls, und von einigen Industrienationen wird dieser friedensbedrohende Ehrgeiz auch noch gefördert — Geschäft ist Geschäft. Anderen Industriestaaten drohen wirtschaftliche Katastrophen, mit denen sie aus eigener Kraft nicht mehr fertig werden. Die beiden Supermächte haben sich übernommen und machtpolitische Leerräume entstehen lassen, in denen die jeweils andere ihren Vorteil sucht: Moskau in Angola, Washington im Nahen Osten.

Die Kommunisten halten das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem des Westens ohnehin für eine Brutstätte künftiger Kriege und schüren das Mißtrauen gegen die „aggressiven Imperialisten“. Im Westen wiederum sieht man vor

allem das friedensgefährdende Verhalten des „so-wjetischen Imperialismus“. Zumindest gibt man sich besorgt, was den Inneren Zustand des sowjetischen Machtbereichs angeht. So meinte Helmut Sonnenfeld, der wichtigste Amtsgehilfe des früheren US-Außenminister Kissinger, vor gut einem Jahr zu amerikanischen Diplomaten, daß die unorganischen, unnatürlichen Beziehungen, unter denen die Sowjetunion ganz Osteuropa mit dem Mittel bloßer militärischer Gewalt niederhielte, eine größere Gefahr für den Weltfrieden darstellten als der ganze Ost/West-Konflikt. Sollten sich die Beziehungen Moskaus zu seinen Verbündeten nicht verbessern, könnten sie früher oder später explodieren und den dritten Weltkrieg auslösen.

Man mag das unter Hinweis auf das Stillhalten des Westens beim Aufstand in der DDR 1953, bei der ungarischen Revolution 1956 und beim Abwürgen des tschechoslowakischen Versuchs mit einem menschlichen Kommunismus 1968 für übertrieben halten. Wir brauchen uns auch nicht von propagandistischen Übertreibungen in Ost und West übermäßig beeindrucken zu lassen; schon Chruschtschow war ja von jener Lehre Lenins abgerückt, die Kriege zwischen kapitalistischen und kommunistischen Ländern unvermeidbar nannte. Es bleiben noch andere Indizien genug, aus denen sich eine anhaltende Kriegsgefahr ableiten läßt.

Allein Umfang, Tempo und Qualität der Aufrüstung in aller Welt sowie der nach wie vor blühende Waffenhandel sollten uns mißtrauisch machen. Der deutsche Friedensforscher und Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker hat die Rüstungszahlen und die jüngste waffentechnische Entwicklung in seinem neuesten Buch „Wege in der Gefahr“ eingehend analysiert.* Sein Befund nötigt den Leser, den derzeitigen Frieden unter der Garantie des atomaren Gleichgewichts für brüchig und trügerisch zu halten. Wettrüsten, so Weizäckers Warnung, ende „meist schon wegen seiner ökonomischen Untragbarkeit, im Krieg“. So hält er denn auch einen dritten Weltkrieg keineswegs für denkbar, sondern für wahrscheinlich. Womit freilich nicht gesagt ist, daß er ihn für unausweichlich hält. Im Gegenteil, sein Buch dient gerade dem Zweck, die Wahrscheinlichkeit eines großen Krieges zu verringern.

Derzeit sehen viele Friedensforscher die Wahrscheinlichkeit zumindest eines begrenzten Krieges zwischen den beiden Supermächten größer werden. Auch ein Krieg, der nur wegen begrenzter Ziele oder mit begrenzten Waffen oder in begrenzten Räumen geführt wird, kann aber leicht eskalieren – zu einem Großkrieg mit vollem Waffeneinsatz und mit dem Risiko totaler Zerstörung. Der

neueste waffentechnische „Fortschritt“ – zutreffender würde die Perfektion von Massenvernichtungsgarät als Rückschritt bezeichnet – eröffnet sogar die Möglichkeit, daß früher oder später eine der beiden Supermächte einen dritten Weltkrieg überleben könnte. Diese Aussicht muß uns die populäre Trostformel rauben, die da lautet: Atomkrieg ist selbstmörderisch, also wird er nicht geführt. Punktum. Weizäckers beunruhigende Erkenntnis besagt genau das Gegenteil: Ein Krieg mit atomaren Massenvernichtungswaffen braucht nicht in jedem Fall selbstmörderisch zu sein, deshalb könnte er auch geführt werden!

Mit jeder neuen Waffengeneration könnte der technische Durchbruch gelingen, der es den Amerikanern oder den Sowjets ermöglicht, den Gegner auf Anhieb k. o. zu schlagen. Mit der Fähigkeit zum ersten Schlag vermag eine Seite der anderen so gewaltige Zerstörungen zuzufügen, sie wenigstens so sehr zu schwächen und so weit zu entzweifeln, daß sie nicht mehr Vergeltung üben und zurückschlagen kann. Jede Abschreckung wäre dann unwirksam geworden. Und besitzen erst beide Seiten diese Fähigkeit, einen ersten Schlag führen zu können, dann gewinnt diejenige den Krieg, die ihn anfängt. An diesen ernüchternden Gedankengang knüpft Weizäcker eine kaum zu widerlegende Voraussage: „Der dritte Weltkrieg wird stattfinden, wenn er gewonnen werden kann.“

Nach Ansicht der chinesischen Führung steuert die Welt sogar unausweichlich auf einen dritten Weltkrieg zu. Beiden Supermächten wirft Peking vor, sie strebten nach Hegemonie, also nach Weitherrschaft. Dabei müßten sie früher oder später so heftig aneinandergeraten, daß dieser Konflikt zwangsläufig kriegerischen Charakter annehmen werde. Daß der Machtkonflikt zwischen Moskau und Washington kriegsträchtig ist, hat man uns 1962 während der Raketenkrise um Kuba und 1973 bei Ende des Yom-Kippur-Krieges klargemacht. Auch gibt es in der Geschichte kein Beispiel dafür, daß ein Machtkonflikt zwischen zwei Großmächten friedlich entschieden oder gelöst worden wäre. Immerhin haben Sowjets und Amerikaner den ernsthaften Versuch einer gemeinsamen Kriegsverhütungspolitik eingeleitet. Dabei stoßen sie freilich auf Hindernisse, die so tief in gesellschaftlichen Strukturen wurzeln, daß Weizäcker glaubt, sie könnten ohne einen umfassenden Bewußtseinswandel überhaupt nicht überwunden werden.

Zeichnet sich ein solches Umdenken schon ab? Solange Ost und West nicht einsehen, daß jeder Versuch einer Seite, der anderen überlegen zu sein, das Machtgleichgewicht stört und damit den Frieden bedroht, kann die Gefahr eines großen Krieges nicht ausgeschlossen werden. Das Wettrüsten geht immer weiter, und beide Seiten suchen

* Carl Friedrich von Weizäcker, Wege in der Gefahr, Carl Hanser Verlag, München, 268 S., 28 DM

ihren Völkern weiszumachen, man könne die eigenen militärischen Kapazitäten ständig vergrößern und verbessern, zugleich aber Erfolge bei der Rüstungskontrolle und beim Truppenabbau erzielen. Tatsächlich machen all die neuen, so überaus komplizierten und das Abschreckungsgleichgewicht destabilisierenden Waffensysteme alle Abrüstungsgespräche nur noch schwieriger als sie es heute schon sind.

Es führt jedoch nicht weiter, wenn wir die Schuld an dieser Entwicklung immer nur jeweils beim anderen entdecken. Die Versuchung dazu ist groß. So kann Alexander Solschenizyn im Westen bestimmt auf viel Zustimmung rechnen, wenn er mit dem Finger auf Moskau zeigt. Die Wirtschaft der Sowjetunion, so sagte er letztes Jahr in London, sei dermaßen auf Krieg eingestellt, daß selbst wenn sich alle Mitglieder des Politbüros gegen einen Krieg wenden würden, dies nicht mehr von ihnen kontrolliert werden könnte. Doch haben nicht der Kongreß und die Regierung in Washington ebenfalls Mühe, jenen „militärisch-industriellen Komplex“ unter politischer Kontrolle zu halten, vor dem kein Geringerer als der Soldaten-Präsident Eisenhower schon vor mehr als fünfzehn Jahren am Ende seiner Amtszeit gewarnt hatte? Oder um vor unserer eigenen Tür zu kehren: Mit etwas Phantasie kann man sich jetzt schon den massiven Druck vorstellen, dem Bonn zu widerstehen hätte, sollte es der Vernunft folgen und den Kernkraftwerksvertrag mit Brasilien so revidieren, daß Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen, die zum Bau von Atomwaffen mißbraucht werden können, doch nicht geliefert werden. Mit Friedenspolitik sollte jeder bei sich selbst anfangen.

Wer den Dingen auf den Grund zu kommen sucht, wird also wenig Anlaß für Optimismus finden. Das ungezügelte Machtstreben souveräner Staaten, der anhaltende Kampf der Ideologien, üppig wuchernder Gruppenegoismus, rücksichtslose Konkurrenz von Organisationen und Individuen, ungleiche Verteilung von Gütern und Chancen, der Streit um Rohstoffe und Energieträger, dazu Hunger, Elend, Furcht, Trägheit, Gewalttätigkeit und Brutalität — wir leben wahrlich nicht in einer Welt, in der wir dem Frieden trauen könnten. Dennoch hat es nicht den Anschein, als machte sich eine wachsende Zahl von Menschen — von der großen Mehrheit gar nicht zu reden — schon die Sorgen einzelner Warner und Propheten vor der möglicherweise wirklich zunehmenden Gefahr eines großen Krieges zu eigen. Allgemein spürt man eine Stimmung nach dem Motto: „Es wird schon nicht so arg kommen.“ Der normale Zeitungsläser und Nachrichtenhörer sieht sich zurecht außerstande, ein begründetes Urteil darüber abzugeben, ob die Wahrscheinlichkeit eines dritten Weltkrieges größer oder kleiner wird. Sein Wissen reicht nicht aus, seine

Erkenntnisfähigkeit ist begrenzt, sein Instinkt läßt ihn im Stich, und die Regierenden vergrößern nur seine Verwirrung.

III.

Die hinter uns liegenden Wahlkämpfe in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik ließen bei vielen Beobachtern die Furcht aufkommen, der Westen strabe zurück in die Gräben des Kalten Krieges. Einige notorische Scharfmacher im westlichen Lager witterten schon wieder Morgenluft. Genüßlich malten sie die sowjetische Bedrohung in lang entbehrten grellen Farben an die Wand. Amerikaner und Deutsche durften sich mal wieder so richtig schön dem Osten unterlegen fühlen. Die Kandidaten überboten einander mit Versprechungen, wie standfest und energisch sie in Zukunft mit Moskau verhandeln wollten. Nach Tisch las man es dann wieder anders. Die Gewählten entdeckten sogleich ihre weltpolitische Verantwortung, und der verwirrte Wähler hörte verwundert und erleichtert, daß die Entspannungspolitik natürlich fortgesetzt werde. Hatte nicht Gerald Ford eben noch das Wort Entspannung aus seinem kargen Wortschatz streichen wollen?

Ach, es sind nicht nur die Wahlkämpfe, die uns verwirren und nicht recht wissen lassen, ob wir nun bedroht sind oder nicht. Alle Jahre wieder, wenn Weihnachten naht und die neuen Verteidigungsbudgets ausgepokert werden, jagen uns die Militärs einen kräftigen Schrecken ein. Ihre neueste Alarmmeldung besagt, der Osten sei nunmehr militärisch in der Lage, Westeuropa im Blitzkriegs-Stil zu überrennen. Die politische Frage, ob er das eigentlich will, wenn er es denn überhaupt kann, kam dabei wieder mal zu kurz. Wenig später wurden wir vom neuen Generalinspekteur und vom Bundesverteidigungsminister höchstpersönlich wieder beruhigt: Der Westen sei immer noch stark genug, um sich jeden Angriffs zu erwehren. „Wer uns angreift, begeht Selbstmord“, sagte Georg Leber. Solche Wechselbäder machen uns Laien den Fragen von Krieg und Frieden gegenüber zunehmend fatalistischer. Nur noch matt reagieren wir auf die ständigen Warnungen vor dem Bedrohsein und auf das anschließende Auftrumpfen mit der eigenen Stärke. Dieser Abstumpfungsprozeß fördert weder den Wehr- noch den Friedensgedanken, die doch beide nach durchaus vernünftiger NATO-Philosophie zwei Seiten derselben Münze sind.

Die westliche Verteidigungspolitik trägt an einer dicken Hypothek zweckpessimistischer Übertreibungen. Strategen und Militärs sollten sich also nicht wundern, wenn ihre neuerlichen Alarmrufe vor der wachsenden sowjetischen Kampfkraft auf Skepsis oder Desinteresse stoßen. Als Präsident Kennedy

1961 kräftig zum Aufrüsten blasen ließ, fand er breite Zustimmung, weil der Westen auch damals glaubte, er sei einer sowjetischen Rüstungsprovokation ausgesetzt. Amerika entdeckte seine Raketen-Lücke. Später mußte Kennedy dann erkennen und zugeben, daß es diese Raketen-Lücke niemals gegeben hatte. Doch da war die Rüstungsmaechinerie, mit allem, was an Investitionen und Arbeitsplätzen dazugehört, schon auf vollen Touren. Niemand hätte mehr wagen können, sie anzuhalten. Prompt führte der Krenl sich veranlaßt, entsprechend zu reagieren. Der Rüstungswettlauf begann. Sogar die Regierung Nixon, die auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle immer noch mehr erreichen konnte als jede andere, verfiel einem ähnlichen Irrtum. Sie trieb die Entwicklung und den Bau von Mehrfach-Sprengköpfen für Raketen voran und ließ damit das Atomwaffenarsenal der USA stark anwachsen. Wir Bürger konnten nicht mehr ausmachen, wer nun eigentlich den Teufelskreis von Aktion und Reaktion in Gang gesetzt hatte. Das Bauprogramm für die Mehrfach-Sprengköpfe jedenfalls wurde ausgerechnet mit jener sowjetischen Rüstungswelle begründet, die ihrerseits nur die Antwort auf Kennedys Rüstungsboom war, den er mit der gar nicht vorhandenen Raketen-Lücke gerechtfertigt hatte.

Nixon und Kissinger waren gewarnt worden: Das Bauprogramm für die Mehrfach-Sprengköpfe werde die sowjetisch-amerikanischen Gespräche über die Bregrenzung der strategischen Rüstung aufs äußerste erschweren. Aber sie schlugen alle Warnungen in den Wind. Die Verhandlungen mit den Sowjets wurden dann tatsächlich immer komplizierter, haben erst jetzt wieder eine Chance, aus der Sackgasse herauszukommen. So mußte Kissinger — wie früher Kennedy — schließlich zugeben, daß er einen Fehler begangen hatte. Er bedauerte, die Folgen für eine um Mehrfachsprengköpfe bereicherte Welt 1969 nicht eorgfältiger durchdacht zu haben. Sein Bedauern kam zu spät. Die Sowjets hatten inzwischen auch hier aufgeholt.

Was mit dem Sündenfall der erfundenen Raketen-Lücke begann, verstärkte also keineswegs die Sicherheit des Westens, schuf vielmehr eine tatsächliche Glaubwürdigkeitslücke seiner Verteidigungspolitik, verminderte also seine Sicherheit, indem es die Gleichgültigkeit der Menschen verstärkte: Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird . . . Sobald es um die Rüstung und die Rechtfertigung Ihrer Kosten geht, geben wir den Regierenden sowieso Wahrheits-Rabatt . . . Wer schaut da schon durch? . . . Die da oben haben die besseren Informationen und werden wissen, was sie tun . . . Unseremler kann da sowieso nichts machen . . . — Ist das die Mentalität des mündigen Bürgers und wehrhaften Demokraten, den die westliche Verteidigungspolitik sich wünscht? Nun, für den Notfall

gibt es immer noch den bewährten Kitt des Patriotismus, der bei äußerer Gefahr selbst Gleichgültige und Zweifler bei der Stange hält.

Erinnern wir uns an die Kuba-Krise: Ganz Amerika, der ganze Westen war empört und beunruhigt, als Präsident Kennedy 1962 vor der Weltöffentlichkeit mit Luftaufnahmen nachwies, daß die Sowjets dabei waren, auf Kuba Mittelstrecken-Raketen zu postieren. Daß sie es heimlich taten und zunächst rundheraus abstritten, stieß auf besonders starke Entrüstung. Dabei standen damals in der Türkei nahe der sowjetischen Grenze, amerikanische Jupiter-Raketen, die Moskau als nicht weniger bedrohlich empfinden konnte, als Washington die sowjetischen Raketen auf Kuba. Auch hatten die Amerikaner kaum das Recht, sich über die sowjetische Helmlichtuerei groß aufzuregen. Es war ja erst ein Jahr her, daß ein von den USA heimlich finanzierter und organisierter Invasionsversuch in der kubanischen Schweinebucht gescheitert war, der den Sowjets zumindest den Vorwand lieferte, ihren Schützling Fidel Castro mit der Lieferung von Raketen zu unterstützen. Die USA verhängten über Kuba eine Seeblockade und drohten mit der Zerstörung der Abschubrampen. Chruschtschow lenkte ein und ließ die Raketen wieder demontieren.

Heute steht fest, daß die Raketen auf Kuba das militärische Gleichgewicht und die Sicherheit der USA gar nicht gefährden konnten. Einige Historiker kommen zu dem Schluß, daß Kennedy damals den wenig dramatischen, aber gleichwohl erfolgversprechenden Weg, Chruschtschow in vertraulichen Gesprächen zum Abzug der Raketen zu bewegen, deshalb nicht beschrilt, weil er durch die Dramatisierung der Krise mehr Stärke demonstrieren konnte als durch ihre diskrete Beilegung. Deshalb gab er Moskau auch nur heimlich die Zusage, Amerika werde seinerseits bald die Jupiter-Raketen aus der Türkei abziehen. Die Welt sollte nicht wissen, daß die Kuba-Krise durch ein Tauschgeschäft und nicht nur durch die amerikanische Entschlossenheit, bis zum Äußersten zu gehen, beendet worden war. Die Ironie des Ganzen liegt darin, daß wahrscheinlich Chruschtschow außenpolitisch der eigentliche Gewinner dieser Krise war, so sehr seine innenpolitischen Gegner ihm später auch demütigendes Zurückweichen ankreideten. Ihm war es jedenfalls durch den Raketentransfer nach Kuba geglückt, den Westen zu einer Rüstungsabbau-Maßnahme zu bewegen. Mit guten Gründen können wir also in der Lösung der Kuba-Krise auch den Beginn der Entspannungspolitik sehen, auf der allein unsere Friedenshoffnungen ruhen.

Die Geschichte der überdramatisierten Kuba-Krise steht am Schluß dieser Betrachtung, weil unsere Kriegsangst sicher nicht größer wird, wenn wir uns klarmachen, daß der atomare Abgrund,

Rudolf Scharping: Reform der Parteiorganisation?

dem die Menschheit damals angeblich so nahe war, mehrere doppelte Böden besaß. Unseren Sinn für das fortbestehende oder gar wieder wachsende Risiko eines großen Krieges schärfen solche Einsichten freilich nicht. Die falschen und die ernstzunehmenden Propheten mögen warnen, die Regierenden uns weiterhin ihren Wechselbädern von Angstmacherei und drohenden Abschreckungsgebärden aussetzen — noch gilt unsere größte Sorge eher der Konjunktur, den Arbeitsplätzen und den Renten als einem dritten Weltkrieg. Und wir lassen uns dieses objektiv vielleicht falsche Problembewußtsein auch besser nicht nehmen. Ließen wir es uns nämlich ausreden, käme — angeheizt von Scharfmachern in Ost und West — bald die größte Kriegsgefahr über uns. Dann spätestens müßten wir jenen friedensstiftenden Bewußtseinswandel, auf den Wettsäcker seine Hoffnungen setzt, als Illusion abtun. Die große Angst vor dem Krieg wäre selber ein Stück Kriegsgefahr. Den Regierenden darf nicht gestattet werden, damit Politik zu machen. Wir müssen sie zwingen, durch konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik alle Warnrufe Lügen zu strafen.

Der Bundestagswahlkampf 1976 hat deutlich gemacht, daß die CDU zu einer handlungsfähigen Partei geworden war: erstmals hatte sie jene Kombination von politischer Zielsetzung, engagierter Mitgliedschaft und arbeitsfähiger Organisation erreicht, die ansonsten der SPD nachgesagt wird. Nachdem das Überholmanöver durch den ehemals nur als Wahlverein existierenden Gegner gelungen scheint, beginnt in der SPD eine verstärkte Diskussion über Fragen der Parteiorganisation.

Dabei wäre es eine folgenschwere Verkürzung, wenn diese Diskussion nur über Fragen der Ausstattung von Geschäftsteilen, Auswahl und Ausbildung von hauptamtlichen Funktionären, Abgrenzung von Bezirken oder dergleichen geführt würde. Denn das entscheidende Problem der sozialdemokratischen Parteiarbeit ist zuerst inhaltlich; es besteht in einer erheblichen politischen Desorientierung, für die sich exemplarisch nennen lassen:

Das Verhältnis der Partei zur aktuellen Tagespolitik, sprich: zur Regierungspolitik mit samt ihren Kompromissen ist ungeklärt. Es schwankt zwischen einer festgebissenen Verteidigung jeglichen Regierungshandelns als der angeblich wirklichen Erfüllung sozialdemokratischer Politik, die nicht „nolens“, sondern „volens“ zu vertreten sei, und zwischen aufgeregter Empörung hin und her — wobei für letzteres Anlaß bestehen kann, wie die Rentendiskussion zeigte. Niemand kann bestreiten, daß zu beidem — Verteidigung und Kritik — Anlaß besteht. Das Problem für die SPD aber ergibt sich — im Hinblick auf Parteiarbeit — aus den ungeklärten, vor allem durch Diskussion in der Partei nicht entwickelten Maßstäben, nach denen geurteilt und an der Basis gehandelt werden könnte.

Dieses Problem hatte wohl Hans Koschnick in seinem Beitrag (NG 12/76) im Sinn, als er forderte, die „mit dem Orientierungsrahmen '85 erreichte programmatische Übereinstimmung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.“ Richtig, aber . . . noch immer ist der OR '85 das Produkt eines Parteitages und einer Kommission, dessen Relevanz für die politische Praxis der Partei erst noch entwickelt werden muß — was wiederum entscheidend behindert wird gerade dadurch, daß die Partei, die Mitgliedschaft, eben nur durch Delegierte ab Bezirksparteitag

aufwärts an dieser „mittelfristigen, programmatischen Zielvorgabe“ (Koschnik) gearbeitet hat.

Woran es hapert, läßt sich drittens an einem Beispiel deutlich machen: im OR '85 wird davon gesprochen, „die Ungerechtigkeiten der primären Einkommensverteilung zwischen sozialen Gruppen abzubauen und schwerwiegende Unterschiede in der Einkommensverteilung innerhalb sozialer Gruppen zu vermindern.“ Diese Zielsetzung wird behandelt im Rahmen der „der Umverteilung dienenden Sozialleistungen“. In der Regierungserklärung findet man denn auch die Idee einer „Transferkommission“, die sich wohl um genau dieses Problem von Transferkosten und -effekten auf der Grundlage einer ungerechten Verteilung der Primäreinkommen – und der möglichen Beseitigung solcher Ungerechtigkeiten – kümmern muß. So wichtig das ist, so schwer wird es angesichts der „mittelfristigen, programmatischen Zielvorgabe“ sein, der Mitgliedschaft zu verdeutlichen, warum eine von Sozialdemokraten wesentlich geführte Regierung in Tarifverhandlungen nicht den Versuch macht, zur Verwirklichung dieser Zielsetzung einen schon jetzt möglichen Beitrag zu leisten.

Für dieses Problem der Parteilarbeit lassen sich andere Beispiele nennen. Stichworte wie „Gleichheit der Lebensbedingungen“, „Rückzug aus dringenden Reformvorhaben“, „Energiefrage“ stehen für die Frage, die auf Parteilarbeit gemünzt heißt: Hat die SPD die inhaltliche und organisatorische Kraft, auf Zukunftsprobleme und -ängste nicht nur richtige Antworten zu finden, sondern diese Antworten auch so zu erarbeiten, daß die betroffenen Menschen sich daran beteiligen, sich und Ihre Probleme in den Antworten wiederfinden können?

Es wäre verwunderlich, wenn die SPD nicht auch die Risse widerspiegeln, die angesichts der genannten Stichworte quer durch die Gesellschaft verlaufen. Sogenannte Geschlossenheit können sich da nur politische Sekten leisten. Aber auf der anderen Seite ist der Prozeß der Diskussion und des Erarbeitens von Antworten auf Probleme nicht gerade optimal organisiert. Damit meine ich nicht die Diskussionen, die sich beispielsweise und vorzugsweise in bürgerlichen Medien nach dem

„Rechts-Links-Schema“ abspielen. Dabei ist es ja gleichgültig, ob nach diesem Schema die „Kanzler-Partei-Vorsitzender“-Frage oder die „Jusos-Kanzler-Partei“-Frage abgehandelt wird. Solchen Schematismen darf man gar nicht ausweichen wollen, weil man damit gleichzeitig eine Verringerung seiner eigenen, innerparteilichen Chancen zur Diskussion verbauen müßte. Wichtiger ist, daß die mangelhaft eingeführten politischen Maßstäbe und ein allzuoft ungenügender Diskussionsprozeß in der Partei und mit Betroffenen auch in der sozialdemokratischen Parteilarbeit eine erhebliche Irritation bewirken. Da mischt sich das „Die-darüber“-Gefühl gefährlich mit politischer Resignation bei anderen. Ein Ergebnis ist, daß viele Parteimitglieder die Politik ihrer Partei und ihrer Repräsentanten „vor Ort“ nicht mehr vertreten, das vielleicht auch nicht können.

An dieser Stelle haben alle Überlegungen zu einer Organisationsreform der SPD einzusetzen. Es ist unstrittig, daß der OR '85 dazu die inhaltlichen Chancen bietet – der Abschnitt über die Vertrauensarbeit der Partei und die Folgerungen zur Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Gruppen und insbesondere den Gewerkschaften ist jedenfalls eine Fundgrube für jeden, der Ansätze zur Reform der Parteilorganisation sucht.

Zur Verdeutlichung sollen einige – unvollständige – Beispiele genannt werden:

Die SPD ist erst nach längerer Zeit durch die Bürgerinitiativen auf das Problem der Energieversorgung gestoßen worden und auf die Ängste, die sich damit verbinden. Läßt man die inhaltlichen Probleme des Energiebedarfs, woraus er entsteht und wie er gedeckt werden kann, an dieser Stelle außer Betracht, dann bleibt: Im Frühjahr 1977 will sich die SPD mit dem Thema auf einer Konferenz beschäftigen. Dieses Vorhaben ist wichtig. Bezeichnend ist aber leider auch, daß es in der Partei nun eine Menge Diskussionen gibt nach dem Motto: wir sollten uns jetzt öffentlich als Ortsverein, als Bezirk oder Landtagsfraktion zu dem Thema nicht mehr äußern, weil die Partei sich ja im Frühjahr auf einer Konferenz dazu äußern wird. Das erschreckende Verständnis von Partei, das sich darin äußert, korreliert auch mit den Bewertungen nicht nur durch die bürgerliche Presse, mit denen beispielsweise die

energiepolitische Diskussion des Landesverbandes Schleswig-Holstein der SPD begleitet wurde. Auf die Ebene des Ortsvereins übertragen, ergeben sich daraus nicht nur inhaltliche Restriktionen, nicht nur Konflikte auf der falschen, antiautoritären Linie. Die Parteiorganisation selbst ist nicht darauf eingerichtet, selbstbewußt die Diskussion in der Partei und mit Bürgern außerhalb der Partei zu fördern. Dazu gehören zwei weitere Hinweise: der erste betrifft die innerparteiliche Kommunikation. Sie wird – beispielsweise über „sozialdemokrat magazin“ – mit einem erheblichen Aufwand betrieben. Das Bemühen um die Einbindung der aktuellen Politik in langfristige Zielsetzungen und Entwicklungen, um die Verdeutlichung sozialdemokratischer Traditionen, um eine möglichst breitgestreute Information ist unverkennbar. Man darf aber unterstellen, daß die SPD über die Ergebnisse dieses Bemühens zu wenig weiß. Sicher ist jedenfalls, daß dieses unverzichtbare innerparteiliche Instrument einigermaßen zuverlässig von der Post zum Empfänger kommt. Ob das mit den Inhalten ebenso ist, bleibt ungewiß. Das ist eine wunde Stelle, die auch den Abstand markiert, der in solchen Fragen zwischen SPD und ADAC besteht.

Ein zweiter Hinweis betrifft jenes Instrument, das in Ortsvereinen die innerparteiliche Kommunikation wesentlich bestimmen kann und das für die Diskussion zwischen Partei und Betroffenen von entscheidender Bedeutung ist: Orts-, Stadtteil- und Betriebszeitungen. Eine kürzlich im SPD-Landesverband Rheinland-Pfalz durchgeführte Umfrage machte deutlich, welch hohes Interesse am Ausbau dieser Zeitungen besteht, die dort im Augenblick mit einer zweimonatlichen Auflage von 260 000 Stück erscheinen. Dieses Interesse findet allzu oft keinen Widerhall bei der Parteiapparatur: viele „Macher“ dieser Zeitungen beklagen, daß dort das Interesse an solchen Zeitungen mit dem Wahltermin schlagartig sinkt. Dieses Beispiel mag deutlich machen, daß die Apparatur der Partei zu wenig als Dienstleistung für politische Arbeit verstanden wird.

Eben das dürfte – neben der Verbesserung der Diskussionsfähigkeit, der Möglichkeiten zur politischen Sensibilität, zur Kommunikation mit betroffenen Interessen – der zweite

Schwerpunkt von Parteireform sein: Maßnahmen, mit denen die Dienstleistungsfunktion der Parteiapparatur für politische Arbeit (wieder) hergestellt wird. Erst eine solche Zielsetzung ermöglicht die sinnvolle Bewertung der vielen Einzelvorschläge, die bisher gemacht wurden. Sie verhindert zudem, daß solche Einzelvorschläge unkoordiniert nebeneinander verwirklicht werden. Dabei ist m. E. unstrittig, daß „einheitliche Ausbildungs- und Besoldungsmerkmale“ für die Mitarbeiter der Partei gefunden werden müssen, wie Holger Börner in seinem Brief vom 13. 10. 1976 an das SPD-Präsidium erinnert. Welche Ziele die Aus- und Weiterbildung der Parteimitarbeiter aber haben soll, ist noch nicht präzise beschrieben. Es ist sicher auch richtig, daß das Verhältnis zwischen Verwaltungs- und Personalkosten einerseits und den damit erreichten Effekten andererseits drastisch verändert werden muß. Das ist zum einen ein Problem im hauptamtlichen Parteiapparat. Vor allem aber ist es ein Problem von Zahl und Qualität der Beiträge, die fast vollständig für Besoldung und Verwaltungskosten aufgewendet werden. Schließlich gehört hierhin auch die Frage der Geschäftsstellen: Sie sind zu schlecht ausgestattet, weshalb zu viel Arbeitszeit für Verwaltungsbürokratie verwendet werden muß. Es gibt zu wenig zentrale Hilfen bei ihrer internen Organisation. Sie sind zu unbeweglich, um politischen Entwicklungen folgen zu können. Man sollte – beispielsweise – einmal eine Umfrage unter Schülerzeitungen machen und dabei feststellen, welche Organisationsschwierigkeiten (es fehlt an Zeit und Druckkapazität) und welche inhaltlichen Probleme (man muß vorher lesen, was man drucken soll?) sie haben, wenn eine durchschnittliche Parteigeschäftsstelle eine Schülerzeitung machen sollte.

Die SPD kann und darf nicht nach dem Muster einer kommerzialisierten Apparatur aufgebaut werden. Sie wird aber gegenüber den kommerzialisierten Apparaturen ihrer Konkurrenz hoffnungslos ins Hintertreffen geraten, wenn sie nicht adäquat ihren eigenen Bedürfnissen und Notwendigkeiten die Anwendung von deren Instrumenten lernt. Die Ziele jeder Reform der Parteiorganisation sind ausreichend beschrieben: sowohl der OR '85 als auch andere Beiträge enthalten genug davon.

Egon Matzner: Was kommt nach dem Wohlfahrtsstaat?*

„Tragödie der Allmende“

Man stelle sich eine Weide vor, auf die alle ihr Vieh treiben können. Jeder Bauer versucht natürlich dabei, das Beste für sich herauszuholen. Solange die Tragfähigkeit des Bodens nicht überschritten wird, ist dies problemlos. Danach tritt jedoch eine Entwicklung ein, die die Unvermeidlichkeit einer antiken Tragödie aufweist. Ein Bauer, der zu entscheiden hat, ob er noch mehr Vieh zur Weide treiben soll, muß sich sagen, daß zwar sein Milch-ertrag durch jede weitere Kuh zunehmen wird, dem jedoch ein Minderertrag bei allen anderen entgegensteht. Da der Minderertrag sich auf alle verteilt, während er den Zuwachs allein einstreicht, ist die individuell richtige Entscheidung klar. Da jeder für sich entscheidende Bauer geneigt ist, so zu denken und zu handeln, ist das Ergebnis die forcierte Zerstörung der Ertragsgrundlage.

Es ist wichtig zu erkennen, daß sich die Entscheidungssituation und deshalb auch das negative Ergebnis nicht grundlegend ändert, wenn der Zutritt zur Allmende von Preisen abhängig gemacht wird. Die Allmenden, die heute von Zerstörung bedroht sind, weil ihre Tragfähigkeit begrenzt ist, sind die Naturvorräte in der Erdkruste, die Flüsse, Seen, Ozeane und die reine Luft, nach Elias Canetti bekanntlich die letzte Allmende überhaupt.

„Gesellschaftliche Schäden durch Eigennutz“

Allmenden sind etwas Begrenztes, ebenso wie dies für knappe Ressourcen gilt. Deshalb ist es etwas unscharf, für Schäden, die in der Umwelt anfallen, das Bild der „Tragödie der Allmende“ zu verwenden. Es handelt sich vielmehr um Situationen, in denen Handelnde, die ihr eigennütziges Ziel (Profit, persönlichen Vorteil) verfolgen, dabei Schäden hervorrufen, die andere betreffen, gleichzeitig aber durch ihr eigennütziges Handeln sich selbst ein schlechteres Ergebnis einwirtschaften, als dies bei kooperativem Handeln möglich wäre. Beispiele, die dem entsprechen, sind die Investitionsentscheidung im Konjunkturaufschwung, die Inflation erzeugt, die Technologiekonkurrenz zwischen Unternehmungen, die zu Umweltschäden führt, oder die Konkurrenz zwischen Bewerbern um knappe Aufstiegsmöglichkeiten, die jegliche Solidarität zerstört. Sie wären leicht um weitere Beispiele zu ergänzen: Die Konkurrenz von Parteien um Randschichten (zum Beispiel ehemalige Nazis, Chauvinisten oder Rassisten), die Konkurrenz von Boulevardzeitungen um Randleser durch „Sex and Crime“, die Bestechung von Beamten durch auftragsuchende Unternehmen, die Verschmutzung durch Sorglosigkeit der Menschen in den Straßen oder der Natur, die Überfüllung der Straßen durch Pkws in den Hauptverkehrszelten bei

gleichzeitigem Niedergang des öffentlichen Verkehrs. Lediglich die drei ersten Fällen sollen näher beschrieben werden.

Beispiel 1: Investitionsentscheidungen im Konjunkturverlauf

In der Hochkonjunktur ist es zweifellos gesamtgesellschaftlich wünschenswert, angesichts von Knappheit an Arbeitskräften und an Produktionskapazitäten Investitionspläne zurückzustellen. Eine Unternehmung kann jedoch bei guten Gewinnerwartungen und bei Unsicherheit über die Investitionsentscheidung seiner Konkurrenten auf die Investition nicht verzichten. Die Durchführung der Investition, und das ist die allgemeine Entscheidungssituation in der Hochkonjunktur, führt jedoch zu weiterer Anspannung und verschärft das gesamtgesellschaftliche Ungleichgewicht. Die genau spiegelbildliche Entscheidungssituation erzeugt in der Rezession mehr Arbeitslosigkeit.

Beispiel 2: Nachbarschaftliche Technologie-Konkurrenz

Sehr aufschlußreich ist eine Illustration des Gefangenendilemmas an Hand eines Beispiels, das zur Zeit in Wien beobachtet werden kann.

In der Kärntner Straße werden, wie in allen Städten, immer mehr Klimaanlageanlagen eingerichtet. Eine Klimaanlage ist ein Apparat, der viel Energie (Wärme) verbraucht, um Energie (Wärme) aus dem zu kühlenden Raum in die Umwelt zu transportieren. Das Ergebnis ist ein gekühlter Innenraum und ein aufgewärmter Außenraum. Je mehr solcher Apparate installiert sind, desto mehr steigt die Außentemperatur, aber auch die Innentemperatur jener Geschäfte, die nicht gekühlt werden. Das Ergebnis ist, daß jeder zusätzliche Apparat die Tendenz verschärft, daß die noch nicht gekühlten Räume auch gekühlt werden müssen. Diese Situation liegt in der Kärntner Straße angeblich bereits vor. (Die Information stammt nicht von einem Spieltheoretiker, sondern von einem Klimaanlageverkäufer). Auch hier haben wir den Nachweis dafür, daß individualisierte Entscheidungsverhältnisse gesellschaftlich nicht zum Optimum führen, wenn endogene Effekte vorliegen.

Beispiel 3: Konkurrenz um knappe Aufstiegsmöglichkeiten

Gegeben sei ein Numerus clausus, der nicht allen aufstiegsbedachten und -fähigen Individuen einen Zugang zu sozialem Aufstieg ermöglicht. Daraus folgt notwendigerweise eine Konkurrenz um die knappen Gelegenheiten. Individuelles Über-treffenmüssen tritt an die Stelle von solidarischem oder kooperativem Zusammenwirken. Selbst subjektiv um Fairneß und Kameradschaft bemühte Menschen können – vor allem angesichts der individuellen Nachteile eines Ausschlusses vom Aufstieg – genötigt werden, diese Werte aufzugeben,

* Fortsetzung des Artikels in NG 12/76

wenn sie über das von ebensolchen Interessen gesteuerte Verhalten der Konkurrenten unsicher sind. Individualisierung, Feindseligkeit, Mißgunst sind die notwendige sozialpsychologische Konsequenz von Menschen, die Gefangene einer solchen Entscheidungssituation sind. Jüngste Erfahrungen mit dem Numerus clausus in der Bundesrepublik Deutschland belegen dieses Analyseergebnis. Sie sind symptomatisch für alle durch Hierarchisierung und Ungleichheit geprägten Aufstiegskämpfe; sie werden um so destruktiver, je größer die sozialen Ungleichheiten sind, die durch knappe Positionen Individuen zugewiesen werden.

Es kann nicht überraschen, daß „gesellschaftliche Schäden durch Eigennutz“ ein Phänomen darstellen, das für kollektivistische Ökonomien sehr typisch ist. Wie Amartya Sen gezeigt hat, bedroht ein „Gefangenen-Dilemma“ in kommunistischen Ländern eine „Entlohnung nach den Bedürfnissen“. In solchen Situationen ist nämlich die Entscheidung, die dem Individuum den größten Vorteil bringt, sich bei der Arbeit nicht anzustrengen, solange sich die anderen voll ins Zeug legen.

„Schäden an Gemeinseinrichtungen“

Eine weitere Gruppe von Entscheidungen, durch die die von Adam Smith geprägte Verfolgung des Eigennutzes gesellschaftlich schädlich ist, betrifft öffentliche Einrichtungen und öffentliches Eigentum. Bekanntlich gibt es öffentliche Einrichtungen und Dienste, die jedem zugute kommen, wie etwa öffentliche Sicherheit, oder auch das Straßennetz und die Straßenbeleuchtung. Solche Leistungen können nicht durch freiwillige individuelle Beiträge finanziert werden, weil asoziale Menschen schwarzfahren würden. Damit ist auch die Einführung von Zwangsabgaben, wie es die Steuern sind, zu begründen. Eine ähnliche Situation liegt aber auch vor, wenn durch eigennützige Menschen Kollektiveinrichtungen ausgeplündert werden. Es handelt sich um einen Handlungszusammenhang, der in den kommunistischen Ländern verbreitet ist, weil dort Kollektiveigentum dominiert, ohne daß bei dessen Einführung der breiten Masse der Bevölkerung der Sinn, aber auch die Notwendigkeit dieser Wirtschaftsform bewußt gewesen wäre. Bezeichnend hierfür ist ein Sketch des sowjetischen Satirikers Raikin, der unter dem Motto steht „Alles hängt von uns allen ab“. Die Szene handelt vom großen Baum des Kollektiveigentums und dem winzigen Baum des Privateigentums. Da der große Baum allen und somit keinem gehört, nimmt sich laut Raikin jeder, was er sich ergattern kann. Manche gehen sogar an die Wurzeln. Dadurch wird es unklar, ob der Kollektivbaum künftig noch gute

Früchte tragen kann, zu viele Parasiten naschen von ihm; der kleine Privatbaum aber hält sich, blüht und gedeiht.

4. Wege aus dem „Gefangenen-Dilemma“

Das „Gefangenen-Dilemma“ liefert zweifellos eine pessimistische Interpretation der bürgerlichen Gesellschaft. Es enthält den Kern des bürgerlichen Dramas unserer Zeit: die Tragik des Individualismus. Worauf ist es nun zurückzuführen, daß angesichts der in individualisierten Entscheidungsverhältnissen angelegten Verfallsdynamik in den Industrieländern generell zu einem bedeutenden materiellen und sozialen Fortschritt gekommen ist? Die Begründung hierfür liefert im wesentlichen die Entwicklung des gesellschaftlichen Regelsystems im allgemeinen und des Staates im besonderen. Funktionen, die im „Gefangenen-Dilemma“ etwa durch den „Sheriff“ symbolisiert werden. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, angesichts der durch „Gefangenen-Dilemmata“ heraufbeschworenen Situationen zu reagieren, die auch historisch belegbar sind.

Der liberale Nachtwächterstaat

Entsprechend der liberalen Gesellschaftsphilosophie beschränkt sich der Nachtwächterstaat im wesentlichen auf die Garantie des Eigentums und das diese stützende Rechtssystem. Gesellschaftliche Schäden durch freies Unternehmertum (Arbeitslosigkeit, Gesundheitsschäden, Raubbau und Umweltzerstörung) oder „Konsumentenfreiheit“ (Waffenbesitz, wilde Besiedlung) bleiben unberücksichtigt. Der „Sheriff“ ist nicht neutral: Er ist Verbündeter im Konkurrenzkampf der besitzenden Klassen gegen die Besitzlosen und Unterliegenden.

Der Sozialstaat

Der organisierte Kampf der Geschädigten, vor allem der besitzlosen Arbeiter, der den Ausgangspunkt der Geschichte der Arbeiterbewegung bildet, hat die Funktion des Staates vor allem geändert. Die den Massen zugefügten Schäden, Kinder-, Kranken- und Alterselend, periodisches Arbeitslosenehend wurden im politischen und gewerkschaftlichen Kampf dem Staat zu verhindern oder sanieren auferlegt. Verhinderung bedeutet zumelst: Veränderung des individuellen Verhaltens durch staatliche Zwangsmittel, also Gesetz (zum Beispiel: Gesundheitsschutzvorrichtungen im Betrieb senken Unfallquote). Sanierung bedeutet hingegen: eingetretene Schäden werden aus Steuermitteln beseitigt (zum Beispiel: Heilung von Unfallchäden). Sicherlich wurden in zahlreichen Fällen dem individuellen Verhalten auch im Unternehmensbereich Beschränkungen auferlegt. Aber dennoch bestand und besteht die Tendenz, die negativen Wirkungen der Indivi-

dualisierten Entscheidungsverhältnisse durch öffentliche Ausgaben zu sanieren. Also:

anstatt den Konjunkturverlauf durch Verstärkung der Investitionen durch Eingriffe in die individuellen Investitionsentscheidungen zu glätten, werden öffentliche Ausgabenprogramme, Steuersenkungen und Investitionsprämien bevorzugt;

anstatt den individuellen Gebrauch der Pkws zu regeln, werden die Straßen über öffentliche Budgets ausgebaut, eine in Ballungsgebieten oft kontraintuitive Politik;

anstatt Energiequellen und Umwelt durch Verbote für unbegrenzten individuellen Verbrauch, zum Beispiel für energiefressende Klimaanlage, zu schonen, wird der Energieausbau zu Lasten gesellschaftlicher Ressourcen und öffentlicher Budgets weiter betrieben;

anstatt durch entsprechende Wohnformen und angemessene zeitliche Organisation gesellschaftlichen Lebens die Betreuung von Kindern, Kranken und Alten gesellschaftlich möglich zu machen, wird die Übertragung an ausgabenintensive öffentliche Einrichtungen forciert.

Diese Tendenz zu staatsausgabenintensiven Lösungen negativer Ergebnisse der individualisierten Entscheidungsverhältnisse bildet die primäre Quelle des Wachstums des Staatsanteils. Dies zu erkennen ist schon deshalb wichtig, weil von Konservativen die Schuld vor allem den Politikern, Bürokraten, „Gefälligkeitsdemokraten“ und anderen „unzulänglichen Personen“ zugeschoben wird.

Während der „Sheriff“ in dem „liberalen Nachtwächterstaat“ vor allem Bündnisgenosse der Klasse der Eigentümer ist, hängt es nun von dem politischen Kräfteverhältnis ab, wessen Interessen sich vorrangig durchsetzen können.

Die verbürokratisierte Gesellschaft

Die Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft ruht vor allem auf zwei Säulen: 1. Dem in jeder Gesellschaft existierenden, politisch legitimationsbedürftigen Zwangssystem, das in Bürokratie, Polizei und Justiz am deutlichsten sichtbar wird und das individuelles Verhalten durch Verbote verhindert oder durch Gebote durchsetzt. 2. Durch ein hegemoniales System von tradierten, nichtreflektierten, unsichtbaren Denkformen und Werthaltungen, die in Verhaltensmustern erst sichtbar werden. Zwischen diesen beiden „Stützen der Gesellschaft“ besteht eine Wechselwirkung: Je stärker individuelles Verhalten in der Gesellschaft bürokratisch verordnet oder saniert wird, desto stärker ist die Tendenz zur Verkümmern gesellschaftlicher Regelsysteme. Die Folge ist eine weitere Individualisierung der Entscheidungsverhältnisse, mit Konsequenzen, denen in einem bürgerlichen Hegemonialsystem bürokratisch und ausgabenintensiv begegnet wird. Die

allmächtige Bürokratie, von Konservativen und Liberalen beklagt, ist das Ergebnis einer Tendenz, die in der bürgerlichen Gesellschaft angelegt ist. Auch wenn darin gegenüber dem liberalen Nachtwächterstaat ein gewaltiger, vor allem die sozial Schwächeren begünstigender gesellschaftlicher Fortschritt zu erblicken ist, besteht für Sozialisten kein ersichtlicher Grund, in der verbürokratisierten bürgerlichen Gesellschaft das Ziel ihres politischen Bemühens zu sehen. Denn bürokratische Herrschaft und Versorgung stehen im Gegensatz zu egalitären demokratischen Grundsätzen. Beide erschweren überdies solidarische Beziehungen.

Kooperative Lösungen

Die Analyse des „Gefangenen-Dilemmas“ legt nahe: nämlich die Kooperation zwischen den „Gefangenen“. Dabei sind zwei unterschiedliche Bedeutungen mit dem Wort „Kooperation“ zu verbinden. Die erste Bedeutung, die aus der spieltheoretischen Literatur stammt, versteht unter Kooperation ein Verhalten von Individuen, das zum sozialen Optimum führt. Es handelt sich deshalb um eine Art **individuellen Kooperationsverhaltens**, das keine bewußte Interaktion zwischen Individuen voraussetzt. Beispiele hierfür wären die Entscheidung eines Gefangenen zu leugnen oder eines Individuums, nicht Müll an verbotenen Plätzen zu deponieren. Es gibt als zweite Form ein **kommunikatives Kooperationsverhalten**, das auch dem Sprachgebrauch des Alltags entspricht. Das Konzept der „gesellschaftlichen Selbstorganisation“ öffentlicher Aufgabenerfüllung entspricht dieser Form der Kooperation. Während individuelles Kooperationsverhalten geeignet ist, öffentliche Ausgaben zu sparen oder zu vermeiden, etwa als Ausgaben für Umweltsanierung, bieten sich kommunikative Kooperationsformen vor allem für die (teilweise) Besorgung von vor allem personalintensiven öffentlichen Aufgaben an, wodurch sich eine Entlastung des Staatsanteiles ergeben könnte. Beispiele wären die Betreuung der Alten, der Kranken und der Kinder. Das gemeinsame Kennzeichen dieser beiden Arten von Kooperation liegt im Ergebnis: in beiden Fällen entsteht eine Tendenz zum gesellschaftlichen Optimum, in beiden Fällen sind die Individuen selbst bei eigenständigem Verhalten besser als ohne Kooperation dran. Kooperation ist jedoch bedroht durch den maximalen individuellen Vorteil, der dem winkt, der sich nicht kooperativ verhält, solange die anderen kooperativ handeln.

Auch diese kooperative Lösung ist nicht neu. Neben gesellschaftlich nützlicher Kooperation kommt es allerdings häufig zu Verschwörungen, die nicht mitentscheidende Dritte schädigen. Das gilt beispielsweise für viele Kartellvereinbarungen, die die Konsumenten durch hohe Preise zu bezahlen haben.

Deshalb muß bei solchen Kooperationen die Vertretung derjenigen einzubeziehen sein, deren Schädigung es zu vermeiden gilt. Das können in vielen Fällen der Staat oder andere Gebietskörperschaften sein. Es können aber auch, wie vielfach in Österreich, die Vertreter der großen sozialen Gruppierungen sein. Es scheint, daß das in manchem problematische und deshalb verbesserungsbedürftige System der „Sozialpartnerschaft“ im Kern ein großes soziales Experimentieren mit einem Entscheidungsmuster darstellt, das angesichts der notwendigen Verflechtung einer zunehmenden Zahl fragmentierter Entscheidungen angemessen und wert ist, weiterentwickelt zu werden. Darin scheint eine breite Palette von Möglichkeiten enthalten zu sein, die die Entstehung von Staatsaufgaben manchmal vermeiden, zumindest jedoch weniger ausgabenintensiv erfüllen helfen kann.

5. Folgerungen für die Gesellschaftsreform

Für jede Gesellschaftsreform, deren Ziel es ist, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die kooperative und solidarische Verhältnisse zwischen den Menschen ermöglichen, ist der Nachweis von großer Bedeutung, daß individualisierte Entscheidungsverhältnisse heute mehr denn je dazu neigen, Zustände hervorzurufen, die nur durch zentral verordnete Verhaltensregeln oder ausgabenintensive Sanierungsprogramme erträglich gemacht werden können. Dieser Nachweis ist eine zentrale Begründung für die Notwendigkeit der Gesellschaftsreform. Diese selbst erhält ein zusätzliches Momentum, wenn die ausgabenintensive Staatliche Intervention, die bisher deshalb bevorzugt wird, weil sie der bürgerlichen Hegemonie individualisierter Entscheidungsverhältnisse entspricht, an die Grenzen der steuerlichen Belastbarkeit des Lohn- und/oder des Profitanteiles am Volkseinkommen stößt, wofür der Ausgang der Wahlen in Schweden ein Indiz liefert. Eine solche Analyse liefert weitere wichtige Hinweise auf die Richtung der Gesellschaftsreform.

Richtung der Gesellschaftsreform

Wenn es das Ziel sozialdemokratischer Gesellschaftsreform ist, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, die kooperative und solidarische Beziehungen zwischen den Menschen leichter möglich machen, dann ist damit auch bereits der Weg aus dem „Gefangenen-Dilemma“ klar: Er besteht in der Ablösung individualisierter durch kooperative oder solidarische Entscheidungsverhältnisse, zumindest aber solche, die einem Interessenausgleich im Verhandlungswege offenstehen. Kooperation von Individuen, Selbstorganisation bei der Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben, sollte das anzustrebende Muster der gesellschaftlichen Entscheidungsverhältnisse sein. Das Konzept einer solchen Gesellschafts-

reform läßt sich auf die Organisation der Produktion, die Entscheidung über private und öffentliche Investitionen, die Organisation öffentlicher Dienste (Betreuung von Kindern, Kranken und Alten), die Regelung der Arbeitsaufteilung im Betrieb und in der Verwaltung, die Organisation der Erziehung, des Umweltschutzes, des Energiesparens und des Verkehrswesens im Grundsätzlichen gleichermaßen anwenden.

Voraussetzungen

Die Verwirklichung einer solchen Gesellschaftsreform ist dabei an mehrere Voraussetzungen gebunden:

1. Grundlegend ist ein hohes Maß gesellschaftlicher Gleichheit. Kooperation zwischen Ungleichen ist nur in Grenzen möglich. Gleichheit schließt dabei die Fähigkeit zu Kommunikation, Konfliktaustragung und Selbstorganisation sowie eine gewissen Gemeinsamkeit der Interessenbasis mit ein. Diese betrifft somit ein Gebiet, auf dem der traditionellen Klassenfrage weiterhin eine Rolle zukommt.

2. Gesellschaftliche Selbstorganisation, kooperative und solidarische Verhältnisse zwischen den Menschen erfordern ein über das nackte Selbstinteresse hinausreichendes persönliches Engagement, das wiederum Zeit benötigt. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung läßt auf der Grundlage steigender Arbeitsproduktivität und zunehmender Beschäftigungsprobleme in einem Zeitraum von einem Vierteljahrhundert durchaus eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 30 Stunden als realistisch erscheinen. Bei einer solchen Arbeitszeit wird das vorgeschlagene höhere Maß an gesellschaftlicher Selbstorganisation nicht nur möglich, sondern auch notwendig.

3. Die Funktion des Staates, die bisher stabile Verhältnisse durch Zwang sowie öffentliche Einrichtungen und Leistungen bürokratisch sichert, erhält eine wesentliche Akzentverschiebung. In den Vordergrund tritt als Funktion des Staates, ein größerer Ausmaß an Selbstorganisation gesellschaftlicher Aufgaben zu ermöglichen. Je größer dies von einem entsprechenden hegemonialen Wertesystem getragen ist, desto geringer ist dabei die Aufgabe des Staates. Der Staat als das politisch organisierte und legitimierte Machtinstrument wird in diesem Sinne als durch selbstorganisierte gesellschaftliche Bereiche zumindest partiell überholbar aufgefaßt. Da durch die bisherigen Formen von Sozialisationsprozessen und Chancenverteilung die Fähigkeit zur Selbstorganisation in der Gesellschaft außerordentlich ungleich verteilt ist, muß öffentliche Hilfestellung sicherstellen, daß nicht wildwüchsig alte Ungleichheiten weiterleben und neue Ungleichheiten entstehen. Dem Staat könnte dabei auch die Aufgabe zukommen, eine Mindestversorgung zu garan-

tieren und die Überschreitung von Maximalstandards zu verhindern. Selbstverständlich gibt es eine Anzahl von öffentlichen Aufgaben, die aus organisatorischen, technologischen oder professionellen Gründen einer Selbstorganisation nicht oder nur schwer zugänglich sind. Überall dort bleibt staatliche Versorgung weiterhin notwendig. Dennoch kann eine Gewichtsverlagerung von der bisherigen Form ausgabenintensiver staatlicher Interventionen zu mehr selbstorganisierten Formen gesellschaftlicher Aufgabenerfüllung zu einer Entlastung des Staates führen.

4. Durch eine intellektuelle und ethische Reform, einem äußerst schwierigen Unterfangen, sind immer breitere Kreise der Bevölkerung aus dem hegemonialen Herrschaftsverhältnis der bürgerlichen Gesellschaft herauszulösen, das durch eine weniger destruktive Hegemonie kooperativer und solidarischer Werte zu ersetzen ist. Je größer die Zahl der Menschen, die von diesem sozial-ethischen Hegemonialsystem erfaßt sind, desto größer sind die Erfolge, die zu erzielen sind. Ähnlich wie aus dem „Gefangenendilemma“ kumulative Prozesse zum Schlechteren erwachsen, können aus positiven Erfahrungen ebensolche positive Kettenreaktionen entstehen. Dies wurde von Michael Taylor eindringlich theoretisch nachgewiesen und empirisch belegt.

Die Schlüsse, die sich aus der Kenntnis der Dominanz der alten Denk- und Handlungsgewohnheiten ergeben, sowie das Beispiel der „Schäden an Kollektivrichtungen“, nämlich die Gefahr eines Niederganges des „Kollektivbaumes“, legen nahe, daß die klassische, sozialistische Forderung nach der Sozialisierung der Produktionsmittel, von allen Funktionsüberlegungen abgesehen, nicht blind in Hinblick auf vorherige oder gleichzeitige Änderungen im Hegemonialsystem erwogen werden darf.

Zum Konzept der klassenlosen Gesellschaft

Eine persönliche Entfaltung aller Menschen, die ohne intensive solidarische Beziehungen zu den Mitmenschen nicht möglich ist, kann schwer stattfinden in einer Gesellschaft, in der Klassen oder Autokraten über Menschen verfügen. Dieses Ziel erfordert deshalb eine Verringerung der Unterschiede der politischen und wirtschaftlichen Macht, des Vermögens und des Einkommens, über die gesellschaftliche Gruppen und (politische) Personen verfügen. Während eine Klassengesellschaft stets durch das Spannungsverhältnis zwischen staatlichem Zwang (Macht) und gesellschaftlicher Hegemonie (Konsens) gekennzeichnet ist, ist dieses in einer kooperativen und solidarischen Gesellschaft aufgehoben: in ihr können sich durch Konsens getragene solidarische und kooperative Beziehungen breit entfalten.

Mit dieser Formel sind vielfältige Eigentums-

und Lebensformen vereinbar, die zudem ein hohes Maß an Wahlfreiheit und Machtbegrenzung sichern sollen.

Die Hemmnisse, die eine solche Gesellschaftsreform zu überwinden hat, sind gewaltig. Das Geflecht aus Vorteilen, das die gegenwärtigen Entscheidungsverhältnisse materiell und machtmäßig stützt, wurde bereits erwähnt. Sicht und Verständnis der Probleme, die Werthaltungen und Entscheidungskriterien, die als bürgerliche Hegemonie das ideologische Komplement zu den individualisierten Entscheidungsverhältnissen bilden, ergeben ein nicht minder zähes sozio-kulturelles Stützgewebe. Der darin eine zentrale Rolle spielende Begriff der „Rationalität“ („Effizienz“), der nur mehr eine seines gesellschaftlichen Sinngehaltes entleerte dingliche Dimension kennt, bildet auch im Handeln und Selbstverständnis der Sozialdemokratie eine große Rolle: „Modern“, „Leistung“, „Fortschritt“, „Aufstieg“ sind jene Formeln, die diese These belegen. Sie wäre durch eine Sicht zu überholen, die Fortschritt vor allem gesellschaftlich begreift, die „Rationalität“ („Effizienz“) vor allem auch Lebensformen und Entscheidungsverhältnissen zuweist, die solidarisches Handeln, Kooperation, Interessenausgleich durch Verhandeln kennzeichnen. Die Notwendigkeit einer solchen Dimension gesellschaftlicher Organisation wird neuerdings auch von akademischen Wissenschaftlern, wie dem Liberalen Ralf Dahrendorf und dem Konservativen James A. Buchanan, erkannt und begründet.

Es sollte jedoch klar erkannt werden, daß sich solidarische und kooperative Entscheidungsverhältnisse nur unter drei weiteren Voraussetzungen ergeben können:

1. Einer Lockerung des marktwirtschaftlichen Investitionszwanges und des damit zusammenhängenden individuellen Leistungsstrebens.
2. Einer Ergänzung des im Kern unvermeidbaren Ansatzes der fragmentierten Problemlösung der Bürokraten durch ein Mitdenken der Unteilbarkeit individuellen Lebens.
3. Einer Lockerung des vorherrschenden philosophischen Monopols der Erkenntnisgewinnung, das fragmentierte Ergebnisse liefert. Diese neopositivistische Philosophie eines verkürzten „Wirklichkeitssinnes“ reicht als Grundlage neuzuschaffender Formen humanen Zusammenlebens nicht aus. Sie ist zu ergänzen durch eine dialektische Philosophie eines sozialen Wandel offenen „Möglichkeitssinnes“.

Auftrag an die demokratischen Sozialisten

Wenn die vorgeschlagene Richtung der Gesellschaftsreform, die für sich in Anspruch nehmen kann, an konkreten Gefährdungen menschlicher Existenz und menschlichen Zusammenlebens anzusetzen, in Einklang mit wichtigen historischen Erfah-

Helmut Hohmann: CDU-Programmdiskussion nach den Wahlen — Weiterarbeiten am Ressentiment?

rungen zu sein und dabei der Tradition sozialistischer Grundsätze zu entsprechen, Kern einer neuen Programmatik werden sollte, dann ergibt sich auch für die Sozialdemokratie eine große Aufgabe. Sie besteht nicht nur darin, die gegenwärtige und immer mehr destruktiv werdende Hegemonie bürgerlicher Werte in einer intellektuell-moralischen Reform durch eine Hegemonie kooperativer und solidarischer Werte abzulösen. Sie bestünde dazu konkret in der Aufgabe, in allen gesellschaftlichen Bereichen ein höheres Maß an Mitbestimmung und Selbstorganisation vorzubereiten und durchzusetzen. Eine Aufgabe, die jedem Sozialisten, ob als Arbeiter oder Intellektueller, Minister oder Bürgermeister, Generaldirektor oder Betriebsrat, Bezirkssekretär oder Ortsvereinsvorsitzender, Lehrer oder Schüler, eine Vielfalt an sozialer Phantasie und ein hohes Maß an sozialem Engagement abverlangen würde. Es ist dies jedoch eine Aufgabe, deren Wert es wert ist, auch heute und in Zukunft Sozialist zu sein.

Nicht Wahlkampfrhetorik, sondern vornehmlich Wissenschaftlichkeit, nicht „Freiheit statt/oder Sozialismus“, sondern „Individuelle Freiheit und kollektive Wohlfahrt“ war das Motto einer Arbeitstagung des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 9. bis 11. Dezember in Bonn. Diskutiert wurde über die „Ausgabenflut der öffentlichen Haushalte“, deren „Ursachen, Konsequenzen und Begrenzungsmöglichkeiten“, und die Veranstaltung wollte „wegweisend“ sein für „die zukünftige Programmdiskussion in der CDU und darüber hinaus in der Bundesrepublik Deutschland“. Das Ergebnis faßte der Pressedienst der Adenauer-Stiftung mit der Forderung Prof. Kurt Biedenkopfs nach „Entstaatlichung statt Verstaatlichung“ zusammen.

Die Programmdiskussion der CDU wäre damit zwar um eine Formel reicher, sie verweilte im übrigen jedoch bei den Formeln der „Mannheimer Erklärung“ und dem Entwurf eines Grundsatzprogramms vom April 1976, die ja von der Partei im Sinne innerparteilicher Willensbildung noch nicht sichtbar diskutiert worden sind. So bleibt abzuwarten, ob die Mitglieder der zur „Mitgliederpartei“ avancierten CDU dieses durchgehen lassen. Es bleibt abzuwarten, ob die wohlklingenden Zauberformeln des Generalsekretärs von „Entstaatlichung statt Verstaatlichung“, von „gesellschaftlicher Machtverteilung statt staatlicher Machtkonzentration“, von „weniger, aber besserem Staat“ und von „Präzisierung staatlicher Aufgaben“ ganz so unbesehen wie bislang übernommen werden, oder ob nicht doch einmal die Diskussion darüber herbeigeführt wird, was denn nun konkret aus solchen Formeln programmatisch abzuleiten sei und ob dahinter mehr steckt als die Pflege eines dumpfen Ressentiments, das Wohletzterte gegenüber dem Sozialstaat hegen mögen.

Es war einer der Tagungsteilnehmer, der das Problem der bislang mehr lancierten als geführten Entstaatlichungsdiskussion zutreffend mit den Worten charakterisierte: „Öppiger Konsens“ herrsche immer, solange nur die allgemeine Forderung nach Neubestimmung von Prioritäten und nach Abbau von Staatsausgaben erhoben werde, interessant aber würde es ja wohl erst, „wenn's konkret wird“.

Konkret wurde es jedoch nur selten in den grundlegenden Diskussionsbeiträgen dieser Arbeitstagung. Dafür gab es um so mehr „Theorie“ über Ursachen, Konsequenzen und Begrenzungsmöglichkeiten der öffentlichen Haushalte. Gemeinsamer Ausgangspunkt: das wissenschaftlich nicht weiter begründete Urteil, wonach die Grenze staatlicher Haushaltszuwächse und wohlfahrtsstaatlichen Handelns inzwischen erreicht sei; und dies, obwohl in einem bei der Tagung vorliegenden Gutachten des Kieler Wirtschaftswissenschaftlers Prof. Willi Albers zumindest die Tatsache erwähnt wurde, „daß nach objektiven Kriterien und exakt quantifiziert die Grenzen der Staatstätigkeit nicht angegeben werden können“.

Hauptreferent der Tagung war neben Biedenkopf der österreichische Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreissträger und (nach F. J. Strauß) eigentliche Autor der Formel „Freiheit oder Sozialismus“, Prof. Friedrich August von Hayek. Für ihn hat alles schon im England des 18. Jahrhunderts begonnen, mit der Entwicklung von der „eingeschränkten“ zur „unbeschränkten“ Demokratie. Wenn Demokratie – wie jetzt mehr oder weniger in allen westlichen Staaten – „zur Durchsetzung gleichmacherischer Ziele“ verwendet werde, indem die Parlamente mitregierten anstatt „allgemein geltende Regeln“ zu erlassen, um den „geschützten Privatbereich des einzelnen abzugrenzen“, dann ist nach Hayek „in gewissem Maße die Befürchtung jener gerechtfertigt, die im 19. Jahrhundert von der Tendenz zur Demokratie beunruhigt wurden“. Dann wundert sich Hayek auch nicht über eine zunehmende Zahl von Gegnern der Demokratie, ja er selbst bekennt, daß er „eine beschränkte nichtdemokratische Regierung einer unbeschränkten demokratischen und daher gesetzlosen“ vorziehe.

Mehrheiten in demokratisch gewählten Versammlungen „mit unbeschränkter Möglichkeit, einzelnen Gruppen besondere Vorteile zu gewähren und besondere Lasten aufzuerlegen“, können nach Hayek nur dadurch erzielt werden, „daß die Unterstützung durch zahlreiche Sonderinteressen durch Gewährung von Sondervorteilen erkaufte wird“. Da es für jede Gruppe nur allzu leicht sei, „damit

zu drohen, selbst allgemeine Gesetze, die sie gutheißt, nicht zu unterstützen, solange diese Unterstützung nicht mit speziellen Zugeständnissen an diese Gruppe bezahlt wird“, beruhen nach Hayek die Entscheidungen „in jeder allmächtigen Repräsentativversammlung . . . auf einem legalisierten Verfahren von Erpressung und Korruption, das seit langem allgemein anerkannt ist und dem sich die Besten nicht entziehen können.“

Nach Hayek wird das Ergebnis dieses „Schachers“ nur „als der ‚Wille der Mehrheit‘ dargestellt“, obwohl „die meisten Mitglieder der Mehrheit . . . nicht mehr wissen, als daß sie irgendeiner Behörde undeutlich abgegrenzte Vollmachten erteilt haben, ebenso undeutlich definierte Ergebnisse zu erzielen“. Die meisten Mitglieder der Mehrheit wüßten oft, „daß das, was sie entschieden haben, dumm, ungerecht oder schädlich war und daß sie nur gezwungen waren, zuzustimmen, um die bestehende Mehrheit zu erhalten“.

Da „unbeschränkte Demokratie . . . notwendig zum Egalitarismus“ ausarte und da Hayek von der „grundsätzlichen Unmoralität allen Egalitarismus“ überzeugt ist, weil ihm eine „verschiedene Behandlung verschiedener Menschen . . . um sie materiell in die gleiche Lage zu versetzen“ als „unvereinbar mit persönlicher Freiheit“ erscheint, schlägt er die Schaffung einer zusätzlichen, ausschließlich gesetzgebenden Versammlung „reifer Menschen“ vor. Sie sollte eine Körperschaft sein, „die die öffentliche Meinung und nicht Sonderinteressen“ vertrete, und aus parteilosen Personen bestehen, „die, nachdem sie sich im normalen Erwerbsleben Erfahrung und Ruf erworben haben, auf eine einzige lange Periode von . . . fünfzehn Jahren gewählt würden“.

Die aristokratisch-elitäre politische Philosophie von Hayeks endet mit der Vision eines Naturzustands. Der zentralen „Regierung unter dem Gesetz“ brauchten darin „nicht viel mehr als die auswärtigen Angelegenheiten . . . übertragen (zu) werden“. Und „regionale oder lokale Behörden, eingeschränkt durch die gleichen Gesetze bezüglich der Art und Weise, in der sie die Mittel aufreiben können, würden sich zu kommerziell geführten Körperschaften entwickeln, die im Wettbewerb um

Einwohner stehen würden, die ihrerseits durch Wanderung für jene Behörde stimmen würden, die Ihnen die größten Vorteile zum geringsten Preis bieten würde“.

Der Beitrag Hayeks könnte spätestens an dieser Stelle in den Bereich rückwärtsge wandter – um nicht zu sagen reaktionärer – politischer Utopien verwiesen werden, wenn nicht manches (vielleicht entscheidendes) aus dieser Gedankenwelt in der von Kurt Biedenkopf vorgetragenen „Entstaatlichungstheorie“ zum Vorschein käme. Modernere Terminologie und – wenn es gerade paßte – auch Anleihen bei Jochen Steffen konnten die mit Hayek gemeinsamen Wurzeln altliberaler Parlamentarismuskritik nicht verdecken.

Für Biedenkopf hat alles zwar erst 1969 richtig angefangen, aber auch er sieht das Grundübel darin, daß sich die Parlamente zu sehr auf das Regieren verlegt haben. Auch für Biedenkopf haben sie die „Fähigkeit, zwischen Forderungen nach Prioritäten zu unterscheiden, verloren“, sind sie „dem Druck der Interessengruppen gegenüber zu nachgiebig“, ist „gruppenspezifisches Handeln statt Gemeinwohlorientierung“ zu beklagen. Zahlreiche von den Parlamenten verabschiedete Gesetze, die in Hayeks deutlicher Sprache weitgehend das Ergebnis eines „Schachers“ sind, mit dem sich die Parlamentsmehrheit die Unterstützung durch zahlreiche Sonderinteressen „erkauft“, dienen bei Biedenkopf oft nur der „Stimmenoptimierung“ und sind durch das „Kartell der Produzenten“ erzwungen, wodurch die „Neue Soziale Frage“ der nicht zum „Kartell“ gehörigen Gruppen entstanden sei.

Wie schon Hayek sieht auch Biedenkopf die erste Staatsaufgabe darin, „das Gemeinwesen gegen Angriffe und Bedrohungen von außen zu schützen“ und „im Inneren Freiheit, Sicherheit und Rechtsfrieden zu wahren“. Zwar geht Biedenkopf anders als Hayek an der Sozialpolitik als Staatsaufgabe nicht vorbei. Aber auch sie wird, genau wie in Hayeks Konzept, zu großen Teilen in den Bereich der Privatinitiative verwiesen. So, wenn Biedenkopf „Entstaatlichung“ u. a. als „dezentrale, wettbewerbemäßige und leistungsbezogene Produktion von Gütern wie Gesundheits- und Bildungswesen . . .“ erklärt, so, wenn er „mehr

Spielraum für Privatinitiative“ durch Sozialgesetzgebung und Steuergesetzgebung fordert.

Schließlich erstrebt offenbar auch Biedenkopf die Wiederherstellung eines erdachten Naturzustands, in dem „Märkte und Güter für Dienstleistungen . . . privatrechtlich verfaßt“ sind, in dem „die Bürger . . . ihre eigene wirtschaftliche Tätigkeit durch Privatrechtsinstitute“ selbst organisieren, ihre „Rechtsbeziehungen“ selbst „gestalten“ und in dem „ihre Handlungen . . . dem Grundsatz der Sozialpflichtigkeit“ unterliegen.

Die Präferenz zugunsten staatlicher Ausführung öffentlicher Aufgaben, die Biedenkopf zu seinem Bedauern auch bei den christlichen Demokraten noch nicht gänzlich überwunden sieht, muß seiner Theorie zufolge umgekehrt werden zugunsten privater Lösungen für öffentliche Aufgaben. Denn, „mit der Ausdehnung des staatlichen Sektors“ nehme „die Chance zur Selbständigkeit ab und damit auch die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft“. Der nach Biedenkopfs recht unpräzisen Entstaatlichungs- und Privatisierungsrezepten reduzierte und „verbesserte“ Staat werde, so der Generalsekretär, vom Bürger als „leistungsfähig und nützlich“ angesehen; der Bürger werde nicht mehr „durch anonyme Bürokratie verschreckt“, seine Bereitschaft, sich zu engagieren, werde gestärkt, seine „Motivation, selbst Initiativen zu ergreifen“, werde wachsen, „Kreativität und Innovation“ erliehen „wieder eine Chance“.

Mit einer einleitenden Bemerkung, all dies nur „aus der Sicht des pragmatisch Möglichen“ und nicht „aus der Sicht struktureller Veränderungen“ zur Diskussion stellen zu wollen, hatte Biedenkopf sich von den utopischen Aspekten in Hayeks Theorie abgesetzt. Ginge es Biedenkopf aber um das „pragmatisch Mögliche“, dann müßte er wesentliche Teile seiner politischen Theorie einer Korrektur unterwerfen, was freilich ihren propagandistischen Wert schmälerte. Er müßte anerkennen, daß im System der parlamentarischen Demokratie die Parlamentsmehrheit legitimerweise und völlig systemkonform mitregiert, daß dieses System allerdings von der Opposition Kontrolle und die Vorlage alternativer Prioritätskonzepte verlangt und nicht den seit 1969 zu beobachtenden, häufig

kostspieligen Versuch, doch lieber auch mitzugeregeln. (Vgl. dazu Kurt Sontheimers Hinweis in: Die politische Meinung, Nr. 169, Nov./Dez. 1976)

Biedenkopf müßte in seiner Analyse genau zwischen politisch gewollten und politisch nicht gewollten Zuwächsen bei den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden unterscheiden, und er müßte dann Punkt für Punkt verbindlich erklären, wo er durch die Setzung anderer politischer Prioritäten, mittels „durchgreifender Reform der öffentlichen Verwaltung“ oder „energischer Rationalisierung“ von Dienstleistungsunternehmen oder „Abbau von Besitzständen“ eine Begrenzung der Zuwächse und „eine Zurückführung der Staatsquote“ vorschlagen würde. Nur so könnte nämlich der von ihm und Hayek so unzulässig grob kritisierte Parlamentarismus „allgemeinwohlorientiert“ funktionieren. Wünschenswert wäre zudem, daß Biedenkopf die vielen ausgabewirksamen und die relativ wenigen ausgabeinschränkenden Forderungen im Entwurf eines Grundsatzprogramms der CDU vom April 1976 einmal quantifiziert darstellte.

Die reichlich willkürliche Prognose Biedenkopfs (und einiger Autoren des CDU-Programmwerfs), nur mit „Entstaatlichung“, „Ausgliederung“ oder „Privatisierung“ öffentlicher Aufgaben wachse gewissermaßen automatisch die Bereitschaft der Bürger, sich allein oder in Gruppen sozial zu engagieren, fand schon während der Tagung eine entsprechende Antwort in einem Diskussionsbeitrag von Norbert Blüm. Auch Blüm plädierte für mehr Solidarität im gesellschaftlichen Bereich. Als Hauptursache für deren Mangel und die Tendenz zur Entsolidarisierung hat Blüm jedoch den Mangel an Humanität am Arbeitsplatz ausgemacht. Hier liegt nach seiner Meinung der „strategische Ansatzpunkt“ für Bewußtseinsänderung; denn solange Monotonie am Arbeitsplatz herrsche, gebe es Phantasielosigkeit in der Freizeit, die zu Freiheits- und Solidaritätsverlust führe.

Mit dieser und mit anderen Thesen (wie etwa zur Verteilungsproblematik bei geringeren Wachstumsraten) lag Blüm im übrigen näher bei den einschlägigen Passagen des sozialdemokratischen Orientierungsrahmens

als beim Entwurf des Grundsatzprogramms seiner eigenen Partei. Letzteres erwähnt die Notwendigkeit einer Humanisierung der Arbeitswelt auffallend häufig. Da dies aber eine Aufgabe ist, die weitgehend in der Sphäre des Privatrechts angeleitet ist, also nicht erst „entstaatlicht“ zu werden braucht, ist gerade sie ein ausgezeichnetes, bislang leider negativer Testfall für das Konzept der Sozialpflichtigkeit in Biedenkopfs „Entstaatlichungstheorie“.

Hermann Scheer: Verbandsgesetzentwurf – Bangemann auf Biedenkopflinie

Mit der Veröffentlichung des Entwurfs für ein Verbandsgesetz durch die Kommission „Gesellschaftliche Großorganisationen“ (Verbände-Kommission) des FDP-Bundesevorstands hat der freidemokratische Koalitionspartner in Bonn nun ein Thema in den Ring der Koalition geworfen, von dem heute noch nicht zu sagen ist, ob es dort im Sande verläuft oder ob es zu einer koalitionspolitischen Belastung ersten Ranges wird. Wenn es auf die Tagesordnung von Bundesregierung und Parlament kommen sollte, wird mit Sicherheit letzteres der Fall sein. Zu einer solchen Forderung muß man zwangsläufig kommen, wenn der Inhalt des Verbandsgesetzentwurfs näher betrachtet wird und wenn die politischen Begleitumstände und die Begleitkommentare in Rechnung gestellt werden.

Der Entwurf liest sich für den oberflächlichen Betrachter wie ein Katalog von Selbstverständlichkeiten. Da heißt es im § 5 des Entwurfs, daß die „Innere Ordnung der Verbände demokratischen Grundsätzen zu entsprechen (hat)“. Laut § 6 soll jeder Verband eine schriftliche Satzung haben und u. a. Bestimmungen enthalten über den „Verbandszweck, der eindeutig bestimmt und klar begrenzt das Interesse erkennen läßt, das der Verband für seine Mitglieder vertritt“, über „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ und über „Aufgaben, Befugnisse und Pflichten des Vorstandes und sonstiger Organe“. Das Gesetz soll nur auf „politisch bedeutsame Verbände“ Anwendung finden. Als solche sollen gelten: Spitzenverbände, Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Berufsvereinigungen, Zusammenschlüsse von Produzenten, Händlern, Anbietern von Dienstleistungen sowie Vereinigungen von Verbrauchern, Verbände öffentlich-rechtlichen Charakters. Zu den Merkmalen zählen: „a) Schlüsselstellung im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Bereich, b) beständig hohe Mitgliederzahl, c) beträchtliche finanzielle Mittel, d) hoher Organisationsgrad, e) institutionelle Verankerung im öffentlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß.“

Um diesen Entwurf politisch werten zu können, sind zunächst einige Hintergrundnotizen nochmals in Erinnerung zu bringen.



Demokratisierung gegen Machtkartelle?

Die Mißstände liegen eigentlich klar auf der Hand: große Verbände haben sich institutionalisiert und treten mit einem Vertretungsmonopolanspruch auf, meist ohne dazu ein demokratisches Mandat aus der eigenen Verbandsorganisation zu haben. Sie beeinflussen die öffentliche Meinung ebenso wirksam wie den Gesetzgebungsprozeß. Am Entscheidungsprozeß innerhalb der Ministerialverwaltungen sind sie ständig beteiligt. Mittels der Verbandsorgane sind sie ideologie- und meinungsbildend gegenüber den Mitgliedern tätig. So kommt es, daß z. B. die Ärztekammern sogar ein öffentlich-rechtlich sanktioniertes Vertretungsmonopol haben und dennoch wirken und auftreten wie eine völlig einseitige Interessengruppe, die alles tut, um ihre Zwangsmitglieder auf den richtigen ideologischen und politischen Kurs zu trimmen. Verbände sind zwar aus einem pluralistischen Staat nicht wegzudenken. Doch ist in der Tat die Notwendigkeit gegeben, ihren Einfluß zumindest dort zu beschränken, wo er bereits stärker geworden ist als der einer parlamentarischen Mehrheit. Gerade wenn man das Prinzip der Demokratisierung aller Lebensbereiche verfehlt, ist hier mit anzusetzen. So gesehen, hätten Sozialdemokraten gegen Regelungen, die eine solche Demokratisierung gewährleisten, nichts einzuwenden, sie müßten solche Regelungen sogar unterstützen. Die Frage ist dabei allerdings, ob dies mittels eines Verbandsgesetzes geschehen kann oder soll.

Kampfansage an die Gewerkschaften

Die Begleitumstände und die Kommentierung des Verbandsgesetzesentwurfs zeigen deutlich, daß zumindest eine Hauptstoßrichtung dieses Gesetzes gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Der Kommissionsvorsitzende Martin Bangemann ließ auch keine Gelegenheit aus, um gerade die Politik der Gewerkschaften als Beleg für die Notwendigkeit eines Verbandsgesetzes an zentraler Stelle zu nennen. Damit knüpfte er direkt an die Kampagne an, die der CDU-Generalsekretär Biedenkopf während des Bundestagswahlkampfes angezettelt hatte. Die Vorgehensweise ist die gleiche: geklagt wird über die Machtkartelle der Verbände, die als anonyme Macht auf-

treten und sich von der Erfüllung ihres eigentlichen Verbandszwecks immer mehr entfernt hätten, gemeint sind vor allem und in erster Linie die Gewerkschaften. Biedenkopf formulierte dies in seinem Buch „Fortschritt in Freiheit“ folgendermaßen: „Der Staat ist nicht berechtigt, das autonome Individuum nach den Zwecken seiner Freiheitsausübung zu befragen, wenn dieses innerhalb der Rechtsordnung, also rechtmäßig handelt. . . Organisierte Gruppen genießen keine vergleichbare Zweckfreiheit. Ihnen gegenüber hat der Staat das Recht und die Pflicht, sie nach ihren Zwecken und damit nach der Legitimation ihrer Autonomie zu befragen. Er hat dafür Sorge zu tragen, daß sich die organisierenden Gruppen und Verbände nicht aus ihrer Zweckgebundenheit lösen.“ (S. 157) Unter dem Vorzeichen der Sozialpflichtigkeit der Verbandsverhaltensweisen wird der Anspruch formuliert, „autonome Verbände nach der Fortdauer der Voraussetzungen zu befragen, die Bedingungen ihres öffentlichen Auftrages sind und um derenwillen der Staat ihnen Autonomie gewährt.“ Auf dieser Linie liegt die Forderung des FDP-Entwurfs nach gesetzlich einklagbaren Bestimmungen über den „Verbandszweck, der eindeutig bestimmt und klar begrenzt das Interesse erkennen läßt, das der Verband für seine Mitglieder vertritt.“ Das Ergebnis solcher Vorstellungen, würden sie Gesetz, wäre leicht auszurechnen: es soll Handhaben bieten, zunächst und vor allem die Handlungszwecke der Gewerkschaften zu begrenzen. Legt man die derzeitigen antigewerkschaftlichen Verlautbarungen verschiedenster Stellen zugrunde, sind die Eingrenzungsambitionen leicht zu beschreiben: angefangen von der Eingrenzung der gewerkschaftlichen Autonomie bei Tarifauseinandersetzungen bis zur Verpflichtung auf parteipolitische „Objektivität“ und „Neutralität“, von der Infragestellung des umfassenden gesellschaftspolitischen Anspruchs der Gewerkschaften bis zur Entpolitisierung der Gewerkschaftsbewegung. Eine Verwirklichung solcher oder ähnlicher Ambitionen würde die Substanz der Gewerkschaften insgesamt bedrohen. Sie ginge ebenso an die Substanz sozialdemokratischer Politik, weil mit den Gewerkschaften die größte gesellschaftliche Kraft eingeschnürt würde, die in ihren gesell-

schaftspolitischen Zielen und Grundvorstellungen der SPD am nächsten steht. Es gäbe keine starke Kraft in der Gesellschaft mehr, auf die sich die SPD-Vorstellungen noch stützen könnten, wären erst einmal die Gewerkschaften geschwächt. Allein schon deshalb dürfte es sich von selbst verstehen, daß ein Verbandsgesetz nicht die Zustimmung der SPD finden darf.

Tückische Begründung

Mit bloßer Ablehnung ist es allerdings nicht getan, denn gewisse Begründungen für ein Verbandsgesetz verfehlen in der Öffentlichkeit nicht ihre Wirkung. So wird eingewandt werden, daß allein mit Rücksicht auf die Gewerkschaften nicht etwas unterlassen werden könne, was sich aufgrund immer offensichtlicher werdenden Machtmißbrauchs durch Verbände als notwendig erweise. Und es wird eingewandt werden, daß es im Interesse einer Ausweitung der Grundrechte erforderlich sei, bürokratische Bevormundungen in gesellschaftlichen Organisationen zu beseitigen einschließlich der Bürokratie in den Gewerkschaften. Solche Begründungen finden nicht nur Resonanz bei erklärten Gewerkschaftsgegnern, sondern auch bei manchem „modern“ oder „progressiv“ Eingestellten und bei manchem Vertreter der „Neuen Linken“. Nicht wenige Argumente gegen die Bürokratie in den Gewerkschaften lesen sich bei Biedenkopf und Bangemann genauso wie bei den Trotzkiten. Deshalb wird es notwendig sein, den Forderungen nach einem Verbandsgesetz nicht nur mit machtpolitischen, sondern auch mit sachlichen und demokratietheoretischen Argumenten zu begegnen. Beides ist notwendig und möglich.

Unwirksames Mittel

Ein Verbandsgesetz ist insofern ein unwirksames Mittel, als es nur dann die Handlungen starker Verbände beeinflussen könnte, wenn man die Konsequenz einer völligen Zensur von Handlungen und Verlautbarungen ziehen wollte und könnte. Letzteres müßte zwangsläufig im Chaos enden, weil eine staatlich erzwungene Zweckeingrenzung der Verbände sachlich nicht mehr begründbar ist. Jede Gewerkschaft und auch jeder Arbeitgeber-

verband wird plausibel begründen können, daß jedes fachpolitische Ressort seinen Verbandszweck wenigstens mittelbar berührt. Es wäre tatsächlich anachronistisch, wollte man die genannten Verbände aus dem immer dichter werdenden Zusammenhang aller gesellschaftlichen Probleme herausreißen und sie auf einen isolierten Teilaspekt verweisen.

Als ebenso undurchführbar müssen gesetzgeberische Maßnahmen gelten, einen Verband politisch neutralisieren zu wollen. Noch schwieriger als die Definition politischer Neutralität wäre ihre Durchsetzung. Wer will eine Gewerkschaft daran hindern, wenige Wochen vor einer Wahl strukturpolitische Forderungen zu stellen oder Steuererleichterungen für Unternehmen abzulehnen, weil solche Forderungen an Wahlforderungen dieser oder jener Partei erinnern? Wer will einem Gewerkschafter verbieten, öffentlich für die SPD, und wer einem Arbeitgeberfunktionär, öffentlich für die CDU zu votieren? Solange Verbände existieren, muß ein Verbandsgesetz, das die Praxis der Verbände beeinflussen soll, ausgehen wie das Hornberger Schießen. Solange die Verbandsmitglieder aufgrund ihres Interesses, das sie erst zu einer Mitgliedschaft führt, auch entsprechend politisch ausgerichtet sind, solange wird sich dies auch partypolitisch niederschlagen. Solange die Mitglieder nicht in nennenswerter Anzahl andere Statuten fordern, solange helfen auch gesetzgeberisch verordnete Kriterien keinen Schritt weiter. Genausowenig wie es ein Grund zur Empörung (oder zur Entschuldigung) ist, daß Gewerkschafter der SPD näher stehen als der CDU oder FDP, genausowenig ist es ein Grund zur Empörung, daß die Arbeitgeber anderen Parteien näher stehen als der SPD. Beides ist doch sogar gut geeignet, um jemandes Politik charakterisieren zu helfen.

Infolgedessen sind allenfalls da politische Maßnahmen gegenüber Verbänden angebracht, wo wir es mit einem System von Zwangsmitgliedschaften zu tun haben. Dies ist der Fall bei den Kammern. Diese existieren auf öffentlich-rechtlicher Basis. Solange keiner die Möglichkeit hat, aus einer solchen Vereinigung auszutreten, müssen für die Kammern die gleichen Verhaltensvorschriften gelten wie für die ordentliche öffentliche Verwaltung.

Denaturieren die Kammern zu einer bloßen Interessengruppe unter Beibehaltung der Vorzüge der Zwangsmitgliedschaft, was — denke man nur an die Ärztekammern — heute fast der Regelfall ist, so sind eingreifende und korrigierende Maßnahmen angebracht und möglich. Dazu bedarf es freilich anderer Interventionen, als es ein Verbändegesetz ist. Das gleiche gilt für Maßnahmen, die ebenfalls angebracht sind, um Verbandseinflüsse besser übersehen und öffentlich kontrollieren zu können: Offenlegung der Bezüge von Abgeordneten, mehr Transparenz für die Beziehungen zwischen Ministerien und Verbänden, Ausbau des Systems parlamentarischer Hearings, frühzeitigere öffentliche Diskussion über Gesetzesentwürfe bereits im Beratungsstadium usw.

Demokratie nicht nur formal verstehen

So sehr es darauf ankommt, die in Großorganisationen immer wieder auftretenden Bürokratien auch immer wieder zu versuchen abzubauen, so sehr muß man dabei eine höchst differenzierte Betrachtungsweise üben. Es hat sich inzwischen gezeigt, daß die simple Übernahme parlamentarischer, rätendemokratischer oder innerparteilicher Demokratiemodelle auf jedwede Organisation weder möglich noch sinnvoll ist. Es ist zwangsläufig ein Unterschied zwischen einer Organisation, die im wesentlichen aus ehrenamtlichen gewählten Funktionsträgern besteht, und einer, die vor allem oder auf wichtigen Ebenen von hauptamtlichen Funktionsträgern getragen wird. Bei diesen letztgenannten Organisationen ist es schon aufgrund der notwendigen Arbeitsplatzsicherheit den Funktionsträgern nicht zumutbar, sich innerhalb kurzer regelmäßiger Zeiträume zur Wahl zu stellen. Hauptamtliche Funktionsträger, die das Gros der Organisationsarbeit leisten, sind aber durch ehrenamtliche Funktionsträger nur schlecht oder gar nicht kontrollierbar, wie es sich auch organisationssoziologisch immer wieder nachweisen ließ. Die Kritik beispielsweise an mangelnder innergewerkschaftlicher Demokratie übersieht, daß sich in Gewerkschaften die Übereinstimmung zwischen Mitgliederwunsch und Verbandspolitik anders als auf formaldemokratische Art zeigen kann. Da jeder Arbeitnehmer — ob Mitglied der Gewerkschaft oder

nicht — in den Vorzug der von Gewerkschaften erkämpften Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie sonstiger Besserstellungen kommt, ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft mit einem nicht unerheblichen finanziellen Zusatzaufwand für den einzelnen verbunden. Deshalb zeigt allein schon die Mitgliederbewegung bzw. der Mitgliederstand mehr an Übereinstimmung auf, als dies formaldemokratische Prozeduren in anderen Organisationen aufzuzeigen vermögen. Der ständige Kontakt zwischen Mitglied und Vertrauensmann und über Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre bewirkt häufig eine größere unmittelbare Einflußnahme auf die tägliche Gewerkschaftspraxis im Betrieb, als dies über Abstimmungsprozesse erreicht werden könnte. Deshalb sollte die Art und Weise, wie in Gewerkschaften ein Abbau von Bürokratisierung und eine Erweiterung innergewerkschaftlicher Demokratie erreicht werden kann, den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern überlassen bleiben. Vorschläge und Entwürfe von Politikern, die noch nie einen Gewerkschaftsbeitrag bezahlt haben und nicht einmal genau wissen, wovon sie reden, helfen da keinen Schritt weiter.

Wolfgang Zelsig: Freiheit und Bürokratie

Die persönlichen Erfahrungen der Bürger mit der staatlichen Bürokratie sind auch heute noch vorwiegend dadurch geprägt, daß sie etwas von ihm fordert. Dieser unmittelbar wahrgenommene Erfahrungsbereich ist trotz erheblicher Ausweitung der Leistungsverwaltung über die Jahrzehnte im wesentlichen gleichgeblieben. Man kann aus historischer Sicht aber feststellen, daß der Bürger der Bürokratie heute nicht wie früher „ausgeliefert“ ist. Die Verwaltung hat nach Gesetz und Recht zu entscheiden, darf also nicht willkürlich handeln. Bei jedem belastenden Verwaltungsakt steht der Rechtsweg offen. Die Beziehungen zwischen Bürger und Verwaltungsangehörigen sind durchweg partnerschaftlicher geworden. Autoritäres Verhalten kraft Amtes ist nicht mehr gefragt.

Dieser unbestreitbar positiven Entwicklung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Bürger steht die ebenso unbestreitbare Tatsache gegenüber, daß der Bürger gegenüber der Bürokratie unvermindert, wenn nicht sogar verstärkt eine Abwehrhaltung einnimmt. Wer über unsere öffentlichen Verwaltungen und deren Bürokratie herzieht, kann auf Beifall rechnen — nicht nur beim Außenstehenden, vielfach auch beim Verwaltungsangehörigen.

Die Ursachen könnte man in nachweisbaren Entwicklungstendenzen der öffentlichen Verwaltungen sehen, z. B. in der Personalausweitung und in den Personalkostensteigerungen, in der zunehmenden Automatisierung von Verwaltungsbescheiden oder in der Schaffung von größeren Verwaltungseinheiten durch die Funktionalreformen der Länder, die der Verwaltung einen Teil der Bürgernähe genommen haben. Auf der anderen Seite ist auch das Festhalten an überkommenen Verwaltungs- und Dienstrechtsstrukturen, die zum Teil als Privilegien der Beamten gewertet werden, eine Erklärung für das Unbehagen gegenüber den Verwaltungen. Es bleibt allerdings die Frage, ob hier die wirklichen Ursachen der Bürokratie-Diskussion liegen oder ob diese nicht zusätzliche und entscheidende andere Wurzeln hat.

Mit Ihrem Gerede von der Privatisierung öffentlicher Leistungen haben die Unionsparteien z. B. deutlich gemacht, daß hinter der derzeitigen Kritik am öffentlichen Dienst auch

handfeste wirtschaftliche Interessen stehen. Gewisse Wirtschaftskreise in den Unionsparteien wollen lukrative öffentliche Aufgaben an sich ziehen und behaupten deshalb, die private Wirtschaft arbeite besser und unbürokratischer als der öffentliche Dienst. Die Kehrseite dieser Privatisierungen, nämlich der damit verbundene Abbau unseres Sozialstaates, wird von diesen Unionskreisen nicht nur in Kauf genommen, sondern ist gewollt.

Wenn die Unionsparteien außerdem mit ihrem Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ schielethlin gegen „bürokratische Bevormundung und Gängelung durch den Sozialismus“ zu Felde ziehen, geben sie der Bürokratie-Diskussion eine darüber hinausgehende gesellschaftspolitische Dimension, die sich in einer weiteren Stufe von den genannten eigentlichen Problemen der Verwaltung entfernt. Die Union behauptet, daß Sozialdemokraten leistungsfeldfeindliche gesellschaftspolitische Ziele verfolgen und durch die Bürokratie und eine Funktionärsherrschaft die freie Entfaltung der Persönlichkeit beschränken wollen. Die tatsächlichen Probleme und Mängel unserer Verwaltungen, ferner eine Abwehrhaltung der Bürger gegenüber der Bürokratie werden hier nur ausgenutzt und verstärkt. Kurz: Die Unionsparteien bringen „Freiheit“ und „sozialistische Staatsbürokratie“ in einen generellen ideologischen Gegensatz.

Es kann nicht geleugnet werden, daß der Unions-Slogan „Freiheit oder Sozialismus“ während des letzten Bundestagswahlkampfes in weiten Teilen der Bevölkerung eine gewisse Resonanz gefunden hat. Bei dieser Feststellung kann man allerdings nicht stehen bleiben. Allein die erstaunliche Lebensfähigkeit des auf unsere Verhältnisse bezogenen und auf den ersten Blick unsinnigen Slogans muß uns zu der Frage veranlassen, warum die von der Union angezettelte Diskussion für viele anziehend ist.

Als Erklärung scheinen mir die genannten Entwicklungstendenzen und Mängel in den heutigen Verwaltungen keineswegs ausreichend. Ebensovienig ist es glaubhaft, daß einer nennenswerten Zahl von Bürgern Angst davor gemacht werden könnte, daß Sozialdemokraten eine Staatsbürokratie kommunistischer Prägung anstreben. Es bleibt die Ver-

mutung, daß allgemeine gesellschaftliche Zwänge, die die Freiheit und Selbstverwirklichung des einzelnen schon heute beengen, viele Bürger bei jeder Warnung vor weiteren Freiheitsbeschränkungen hellhörig werden lassen. In einer solchen Situation kann es möglich sein, unter Ablenkung von Schwierigkeiten des einzelnen einen kollektiven „Buhmann“, wie die Staatsbürokratie aufzubauen. Das setzt allerdings voraus, daß die persönlich erfahrbaren gesellschaftlichen Zwänge aus der Sicht des Bürgers bereits bürokratische Züge tragen. Und dies ist in der Tat der Fall. Als solche allgemeinen gesellschaftlichen Zwänge, die für die gegenwärtige Diskussion den Resonanzboden abgeben, sind vor allem zu nennen:

1. die Beschränkungen am Arbeitsplatz vor allem durch Arbeitsteilung und Automatisierung,
2. eine verbreitete Verunsicherung mit zunehmender Konkurrenz im Bildungswesen,
3. eine Schwäche des einzelnen gegenüber dem wirtschaftlich Mächtigeren, gegenüber organisierten Interessen und vielfach undurchsichtigen gesellschaftlichen Prozessen.

In diesen gesellschaftlichen Zwängen stecken Elemente, die der Bürokratie zugeschrieben werden: Über- und Unterordnungsverhältnisse in einem hierarchischen System, Zuständigkeitsdenken infolge der Arbeitsteilung, die Notwendigkeit zu regelhaftem Verhalten und zur Anpassung infolge zunehmender Konkurrenz, die Langwierigkeit und Unüberschaubarkeit von Arbeitsabläufen und Entwicklungen. Kurz: Der einzelne hat das Gefühl, nur noch ein Rädchen im Gesamtgetriebe, schon heute bürokratisch bevormundet und gegängelt zu sein. Das bedeutet im Ergebnis, daß die Probleme unserer Leistungsgesellschaft, die auch durch eine Reformpolitik nur beschränkt abgebaut werden können, die eigentliche Erklärung für die Popularität der Bürokratie-Diskussion sind.

Sozialdemokraten und Gewerkschaften können mit Recht darauf hinweisen, daß sie die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Arbeitnehmer maßgeblich verbessert haben. Es kommt aber nicht selten vor, daß dem Arzt vom Patienten die Verantwortung für eine Krankheit zugeschoben wird,

wenn sie nicht endgültig kuriert werden kann. Dasselbe könnte entgegen aller Logik dem passieren, der sich um die Heilung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen bemüht, zumal dann, wenn hierbei wiederum die unliebsamen Mittel der Staatsbürokratie eingesetzt werden müssen.

Die Unionsparteien befehligen sich demgegenüber, von „persönlichkeitsbefreienden“ Leistungen zu reden, versuchen sich allgemein als Partei der Freiheit zu profilieren. Sie reichern ihre Position mit bürgerlichen Wertvorstellungen an. Zu nennen sind dabei: Der hohe Wert von Arbeit, von Leistung; die Überzeugung, daß sich Anstrengung lohnt, der Glaube an Aufstieg und Gerechtigkeit des Aufstiegs; die Behauptung von Unterschieden zwischen den Menschen und ihrer Lage; Behauptung des Wettbewerbs; Sparsamkeit als Fähigkeit, kurzfristige Befriedigung zugunsten langfristiger zurückstellen; Prestige; Anerkennung der Normen von Sitte und Anstand; Konservatismus, um das Erworbene zu behalten; In gemäßigter Weise auch Bildungsstreben. Während sich Sozialdemokraten mit den Widrigkeiten herumschlagen, um Freiheitsräume für Arbeitnehmer zu erweitern, gaukeln die Unionsparteien die helle Welt einer freien, bürgerlichen Leistungsgesellschaft vor. Sie haben dabei ihr Publikum.

Die Sozialdemokraten müssen sich auf diese Situation einstellen. Das bedeutet vor allem, daß sie die Werte einer solidarischen und humanen Leistungsgesellschaft verdeutlichen, dabei aber nicht den Eindruck zu erwecken versuchen, der Staat könne alles regeln. Primär ist die Verantwortung des einzelnen Bürgers gefordert im Sinne des Godesberger Programms, in dem es heißt: „Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Mehrheit mitwirken kann.“

Henning Nase: Gesellschaftliche Konfliktfelder Zum Bericht der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel

„Der Dissens innerhalb dieses Gremiums ist ein ziemlich genaues Abbild der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Gesellschaft“ hatte der Kommentator der Süddeutschen Zeitung anlässlich der Übergabe des Gutachtens der Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel an die Bundesregierung geschrieben.

Nach gut fünfjähriger Tätigkeit hatte die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission ein Gutachten über die mit dem technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel zusammenhängenden Probleme im Hinblick auf eine Weiterentwicklung der Gesellschaftspolitik erstellt. Dabei sollte die Kommission weniger den kurzfristigen Entwicklungen nachgehen, sondern eine Langzeitanalyse liefern. Wer Rezepte, ja, wer auch nur eine von allen Mitgliedern getragene Problembeschreibung erwartet hatte, mußte enttäuscht sein. Dies war jedoch aufgrund der Zusammensetzung der Kommission nicht anders zu erwarten. Der Bericht enthält fast einhundert (genau 95) von der Kommissionmehrheit abweichende Meinungen, die sich in sogenannten Minderheitsvoten niederschlagen. Diese Minderheitsvoten wurden fast genau zur Hälfte von den Gewerkschaftsvertretern und zur anderen Hälfte von den Arbeitgebern getragen. Nur ein einziges Minderheitsvotum kam allein von den Wissenschaftlern. Während über die gemeinsamen Empfehlungen der Kommission im letzten Monat sehr ausführlich berichtet wurde, fehlt bisher ein Überblick über die Minderheitsvoten, die Konfliktfelder unserer Gesellschaft aufzulegen. Im folgenden sollen die wichtigsten dieser Konfliktfelder, wie sie sich im Kommissionsbericht finden, dargestellt werden.

Soziale und wirtschaftliche Entwicklung

Einig war sich die Kommission noch in der Bewertung der Ausgangssituation. Falls die Wirtschaft der Bundesrepublik sich so weiterentwickelt wie im vergangenen Jahrzehnt, wird eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums, eine Verschärfung der konjunkturellen Zyklen, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, beschleunigte Inflation und die Gefährdung der sozialen Sicherheit unausweichlich sein. Deshalb bedarf der technische, wirtschaftliche und soziale Wandel im kommenden

Jahrzehnt der Beeinflussung durch eine längerfristig orientierte Politik. Schlußfolgerung der Kommission: Nur eine Strategie der gestalteten Expansion kann Vollbeschäftigung sichern und damit unser politisches System stabilisieren.

Weitgehend einig war sich die Kommission, daß ein Wandel in der zukünftigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung stattfinden muß, die Beurteilung, „wie“ er zu gestalten sei, blieb weitgehend umstritten. Wie kann Vollbeschäftigung erreicht werden? Wie werden die erwirtschafteten Werte verteilt? Wie werden die Bevölkerung und die Arbeitnehmer an der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels beteiligt?

Vollbeschäftigung – Recht auf Arbeit

Falls Vollbeschäftigung mit Hilfe der Wachstums- und Strukturpolitik nicht erreicht werden kann, empfiehlt eine Mehrheit der Kommission, die von der Gruppe der Gewerkschaften und der Wissenschaftler gebildet wurde, eine ergänzende arbeitsmarktpolitische Strategie. Danach soll durch Verkürzung der Arbeitszeit das Angebot an Arbeit auf die Beschäftigten verteilt werden. Die Kommissionmehrheit erwähnt als Möglichkeiten die Verminderung der Wochenarbeitszeit, eine Verlängerung der Urlaubszeiten, eine Herabsetzung des Eintrittsalters bei der flexiblen Altersgrenze, die Einführung eines Bildungsurlaubs und eine Verlängerung der Bildungszeiten durch Einführung eines zehnten Schuljahres und eines Berufsgrundbildungsjahres. Auch eine größere Staatsnachfrage könnte nach Auffassung der Kommission zum Abbau der Beschäftigung beitragen.

Die Gruppe der Arbeitgebervertreter nennt solche Lösungsvorschläge „vordergründige plausible Patentrezepte, die lediglich an den Symptomen kurieren“ und meint, der Abbau der Arbeitslosigkeit sei nur durch ein hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum zu erreichen.

Die Vertreter der Gewerkschaften fordern zur instrumentellen Absicherung der Beschäftigungspolitik außerdem ein Vollbeschäftigungsgesetz im Sinne der Zielsetzung eines Rechts auf Arbeit. Ein solches Gesetz wird aber von der Kommissionmehrheit abgelehnt.

Gerechtere Verteilung

„Die Tarifpartner stimmen beim Verteilungsziel nicht überein“, heißt es lapidar im Kommissionsbericht. „Deshalb konnte von der Kommission – in Anbetracht Ihrer Zusammensetzung – keine gemeinsam getragene Konzeption über die Verteilung von Einkommen und Vermögen erwartet werden.“ Da die Wissenschaftler hier offensichtlich auch nicht Flagge zeigen wollten, mußte eine Kommissionsmeinung zur Verteilungspolitik ausbleiben.

Die Kommission sieht es allerdings als Ihre Aufgabe an, auf die Informations- und Theorieeffizite hinzuweisen, die fundierte Aussagen über die Verteilungssituation und die Verteilungswirkungen wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen bisher nicht zulassen. Sie schlägt deshalb eine Verbesserung der Verteilungsrechnung vor, um mehr Transparenz der Einkommensverteilung zu erreichen. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob in nächster Zukunft – auch bei besserer Transparenz – eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen durchsetzbar ist. Dieser Bereich wird auch langfristig ein gesellschaftspolitisches Konfliktfeld bleiben.

Aktive Strukturpolitik

Damit der Strukturwandel in den einzelnen Wirtschaftszweigen in geordnetem Rahmen verlaufe, fordert die Kommissionsmehrheit (Gewerkschaftsvertreter und Wissenschaftler) eine aktive Strukturpolitik, die Fehlentwicklungen vermeiden soll. Die Ansätze für eine solche Strukturpolitik konzentrieren sich auf drei Punkte:

- a) Interpretation des Wesens dieser Strukturpolitik, die nicht mehr – wie bislang – passiv, unkoordiniert und konservierend, sondern aktiv, vorausschauend dem Strukturwandel Rechnung tragen und insoweit Fehlentwicklungen vermeiden soll.
- b) Entwicklung von Grundsätzen für die Strukturpolitik; diese sind: „gezielte Erhaltung“ (wo aus übergeordneten Gründen erforderlich), „geordnete Anpassung“ (in sozial vertretbaren Bahnen) und „vorausschauende Gestaltung“ (durch staatliche Setzung von Rahmenbedingungen).
- c) Entwicklung von Voraussetzungen für

diese Strukturpolitik; diese sind: Einsetzung eines Sachverständigenrates, Verbesserung der Strukturstatistik, der Strukturprognosen und der Wirkungsanalyse strukturrelevanter Entscheidungen.

Die Arbeitgeber bezweifeln indessen den Erfolg einer aktiven Strukturpolitik und befürchten, daß mit diesen Maßnahmen die Tür zu einer Investitionslenkung und zur Einschränkung der Marktwirtschaft geöffnet wird.

Wirtschaftspolitische Zielhierarchie

Die Kommissionsmehrheit von Gewerkschaftsvertretern und Wissenschaftlern geht von einer Hierarchie der wirtschaftspolitischen Ziele aus. (a) Originäre Ziele sind Vollbeschäftigung, Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit; daraus folgt, daß nicht ein originäres Ziel auf Kosten eines anderen originären Ziel verletzt werden darf, weil sonst auf Dauer der Basiskonsens und damit die Tragfähigkeit des Expansionsprozesses gefährdet sind. (b) Abgeleitete Ziele sind Geldwertstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht; daraus folgt, daß hier die Zielerfüllung nicht Selbstzweck ist, sondern daß derjenige Zielerreichungsgrad angestrebt werden muß, der zur Erfüllung der originären Ziele benötigt wird. Die Kommissionsmehrheit hat damit eine neue Rangordnung wirtschaftspolitischer Ziele vorgenommen. Die Gruppe der Arbeitgeber in der Kommission wendet sich in einem Minderheitsvotum gegen eine solche Zielhierarchie. Sie glaubt, daß die jüngsten Wachstums- und Beschäftigungsprobleme auf eine zu kurzfristig angelegte Stabilitätspolitik zurückzuführen sind. Die Bundesbank wird von ihnen ermuntert, ihre Geldmengenpolitik fortzusetzen.

Einige grundsätzliche Konflikte im Bereich der Wirtschaftspolitik zwischen den Gruppen der Arbeitgeber und Gewerkschaften werden an vielen Stellen des Gutachtens der Kommission sichtbar. So sprechen sich die Arbeitgebervertreter für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen aus und lehnen die Gründung von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen (mit staatlicher Kapital- und Ertragsverteilung) bei staatlich geförderten Großprojekten, wie sie bei der Forschungsförderung von der Kommissionsmehrheit gefordert wird, ab.

Die Gewerkschaftsvertreter sind wiederum gegen die Forderung der Arbeitgeber, durch Steuererleichterungen die Forschung zu fördern und setzen stärker auf die direkte Forschungsförderung durch Zuschüsse, weil dadurch eine bessere Erfolgskontrolle möglich sei.

Unterschiedliche Auffassungen bestehen auch über die Bedingungen der privaten Investitionen, wo die Gewerkschaftsvertreter eine globale Investitionsbegünstigung ablehnen und fordern, daß Investitionsbegünstigungen in ein Arbeitsmarkt-, Struktur-, Verteilungs- und Mitbestimmungskonzept eingebettet werden müssen. Außerdem sehen die Gewerkschaftsvertreter und Wissenschaftler in den Verbrauchern keine gleichstarken Marktpartner. Die Verbraucher seien Ziel planmäßiger Absatzstrategien. Dem widersprechen die Arbeitgebervertreter entschieden. Die Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft und die damit verbundenen Gefahren des Mißbrauches der Marktmacht einzelner Unternehmen werden von den Vertretern der Arbeitgeber milder beurteilt.

Mitbestimmung — Wirtschafts- und Sozialräte

Bei der Frage der Befähigung der Arbeitnehmer an der Gestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels kamen die Gewerkschaftsvertreter in der Kommission in die Minderheitssituation. Neben der von den Gewerkschaften geforderten Mitbestimmung der Betroffenen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen, vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zum Unternehmen, lehnt die Kommissionmehrheit auch die Forderung nach einem sogenannten Wirtschafts- und Sozialrat ab. Die Kommission unterstreicht zwar die Notwendigkeit einer aktiv gestalteten und längerfristig angelegten Strukturpolitik für die Bundesrepublik, sie folgt den Gewerkschaftsvertretern jedoch nicht in der Auffassung, daß der enge Zusammenhang zwischen staatlich-politischem und gesellschaftlich-wirtschaftlichem Bereich Konsequenzen erfordert. Votum der Gewerkschaften: Die gesellschaftlichen Gruppen, die vom wirtschaftlichen und sozialen Wandel am stärksten betroffen sind, müssen als Initiatoren, Träger und Betroffene dieses Wandels in den politi-

schen Prozeß einbezogen und dürfen nicht nur als Störfaktoren registriert werden. Die Gewerkschaftsvertreter schlagen hierfür u. a. den Wirtschafts- und Sozialrat vor, der weder die Rechte von Parlament und Regierung schmälern noch die Autonomie der Tarifpartner einschränken soll. Voraussetzung für die Arbeit des Wirtschafts- und Sozialrats ist seine Unabhängigkeit von Parlament und Regierung und deren Bürokratie. Auch wenn es nicht um Entscheidungen, sondern um Information und Beratung geht, erscheint eine Parität von Gewerkschaft und Arbeitgebern bzw. Unternehmern sinnvoll, wobei in die jeweilige Repräsentanz wissenschaftlicher Sachverstand einzubeziehen ist. Ein solcher Wirtschafts- und Sozialrat als institutionelles Forum der Auseinandersetzung zwischen den Langfristkonzepten von Staat und gesellschaftlichen Gruppen sollte bei einem Kernbereich von Aufgaben ansetzen, daraus eigene Impulse erarbeiten und für neue Entwicklungen offen sein. Gleichfalls unter dem Gesichtspunkt, mehr soziale Qualität in den einzelnen Regionen der Bundesrepublik zu schaffen, schlägt die Gewerkschaftsgruppe in der Kommission eine stärkere Beteiligung an den planungsrelevanten Entscheidungen auf Landes- und regionaler Ebene vor, die durch dezentrale Untergliederungen des Wirtschafts- und Sozialrats erreicht werden.

Qualifikations- und Bildungsprobleme

Im bildungs- und sozialpolitischen Bereich sind die Differenzen nicht so stark wie im wirtschaftspolitischen Bereich. Dennoch werden auch dort Konflikte sichtbar.

Angesichts des zu erwartenden, aber nicht in Einzelheiten prognostizierbaren Strukturwandels des Qualifikationsbedarfs und des gesellschaftlich-politischen Werts jeder Bildungsmaßnahme spricht sich die Kommission für eine tendenzielle Überqualifizierung aus. Die Gruppe der Arbeitgeber sieht allerdings für die Zukunft Probleme bei der Beschäftigung einer wachsenden Zahl akademischer Arbeitskräfte. Sie hebt die Bedeutung qualifizierter ausgebildeter Akademiker für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft hervor und spricht sich dafür aus, daß diese Bedeutung auch entsprechend gesellschaftlich anerkannt und

bewertet wird. Die mit dem Studium verknüpften Erwartungen würden jedoch bei einer zu hohen Zahl von Akademikern sowohl zu individuellen wie auch gesellschaftspolitisch bedenklichen Enttäuschungen der Betroffenen führen. Dagegen geht die Mehrheit der Kommission (Gewerkschaftsvertreter und einige Wissenschaftler) davon aus — und akzeptiert dies auch —, daß mit der zunehmenden Ausbildung von Akademikern deren gesellschaftlicher Bewertung ein anderer Stellenwert zukommt und die beruflichen, die Status- und die Einkommenserwartungen künftiger Hochschulabsolventen sich nicht mehr wie bisher erfüllen werden.

Einen Vorrang will die Kommission der Finanzierung der beruflichen Bildung einräumen. Da eine weitere Steigerung der staatlichen Ausgaben kaum möglich erscheint, wird eine Umlenkung der staatlichen Bildungsausgaben zugunsten der beruflichen Bildung vorgeschlagen. Für die betriebliche Berufsausbildung wird von der Mehrheit der Gutachter das bisherige einzelbetriebliche Finanzierungssystem weiterhin befürwortet und eine Ergänzung durch direkte oder indirekte staatliche Hilfen gefordert. Die Gewerkschaftsminderheit hält zur Steigerung der Qualität der Ausbildung und zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen die Finanzierung der beruflichen Bildung durch überbetriebliche Fonds für besser.

Weitgehender Konsens im sozialen Bereich

Sehr kompromißbereit zeigen sich dagegen die Vertreter von Arbeitgebern und Gewerkschaften im sozialen Bereich. Mit Ausnahme der Ablehnung einer Selbstbeteiligung der Bürger an den Krankheitskosten durch die Gewerkschaftsgruppe und Minderheitsvoten zur Steuerbegünstigung von Vorsorgemaßnahmen und zur Rentenversicherung der Frau gibt es keine grundlegenden Konflikte. Auch bei den Vorschlägen über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die Raumordnungs- und Umweltpolitik gibt es wenige Konfliktfelder.

Bleibt die Frage, von welchem Selbstverständnis die wohl beiden wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen bei ihren Stellungnahmen sich haben leiten lassen. Ist es bei den

Arbeitgebern nur das „liebe Geld“, oder geht es ihnen um eine möglichst hohe Autonomie der Unternehmen von Gewerkschaften und Staat? Ist es konservative Ideologie, die zu Minderheitsvoten führt, wenn es um die Erhaltung von Privilegien geht?

Möchten die Gewerkschaften nur mehr Lohn und mehr Macht, oder wollen sie mehr Mitbestimmung für den einzelnen und den Abbau von Privilegien? Geht es ihnen um eine Systemveränderung oder eine Stabilisierung unseres politischen Systems? Haben beide Tarifparteien in manchen Politikbereichen sich deshalb so leicht geeinigt, weil ein Dritter — der Staat — hierfür die Verantwortung trägt? Sicher bedenkenswerte Fragen — aber es ist, statt Motivforechung zu betreiben, sicher wichtiger, einmal die gesellschaftlichen Konfliktfelder aufzuzeigen. Es gab auch Anerkennung dafür, daß die Kommission nicht Konsens um jeden Preis suchte. So lobte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Konrad Porzner, daß kontroverse Standpunkte „nicht verkleistert“, sondern deutlich gemacht wurden.

Andreas Diekmann/Peter Schmidt: Soziale-Indikatoren-Modelle und Sozialplanung — eine Antwort auf die Kritik von Friedrich Ortmann

In NG 9/76 formuliert F. Ortmann seine Bedenken gegen eine Verwendung sozialer-Indikatoren-Modelle als Grundlage rationaler Sozialplanung. Seine Kritik an unserem Beitrag (vgl. Diekmann und Schmidt NG 3/76) gipfelt in dem Vorwurf, wir sängen „ein Loblied auf die sozialen Indikatoren“, ohne die wesentlichen Probleme ihrer Entwicklung zu beachten und würden somit leichtfertig Hoffnungen auf ein brauchbares Planungsinstrumentarium wecken. Dabei macht Ortmann zunächst auf die **Theorieabhängigkeit** sozialer Indikatoren aufmerksam. Dieser Gesichtspunkt dürfte jedoch kaum ein Streitpunkt sein. Auch Ortmann kann wohl kaum verborgen geblieben sein, daß wir die Forderung, soziale Indikatoren im theoretischen Kontext zu betrachten, in unserem Beitrag zum Programm erhoben haben. Genauer formuliert: Die Betrachtungsweise sozialer Indikatoren als Elemente oder Variablen eines theoretischen Systems, d. h. einer Menge miteinander verknüpfter Kausalbeziehungen, durchzieht unseren Beitrag gewissermaßen wie ein roter Faden. In der zweiten Hälfte seines Aufsatzes diskutiert Ortmann sodann unter dem Aspekt der Leistungsfähigkeit sozialer Indikatoren für die Planung einige Probleme, die — wie er meint — von uns vernachlässigt worden sind. Die Konsequenz für ihn ist schließlich, daß soziale Indikatoren — zumindest beim gegenwärtigen Entwicklungsstand — kein brauchbares Planungsinstrumentarium darstellen und somit auch keinen „Rationalitätsgewinn“ bedeuten. U. E. erscheint erstens die Schlußfolgerung Ortmanns aus der Problemsituation ausgesprochen fragwürdig. Zweitens beruhen einige Argumente offenbar auf erheblichen Mißverständnissen — um nicht zu sagen Unterstellungen — gegenüber den Intentionen unseres Beitrags. Drittens ignoriert Ortmann völlig, daß es uns auch darum ging, mit Indikatoren-Modellen implizite Planungsvoraussetzungen, etwa in politischen Programmen wie dem OR'85 explizit, transparent, übersichtlich und somit besser kritisierbar zu machen. Bildlich gesprochen: Die „Musikkritik“ unseres angeblichen „Loblieds“ scheint weder die Melodie richtig interpretiert zu haben noch die Tonart, wobei den „Komponisten“ nichts ferner lag, als ein „Loblied auf die sozialen Indikatoren“ zu singen. Vielmehr handelt es sich um einen Diskussionsvorschlag zur Transparentmachung und Verbesserung der gegenwärtigen Planungspraxis.

Die Diskussion über Sozialplanung und soziale Indikatoren hat nun mittlerweile erhebliche Resonanz gefunden. Davon zeugen die drei Beiträge und Antikritiken in NG 12/76 von Bückmann, Gustafsson/Schmidt und Kohl. Wir glauben allerdings nicht, daß sich die unterschiedliche Bewertung sozialer Indikatoren als Instrumente der Sozialplanung z. T. auf die uneinheitliche Verwendungweise des Begriffs so-

zialer Indikator zurückführen läßt, wie dies bei Bückmann anklängt. Die Argumente von Bückmann und insbesondere von Kohl machen ja auch deutlich, daß neben Ortmanns Mißverständnissen über die von uns dargestellte Planungskonzeption offenbar erhebliche „inhaltliche“ Differenzen vorliegen. Wir möchten nun nicht die Gelegenheit versäumen, den Kritikpunkten von Ortmann aus unserer Sicht zu begegnen. Diskutieren wir nun im einzelnen die von Ortmann angesprochenen Probleme in aller gebotenen Kürze.

Problem 1: Die schmale theoretische Basis

Die Entwicklung von Indikatoren-Modellen setzt die Kenntnis von Theorien bzw. „quasi-gesetz-mäßigen“ Beziehungen voraus. In unserem Gesundheitsmodell z. B. werden zahlreiche theoretische Annahmen postuliert, etwa daß sich die Zahl der Informationsveranstaltungen im Rahmen der Gesundheitsaufklärung positiv auf das Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung auswirkt, daß aufgrund eines höheren Gesundheitsbewußtseins die Zahl der „Lebensjahre in Gesundheit“ zunimmt usw. (vgl. Diekmann/Schmidt, S. 215). Der Kritikpunkt lautet nun, „daß nahezu in allen gesellschaftlichen Bereichen die zur Prognose der Auswirkungen von Maßnahmen erforderlichen Theorien, die erst die rationale Planung mit Hilfe von Indikatoren ermöglichen können, fehlen“ (Ortmann, S. 854). Somit sei in all diesen Bereichen die Planung auf der Grundlage von Indikatoren-Modellen unmöglich.

Ganz gewiß ist der Mangel an gehaltvollen, empirisch bewährten Theorien beim derzeitigen Stand der Sozialwissenschaft ein Handicap bei der Entwicklung von Indikatoren-Modellen für die Sozialplanung. In unserem Beitrag haben wir ausdrücklich — von Ortmann offenbar unbemerkt — erwähnt, daß er „eines der ernstesten Probleme der beschriebenen Art der Modellkonstruktion“ sei (Diekmann/Schmidt, S. 212). Dennoch ist das Problem nicht so pessimistisch zu sehen, wie dies Ortmanns Einwand suggeriert. Erstens nämlich dürfte die theoretische Basis nicht so schmal sein, daß bei der Konstruktion von Indikatoren-Modellen stets am „Nullpunkt“ begonnen werden muß. Wenn auch bisher kaum systematische und mehrfach geprüfte, quantitativ formulierte Theorien für die verschiedenen gesellschaftlichen Planungsbereiche vorliegen, so bietet das Hypothesen- und Theorienreservoir der Sozialwissenschaften jedoch genügend Anknüpfungspunkte bei der Entwicklung von Indikatoren-Modellen. Überdies existieren z. B. auf dem Gesundheitssektor eine Reihe von Studien, die sich mit der Entwicklung quantitativer Planungsmodelle anhand empirischer Daten beschäftigen (vgl. Anderson 1973, ReVeille u. a. 1969, Feldstein u. a. 1973, Fleissner 1974). Somit kann und sollte bei der For-

mullerung von Indikatoren-Modellen für die Sozialplanung auf das vorhandene theoretische Wissen zurückgegriffen werden.

Zweitens spricht das Argument der zu schmalen theoretischen Basis in keiner Weise dafür, vorerst auf die Entwicklung von Indikatoren-Modellen zu verzichten. Ganz im Gegenteil: Gerade weil der Bestand an empirisch geprüften Theorien in den meisten Planungsbereichen gering ist, plädieren wir dafür, auf der Grundlage rudimentärer theoretischer Ansätze und isoliert vorfindbarer Hypothesen mit der Formulierung von Indikatoren-Modellen zu beginnen, um diese sodann an empirischen Daten zu testen. Die umgekehrte Strategie, zunächst „Däumchen zu drehen“ und auf „gesicherte“ Theorien, die gewissermaßen die automatische Ableitung von Indikatoren-Modellen gestatten, zu warten, scheint uns dagegen weniger geeignet zu sein. (vgl. auch Bückmann in NG 12/76 und Kohl in NG 12/76)

Drittens sollte nicht verkannt werden, daß auch zur Zeit tagtäglich von Behörden, Regierungen, politischen Parteien usw. Planungen initiiert werden. Zumeist basieren derlei Planungen jedoch auf völlig ungeprüften „Alltagstheorien“. Daher wäre zu fragen, ob nicht Planungen auf der Grundlage von Indikatoren-Modellen, die das vorhandene theoretische Wissen integrieren und Zusammenhänge überschaubar darstellen, zumindest gegenüber der üblichen Planungspraxis einen Fortschritt darstellen, auch wenn sich die Modelle noch in der Entwicklung befinden mögen und verschiedene der zugrunde liegenden Annahmen nicht auf „gesicherten“ und empirisch bewährten Theorien beruhen.

Viertens scheint es auch dann sinnvoll zu sein, Planungszusammenhänge als Kausalmodell explizit zu formulieren, wenn keine wissenschaftlichen Theorien vorhanden sind. Dadurch werden die impliziten Alltagstheorien der Planer expliziter und dadurch kritisierbar gemacht.

Schließlich sollten die genannten Argumente auch deutlich machen, daß mit unserem Konzept gewiß nicht die Vorstellung verbunden ist, die Bückmann (S. 1002) mit den Worten beschreibt: „In der Tat gibt es Leute, die sich vom Sozialindikator schlagartig so etwas wie die totale Rationalisierung der Planung versprechen, . . .“ Worum es gehen kann ist doch nur, die gängige Planungspraxis mehr oder minder intuitiver Entscheidungen zu verbessern und beim gegenwärtigen Stand des Wissens für ein Höchstmaß an Rationalität zu sorgen.

Problem 2: Der statistische Charakter sozialwissenschaftlicher Theorien

Ortmann argumentiert weiter, daß „auch in den Bereichen, in denen ein Bestand an erklärenden Theorien vorhanden ist (. . .) Ihre Verwendbarkeit für Planungen relativ eingeschränkt“ sei (Ortmann,

S. 654). Den Grund erblickt er im statistischen Charakter der sozialwissenschaftlichen Theorien, d. h. die Theorien gestatten keine sicheren, sondern nur Wahrscheinlichkeitsprognosen. Der statistische Charakter der meisten sozialwissenschaftlichen Theorien ist sicher nicht zu bezweifeln und für den Sozialforscher schon beinahe eine Selbstverständlichkeit. Dies berechtigt jedoch in keiner Weise zu dem Schluß, daß statistische Theorien für die Sozialplanung wenig relevant seien. Planungsmaßnahmen beziehen sich in der Regel nicht auf Einzelpersonen, sondern auf eine größere Menge von Individuen. Die Maßnahme „Tempo 100“ z. B. wendet sich nicht an den Autofahrer Herrn X, sondern alle Autofahrer, die einen bestimmten Streckenabschnitt befahren (. . .). Wenn Ortmann nun behauptet, daß „die Gesetzmäßigkeiten nur bei einer großen Zahl von Anwendungsfällen gültig“ seien (Ortmann, S. 654), genau diese Bedingung bei den meisten Planungsvorhaben aber erfüllt ist, so ist nicht einzusehen, weshalb Indikatoren-Modelle auf der Basis statistischer Theorien besondere Probleme aufwerfen sollten. Darüber hinaus ist die These irrig, daß statistische Theorien keinen Hinweis für die Prognose im Einzelfall geben können. (vgl. auch Kohl NG 12/76) Die statistische Theorie z. B., daß der Gebrauch von Sicherheitsgurten die Unfallhäufigkeit vermindert, ist auch für den Autofahrer X relevant. Die Prognose für den Einzelfall lautet dann, daß Herr X eine größere Chance hat, bei einem Unfall unverletzt davon zu kommen, wenn er von den Sicherheitsgurten in seinem Auto Gebrauch macht. Statistische Theorien liefern somit auch Hinweise für „individuelle“ Sozialtechnologien oder Planungsmaßnahmen. Wie gezeigt, braucht man jedoch nicht einmal das zuletzt genannte Argument zu akzeptieren, um die These zu vertreten, daß statistische Theorien für die Sozialplanung von erheblicher Bedeutung sind.

Problem 3: Die „Unvollständigkeit der Ziel-situation“

Eines der zentralen Argumente gegen die Möglichkeit rationaler Planung auf der Grundlage von Indikatoren-Modellen ist offenbar, daß die „Zielsituation“ vom Modell nicht vollständig erfaßt wird. Dabei verweist Ortmann auf mögliche Nebenwirkungen und auf den häufig auftretenden Zielcharakter der Mittel. Mit anderen Worten wird behauptet, daß die Planung mittels Indikatoren-Modellen „die ganze Zielsituation“ auf nur einen Aspekt, nämlich die Zielvariable, verengen würde, wobei Nebenwirkungen und der Zielcharakter der Mittel vernachlässigt werden.

Wäre Ortmann mit seiner Argumentation im Recht, so würden Indikatoren-Modelle genau zu der „Scheuklappen-Planung“ führen, die wir in unserem Beitrag kritisiert haben. Tatsächlich scheinen die Einwände hingegen auf erheblichen Mißverständnisse

sen zu beruhen. Bei der Kritik wird nämlich von der völlig falschen und von uns in keiner Weise vertretenen Annahme ausgegangen, daß in Indikatoren-Modellen nur eine Zielvariable festgelegt wird. So schreibt Ortmann: „Somit wird mit der Festlegung eines Indikators als Zielvariable die Möglichkeit einer eindeutigen Entscheidung unterstellt, die für Planungen gerade nicht unterstellt werden darf, wenn Planung rational sein soll“ (S. 654). Man hätte sich dagegen nur die Graphik zu unserem Beitrag anzusehen brauchen, um festzustellen, daß wir in unserem Modell nicht als „eindimensionale Planer“ nur von einer Zielvariablen ausgegangen sind.

Die Quintessenz von komplexen Indikatoren-Modellen mit mehreren Variablen oder Indikatoren ist doch gerade, daß der Radius der Zielsituation erweitert und dies bei der Planungsentscheidung berücksichtigt wird. Die Zielsituation besteht dabei aus den im Modell enthaltenen Zielvariablen, Indikatoren für die Nebenwirkungen und den Mitteln mit Zielcharakter. Daß Indikatoren-Modelle gestatten, bei Planungsentscheidungen von einer komplexen Zielsituation auszugehen, macht ja ihre besondere Stärke gegenüber einer Planungspraxis aus, bei der Nebeneffekte häufig unbeachtet bleiben.

Wenn auch und gerade in Indikatoren-Modellen mehrere Zielindikatoren, Nebeneffekte und der Zielcharakter von Mitteln Berücksichtigung finden, so bleibt doch noch die Frage offen, ob hiermit die „ganze Zielsituation“ erfaßt wird. Dies ist sicherlich dann nicht der Fall, wenn man unter einer „ganzen Zielsituation“ die Beachtung aller möglichen zukünftigen Nebenwirkungen einer Maßnahme oder Maßnahmekombination versteht. Allerdings ist aus prinzipiellen Gründen kein Planungsverfahren dazu in der Lage. Wir können nämlich bei Planungsentscheidungen nur die Nebenwirkungen in Betracht ziehen, die aufgrund unseres theoretischen Wissens denkbar erscheinen. Eine Forderung rationaler Planung wäre daher, den Radius der Zielsituation derart zu erweitern, daß alle aufgrund unseres theoretischen Wissens möglichen relevanten Nebeneffekte einer zu ergreifenden Maßnahme bei der Entscheidung beachtet werden. Anders formuliert: Bei der gegebenen Informationsbasis können Indikatoren-Modelle, die alle bedeutsamen und abschätzbaren Nebenwirkungen berücksichtigen, ein Höchstmaß an Planungs rationalität garantieren. Für Ortmann mag dies möglicherweise immer noch „partielle“ Rationalität sein – wir wären daher äußerst gespannt auf ein Verfahren, daß darüber hinaus „gesamtsocietäre“ Rationalität gewährleisten kann.

Problem 4: Indikatoren-Modelle und Planungsentscheidung

Mit dem Mißverständnis über die angebliche Verengung der Planung auf einen Zielindikator geht

bei Ortmann ein weiteres Mißverständnis einher: Er nimmt offenbar an, daß mit der Aufstellung von Indikatoren-Modellen die Bestimmung eindeutiger Entscheidungen beabsichtigt sei. Derselbe absurde Forderungen wurden in unserem Beitrag jedoch mit keiner Silbe erhoben. Wenn Ortmann nun zu dem Schluß kommt, „daß die Eindeutigkeit der planerischen Entscheidung, ... gerade nicht vorhanden ist ...“ (Ortmann, S. 654), so wollen wir ihm in diesem Punkt nicht widersprechen. Tatsächlich lassen sich aus Indikatoren-Modellen stets mehrere mögliche Entscheidungsalternativen ableiten. Bei quantitativ formulierten Modellen ist die Zahl der prinzipiell möglichen Entscheidungsalternativen sogar unendlich. Das Modell gibt uns ja nur darüber Auskunft, bei welchen Maßnahmenkombinationen welche Wirkungen auftreten. Welche Maßnahmekombination ergriffen werden soll, ist eine Frage der politischen Bewertung. (Allerdings könnten bei der Entscheidungsfindung Nutzen-Kosten-Analysen oder Optimierungsverfahren Hilfe leisten.) Indikatoren-Modelle liefern somit nur Informationen zur Entscheidungsvorbereitung, sie sollen und können auch gar nicht die planerische Entscheidung gleich mitteilen. Schließlich wollen wir nicht den Alptraum der Ersetzung des Politikers durch den Computer realisieren. Die fehlende „Eindeutigkeit der planerischen Entscheidung“ ist somit sicher keine Schwäche des Modells. Kein Planungsverfahren gestattet aus prinzipiellen Gründen die Programmierung eindeutiger Entscheidungen, ohne auf Maßstäbe der Bewertung zu rekurrieren.

Was Indikatoren-Modelle bzw. generell sozialwissenschaftliche Theorien bei der Vorbereitung des Entscheidungsaktes jedoch leisten können, ist die Information über die Konsequenzen der zur Auswahl stehenden Entscheidungsalternativen. Indikatoren-Modelle erfüllen daher eine kritische Informationsfunktion. Sie können z. B. die jeweilige Planungsinstanz auf Nebenwirkungen aufmerksam machen, die andernfalls möglicherweise vernachlässigt worden wären. Insofern dürfte das Risiko von Fehlentscheidungen gegenüber der traditionellen Planungspraxis eher sinken.

Eindeutige Entscheidungen können allerdings dann gefunden werden, wenn eine empirische Theorie (das Indikatoren-Modell) plus eine Menge explizit formulierter Wertprämissen gegeben ist. So können z. B. die Bewertungen als Kostenfunktion und als Nebenbedingungen in einem Optimierungsmodell zum Ausdruck gebracht werden, worauf von Kohl (S. 1014) hingewiesen wird. Diese Strategie hat erstens den Vorteil, daß die Wertannahmen explizit und präzise formuliert werden, müssen und somit der Kritik zugänglich sind. Zweitens läßt sich rein rechnerisch unter den gegebenen Bedingungen, d. h. unter den akzeptierten empirischen- und Wertan-

nahmen, die optimale Entscheidung ermitteln, die vermutlich „per Intuition“ nicht ohne weiteres erkennbar sein dürfte. Auch dies trägt zur Erhöhung der Planungs rationalität bei. Ein Anwendungsbeispiel aus der Praxis ist das oben zitierte Planungsmodell zur TBC-Bekämpfung in Südkorea von Revelle u. a.

Die Transparenz von Planungsprozessen

In unserem Beitrag haben wir auch darauf aufmerksam gemacht, daß sich in politischen Programmen beschriebene Planungsvorhaben in Gestalt von Indikatoren-Modellen rekonstruieren lassen. Eine derartige Rekonstruktion zwingt zur Präzisierung der Ziele und Maßnahmen und macht überdies die Abhängigkeiten zwischen zahlreichen interdependenten Planungsgrößen überschaubar. Dadurch wird der Planungsprozeß weitaus transparenter und die Möglichkeit der Kritik an beabsichtigten Planungsmaßnahmen erheblich erleichtert. So könnte der Diskussionsprozeß zwischen einer Bürgerinitiative und einer Planungsbehörde über Maßnahmen der Industriean siedlung z. B. sehr viel klarer geführt werden, wenn schon aus dem Planungsdiagramm rein optisch hervorgeht, mit welchen unerwünschten Nebenwirkungen wie Lärmbelastigung oder Umweltverschmutzung zu rechnen ist. Allein schon die Darstellung komplexer Zusammenhänge als Indikatoren-Modell zwingt dazu, „Nebenwirkungsbewußter“ zu planen.

Wir haben darüber hinaus darauf hingewiesen, daß Indikatoren-Modelle zur Evaluierung getroffener Planungsmaßnahmen und zur Simulation gesellschaftlicher Prozesse dienen können. Alle diese Argumente hat Ortman völlig ignoriert. Resümierend kann man nur feststellen, daß — ganz abgesehen von den offensichtlichen Mißverständnissen — keines der von Ortman vorgebrachten Argumente einen stichhaltigen Einwand gegenüber dem Programm darstellt, Indikatoren-Modelle für die verschiedenen Planungsbereiche zu entwickeln, um die Sozialplanung auf eine rationalere Basis zu stellen.

Im übrigen wären wir außerordentlich neugierig auf die Alternative zu einem Planungsverfahren auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Theorien. Oder ist die Alternative das konservative Programm, die bisherige Planungspraxis mit all ihren Mängeln beizubehalten?

Indikatoren-Modelle und „Kritischer Rationalismus“

Einige Einwände gegen die Planung mit Hilfe von Indikatoren-Modellen werden von Ortman unter Hinweis auf prominente Vertreter des „Kritischen Rationalismus“ wie Popper oder Albert vorgebracht. Dem Leser der Kritik muß sich hierdurch der Eindruck aufdrängen, als ob prinzipielle Differenzen

zwischen der Wissenschaftstheorie des kritischen Rationalismus und der Anwendung von Indikatoren-Modellen bei Planungsvorhaben bestünden. Tatsächlich ist u. E. das Gegenteil der Fall. Die von uns vertretene Planungskonzeption dürfte nämlich mit zentralen Postulaten des kritischen Rationalismus weitgehend übereinstimmen. Dies heißt natürlich nicht, daß man sich notwendigerweise dem kritischen Rationalismus oder etwas weiter gefaßt: (wie die Autoren) den in der analytischen Wissenschaftstheorie diskutierten Ideen und Kriterien verpflichtet fühlen muß, um soziale Indikatoren als hilfreiche Planungsinstrumente zu betrachten.

Demonstrieren wir unsere These an einigen Beispielen. Beinahe ein — wenn auch in manchen Kreisen leider wenig beachteter — Gemeinplatz der Wissenschaftstheorie ist die Erkenntnis, daß rationale Technologien oder Planungen die Kenntnis von Theorien voraussetzen. Genau diese Einsicht machen wir uns zu eigen, wenn wir für eine stärkere theoretische Ausrichtung der Indikatoren-Forschung und folgerichtig für die Konstruktion von Indikatoren-Modellen plädieren.

Weiterhin wird von Vertretern des kritischen Rationalismus im Anschluß an Poppers Sozialtechnik auf das Problem der ungewollten Folgen von Planungsmaßnahmen und somit auf das Problem der Nebenwirkungen aufmerksam gemacht. Wie gezeigt, leisten Indikatoren-Modelle einen Beitrag zur Erfüllung des Postulats, bei Sozialplanungen Nebenwirkungen möglichst einzukalkulieren.

Wenn nun bemängelt wird, daß hierbei nicht die „ganze Zielsituation“ erfaßt wird, so ähnelt zumindest dieser Einwand der Argumentation, die von Popper als „holistisch“ bezeichnet und der Kritik unterzogen wird. Die Kritik lautet nämlich — wie gesagt —, daß prinzipiell nicht die Gesamtheit aller möglichen Auswirkungen einer Planungsmaßnahme prognostizierbar ist und es somit auch kein Planungsverfahren gibt, daß die „ganze Zielsituation“ im Sinne unserer Interpretation erfassen kann. (Ob aus diesem Grund „holistische“ Veränderungen wie von Popper abzulehnen sind, folgt keineswegs zwangsläufig aus den vorstehenden Überlegungen und braucht hier auch nicht weiter zu interessieren. Es sei nur soviel angemerkt, daß u. E. die grundsätzlichen Ideen der skizzierten Planungs- und Veränderungsstrategie z. B. auch mit bestimmten marxistischen Auffassungen vereinbar sind.)

Ein letzter Punkt, den wir hier anschnellen möchten, lautet, daß Indikatoren-Modelle natürlich nur vorläufigen Charakter haben und wie jede Theorie nicht „der Weisheit letzter Schluß“, sondern prinzipiell falsifizierbar sind und daher harten empirischen Tests ausgesetzt werden sollten. Solche Tests können auch in der politischen Praxis erfolgen, wobei die Wirkung von Planungsmaßnahmen wie-

wissenschaftlich kontrolliert bzw. evaluiert werden müßte. Diese Vorgehensweise ist ganz im Sinne „experimenteller Politik“ und auch im Sinne der Popperschen Sozialtechnik-Konzeption. Ganz pragmatisch werden bestimmte Instrumente ausprobiert, d. h. man ergreift etwa auf der Basis von Indikatoren-Modellen eine Reihe von Maßnahmen. Stellen sich die Maßnahmen als untauglich heraus, kann die Theorie bzw. das Indikatoren-Modell als falsifiziert gelten und man wird die Theorie entsprechend revidieren. Gemäß dem „trial- und error-Prinzip“ empfiehlt es sich dann natürlich, beim nächsten „trial“ andere Maßnahmen zu ergreifen. Verschiedene Probleme dieser Konzeption und insbesondere die Schwierigkeiten in der Praxis – bürokratische Hemmnisse und entgegengerichtete Interessenlagen – stehen dabei auf einem anderen Blatt und können hier nicht diskutiert werden. Es dürfte sich jedoch gezeigt haben, daß die beschriebene Art von Planung mit Hilfe von Indikatoren-Modellen wesentliche Momente mit der kritisch rationalistischen Konzeption gemeinsam hat: Dies sind Planung als sozialtechnologisches Problem auf der Basis von Theorien, der Versuch der Kontrolle ungewollter Folgen, die prinzipielle Falsifizierbarkeit der Theorien und somit ihr vorläufiger Charakter und die Planung nach dem „trial-und-error-Prinzip“, das die optimistische Hoffnung ausdrückt, daß man auch in der Politik aus der Erfahrung lernen könne.

Wenn man so will, ist die Planung auf der Grundlage von Indikatoren-Modellen ein Stück „praktischer“ kritischer Rationalismus. Generell wäre es von Vorteil, wenn Vertreter des kritischen Rationalismus einmal an praktischen Problemen die Vorzüge ihrer wissenschaftstheoretischen Konzeption demonstrierten, anstatt im „Eifenbelturm“ mehr oder minder sterile Diskussionen zu führen, wie dies auch leider in dem Band „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie“ geschieht.

Bei der Diskussion von „Problem 1“ wurde darauf hingewiesen, daß ein wunder Punkt der praktischen Anwendung von Indikatoren-Modellen die „schmale theoretische Basis“ sei. Wie könnte man nun (neben der bereits angedeuteten Möglichkeit, auf vorliegende sozialwissenschaftliche Hypothesen zurückzugreifen) die theoretische Basis erweitern und mit empirischen Daten fundieren?

Eine Möglichkeit, die sich besonders im politischen Raum anbietet, wäre die Formulierung von Indikatoren-Modellen verschiedener Planungsbereiche wie Gesundheit, Bildung, Recht, Stadtplanung etc. auf der Grundlage politischer Programme. Dabei werden vorliegende Programme, wie etwa der OR '85, gewissermaßen als heuristisches Material zur Hypothesenbildung benutzt, wie es von uns ja auch am Beispiel des Gesundheitsbereichs demonstriert wurde. Dieser Vorschlag der

Verknüpfung von Wissenschaft und politischer Praxis hätte erstens den Vorteil, daß Maßnahmen und Programmziele präzisiert und operationalisiert, d. h. meßbar gemacht werden müßten. Zweitens würden mögliche Inkonsistenzen in Programmen aufgedeckt. Die angedeutete Strategie der Programmkritik und Programmfortentwicklung dürfte somit auch der parteipolitischen Diskussion förderlich sein.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn beschlossene und in die Praxis umgesetzte politische Maßnahmen wissenschaftlich evaluiert werden, d. h. es sollte ermittelt werden, ob die Maßnahme tatsächlich in der erwarteten Weise zur Realisierung des Planungsziels beigetragen hat. Diese Informationen sind zum einen für künftige Planungen von Interesse, zum anderen würden dadurch gleichzeitig die Programmhypothesen und insofern auch Teile des Indikatoren-Modells empirisch überprüft. Eine intensivere Evaluationsforschung und wissenschaftliche Kontrolle von politischen- und Planungsmaßnahmen würde daher auch zur empirischen Fundierung von Indikatoren-Modellen beitragen und unser Wissen über kausale Einflüsse und ihre genaue Wirkungsweise im sozialen Bereich vermehren.

Wir haben uns bisher vorwiegend mit einem Aspekt der Indikatoren-Forschung, mit der Konstruktion von Indikatoren-Modellen und ihren Anwendungsmöglichkeiten, befaßt. Das erschien uns schon deswegen sinnvoll, weil bei einer weitgehend deskriptiv orientierten Sozialforschung die notwendige Formulierung gehaltvoller Theorien und deren systematische empirische Überprüfung und Fortentwicklung stark vernachlässigt wurde. Dies kennzeichnet ebenso den Stand der Indikatoren-Forschung und mag von daher gesehen auch ein Grund für die „schmale theoretische Basis“ sein.

Nicht diskutiert haben wir dagegen eine Reihe von Problemen, die z. T. in dem Aufsatz von Schmidt/Gustafsson (NG 12/76) angesprochen werden, wie das Problem der Zielfindung und Prioritätensetzung, das Problem der Auswahl von Indikatoren und die damit verknüpften Fragen der Bewertung und der Interessen sowie das Problem von Herrschaft und Information. Im wissenschaftstheoretischen Jargon gesprochen, haben wir uns vorwiegend Fragen der Konstruktion und Anwendung von Theorien zugewandt, weniger dagegen den deskriptiven Fragen der Sozialberichterstattung und den normativen Problemen wie etwa der Zielfindung. Wir möchten abschließend betonen, daß die Diskussion der genannten Probleme nicht minder wichtig ist – auch und besonders für die Grundsatzdiskussion innerhalb der Sozialdemokratie.

So könnte man z. B. fragen, ob es nicht zweckmäßig wäre, im Rahmen der Grundwertediskussion

Helner Lindner: Praxisbericht: Wochenendseminar über Vertrauensarbeit *)

die langfristigen Ziele und Grundwerte der SPD durch soziale Indikatoren näher zu bestimmen. Statt der ständigen Wiederholung von mehr oder minder gefälligen Floskeln und „Leerformeln“ (vgl. z. B. Oertzen 1975) erschiene es angebracht, z. B. den Grundwert der „Gerechtigkeit“ etwa durch Indikatoren der Einkommens- und Vermögensverteilung etc. zu konkretisieren. Bei der Zieldiskussion könnten daher soziale Indikatoren zumindest einen Beitrag dazu leisten, daß abstrakte Grundwerte, an denen schließlich politisches Handeln bemessen werden soll, nicht in der Sphäre bequemer Unverbindlichkeit belassen werden.

Literatur

- J. G. Anderson, **Causal Models and Social Indicators: Toward the Development of Social System Models**, *American Sociological Review*, 38, 1973, S. 285–301
- W. Bückmann, **Politik, Planung und Indikatoren**, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12/1976, S. 1002–1004
- A. Diekmann / P. Schmidt, **Soziale Indikatoren, Indikatoren-Modelle und Sozialplanung**, in: *Die Neue Gesellschaft*, 3/1976, S. 210–217
- M. S. Feldstein / M. A. Plot, **Resource Allocation Model for Public Health Planning**, WHO, Genf 1973
- P. Fleissner, **Ein Modell des österreichischen Gesundheitssicherungssystems**, in: *Schriftenreihe des Instituts für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung*, 1/1974
- J. Kohl, **Soziale Indikatoren und politische Planung**, in: *Die Neue Gesellschaft*, 12/1976, S. 1012 bis 1016
- P. von Oertzen, **Die Grundwerte im Orientierungsrahmen 1985**, in: *Die Neue Gesellschaft*, 4/1975, S. 284–286
- F. Ortman, **Soziale Indikatoren als Grundlage einer rationalen Sozialplanung?** in: *Die Neue Gesellschaft*, 8/1976, S. 652–655
- V. Schmidt/K. Gustafsson, **Sozialindikatoren: Scheinbildung oder mehr Rationalität?** in: *Die Neue Gesellschaft*, 12/1976, S. 1004–1010
- Ch. ReVelle, F. Feldmann und W. Lynn, **An Optimization Model of Tuberculosis Epidemiology**, in: *Management Science* 16, 4/1969, S. 180–211

Wie kann die SPD auch zwischen den Wahlen das Vertrauen der Bürger erwerben? Welche innerparteilichen Voraussetzungen sind für Vertrauensarbeit erforderlich? Wie kann die SPD die „wahren Bedürfnisse“ der Bürger feststellen? Wie kann sie die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Mitwirkung stärken? Soll sie zwischen den Wahlen die Bürger „politisieren“ oder soll sie die Bürger „in Ruhe lassen“?

Dies sind Fragen, die im Einladungsschreiben zu einem parteiinternen Wochenendseminar einiger Ortsvereine aus den Unterbezirken Warendorf und Unna gestellt wurden. Ergebnis: 24 Anmeldungen, darunter 8 Hausfrauen, 6 Arbeiter, 8 Angestellte und je ein Beamter, Schüler, Student und Auszubildender. Die Altersgruppen waren gleichmäßig vertreten. Die Anzahl der politischen Mandatsträger war nicht zu hoch: 9 Seminarteilnehmer mit politischen Mandaten (Rats-, Vorstandsmitglieder) saßen 15 Seminarteilnehmern ohne Parteiamt gegenüber. Auch das Verhältnis von Neu- und Altmitgliedern war ausgewogen. — Die Zusammensetzung des Seminars läßt sich somit als eine „gute Mischung“ bezeichnen. Es bestand weder die Gefahr, daß das Seminar zu einem akademischen Zirkel ausartete, noch daß praktische Probleme ohne theoretische Fundierung (z. B. Grundwerte) diskutiert würden.

Die erstaunliche „Streuung“ der Teilnehmerstruktur ist u. a. zurückzuführen auf die vorbildliche Arbeit des UB-Geschäftsführers Warendorf. Es hat es in den letzten Jahren verstanden, alle Gruppen in der Partei an die innerparteiliche Bildungsarbeit heranzuführen, so daß „seine“ Seminare von Jusos, Rentnern, Arbeitern, Funktionären und Nichtfunktionären gleichermaßen besucht werden.

Seminarkonzeption, Seminarleitung durch Teamer

Das Seminar begann am Freitagabend mit einer Vorstellungsrunde der Teilnehmer. Anschließend wurde das Seminarziel (Planung

*) Dieser Praxisbericht liegt dem im März 1977 erscheinenden Handbuch für die innerparteiliche Bildungsarbeit als Material für ein Unterkapitel zugrunde.

konkreter Aktionen zwischen den Wahlen?) diskutiert. Die drei Mitglieder des Leitungsteams (Im folgenden Teamer genannt) erläuterten die „offene“ Seminarkonzeption, die sie in einer längeren Vorbesprechung diskutiert hatten: die Seminarteilnehmer sollten im Rahmen des vorgegebenen Themas ihre Erwartungshaltungen an das Seminar nennen, der Seminarablauf würde sich dann an diesen Erwartungshaltungen ausrichten. Dieser demokratischen Methode entsprach die Organisation des Seminars durch „Teamer“ anstelle eines „Seminarleiters“ oder „Referenten“. Die Teamer würden laufend beraten, welchen Stand das Seminar in bezug auf die Seminarziele habe, mit welchen Methoden und mit welchen Medien (Tageslichtschreiber, Wandzeitungen, Karten) die Ziele am besten erreicht werden könnten und ob der Zeitplan eingehalten werde. Den Arbeitsgruppen stünden sie zur laufenden Beratung zur Verfügung. Ihre Aufgabe sei es bei diesem Seminar aber nicht, Themen, Zeiten und Methoden vorzugeben oder gar längere Referate und Diskussionsbeiträge vorzubringen, sondern laufend Vorschläge zu unterbreiten, über die das Seminar selbst zu diskutieren und zu entscheiden habe. Allerdings seien sie gewillt, die Einhaltung des Seminarziels zu steuern.

Die Seminarteilnehmer begrüßten die „offene“ Konzeption des Seminars, da sie auf diese Weise selbst Erfahrungen und Erwartungen in das Seminar einbringen könnten. Seminarteilnehmer, die schon öfter an Seminaren teilgenommen hatten, meinten, eine andere Seminarkonzeption komme für sie ohnehin nicht infrage.

Erwartungen der Teilnehmer und Festlegung von Schwerpunktthemen für Arbeitsgruppen

Noch am Freitagabend nannten die Seminarteilnehmer in offener Diskussion ihre Erwartungen an das Seminar. Die Erwartungshaltungen wurden auf Wandzeitungen und auf dem Tageslichtschreiber festgehalten. Nahezu alle Seminarteilnehmer beteiligten sich an der Diskussion und bereicherten das Seminar durch eigene Vorschläge.

Nach Auflistung der Erwartungshaltungen am Freitag wurden am Samstagvormittag Schwerpunktthemen ausgewählt, die in den zu

bildenden Arbeitsgruppen bearbeitet werden sollten. Die Auswahl der Schwerpunktthemen wurde den Seminarteilnehmern selbst überlassen. Sie hatten die Möglichkeit, durch Klebepunkte, die auf den Wandzeitungen festgehaltenen Erwartungshaltungen zu markieren. Jeder Teilnehmer konnte bis zu 2 Punkte geben. Arbeitsgruppen sollten zu den fünf meistgenannten Themenbereichen gebildet werden.

Es wurden folgende fünf Schwerpunktthemen ausgewählt:

1. Innerparteiliche Voraussetzungen der Vertrauensarbeit (11 Punkte)
2. Werbung und Betreuung neuer Mitglieder (8 Punkte)
3. Zielgruppenansprache (6 Punkte)
4. Grundwerte unserer Partei verdeutlichen (5 Punkte)
5. Ortsvereinsarbeit (der ideale Ortsverein) (5 Punkte).

Für die Gruppen 1 und 5 meldeten sich jeweils fünf, für die Gruppen 3 und 4 jeweils sieben Personen, für die Gruppe 2 meldete sich kein Seminarteilnehmer, so daß nur vier Arbeitsgruppen gebildet werden konnten. Diejenigen Seminarteilnehmer, die ursprünglich für die Gruppe 2 plädiert hatten, entschieden sich sämtlich für die Gruppe 3. Da niemand dazu überredet werden sollte, sich einer bestimmten Arbeitsgruppe anzuschließen, wurde auf die Bildung einer Arbeitsgruppe zum Themenschwerpunkt 2 verzichtet.

Die vier Arbeitsgruppen sollten sich rund 2½ Stunden mit den ihnen gestellten Themen befassen. Eine laufende Rückkoppelung während dieser Zeit zwischen Arbeitsgruppen und Plenum durch zwischenzeitliche Plenumsitzungen wurde von der Mehrheit des Plenums abgelehnt. Die Arbeitsgruppen wurden angehalten, bei ihrer Arbeit das Thema des Seminars (Vertrauensarbeit zwischen den Wahlkämpfen) im Auge zu behalten.

Berichte der Arbeitsgruppen vor dem Plenum

Die Arbeitsgruppen notierten die Ergebnisse ihrer Arbeit auf Wandzeitungen. Ein oder mehrere Sprecher kommentierten die Arbeitsergebnisse. Sie berichteten, innerhalb der Arbeitsgruppen hätten sich alle Teilnehmer an der Diskussion beteiligt.

Die Berichte der Arbeitsgruppen waren z. T. sehr umfangreich. Es wurden „Riesenkataloge“ konkreter Vorschläge unterbreitet. Die Arbeitsgruppe „Grundwerte“ stieß auf Kritik, da ihre Berichterstattung sich über eine halbe Stunde hinzog.

Die Berichte der Arbeitsgruppen wurden im Plenum einzeln diskutiert. Dabei gab es sehr häufig kontroverse Diskussionen, aber ebenso häufig auch wichtige Erläuterungen und Ergänzungen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen. Die Berichterstattung der Arbeitsgruppen mußte am Samstagabend unterbrochen und am Sonntagvormittag fortgesetzt werden.

Konkrete Vorschläge für den eigenen Ortsverein

Nach Abschluß dieses Seminarabschnitts wurde am Sonntagvormittag beschlossen, es nicht bei den vier Arbeitsgruppenberichten zu Schwerpunktthemen zu belassen. Zusätzlich sollten Möglichkeiten überlegt werden, welche konkreten Maßnahmen der eigene Ortsverein nunmehr ergreifen sollte, um Vertrauensarbeit bis zu den nächsten Wahlen zu leisten. Die Seminarteilnehmer gaben sich den Auftrag, in Arbeitsgruppen Programme zu erarbeiten, die sie ihren eigenen Ortsvereinen vorschlagen und an deren praktischer Durchführung sie selbst mitarbeiten wollten. Es traf sich gut, daß Vertreter aus vier Ortsvereinen etwa gleich stark im Seminar vertreten waren. Die Arbeitszeit in den neugebildeten Arbeitsgruppen betrug etwa eine Stunde.

Die Arbeitsergebnisse der vier Arbeitsgruppen können hier nur auszugsweise dargestellt werden. Das Ergebnis aber war erstaunlich: Alle Arbeitsgruppen legten Maßnahmenkataloge vor, deren Realisierung schon bald in Angriff genommen werden soll. Als Beispiel seien genannt:

- Seminarteilnehmer aus dem Ortsverein Ahlen wollten initiieren, daß halbjährlich Informationsveranstaltungen stattfinden, auf denen die Ratsmitglieder in Bürgerversammlungen Rede und Antwort stehen. Im Ortsverein soll ferner eine „kleine“ Zeitung gegründet werden, über deren Umfang und Inhalte man sich einigte.
- Seminarteilnehmer aus dem Ortsverein Beckum/Neubeckum planen ein örtliches

Langzeitprogramm, dessen Inhalt sich auf Ergebnisse einer schon bald in Angriff zu nehmenden Mitglieder- und Bürgerbefragung stützen soll.

- Seminarteilnehmer aus dem Ortsverein Oelde wollen in ihrem Ortsverein eine verstärkte Werbung und bessere Betreuung neuer Parteimitglieder durchsetzen. Es sollen neue Funktions- und Mandatsträger aufgebaut werden, da in der Partei Funktionsträger auf der 2. Ebene fehlten. Ferner soll damit begonnen werden, eine kommunalpolitische Konzeption zu entwickeln.
- Teilnehmer aus dem Ortsverein Werl wollen schon in nächster Zeit mit Aktionen beginnen, in denen Bürger unmittelbar beraten werden. Eltern sollen über schulische Möglichkeiten ihrer Kinder, Bürger über Behördengänge, berufstätige Frauen in bezug auf Kindergartenplätze beraten werden.

Seminarkritik

In einer letzten Runde wurden die Teilnehmer aufgefordert, sich über den Verlauf des Seminars kritisch zu äußern (Dauer: etwa eine Stunde). Nahezu alle Seminarteilnehmer nahmen an der Seminarkritik durch eigene Stellungnahme teil.

Methodik und Ergebnisse des Seminars wurden überwiegend begrüßt. Allgemein hatte man das Gefühl, „praktische“ Probleme besprochen und Anregungen für die Arbeit der nächsten Monate erhalten zu haben. Die meisten Seminarteilnehmer fühlten sich motiviert, schon bald mit der Realisierung der geplanten Aktionen zu beginnen. Auch wurde das Seminarergebnis begrüßt, daß es jetzt darauf ankomme, die Bürger vermehrt „politisch zu informieren“, nicht sie zu „politisieren“.

- Kritisch wurde angemerkt, daß die Diskussion am ersten Abend zu sehr „auseinandergelaufen“ sei; die Teilnehmer hätten hier straffer organisieren sollen. – Demgegenüber betonten andere Seminarteilnehmer, die lockere Diskussion am ersten Abend sei für den Gesamterfolg des Seminars sehr wichtig gewesen: sie habe zum gegenseitigen Kennenlernen geführt, Schranken abgebaut und

Jedermann klargemacht, was eine „offene“ Seminarkonzeption bedeute; daß von den Teamern manchmal dahingehend „manipuliert“ worden sei, daß bestimmte Diskussionen abgeblockt und in andere Themenbereiche abgelenkt worden seien. — Demgegenüber betonten andere Seminarteilnehmer, daß die Tatsache des Eingreifens der Teamer dazu geführt habe, daß das Seminar sehr praxisbezogen abgelaufen sei; gerade neue und seminarunerfahrene Mitglieder wären „untergebuttert“ worden, wenn nicht von seiten der Teamer ab und zu eine Steuerung in Richtung auf das eigentliche Seminarthema erfolgt wäre.

Schlußbemerkungen

Das wichtigste Ziel des Seminars, die Seminarteilnehmer zu motivieren, konkrete Aktionen in ihren jeweiligen Ortsvereinen durchzuführen, wurde in dem hier geschilderten Seminar wahrscheinlich erreicht. Die Seminarteilnehmer beschlossen am Schluß des Seminars, sich nach etwa einem Jahr zu einem neuen Seminar zusammenzufinden, um Zwischenerfahrungen auszutauschen und eine Erfolgskontrolle durchzuführen.

Der vorstehende Praxisbericht und die Seminarorganisation mögen an manchen Stellen noch sehr unvollkommen, die erarbeiteten Ergebnisse teilweise unausgereift, das Teilnehmerinteresse nach mehr „Wissen“ nicht hinlänglich befriedigt worden sein. Diese Kritik trifft im Kern zu. Zweifellos lernt man „Verhalten“ durch „Wissen“. Und manche Wissensgebiete mögen durch z. B. Referate oder Lehrgespräche besser vermittelt werden können. So zeigen z. B. Erfahrungen des Berichterstatters, daß die Informationsphase (z. B. in Form eines Referats, eines Lehrgesprächs oder einer Zwischeninformation durch Verteilung schriftlicher Unterlagen) in Seminaren über Wirtschafts-, Sozial- oder Gesundheitspolitik eine unvergleichlich größere Bedeutung hat als bei dem vorstehend beschriebenen Seminar, bei dem es weniger um die Vermittlung von Wissen als um die Motivierung zu eigenem Handeln ging.

Frontalunterricht kommt daher bei diesen Seminaren nicht infrage^{*)}. Bei eman-

zipatorischer Zielsetzung eines Seminars (Ziel: konkrete Aktionen zwischen den Wahlen planen und durchführen!) wären traditionelle Methoden der Schulungsarbeit (Referat — Diskussion), die die Teilnehmer zum Objekt machen, zum Scheitern verurteilt. Sie fördern die Konsumhaltung der Teilnehmer, die dem Ziel ihrer Aktivierung entgegensteht; sie widersprechen lernpsychologischen Erkenntnissen, wonach die Effektivität des Lernprozesses wesentlich von der Aktivität des Lernenden selbst bestimmt wird. Viele Seminarteilnehmer werden in das Gespräch überhaupt nicht einbezogen. Auch verstärkt die Autorität des Vortragenden das Gefühl der Ohnmacht in bezug auf die Einflußmöglichkeiten der Teilnehmer. Für Vertrauensarbeit ist aber eine Motivierung zu solidarischem Handeln notwendig, dem die traditionellen Methoden der Erwachsenenbildung widersprechen.

Erwartungsgemäß sind Seminarteilnehmer am Abend (bei Wochenendseminaren freitags ab 22 Uhr, samstags ab 19 Uhr) physisch nicht mehr in der Lage, weitere geistige Arbeit zu leisten. Es bilden sich Gruppen zum geselligen Beisammensein. Diese Abende, das darf nicht unerwähnt bleiben, haben eine ganz erhebliche integrative Wirkung. Bei der Seminargestaltung und -planung wird dies häufig vernachlässigt. Auch die Teilnahme der Teamer an diesem geselligen Beisammensein ist unentbehrlich. Kurzfristig anreisende „Referenten“ werden von der Gruppe oft nicht angenommen. Für den Seminarerfolg ist es außerdem wichtig, daß die Gesamtatmosphäre des Seminars dadurch gefördert wird, daß den Teilnehmern ein gutes Haus mit gutem Essen und guten Freizeitmöglichkeiten (z. B. Schwimmbad, Tischtennis) zur Verfügung steht.

Rollenspiele und Utopiespiele sind Methoden, die durchaus geeignet sind, bei Seminaren über Vertrauensarbeit die Atmosphäre aufzulockern und gleichzeitig Beiträge zur Erreichung des Seminarziels zu leisten (z. B. Imitierung einer CDU-Wahlveranstaltung).

^{*)} Vgl. Hofmann, Joachim: Praxisbericht: Selbstorganisiertes Lernen in der parteipolitischen Schulungsarbeit, in: Die Neue Gesellschaft, Nr. 8/1976, S. 646 ff.

DOKUMENTE

Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit

Die politische Weltzene ist um einen weiteren, wichtigen Punkt angereichert worden: das Gespräch zwischen den westlichen Industrieländern, den Rohstoffländern und den Entwicklungsländern. Wie ist der Stand der Diskussion? Welche Probleme offenbaren sich – welche Lösungen bieten sich für die Zukunft?

Heft Nr. 3/76

Nord-Süd-Dialog

Das ist das Hauptthema unserer letzten Ausgabe. Wie denkt man in der Bundesrepublik, wie im Ausland? Autoren verschiedener Länder kommentieren.

Robert de Montvalon – Frankreich im Zwiespalt
Abdel Hamid Reashed – Europäische-arabische Hemmnisse
Franz Ansprenger – Zwang zur Weltinnenpolitik
Erwin Schuhmacher – UNCTAD IV – einfallloser Westen
u. a.

Außerdem finden Sie in DOKUMENTE Nr. 3/76 einen Auszug aus einem portugiesischen Hörspiel sowie ein Porträt von Martha Graham, der Gründerin des Modern Dance.

Heft 4/76 „Eurokommunismus – Gefahr oder Chance?“ mit Beiträgen aus Frankreich, Italien, Spanien und Portugal. Außerdem in Heft 4/76: Hauptaufsätze über Traditionalisten im Katholizismus Frankreichs und „Ein neues Puzzle in der französischen Politik“ sowie ein Porträt von Pierre Boulez.

Einzelheft DM 4,50 zuzügl. Versandkosten

Bestellschein

Bitte das Gewünschte ankreuzen!

Ich bestelle die

- ab Jahrgang 1976 zum Abonnementspreis von DM 16,- zuzüglich Versandkosten
- DM 12,- mit Bescheinigung für Schüler u. Studenten
- Die Hefte 3/4 1975 bitte ich kostenlos nachzuliefern
- Ich bestelle Expl. Einzelheft Nr.
- Lieferung erwünscht direkt/durch die Buchhandlung

Name _____

Beruf _____

Straße _____

Wohnort _____

Ort u. Datum _____

DOKUMENTE

Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit

Hohenstaufenring 11
5000 Köln 1

Fritz Sänger: Für eine Reform des Zeitungswesens

Die zahlreichen Bemühungen um eine Stabilisierung des Zeitungswesens in der Bundesrepublik stehen im umgekehrten Verhältnis zu greifbaren Erfolgen. Was immer seit der Vorlage des Berichtes der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk, Fernsehen und Film, der „Michel-Kommission“ (1967), tatsächlich geschehen ist – es geht noch immer darum, die Position der Presse zur Stärkung ihrer Funktion in der Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgestellt wurde, zu verbreitern und zu sichern.

Zwar hat die Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition, und keine vor ihr, ein Sofort- und ein Dauerprogramm zur Stützung von Zeitungsverlagen beschlossen, und sie hat eine Pressestiftung ins Auge gefaßt. Aber es ist still geworden um diese Pläne. Das Rahmengesetz für die Presse hat das Innenministerium noch nicht verlassen. Die Fusionskontrolle wird weiter erörtert. Von einer verbindlichen Ordnung der Kompetenzen in der publizistischen und journalistischen Arbeit der Zeitungen ist noch kaum etwas zu spüren. Regierung, Parlament und nicht zuletzt die Partner im Pressewesen sind gleichermaßen verantwortlich für die unbefriedigende Situation.

Die Schwierigkeiten, die sich notwendigen Regelungen entgegenstellen sind beträchtlich. Die Zeitungswirtschaft unterscheidet sich von anderen Wirtschaftszweigen. Es ist ein Fehler, zu beklagen, daß Kooperation oder Fusion in der Industrie kaum von der öffentlichen Diskussion beachtet würden, daß dies aber „ganz anders bei Zeitungen“ sei. Die Gleichstellung von Zeitungsverlagen mit der technischen Industrie, wie sie leider oft und gerade auch von Verlegern und ihren Wortfuhren vorgenommen wird, bezeugt Unverständnis für die Stellung der Presse in der verlasten Demokratie, in der sie nach Art. 5 GG die Aufgabe der Information und der Hilfe zur Meinungsbildung verantwortlich zu erfüllen hat. Sie kann diese Funktion nur aus einer besonderen Position wahrnehmen, denn ihre Interessen sind im Kern und nach der Aufgabe auch die des Bürgers und zugleich die des Staates selbst.

Das ergibt für den Zeitungselgentumer Rechte und Pflichten. Die einen wahrneh-

men zu wollen und dies mit Forderungen nach materieller Hilfe immer wieder zu versuchen, ist legal, wird aber dann unverständlich und kann gefährlich werden, wenn nicht zugleich auch die Pflichten erfüllt werden: zuverlässige, unabhängige Information, ständige Unterrichtung der Öffentlichkeit durch objektive Nachricht und begründete Meinung. Die Presse hat viel Anlaß zu Kritik, nicht weniger aber haben viele Leser Anlaß zu kritischer Beurteilung „ihrer“ Zeitung, auf die sie um so mehr angewiesen sind, wenn ein zweites Blatt – wie es bereits in vielen Bezirken der Bundesrepublik der Fall ist – nicht mehr besteht. Wenn ein Zeitungsverlag betont und gewollt als uneingeschränkt privates Unternehmen ausschließlich nach kommerziellen Gesichtspunkten geführt wird – warum erscheinen dann in einem gemeinsamen Verlag nicht Zeitungen unterschiedlicher Richtung? Sie würden die vom Gesetz aufgegebene und vom Leser erwartete Informationspflicht erfüllen und die Meinungsvielfalt besser darbieten können, als es der harte Kampf erlaubt, der heute um die Leser geführt wird. Die Konsequenz dieser Struktur wäre dann allerdings die klare, unverzichtbare Trennung der verantwortlichen Fuhungen von Redaktion und Verlag. Die journalistische Eigenständigkeit eines solchen Blattes und seine Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Erwägungen wären durch die grundsätzliche Feststellung der Richtung und durch einen jährlich zwischen Redaktion und Verlag auszuhandelnden Haushalt zu sichern und zu wahren. Vorbilder hierfür weist die Geschichte des deutschen Zeitungswesens auf.

Es ist nicht einzusehen, warum in einem so strukturierten Zeitungsverlag nicht auch die Frage der Subventionen – staatlicher und anderer – erörtert werden könnte, sofern die Grundsatzregelung für die Redaktion nicht tangiert wird.

Eine Strukturwandlung im angedeuteten Sinne ist nicht selten besprochen, aber sie ist bisher nur verdeckt und kaum erkennbar verwirklicht worden, im Unterschied zu Vorgängen in anderen europäischen Ländern. Die deutschen Zeitungsverleger haben sich auch an anderen nicht so grundsätzlichen Maßnahmen „vorbeigemogelt“ (um einen Vorwurf aufzugreifen, der aus ihren Reihen dem Staate

und dem Bundestag gemacht wurde). Eine moderne Regelung des Vertriebswesens wäre längst fällig. Die Selbsthilfe der Zeitungen beschränkte sich bisher auf eine wenig effektive Wirtschaftshilfe in einer nur kleinen Zahl von Fällen, so daß von einer organisierten Aktion nicht gesprochen werden kann. Eine Konzentration selbständiger Unternehmen, die nicht mit dem Odium behaftet ist, daß der Starke den Schwachen überwältigt, kann zur Sicherung des privatwirtschaftlichen Prinzips durchaus nützlich sein, wenngleich es auch andere Lösungsmöglichkeiten gibt, die Unabhängigkeit einer Zeitung zu wahren. Die Stiftung wäre entgegen manchen Bedenken eine mögliche Form.

Es ist gewiß richtig, daß nur leistungsfähige Verlage die Pressefreiheit und die Vielfalt der Meinungsäußerungen sichern können. Aber Leistung und Unabhängigkeit einer Zeitung werden nicht zuerst durch die Tatsache und die Höhe materieller Gewinne gesichert. Auch dies unterscheidet die Pressewirtschaft von anderen Wirtschaftszweigen, so wenig zeitgemäß diese Ansicht auch erscheinen mag. Ein sichtbares Mehr an gediegener journalistischer Leistung führt zu einem Mehr an Einfluß, an Respekt und damit an Sicherheit durch Ansehen und freilich in Zahlen nicht auszudrückende und nicht zu beweisende Festigung der Bedeutung eines solchen Blattes, das zu erhalten und zu fördern eine öffentliche Meinung unterstützen und verlangen wird. Vorgänge im Inland und Ausland, die in den letzten Krisenjahren bekannt geworden sind, bezeugen diese Wirkung.

Was heute von zu vielen Lokalzeitungen am Leser als politische Information angeboten wird, ist nicht viel mehr als lokaler Tratsch, als oft lüsterne Mitteilung persönlicher bis privater Angelegenheiten und Zwistigkeiten, als ein bis an die Grenzen des Negativen geführtes Ausschlachten kommunaler oder bundesweiter Differenzen und angeblicher oder wirklicher Unsitte in den Körperschaften der Bürgervertretungen. Es ist alles in allem ein ständiges Verzerrern der Wirklichkeit, als gäbe es, wo es nicht ist, einen „Saustall“. Ob gewollt oder nicht — so wirken sich Leitartikel, Glossen und Kommentare zu vieler Zeitungen zu häufig aus, und so wirkt die Auswahl der

Nachrichten, die nicht selten gekürzt und mit im Text nicht begründeten provozierenden Überschriften versehen, oft bereits den Kommentar enthalten und so den Leser einseitig und weder kontinuierlich noch auch nur sinnvoll unterrichten.

Der Presse, auch Rundfunk und Fernsehen, wurde durch das Grundgesetz eine Position bestätigt, die diesen Publikationsmitteln besondere Ansprüche erlaubt, die aber auch Ansprüche des Bürgers legitimiert. Es ist möglich, daß ein Medium dem anderen Zuspruch und Rang zu mindern vermag. Sie haben unterschiedliche Chancen und müssen sie auf ihre Weise wahrnehmen. Die Presse ist in der Verteidigung. Es ist zuerst ihre eigene Sache, durch objektive, allgemein anerkannte und respektierte Leistung unentbehrlich zu bleiben — und dies nicht nur in wenigen Organen.

Johannes Ebwein/Friedhelm Teusch/ Thomas Wäide: Investitionen in der Bundesrepublik Deutschland – Ansatzpunkte einer neuen Wirtschaftspolitik*

Bessere Strukturpolitik ist nur möglich, wenn einer Ihrer wichtigsten Ansatzpunkte, nämlich die private und öffentliche Investitionstätigkeit, hinlänglich bekannt ist. Die Investitionen bestimmen ja bekanntlich

- a) Art und Umfang der Beschäftigung,
- b) Art und Umfang des Angebots an Gütern und Diensten,
- c) Konjunkturverlauf und langfristige Wachstumsaussichten,
- d) Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit und aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

und damit auch die Lebensbedingungen der gesamten Bevölkerung. Eine vorwiegend gewinn- und preisorientierte Investitionspolitik kann aber zu unbefriedigenden Resultaten führen. Deshalb sind im OR '85 mit den Stichworten Bundesentwicklungsplan, Investitionsmeldestellen etc. Alternativen und Korrekturen angedeutet worden, die ihre praktische Bewährungsprobe noch vor sich haben.

Unternehmensinvestitionen bilden den Schwerpunkt

Die deutschen Unternehmen tätigen rd. 85 Prozent aller Anlageinvestitionen; man kann daher von einem Vorherrschen der privatwirtschaftlich orientierten Unternehmensinvestitionen sprechen. Hierbei spielen wiederum die Ausrüstungsinvestitionen – Maschinen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen – die größte Rolle, während die Bauinvestitionen „nur“ rd. 40 Prozent der unternehmerischen Sachkapitalbildung ausmachen. Bei den öffentlichen Investitionen, die allerdings nur rd. 15 Prozent aller Investitionen erreichen, ist dieses Verhältnis umgekehrt: hier herrschen die Bauinvestitionen vor (90 Prozent), mit Schwerpunkt beim Tiefbau, d. h. im allgemeinen Verkehrs- und Straßenbau. Das Ausmaß der staatlichen Investitionstätigkeit ist nicht nur wesentlich geringer als das der privaten Unternehmen, es hat auch eine andere Struktur. Nichts macht die kapitalistische „Arbeitstellung“ auf dem Investitionssektor sinnfälliger als diese Zahlen.

Der relativ geringe Staatsanteil an den Investitionen macht deutlich, daß die Einwirkung der staatlichen auf die privaten Investitionen schon materiell engen Grenzen unterliegt. Gleiches gilt im zyklischen Verlauf, wo die öffentlichen Investitionen, um die Vollbeschäftigung zu sichern, z. T. kräftig ausgeweitet werden und dann die Folgekosten in den öffentlichen Haushalten deutlich zutage treten. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß die öffentlichen Investitionen sich im wesentlichen komplementär zu den privaten Investitionen verhalten, d. h. von ihnen abhängig sind: der Staat stellt den Infrastrukturrahmen bereit, den die privaten Investitionen erfordern oder innerhalb dessen die Unternehmensinvestitionen vorgenommen werden können. Diese wiederum wirken über die Beeinflussung der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung auch auf die Einnahmenseite des Staates, und hier besonders der Gemeinden mit einem stark konjunkturabhängigen Steueraufkommen, zurück. Zudem konkurrieren beide Investoren, wie sich besonders in Boomphasen zeigt, um die verfügbaren investiven Mittel, d. h. Material und Geld, was Ihre Preise verteuern muß.

Untersucht man, wer im einzelnen die Staatsinvestitionen tätigt, so zeigt sich, daß das Schwergewicht mit einem Anteil von fast zwei Dritteln bei den Gemeinden liegt, gefolgt von den Ländern mit knapp 20 Prozent und dem Bund mit rd. 17 Prozent. Die Bedeutung der öffentlichen Investitionstätigkeit geht also, je höher die politische Ebene ist, um so eher zurück. Das zeigt die Schwierigkeiten, diese Investitionen in einem föderativ organisierten Staat zu einer zielgerichteten Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs und der Wirtschaftsstruktur zu verwenden.

Investitionskonzentration bei Unternehmen und Staat

Entsprechend dem hohen Konzentrationsgrad der Wirtschaft ist die Anzahl der Unternehmen, die einen Großteil des Investitionsvolumens bestimmen, klein. Nach einer WSI-Studie entfiel im Jahre 1972 vom Investitionsvolumen aller Unternehmen ein Anteil von 43 Prozent auf nur 103 Großkonzerne. Die hierin enthaltenen Konzerne der Wirtschafts-

*) Projekt-Studie des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der Frankfurter SPD, deren vollständige Fassung (ca. 35 Seiten) dort angefordert werden kann.

zweige Bergbau, Chemie, Mineralölverarbeitung, Straßenfahrzeugbau, Verkehr und Nachrichtenübermittlung decken zwischen 80 und 90 Prozent des Investitionsvolumens der jeweiligen Branche ab. Dies bedeutet, daß z. B. durch ein Investitions-Meldeverfahren für Großunternehmen die Möglichkeiten der Informationsgewinnung und auch der Strukturpolitik erheblich verbessert werden könnten.

Im **Staatssektor** ist die Konzentration der Investitionsentscheidungen noch höher; hier wurden 54 Prozent der Investitionen von nur 66 Gebietskörperschaften (Großgemeinden, Bund, Länder) vorgenommen; das waren freilich nur rd. 9 Prozent der Gesamtinvestitionen in der Bundesrepublik. Im Bereich der privaten Investitionen sind dagegen rd. 36 Prozent dem konzentrierten Sektor zuzurechnen. Nimmt man außerdem die indirekten Einwirkungsmöglichkeiten des Staates auf die gesamte Investitionstätigkeit über

- **staatlich kontrollierte bzw. beeinflusste Unternehmen** (Bahn und Post, Versorgungsbereich Banken, Sparkassen, Wohnungswirtschaft),
- **regionale und strukturelle Wirtschaftsförderung**

hinzu, so sind trotz des geringen direkten Investitionsanteils des Staates erhebliche Einfluß- und Abstimmungsmöglichkeiten vorhanden. Diese einzusetzen, bedarf es einer Bündelung der verschiedenen Informations- und Planungsebenen und einer besseren Nutzung schon bestehender Möglichkeiten.

Regionale Verteilung der Investitionen

Regional gegliederte Investitionsdaten werden benötigt, weil nicht nur die Unterschiede der Investitionsstruktur nach einzelnen Branchen oder nach Zeitabständen und Konjunkturzyklen wichtig sind, sondern auch die Abweichungen, die sich aus der räumlichen Situation verschiedener Regionen ergeben. Für die Wirtschaftspolitik resultiert aus solchen regionalen Unterschieden die Forderung nach gleichmäßigerem Wachstum und Entwicklung. Um die Wirtschaftskraft überall möglichst gleichwertig zu machen, müssen einerseits die Ballungsgebiete vor weiterer Verdichtung, die strukturschwachen Gebiete dagegen vor weiterer Auszehrung geschützt werden, was im

übrigen auch ein Gebot des Grundgesetzes ist. Das Ziel einer gleichmäßigeren Verteilung der Lebenschancen für die Bundesbevölkerung ist aber erst dann erreicht, wenn die bestehenden, teils beachtlichen Unterschiede stärker eingeebnet werden.

Das Endziel ist freilich keineswegs eine vollkommen gleichmäßige Wirtschaftsstruktur im Sinne einer großen und umfassenden Industrielandschaft. Gleichmäßigkeit der Lebenschancen kann im Gegenteil darin bestehen, daß sich nachteilige Lebensumstände mit vorteilhaften aufwiegen lassen, z. B. kann eine weniger angenehme Lebensumwelt durch höheren Verdienst und bessere Infrastrukturleistungen ausgeglichen werden. Daher kann die Untersuchung der unterschiedlichen Wirtschafts- und Investitionskraft in einzelnen Regionen nur einen Teilbeitrag zu einer umfassenden Analyse von Lebens-, Wirtschafts- und Umweltbedingungen leisten. **Dazu ist ein System sozialer Indikatoren heranzuziehen, das in der Bundesrepublik noch nicht besteht.**

Eine Analyse der Unterschiede der regionalen Wirtschaftskraft ist leider nur beschränkt aussagekräftig, weil die Daten auf **Bundesländer** bezogen sind. Sie umfassen damit sehr unterschiedliche Regionalbereiche, jedoch läßt sich auch aus ihnen durchaus ein Eindruck von den Problemen kleinerer Regionen gewinnen. Für solche kleineren Regionen, innerhalb eines Bundeslandes gelegen, liefert das Bundesraumordnungsprogramm, ausgehend von 38 regionalen „Gebietsseinheiten“, Daten mit größerer Aussagekraft.

Die Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Bundesländer zeigen sich auch an der Entwicklung des Einkommens aus unselbständiger Arbeit, das sich zwischen 1960 und 1970 bundesweit um rd. 150 Prozent erhöht hat, am stärksten in Hessen, am wenigsten im Saarland. Der Abstand macht immerhin fast 25 Prozent aus. Vermutlich haben Finanzausgleich und regionale Wirtschaftsförderung diesem Gefälle entgegengewirkt, ohne es freilich abzubauen zu können.

Ein Blick auf die **Investitionstätigkeit nach Bundesländern** bestätigt die gravierenden Unterschiede; es gibt offenbar Wachstumsregionen mit überdurchschnittlicher Investitionstätigkeit und Regionen, in denen das

Hans-Georg Klara: Auslandsinvestitionen, Außenhandel und Arbeitsplätze

Gegenteil der Fall ist (wie das Saarland und Nordrhein-Westfalen).

Von großer Bedeutung für das wirtschaftliche Schicksal einer Region ist ihre Investitionsquote. Es läßt sich zeigen, daß hohe Investitionsquoten auch zu einem hohen Einkommensniveau führen. Freilich bleibt bei der hohen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft zu bedenken, daß die Investitionstätigkeit häufig dem Auslandsabsatz, nicht dagegen der Versorgung des Inlandmarktes dient. Damit wäre zwar an Beschäftigung gewonnen, nicht aber an Güterversorgung. 1970 – und ähnlich liegen die Verhältnisse auch langfristig – war die Investitionsquote in Hessen mit rd. 29 Prozent um ca. 10 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt und sogar um ein Drittel größer als beim Schlußlicht West-Berlin. Der Grund solcher Diskrepanzen, die hier nur beispielhaft genannt sind, liegt teils in der verschiedenen Branchenstruktur, teils in der verschiedenen Entwicklungsintensität getätigter Investitionen.

Die Bundesrepublik hat sich in den Jahren seit 1960 langsam zu einer „Dienstleistungsgesellschaft“ entwickelt. Der tertiäre Bereich (einschl. Staat) ist 1973 sogar um etliches bedeutender als die Industrie, wo noch 1960 über 42 Prozent des BSP geschaffen wurde. Am raschesten vollzog sich dieser Wandel im Saarland und in Nordrhein-Westfalen (rückläufiger Kohlebergbau) sowie in Hessen. Obschon die generellen Struktur Tendenzen in allen Bundesländern zu beobachten sind, reichen sie offenbar bei weitem nicht aus, bereits bestehende Unterschiede in der Wirtschaftskraft einander anzunähern oder gar auszugleichen.

Als Fazit aus den skizzierten Gegebenheiten der Investitionsstruktur ergibt sich, einen Bundesentwicklungsplan zu entwerfen, der die regionale und sektorale Abstimmung der öffentlichen wie der privaten Investitionen verbessert. Dazu müssen auch in Ländern und Gemeinden die organisatorischen und politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Ferner ist eine Melde- und Erfassungspflicht für Großinvestitionen mit dem Ziel einer den Strukturwandel fördernden Branchen- und Innovationspolitik vorzusehen.

Die deutschen Auslandsinvestitionen sind in den letzten Jahren auf ein verstärktes öffentliches Interesse gestoßen. Dies ist auch kaum verwunderlich, da einerseits die deutschen Direktinvestitionen im Ausland besonders in den letzten Jahren stark gestiegen sind, andererseits eine nachhaltige Investitionsschwäche in der Bundesrepublik konstatiert werden muß. Die Urteile über die Motive und Wirkungen der deutschen Auslandsinvestitionen sind vielfältig und z. T. konträr. Hierbei stehen vor allem folgende Fragen im Mittelpunkt des Interesses: Führen die deutschen Auslandsinvestitionen längerfristig zu Arbeitsplatzverlusten in der Bundesrepublik oder sichern sie bisherige inländische Arbeitsplätze bzw. führen sie sogar zu einem höheren Arbeitsplatzangebot als bisher? Damit wird zugleich gefragt, ob Auslandsinvestitionen die inländischen Investitionen ersetzen oder ergänzen.

Diese unterschiedliche Einschätzung der inländischen Beschäftigungswirkungen von Auslandsinvestitionen beruht auf unterschiedlichen Annahmen über die Reaktion der Exporte bzw. der Importe auf das Auslandsengagement: Ersetzen die Direktinvestitionen bisherige Exporte bzw. führen sie sogar auf Kosten des Inlandsabsatzes zu vermehrten Importen, oder aber ziehen sie zusätzliche Exporte aus der Bundesrepublik nach sich? Zur Beantwortung dieser Fragen müssen vorab die verschiedenen theoretischen Einwirkungsmöglichkeiten abgeschätzt werden, ehe das vorhandene Datenmaterial eine empirische Analyse gestattet. Einfluß auf die Importe haben die Direktinvestitionen, die mit dem Ziel getätigt worden sind, primär die Bundesrepublik mit solchen Produkten zu beliefern, die zwar nachgefragt werden, im Inland aber nicht – oder nur zu relativ hohen Kosten – hergestellt werden können. Solche Direktinvestitionen gelten als beschaffungsorientiert. Sie sind im wesentlichen auf zwei Grundmotive zurückzuführen:

1. Sicherung des Rohstoffbedarfs und damit einer kontinuierlichen Auslastung der Produktionskapazitäten in der Bundesrepublik.

2. Versorgung der Bundesrepublik mit Halb- und/oder Fertigwaren, die von deutschen Investoren im Ausland produziert und dann auf dem deutschen Markt angeboten werden. Hierbei dürften vornehmlich solche Erzeugnisse importiert werden, deren Produktionskosten insgesamt – und nicht nur die Lohnkosten – im Ausland wesentlich geringer sind als in der Bundesrepublik.

Der Effekt beider Arten von beschaffungsorientierten Direktinvestitionen auf den Außenhandel und damit auf den Arbeitsmarkt ist unterschiedlich. Tragen die rohstofforientierten Auslandsinvestitionen zur Sicherung der inländischen Versorgung und insofern auch der inländischen Arbeitsplätze bei, so führen die anderen beschaffungs-

orientierten Direktinvestitionen zweifelsohne zu einer Erhöhung der Importe auf Kosten des Inlandsabsatzes der heimischen Produzenten. In einem solchen Fall ist die Befürchtung – Direktinvestitionen führen zu einem Verlust an inländischen Arbeitsplätzen, induzieren also Arbeitsplatzexporte – berechtigt. Mögliche positive gesamtwirtschaftliche Effekte eines mit dem Arbeitsplatzverlust verbundenen inländischen Strukturwandels sind nur schwer zu quantifizieren, sollten aber in der öffentlichen Diskussion nicht unberücksichtigt bleiben.

Auf die Exporte wirken Direktinvestitionen ein, die in der Absicht vorgenommen werden, einen ausländischen Markt zu beliefern; sie werden als absatzorientiert klassifiziert. Die einzelnen Motive und daher auch die Wirkungen der Auslandsinvestitionen auf den Außenhandel sind höchst unterschiedlich.

1. Exportersatzend wirken Auslandsniederlassungen, wenn von ihnen Erzeugnisse produziert werden, die bisher von der Bundesrepublik aus exportiert worden sind. Die Gründe für diese Art der Direktinvestitionen reichen von kostengünstigen Produktionsbedingungen im Ausland bis zu Motiven, die aus einer oligopolistischen Struktur des Inlandsmarktes des Investors abgeleitet werden können.

Solche Direktinvestitionen würden dann wegen ihrer exportvermindernden Wirkung inländische Arbeitsplätze gefährden bzw. vernichten.

2. Exportstützende oder gar fördernde Wirkungen erzielen Direktinvestitionen wie z. B.

- Montage- und Reparaturwerkstätten, Ersatzteillager und Kundendienststellen sowie
- Banken, Versicherungen, das Verkehrsgewerbe und andere Dienstleistungsbereiche, die für das warenproduzierende Gewerbe häufig exportbegleitende Funktionen ausüben, die sich vom Inland aus nur schwer abwickeln lassen.

Ebenfalls positive Exportwirkungen gehen von ausländischen Produktionsstätten aus, sofern sie mit deutschen Anlage- und Ausrüstungsgütern errichtet werden. Darüber hinaus bewirkt die Präsenz deutscher Unternehmen auf ausländischen Märkten eine zusätzliche Werbung für den Export deutscher Waren.

3. Bei administrativen Handelshemmnissen, wie etwa bei Importverboten, sind Auslandsinvestitionen oft der einzige Weg, um in einen Auslandsmarkt einzudringen. Ein Verzicht auf eigene Direktinvestitionen in diesen Ländern blockiert dann viele Exporte in diese Absatzmärkte – oft auch für Produkte, die den Importrestriktionen nicht unterworfen sind.

Die Arbeitsplatzeffekte dieser Art von Auslandsinvestitionen sind generell positiv. Die induzierten Exporte sichern bisherige und ermöglichen sogar zusätzliche Arbeitsplätze in der Bundesrepublik.

Die kurze Darstellung der zwischen Außenhandel und Auslandsinvestitionen bestehenden Zusammenhänge hat somit deutlich gemacht, daß sich genügend Argumente sowohl für positive als auch negative Auswirkungen auf den Außenhandel und das Arbeitsplatzangebot des kapitalexportierenden Landes anführen lassen. Zu allen diesen unterschiedlichen Effekten lassen sich für die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland entsprechende Beispiele finden. Welche Bedeutung diese Effekte für die Bundesrepublik haben, kann jedoch nur in einer empirischen Untersuchung geklärt werden.

Als erstes Ergebnis einer derartigen Analyse kann festgehalten werden, daß deutsche Investoren die Länder bevorzugen, die über günstige Voraussetzungen für absatzorientierte Direktinvestitionen verfügen: über aufnahmefähige Inlandsmärkte.

Die deutschen Direktinvestitionen gingen nicht nur zu ca. 70 Prozent in die entwickelten Industriestaaten, sondern konzentrierten sich auch in den Entwicklungsländern auf diejenigen, die sich auf dem Wege der Industrialisierung befinden, so z. B. auf Spanien, Brasilien, Argentinien, Mexiko und Israel. In den ausgesprochenen Rohstoffländern, die über Erdöl oder Erze verfügen, wurde dagegen nur für weniger als zwei Milliarden DM investiert.

Nach einer Analyse der Branchenstruktur – die das obige Ergebnis bestätigt – haben die typischen Rohstoffbranchen (Steinkohlen- und Erzbau sowie Erdölgewinnung) nur wenig im Ausland investiert. Allerdings führt das wachsende deutsche Interesse an der Sicherung der Erdöl- und Erdgasversorgung zu einer Steigerung der Investitionen dieser Bereiche in den Jahren 1973 bis 1975 um etwa 1 Milliarde DM und ließ damit den Bestand an Auslandsinvestitionen dieser Sektoren auf etwa das Doppelte anwachsen. Auch wenn man berücksichtigt, daß ein Teil der Direktinvestitionen aus den Rohstoffverarbeitungsbranchen in die Rohstoffsektoren floß, bleibt 1975 deren Anteil noch unter 10 Prozent (Ende 1973: ca. 4,5 Prozent).

Neben diesen rohstofforientierten Direktinvestitionen ist angesichts des hohen Importüberschusses bzw. der Importquote aus dem Grundstoff- und Produktionsgüterbereich vor allem bei den Sägewerken und der Holzbearbeitenden Industrie sowie der Papier- und Papperezeugenden Industrie mit diesen beschaffungsorientierten Direktinvestitionen zu rechnen. Innerhalb der Verbrauchsgüterindustrie dürften die Leder- und Schuh- sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie größtenteils beschaffungsorientiert investiert haben. Ähnliches gilt – wenn auch in abgeschwächtem Maße – für die Feinmechanik/Optik.

Insgesamt spielen jedoch die Investitionen in Sektoren, deren Erzeugnisse in die Bundesrepublik

reimportiert werden dürften, nur eine vergleichsweise geringe Rolle. Erwähnenswert ist, daß die Anlagenschwerpunkte namentlich der Schuh-, Textil- und Bekleidungsindustrie nicht in den Niedriglohnländern Asiens oder Afrikas, sondern in europäischen Industriestaaten liegen.

Da ein großer Teil der insgesamt nur relativ geringen beschaffungsorientierten Direktinvestitionen der Sicherung der Rohstoffversorgung und damit indirekt der Arbeitsplätze dient, dürfte eine generelle Gefährdung inländischer Arbeitsplätze durch die Importerhöhenden Wirkungen der Direktinvestitionen kaum ins Gewicht fallen. Wenn überhaupt nennenswerte negative Arbeitsmarkteffekte auftreten, dann kämen hierzu nur die exportersetzenden Wirkungen der absatzorientierten Direktinvestitionen in Frage.

Aber auch eine Untersuchung der Exporteffekte deutscher Auslandsinvestitionen erbrachte keinen hinreichenden Beleg für die Vermutung, daß Auslandsniederlassungen deutscher Unternehmen generell Exporte vermindern und damit Arbeitsplätze gefährden. Vielmehr ließ sich — aufgrund statistischer Korrelationen — ein enger positiver Zusammenhang zwischen Auslandsinvestitionen und deutschen Exporten nachweisen.

So waren Länder mit einem hohen Bestand an deutschen Direktinvestitionen in den letzten Jahren zugleich Hauptabnehmerländer für deutsche Waren. Ebenso konnte festgestellt werden, daß z. B. Länder, in die in dem Zeitraum von 1965 bis 1970 relativ wenig exportiert, aber in denen überdurchschnittlich viel investiert wurde, in den letzten Jahren (von 1970 bis 1975) relativ mehr Exporte als Direktinvestitionen empfangen. Somit deuten die in einzelnen Perioden unterschiedlichen Wachstumsraten darauf hin, daß sich „Ungleichgewichte“ in der regionalen Verteilung der Exporte und der Auslandsinvestitionen über einen längeren Zeitraum ausgleichen. Ob dabei allerdings die Direktinvestitionen den Exporten folgen, oder aber diese nach sich ziehen, läßt sich nicht eindeutig klären. Zudem ist aus der Regionalanalyse nicht ersichtlich, ob sich die Branchenstruktur der Direktinvestitionen von der der Exporte abhebt.

Eine Branchenanalyse vermeidet diese intersektoralen Kompensationsmöglichkeiten: Einzelne Querschnittsanalysen belegen für den betrachteten Zeitraum einen positiven Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Außenhandel, d. h., daß Branchen, die z. B. einen wichtigen Beitrag zum deutschen Gesamtexport geleistet haben, zugleich über einen hohen Anteil am Bestand der deutschen Direktinvestitionen verfügen.

Zu differenzierteren Ergebnissen, die die Schlußfolgerungen der globalen Regional- und Sektoralanalyse unterstützen und konkretisieren, führte

die Analyse der regionalen Verteilung der Direktinvestitionen und der Exporte für einzelne Branchen.

So konnte u. a. für die wichtigen Branchen Chemie, Maschinenbau und Elektroindustrie gezeigt werden, daß sie besonders stark in die Länder exportieren, in denen sie ebenfalls viel investiert hatten. Ein exportersetzender Effekt der Direktinvestitionen läßt sich somit nicht belegen; dieses Ergebnis ist vielmehr eine Bestätigung für export-erhöhende und damit arbeitsplatzschonende Wirkungen der Auslandsinvestitionen.

Völlig anders waren dagegen die Ergebnisse für den Straßenfahrzeugbau. Einzig für diesen Wirtschaftszweig konnte kein Zusammenhang zwischen Exporten und Direktinvestitionen belegt werden. Die Belieferung der Auslandsmärkte durch Warenexporte scheint in dieser Branche eine echte Alternative zur Errichtung eigener Produktionsanlagen im Ausland zu sein. Dies liegt möglicherweise daran, daß der Straßenfahrzeugbau, verglichen mit anderen Branchen, ein relativ enges Produktionsprogramm besetzt, d. h. die im Ausland produzierten Waren sind die gleichen, die auch im Inland produziert und exportiert werden. Die Produktion von Straßenfahrzeugen im Ausland führt dann nicht zu verstärkten Exporten in die entsprechenden Anlageländer. Vielmehr ist zu erwarten, daß die Exporte in diese Länder nach der dortigen Produktionsaufnahme zurückgehen.

Geht man nun davon aus, daß die Produktion eines Gutes im Ausland die deutschen Exportchancen für das gleiche Gut in dasselbe Land verringert, dann können die nachgewiesenen Exporterfolge bei gleichzeitig hohen Direktinvestitionen der anderen Branchen nur daraus resultieren, daß es ihnen gelungen ist, verstärkt andere Erzeugnisse ihrer Produktpalette in den Ländern mit Direktinvestitionen abzusetzen. Diese Überlegung kann jedoch anhand der vorliegenden statistischen Unterlagen nicht überprüft werden. Hierzu müßte eine spezielle Befragung die notwendigen Informationen liefern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß Auslandsinvestitionen und Außenhandel keine echte Alternative, sondern gleichermaßen als Elemente der internationalen Arbeitsteilung und Handelsverflechtung anzusehen sind.

Im Hinblick auf die aktuelle Diskussion über die Arbeitsmarkteffekte der deutschen Direktinvestitionen gilt festzuhalten, daß zwar auf der Mikroebene etwa eines Unternehmens mit einem sehr engen Produktionsprogramm bestimmte Arbeitsplätze gefährdet werden, daß auf der Makroebene der Branche oder gar der Volkswirtschaft dagegen ein partieller Exportverlust durch den vermehrten Export anderer Güter ersetzt bzw. überkompensiert wird. Angesichts der ungenügenden Quellenlage ist eine vertretbare Quantifizierung der einzelnen Ar-

Karl Kühne: Britische Linke und deutsche Verantwortung

beitsplatzeffekte weder auf Branchenebene noch für die gesamte Volkswirtschaft möglich.

Wohl aber lassen die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchungen erkennen, daß die deutschen Direktinvestitionen in ihrer bisherigen Struktur volkswirtschaftlich nicht zu einem endgültigen Arbeitsplatzverlust, sondern eher als notwendige Stütze der Exporte zur Arbeitsplatzsicherung beigetragen haben.

In der Euphorie über die Volksabstimmung zugunsten des Verbleibs Großbritanniens in der EG wurde vielfach eines vergessen: daß sich ein tiefer Spalt durch die europäische Arbeiterbewegung zieht. Mit der britischen Linken stehen immer noch große Teile der französischen und dänischen Linken der Gemeinschaft negativ gegenüber, obwohl andererseits die italienischen Kommunisten deren Vorteile für das Proletariat erkannt haben.

Wir haben als gute Europäer die Entscheidung der britischen Wählerschaft gefeiert; die Bundesrepublik gehörte sicherlich zu den Befürwortern des Verbleibens unseres britischen Partners. Andererseits konnte man es der Linken vielleicht nicht verargen, wenn sie einige Sympathie jener Schar der Aufrechten auf dem linken Labour-Füßal entgegenbrachte, die den Gemeinsamen Markt ablehnte, zumal sie inzwischen aus anderen Lagern erheblichen Zuzug bekamen.

Die eine wie die andere Haltung – die Haltung der britischen Wähler wie der kontinentalen Beobachter – war dabei weit mehr von sentimentalen Faktoren und Gefühlsmomenten bestimmt als von sachlichen, dokumentarisch belegbaren Überlegungen. Um so wichtiger ist es, sachliche Gegensätze nicht totzuschweigen, sondern unter Sozialisten auszudiskutieren.

Dabei dürfte das Hauptproblem ein doppeltes sein: Die Gemäßigten unter den europafeindlichen Sozialisten haben Sorge, ob in der EG die Vollbeschäftigung gesichert erscheint – ob ihr nicht eine Art innere Deflationstendenz innewohnt, vor allem genährt von deutscher Inflationsangst. Die weniger Gemäßigten befürchten, mit dem Abbau der nationalen Souveränität, die wie eine Art Regionalpolitik großen Stils wirkt, würden die Randgebiete relativ verelenden.

Die Radikalen endlich sehen in der EG nur einen gigantischen Trick zur Förderung der Macht multinationaler Konzerne. Diese letztere These kann man wohl noch am ehesten widerlegen: Die Großkonzerne haben seit jeher am leichtesten Mittel und Wege zum Überspringen der Grenzen gefunden; zuweilen haben sie sogar für steuerliche Manipulationen bzw. zum Gegeneinanderausspielen die nationalen Grenzen ganz nützlich gefunden. Die Integration, die auch zur internationalen Gewerkschaftsverschmelzung führt, wirkt sich eher gegen als für die Großkonzerne aus. Jedenfalls hatten diese sie kaum nötig.

Zur Frage der Regionalpolitik ist zu sagen, daß die Vorteile eines abgeschirmten Kleinstaatss bestenfalls im Zurückhalten der sonst abströmenden lokalen Kapitalbildung liegen können; aber das müßte bei echter Solidaritätshilfe durch die reichen Länder doch bei weitem überkompensiert werden. Hier soll nur auf die Vermutung von Defla-

tionpolitik durch die Bundesrepublik eingegangen werden.

Das harte Wort vom „eigenen Haus“

Was können wir dem entgegenhalten? Es gibt das alte Argument, es müsse „ein jeder erstmal sein eigenes Haus in Ordnung bringen“. Das riecht nach altväterlichen Rezepten klassisch-kapitalistischen Stils, wie sie von manchen internationalen Kreditgremien auch heute noch Ländern auferlegt werden; die ins Defizit geraten: In der Praxis bedeutet das, die Regierungen sollten ihre Ausgaben drastisch kürzen, also Deflation treiben, und noch mehr Arbeitslosigkeit schaffen, als sie ohnehin haben. Demgegenüber muß man erwidern: **Erstens:** Ist das ja gerade die Anomalie, die man uns Deutschen vorwirft: daß gerade wir relative Deflation getrieben haben, obwohl wir ein Überschußland sind; und ähnlich geschah es in den USA.

Zweitens: Würden nun zu allem Überfluß die Industrieländer mit hohen Zahlungsbilanzdefiziten auch noch stärker Deflation treiben, dann müßte die Welt ganz zweifellos in eine Depression größeren Ausmaßes hineinrutschen – dann wenn jedermann, „arme“ wie „reiche“ Länder, seine eigene Nachfrage drosseln wollte, so würde die effektive Weltnachfrage entsprechend sinken und die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wiederkehren.

Drittens: Das „eigene Haus in Ordnung bringen“ kann man indessen auch mit anderen Mitteln: nämlich der Drosselung der Einfuhr. Das „Floatenlassen“ der Währungen Großbritanniens und Italiens diene bereits dazu – die künstliche Preiserhöhung für die Einfuhrgüter, wie sie eine de-facto-Abwertung bringt, wirkt so gut wie ein hoher Einfuhrzoll. Die Italiener haben schon zweimal mit Bardepotzwang für Importe und Devisenabgabe so etwas ähnliches noch zusätzlich verhängt und wären damit fast aus der EG ausgesichert. Nur zeitweilig schien angesichts ihrer Binnenrezession die Einfuhr nach Italien soweit gedämpft worden zu sein, daß sie wieder reumütig in den Schoß der Zollunion zurückkehren konnten; aber das Phänomen könnte sich tagtäglich wiederholen.

In der Tat: Die Zugehörigkeit einer Reihe von armen Ländern zur EWG – kommt Griechenland in zwei Jahren hinzu? – hat vielfach das herbe Wort von den „Armenhäusern Europas“ provoziert, die man sammeln zu wollen scheine; aber man kann den Spieß auch umdrehen: Tatsächlich war es ein Argument der EWG-Gegner in England, man könne sich nur bei Ausscheiden durch Zollmauern und analoge Instrumente gegen Überschwemmung mit billigen Einfuhrgütern und dementsprechende Einfuhrüberschüsse wehren, also gewissermaßen Regionalpolitik großen Stils – das ganze Land als Region gesehen! – treiben. Das schlägt natürlich

dem klassischen Freihandelsdenken und der Idee eines Maximums von Weltproduktivität durch Wegfall der Handelshemmnisse ins Gesicht – aber es greift die alte Listische Konzeption vom „Erziehungszoll“ wieder auf, in anderem Gewande.

Zu niedriges Produktivitätsniveau?

Wir könnten als zweites Argument anführen, die Produktivität der Wirtschaft unserer Partnerländer sei eben zu niedrig, und diese müßten sie heben – zum Beispiel dadurch, daß sie mehr investieren und weniger konsumieren.

Diesem Argument scheint eine Kalkulation Recht zu geben, die einmal vom „Economist“ aufgemacht wurde: Etwa 8 Millionen westdeutsche Industriearbeiter produzieren (in konstanten Preisen von 1970) rund 54 Milliarden £ – also 6500 £ pro Arbeitnehmer. In der britischen Industrie arbeiten etwa ebensoviel Arbeitnehmer, produzieren aber nur für 15 Mrd. £ – weniger als 2000 £ pro Mann.

Der „Economist“ zog den Schluß: ... Ein Deutscher produziert mehr als drei Briten. In anderthalb Tagen produziert er mehr, als der britische Arbeiter in einer Woche. Der Deutsche hat mehr und bessere Maschinen. Er ist manchmal besser ausgebildet und fachlich geschickter. Das erklärt einen Teil der Differenz. Aber er arbeitet auch härter, streift weniger und – vor allem – verlangt nicht, daß mehr als zwei Mann die Arbeit für einen tun ...“

Man muß etwas statistisches Wasser in diesen Wein gießen: Die Zusammensetzung der britischen Industrie ist anders als die der deutschen; das Zurückhängen der ersteren wird teilweise von besseren Leistungen im Dienstleistungssektor aufgewogen. Das britische Preisniveau ist im Schnitt für Binnenverbrauchsgüter niedriger als das deutsche; das drückt auch die Vergleichsziffern zuungunsten der Briten.

Das eigentliche Problem Großbritanniens in kurzer Sicht

Eigentlich müßte deshalb der britische Export florieren wie nie zuvor; das Problem ist allerdings, daß die Importe in jedem Aufschwung rascher wachsen. Aber eigentlich ist die augenblickliche Notsituation nichts anderes als eine Vertrauenskrise. Die Eigner kurzfristiger Sterlingsguthaben haben dieses Vertrauen noch vor wenig mehr als einem Jahr durchaus gehegt: In 15 Monaten bis zum März 1976 brachten sie – hauptsächlich die Ölreiche rund 2,5 Mrd. £ ins Land, um dann bis zum Herbst 1976 wieder anderthalb Milliarden £ abzuführen. Man muß sich fragen, ob das nicht auch etwas mit der Spekulation auf den erwarteten Weltaufschwung zu tun hatte; da Großbritannien in der

Konjunkturphase zurückging, erhoffte man sich größere Gewinne in einem Lande, das gute Exportchancen hätte.

Wie dem auch sei: Im Zeichen der sinkenden Pfundkurse hat man dann bis Herbst das Zinsniveau hinaufgeschraubt, auf 15 Prozent und höher, in der Hoffnung, damit Sterlingguthaben zu halten. Damit wurden die Kosten für die Kreditaufnahme des Staates künstlich erhöht, die für das nächste Jahr auf rund 11 Mrd. £ geschätzt wird, und gleichzeitig wurden die Bautätigkeit und langfristige Investitionen gedrosselt. Und nun kam der Ruf nach Kürzungen des Haushalts zur Drosselung des Defizits — ein Ruf, der guten Sinn gehabt hätte, wenn sich der Aufschwung durchgesetzt hätte, der aber in der fortdauernden Rezession an Brüningische Mentalität gemahnt, vor allem in der Form, wie er einmal vom Schatzkanzler geäußert worden sein soll: „Je niedriger das Wachstum, desto größer müssen die Kürzungen sein . . .“

An sich kann der Staat nichts anderes tun als sich verschulden, wenn die übrigen Sektoren gläubigerpositionen den Ausgaben, z. B. für Investitionen, vorziehen. Das „Angstsparen“, das in früheren Rezessionen gemäßigt blieb — 8,7 Prozent des Volkseinkommens 1961, 9 Prozent 1966 —, fohert mit 13–14 Prozent wahre Orgien, trotz oder wegen der Inflation.

Wenn man die Zinsen senken könnte, würde das Defizit des Staates um rund 4 Mrd. £ bei Konsolidierung der Staatschuld verringert werden können. Würde das „Angstsparen“ aufgehört, würde das Defizit durch Verbrauchs- und Einnahmestelgerung des Staates nochmals um rund 3 Mrd. sinken. Das Restdefizit wäre normal tragbar und würde keine Brüningische Sparpsychose auszulösen brauchen.

Alles steht und fällt somit mit einer Währungs-garantie für die Sterlingguthaben der „Scheichs“ und anderer. Könnte Deutschland diese angesichts seines Gold- und Devisenberges nicht übernehmen, vielleicht mit Gemeinschaftsunterstützung? Damit könnte Großbritannien sich in den normalen, wenn auch bisher (wegen solcher Krisenherde) langsam anlaufenden Weltaufschwung einschalten, und es wäre wieder möglich, in diesem Lande sozialistische Politik zu machen.

Dort, wo Kapitalflucht eintritt, werden natürlich die Investitionsmöglichkeiten von der Angebotsseite her verschlechtert. Das ist zweifellos der Fall in Großbritannien: Hier hat der „Economist“ kürzlich einmal herausgerechnet, wie diese Kapitalflucht zustandekommt, im Wettlauf zwischen Inflation und hohen Zinssätzen: Letztere tendieren dazu, Kapital im Lande zu halten; erstere verjagt es, in dem Maße, wie die Inflationsrate des Landes höher ausfällt als die des Auslandes. In Ziffern für drei Monate gerechnet lief die britische Inflation dem OECD-

Durchschnitt im Februar 1976 um 7,7 Prozent rascher davon — Zinssätze für britische Schatzbriefe lagen aber nur um 1,1 Prozent höher als für US-Dreimonatsschatzbriefe. Damit trat ein Realverlust ein, der zur Abrufung kurzfristiger Gelder aus London führte und letztlich den dortigen Währungsverfall beschleunigte. Seit April 1976 ist nun aber nach dem „Economist“ dieses Gefälle beseitigt worden; die relativen Zinssätze in Großbritannien bringen sogar 2 Prozent mehr als die „Differentialinflation“ ausmacht. Wenn daraufhin nicht wieder Guthaben zurückströmen, so dürfte dies auf die psychologischen Nachwehen der vergangenen Verluste zurückzuführen sein.

Die Alternative zu einer Wiedereinschaltung Großbritanniens in den — mittlerweile allerdings gefährdeten — Weltaufschwung kann nur sein, daß das Land in seinem Realeinkommensniveau auf den Status Italiens und weiter auf den relativ unterentwickelter Gebiete, wie Süditaliens und Spaniens zurücksinkt.

Vor allem aber gilt eines: Wenn Großbritannien tatsächlich einem unterentwickelten Lande gleichkommt, dann müßte der Ausgleichsmechanismus darin bestehen, daß deutsches Kapital nach dorthin strömt, um Kapitalausrüstung und Produktivität zu verbessern. Aber eben dieser Kapitalstrommechanismus hat bisher nicht funktioniert. Kann er ohne Dirigismus funktionieren? Die Erfahrungen mit der „Dritten Welt“ deuten nicht darauf hin — hätte man sich dort auf private Kapitalströme verlassen wollen, bestünde überhaupt keine Chance zur Überbrückung des Niveauunterschiedes, der hier klappt. Die Myrdalsche Theorie, wonach arme Regionen die reichen mit ihrem Sparkapital alimentieren, droht mit den Kapitalfluchtendenzen in Italien und Großbritannien auf die europäische Ebene transportiert zu werden. Demgegenüber sind die Subventionen im Rahmen des europäischen Systems, selbst im Agrarmarkt, nur eine winzige Kompensation.

Quintessenz: Britische Armut und niedrige Produktivität spiegelt auch die mangelnde Bereitschaft reicherer Länder zur Investition auf der Insel. Am eigenen Zopf ziehen sich die ärmeren Länder kaum aus dem Sumpf. Aber in den Verhandlungen um den Regionalfonds — wie um die Sozialfonds — hat sich gezeigt, wie sehr wir zögern, öffentliche Gelder in ärmere Länder fließen zu lassen.

Das Inflationsargument

Drittens kann man deutscherseits sagen: Jeder ist sich selbst der Nächste. Wir wollen eben „Stabilität“ — und das heißt möglichst stabile Preise, zum Teufel mit der Außenwelt!

Diese Denkweise hat uns zwar bis zum Herbst 1974 und dann wieder ab Herbst 1975 eine Flut von Bestellungen für die deutschen Exportfirmen

gebracht, womit wir über die Weltkonjunkturlage wie über die eigene Konjunktursituation hinwegtäuscht wurden.

Ende 1974 sank die Flut wieder ebenso abrupt zurück. Das sinkende Sozialprodukt der anderen Länder ließ deren Einfuhr sinken. Mehr als fünfzehn Millionen Arbeitslose in den OECD-Ländern, fast neunseinhalb in den USA, über 4 (jetzt 5!) in der EG drückten auf den Welthandel. Zwei Millionen Arbeitslose und Teilbeschäftigte belasteten den deutschen Binnenmarkt, ganz zu schweigen vom Kaufkraftaufschlag einer halben Million abgewandelter Gastarbeiter.

Nach den Berechnungen des britischen National Economic Institute dürfte das Welthandelsvolumen 1975 um 6-7 Prozent gesunken sein. Die Europäische Kommission rechnet nur mit einem Rückgang der Weltimporte von 4 Prozent, gibt aber für die EWG selbst ein Minus von 6,5 Prozent für 1974/75 zu. Wir haben mit unseren (und den niederländischen, amerikanischen, japanischen) Überschüssen sehr nachhaltig zu den Schrumpftendenzen durch Kaufkraftentzug beigetragen — nicht nur die Araber.

Und was haben wir erreicht? Papierene Ansprüche gegen die Außenwelt haben wir für Güterexporte gestapelt. (Siehe in diesem Zusammenhang auch in NG 11/76 Josef Börg/Friedrich Foh, die sich für eine andere Nutzung der Währungsreserven einsetzen.) Mit dem Sieg über die Inflation, gekoppelt mit Arbeitslosigkeit, haben die Deutschen die Sparwut in der Rezession noch gesteigert: Sind sie doch ohnehin bekannt dafür, daß sie zur Pessimismus-Reserve, zur frühen Konsumsättigung und zu Aneparung statt Ratenkäufen stärker neigen als z. B. die Amerikaner, bei denen der Anteil des privaten Sparens am Sozialprodukt nur die Hälfte des unsrigen ausmacht: Im ersten Halbjahr 1976 betrug die Sparquote in der Bundesrepublik 16,8 Prozent, in Großbritannien 13,8 Prozent, in den USA 9,1 Prozent, die marginalen Sparquoten lagen gar bei 32,4, 21,8 und 16,5 Prozent.

Die Depression begann vor der Ölkrise

Es ist falsch zu glauben, die Araber hätten den Weltkonjunkturrückschlag ausgelöst. Der begann schon spätestens seit dem 2. Vierteljahr 1973 mit dem Absinken der Wohnungsbaulnvestitionen und dann der Industrieinvestitionen in den USA, Japan und der Bundesrepublik — nach mehrjähriger Stagnation der Anlageinvestitionen in unserem Lande, eigentlich schon seit den sechziger Jahren.

Tatsache ist, daß von einer Fortsetzung keynesianischer Traditionen bei den meisten Regierungen der Industrieländer und speziell in der Bundesrepublik keine Rede mehr sein kann. Vielmehr hat allem Anschein nach die ultraliberale Geldtheorie à la Milton Friedman auch sozialistisch geführte Regierungen soweit überzeugt, daß man sich mehr und mehr, vielleicht sogar einseitig auf das „Greifen“ der monetären Politik verläßt und auf Versuche zur Durchsetzung antizyklischer Tendenzen in der Fiskalpolitik weitgehend verzichtet.

Paradox ist dabei nur, daß man Friedman offenbar falsch interpretiert, denn der hat zwar die Geldpolitik rehabilitiert, wollte aber nur ihren Einsatz zur Stabilität der Geldmengenvermehrung in ganz langen Zeiträumen. Statt dessen hat man seine Theorie zur Begründung für eine Hochzinspolitik bis tief in die Rezession hinein mißbraucht. Und in dieser Gestalt feiert sie heute in Großbritannien und Italien Orgien der Investitionsdepression.

Das Auseinanderfallen der Preiseniveaus

Zuviel Deflation heute bringt aber zuviel Inflation übermorgen auch für uns! Betrachten wir die bisherige Preisentwicklung: Zur Enttabilisierung haben die zunehmenden Schwünge in den verschiedenen Preiseniveaus entscheidend beigetragen. In der Regel steht man sie nur in der Form der Steigerungen der Konsumgüterpreise:

Tabelle I

Durchschnitt	1968-72	1973	1974	1975	1976
Italien	5,1	12,1	20,2	17,4	17,0
Großbritannien	5,6	8,7	15,4	22,0	16,0
Frankreich	5,3	7,1	13,9	11,5	9,5
Belgien	3,5	6,0	13,0	12,1	10,0
Niederlande	6,0	8,8	10,0	10,5	9,5
Bundesrepublik	3,8	7,0	7,3	6,1	5,0

Quelle:

EWG-Kommission, Jahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft, Brüssel, 20. 10. 1976, Anhang, Tab. 1.

Aber unter dem gleichzeitigen Druck sektoraler Preis- und Lohnbewegungen und der Wechsel-

kursänderungen sehen die Bewegungen der Exportpreise sehr viel brutaler aus:

Tabelle II

	1973	1974	1975	1976 *	Von 1972 bis zum 3. Vj. 1975
Italien	+ 13,8	+ 43,0	+ 22,0		+ 61
Großbritannien	+ 13,5	+ 26,1	+ 22,5	+ 10,0	+ 47
Frankreich	+ 9,7	+ 20,0	+ 11,0	+ 7,0	+ 58
Belgien	+ 8,2				+ 44
Niederlande	+ 8,5	+ 28,8	+ 8,0		+ 57
Bundesrepublik	+ 3,5	+ 15,1	+ 9,5	+ 7,5	+ 49
Japan					+ 51
USA					+ 64

* Schätzung

Quelle: Bundesbank, Monatsbericht Februar 1976, S. 32

Man sieht hier deutlich, daß zwar die deutschen Exportpreise stärker stiegen als die Konsumgüterpreise der großen EWG-Partner, aber die de-facto-Abwertung des „Floatens“ gar nichts nützte: Ihr Exportprelniveau explodierte buchstäblich 1974, und es läuft auch 1975 noch rascher davon als das Binnenprelniveau. Sie bekamen keinen Wettbewerbsvorsprung gegenüber Deutschland.

Das ist größtenteils mit der noch drastischeren Zunahme der Importpreise zu erklären, die wiederum teils währungsbedingt, teils (1974) durch die Rohstoff- und Ölpreisentwicklung zu erklären sind:

Der generelle Abschwung der Importpreise 1974 wirkte sich wiederum relativ günstiger für die Gesamtpreislage in der Bundesrepublik und die Niederlande aus. Wir bezahlen im Grunde für unsere niedrigeren Preise mit der Ansammlung paperener Devisenansprüche über unsere Außenhandelsüberschüsse, d. h. im Grunde mit relativem Konsumverzicht.

Wir treiben die andern zum separaten „Floating“ und damit zur Währungsentwertung

Die Quintessenz dieses Vergleiches ist eine unausweichliche Schlußfolgerung: Solange die de-facto-Aufwertung weniger als die Hälfte der Exportpreiserhöhung in der Bundesrepublik trotz Preiserhöhung in den de-facto-Abwertungsländern beträgt, werden diese weiter zur Währungsentwertung — und auf längere Sicht zum Ausscheren aus der Gemeinschaftsdisziplin — regelrecht getrieben.

Damit aber steigen deren Importpreise, selbst wenn das Weltrohstoff- und Nahrungsmittelprelniveau sinkt. Das wiederum nährt antizipative Lohnanhebungen, Streiks usw., womit die Exportpreise

dieser Länder wieder angeheizt werden — und der deutsche Vorsprung noch größer wird.

**Ein tödlicher Kreis —
für Integration und Weltstabilität?**

Diese Länder kommen somit aus dem tödlichen Kreis nie heraus, so lange nicht eines von drei Dingen — oder alles zusammen — passiert:

- Entweder wird die deutsche Wirtschaft stärker angeheizt als die des Auslandes, womit das deutsche Prelniveau vielleicht, sagen wir, schlimmstenfalls um 6–8 statt 4 Prozent steige — also immer noch schwächer als das des Auslandes;
- oder der mitteleuropäische Währungsblock gibt den Ländern mit schwacher Währung so starke Währungshilfe, daß ihr Währungsverfall gestoppt wird und ihr Binnenprelniveau nicht mehr unter Importpreldruck steht;
- oder die Entwicklung geht so weiter wie bisher, und die Zerreißprobe wird so stark, daß der Zusammenhalt der Gemeinschaft bedroht wird, weil die schwachen Länder die Importe mit protektionistischen Mitteln drosseln müssen.

Im dritten Fall kommt die Gemeinschaft insgesamt sowieso in verstärktem Depressionsdrill. Im ersten Fall müßten wir bewußt ein wenig mehr Inflation hinnehmen, um Europa und vielleicht auch die Weltstabilität retten zu helfen, gleichzeitig aber auch die Solidarität und Aufgeschlossenheit sozialistischer Parteien, die nicht mehr Angst haben müssen, an den Bremsklotz Deutschland gebunden zu sein, der sich vielleicht ein unausgenutztes Produktionspotential und eine Arbeitslosigkeit leisten kann, die anderen das Genick bräche. Ist die Angst

Kurt Mattick: Was tut sich im östlichen Mittelmeerraum?

vor einer Vergangenheit, die ein halbes Jahrhundert zurückliegt, stärker als der Mut zur gemeinsamen Zukunft?

Mit einer Wiederkehr des Protektionismus ist darüber hinaus auch die zukünftige Weltstabilität bedroht: Die Rezessionen der Zukunft werden durch Drosselung der Welthandelsentwicklung verschärft, und in den einzelnen Ländern wird die Tendenz zur inflationären Entwicklung insoweit gestelgert, als billigere Importe ausgeschaltet werden.

Zypern macht zur Zeit keine Schlagzeilen, obwohl nach wie vor die Türken 42 Prozent des Territoriums besetzt halten, 200 000 Flüchtlinge ihre Heimat verloren haben und zum großen Teil auf ihre Rückkehr warten oder hoffen. Das Inselvolk, wenn auch ohne Mauer und Stacheldraht, ist genau so geteilt und die Menschen voneinander getrennt, wie in Deutschland. Im griechischen Teil ist das Leben — bis auf übrig gebliebene Flüchtlinge — durchaus erträglich. Viele haben sich eine neue Existenz geschaffen. Es geht materiell nicht schlecht und langsam aufwärts. Im türkischen Teil ist trotz des Siegeszuges der Türken im letzten Feldzug der Lebensstandard wesentlich niedriger, und sehr viele zyprische Türken warten sicher ebenso sehnsüchtig auf die Wiederherstellung der Gemeinsamkeit wie die auf Rückkehr hoffenden Griechen.

Der touristische Fremdenverkehr ist beinahe auf Null gesunken, obwohl er einmal eine entscheidende Devisen- und wichtige Beschäftigungsquelle war. Makarios thront nach den parlamentarischen Wahlen vom September als gewählter Präsident des griechischen Teiles, und wie wir es vorausgesehen haben, steht er unter dem Druck der Kommunisten, denen er seine Wiederwahl durch Manipulation verdankt. Nun muß er unter dem Druck der Kommunisten im Frühjahr Kommunalwahlen durchführen, wo sicher die Kommunisten ihre Fahne zeigen, d. h. ihre wirkliche Stärke demonstrieren werden. Makarios ist sicher zu Frieden, daß er zu keinem Kompromiß gezwungen wurde. Soweit man erkennen kann, hoffen er und die griechische Führung auf der Insel auf den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, daß dieser die Türken ausreichend in die Zange nehmen kann (durch Sanktionen, besonders in bezug auf militärische Hilfe) und die Türken zum Nachgeben gezwungen werden. Im übrigen gehört die Bereitschaft von Makarios und seiner Mannschaft, den langen Weg des Widerstandes gegen die Türken zu organisieren, weiterhin zu den Faktoren, die für die weitere Entwicklung in Rechnung zu stellen sind. Denktasch, der gewählte Präsident im türkischen Teil der Insel, rechnet mit der Zeit. Zwar hat die türkische Regierung es ihm verwehrt, den türkischen Inselteil in einen selbständigen Staat zu verwandeln,

aber er geht sicher davon aus, daß die türkische Regierung zahlen muß. Alle Schwierigkeiten in seinem Inselteil kann er vorläufig auf die türkische Regierung und die türkische Besetzung abwälzen.

Die türkische Regierung – uneinig in ihrer Koalition – ist ebenso unfähig zu einem Kompromiß wie es Makarios und Denktasch bisher waren und wohl auch bleiben. Nebenbei bemerkt zahlen wir an die Insel Kapitalhilfe, die aber nur dem griechischen Teil zugute kommt.

Die amtierende türkische Regierung unter Führung von Demirel ist ohne jede Initiative in Richtung eines Kompromisses, der den Frieden auf der Insel wieder herstellen könnte. Obwohl der Führer der Opposition, Ecevit, dem Ministerpräsidenten im vergangenen Jahr seine volle Unterstützung im Falle eines erreichbaren Kompromisses zugesagt hat und die militärische Führung ebenfalls an einer Lösung des Problems interessiert ist, weil diese vor allen Dingen die Wiederherstellung der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und der NATO wünscht, gab es in der Koalition der Regierung keinerlei Möglichkeit, sich über einen tragbaren Kompromiß für alle Beteiligten zu verständigen. Ecevit selbst ist daher der Auffassung, daß diese Regierung außer Stande ist, mit dem Problem fertig zu werden und setzt auf die Neuwahlen in der festen Hoffnung, daß es dann eine von ihm geführte Regierung geben wird. Diese Neuwahlen sind im Herbst 1977 fällig. Es gibt Gerüchte, daß aufgrund der schlechten Lage in der Türkei in Kreisen der heutigen Regierung der Gedanke erwogen wird, die Wahlen zu verschieben. Das heißt also, einen kleinen Staatsstreich durchzuführen, um zu verhindern, daß Ecevit Ministerpräsident wird. Man zieht dabei die umfangreichen Studentenunruhen mit ins Kalkül und erwägt den Gedanken, gegen diese studentischen Unruhen das Kriegsrecht zu verhängen, um damit zu begründen, daß es während dieser Periode keine freien Wahlen geben kann. Es wird notwendig sein, daß in solchem Falle eine ernste politische Intervention bei der türkischen Regierung erwogen wird. Schließlich handelt es sich bei der Türkei um einen NATO-Partner, der bestrebt ist, möglichst schnell Mitglied der EG werden zu können, der Mitglied des Europarats ist und des-

sen Ministerpräsident die Schlußakte der KSZE in Helsinki mit unterschrieben hat. Wie es scheint, gibt es auch ernsthafte Überlegungen, wie weit sich die türkische Regierung mit der Sowjetunion auf verstärkte ökonomische Beziehungen einlassen könnte, jedoch bisher ohne dabei NATO-Interessen aufzugeben.

Die Sowjetunion steht dem Ganzen „Gewehr bei Fuß“ gegenüber, läßt aber ihr Interesse an einer engen Zusammenarbeit deutlich erkennen. Es muß gesagt werden, daß von Seiten der türkischen Regierung eine ernsthafte Initiative in Sachen Zypern jetzt nicht zu erwarten ist, obwohl es doch wohl außer Zweifel stehen muß, daß die türkische Regierung aufgrund ihrer Position, die sie sich militärisch auf der Insel verschafft hat, zunächst ein Angebot machen müßte. Die griechische Regierung hat sich im vergangenen Jahr bemüht, aus der Verantwortung für Zypern so weit wie möglich auszuscheiden. Während die türkische Regierung bereit war, sich bei der Wiederaufnahme der interkommunalen Gespräche zwischen den Zypern-Griechen und den Zypern-Türken an der Bildung von Ausschüssen zu beteiligen, lehnte die griechische Regierung jede Beteiligung ab. Sie blockierte damit die Wiederaufnahme der interkommunalen Gespräche. Die türkische Regierung wird sich im Konfliktfall darauf berufen. Sicher ist es für Karamanlis, den griechischen Ministerpräsidenten, innenpolitisch ebenfalls kompliziert. Er ist wohl in der Regierung stark genug, um sich durchzusetzen, aber die Opposition befand sich z. Z. der akuten Krise in einem nationalen Rausch, wo mehr von Ehre und Moral, als von Logik und einer den Menschen dienenden Politik die Rede war. Es wird schwer, sie für Kompromisse zu gewinnen.

Griechenland befindet sich in einer unruhigen Situation. Die Opposition war in den letzten Wochen bemüht, zu einer gemeinsamen Haltung zu kommen, um eine Union der Opposition im Parlament für die bevorstehenden Wahlen aufzubauen. Maßgeblich an dieser Absicht beteiligt ist Papandreou, Führer der linkssozialistischen Partei. Er ist ein entscheidender Verfechter für eine harte Linie gegenüber den Türken und ging schon soweit, daß er der Regierung nationalen Verrat vorgeworfen hat.

Joachim Bauer: Zur industriellen Entwicklung in der Dritten Welt Formen konkreter ökonomischer Abhängigkeit

Allerdings fühlt sich Karamanlis im Augenblick so sicher, daß er sich mit dem Gedanken trägt, in Griechenland die Parlamentswahlen vorzuziehen und dann die Aufgabe des Staatspräsidenten zu übernehmen. Wie zu erfahren war, bereitet Karamanlis eine Reise nach Moskau vor. Moskau bemüht sich zur Zeit, die Fortsetzung der Balkankonferenz zu blockieren. Dies sollte uns nicht wundern, da die Balkankonferenz die erste Konferenz ist, in der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes sich in einer anderen Union mit Kräften außerhalb des Warschauer Paktes und sogar mit Mitgliedstaaten der NATO zu organisieren beabsichtigen. Es ist wahrscheinlich, daß Karamanlis in Moskau auch über diese Fragen sprechen wird.

In diesen Tagen haben die beiden Außenminister Griechenlands und Jugoslawiens eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit verabredet, vielleicht um von dieser Gemeinsamkeit aus die Balkankonferenz zu forcieren, wenn es sein muß eben auch an Bulgarien, das von der Sowjetunion gesteuert wird, vorbeil.

Dies ist die Lage. Gehen wir davon aus, daß die Türkei, Griechenland und der zyprische Präsident Makarios die Schlußakte der KSZE in Helsinki unterschrieben haben, daß die Türkei und Griechenland NATO-Mitglieder sind, daß sie gemeinsam im Europarat sitzen und der EWG zustreben, darf man wohl die Frage stellen, ob es den Partnern der Streitenden nicht erlaubt ist, sich dann als Vermittler anzubieten, wenn auf längere Sicht eine Verständigung unter den Beteiligten nicht zustande kommen sollte. Es geht hier letztlich um die Existenz des Bündnisses, das die Verpflichtung hat, mit allen Partnern Frieden zu erhalten und Konflikte durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt zu lösen. Die Beteiligten müssen wissen, daß der Kreis der Betroffenen, wenn es zur Katastrophe kommt, sehr viel weiter ist und bei den Betroffenen die Beteiligung besteht, sich darum zu bemühen, eine Katastrophe zu verhindern.

Wachstumskrisen im Verlauf der Jahre 1873 bis 1896 waren der Ausgangspunkt für den Marsch westlicher Wirtschaftsunternehmen in den Süden der Welt. Jetzt soll das 100jährige Nord-Süd-Verhältnis, längst zum festen Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung geworden, relativ rasch verändert werden. Wer ändert sich schon gerne in so hohem Alter? Doch diesmal muß es sein.

Zu den Maßstäben einer solchen Veränderung hat es eine gute Diskussion gegeben. Es ist Erhard Epplers Verdienst, mit Gründlichkeit erläutert zu haben, warum es kein Beitrag zur Zukunft des Südens ist, die Entwicklungsgesellschaften ökonomisch weiter auf die Industrieländer auszurichten, einfach „unsere Lebensweise, unsere Produktionsform und unsere politischen und gesellschaftlichen Strukturen zu exportieren.“

Eine intensive öffentliche Diskussion darf nun bei den Einzelschritten unserer Politik nicht haltmachen. Wir müssen verstehen, was in Nairobi verhandelt wurde und womit sich der Pariser Dialog befaßt. An dieser Stelle soll ein kleiner Beitrag geleistet werden, indem untersucht wird, welche Lage sich aus der privaten Investitionstätigkeit großer ausländischer Investoren für die Entwicklungsländer ergibt. Das wird Abhängigkeiten illustrieren, aber auch zu einigen Vorschlägen führen.

„Privatwirtschaftliche Zusammenarbeit“

Direktinvestitionen in den Ländern der Dritten Welt sind in hohem Maße auf wenige große Unternehmen konzentriert. Auslandsaktivitäten setzen große Kapitalreserven, Kenntnisse auf den internationalen Märkten und Know-how zum produktiven Einsatz der Mittel voraus. Von vielfachen Aktivitäten mittelständischer Unternehmen, häufig bedeutsam wegen der Beispielhaftigkeit ihrer Projekte, abgesehen, sind Engagements in den Entwicklungsländern zu einem Reservat multinationaler Unternehmen geworden. Sie haben, was die Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas nicht haben: Investitionskapital und Produktionstechnologien.

Das Interesse der Entwicklungsländer ist es, durch ausländische Investitionen ihre Importabhängigkeit abzubauen, ihre Zahlungsbilanzen nicht noch schlechter werden zu lassen, gegen die Arbeitslosigkeit anzugehen, das pro-Kopf-Einkommen anzuhoben und ihren öffentlichen Haushalten Steuern zuzuführen. Schließlich sollen von den ausländischen Investitionen fördernde Impulse auf die heimische Wirtschaft des Entwicklungslandes ausgehen (sog. Inkaage-Effekte).

Das Interesse der Investoren zielt dagegen auf Verbesserung ihrer Wettbewerbsposition. Sie suchen den verbilligten Zugang zu Rohstoffen und die Verbilligung arbeitsintensiver Fertigungsprozesse.



Zusätzlich geht es – gegebenenfalls – um die Erschließung des einheimischen Marktes.

Transfer von Kapital?

Den Entwicklungsländern fehlt Kapital. Die realen Entwicklungshilfeleistungen der wichtigsten Industrieländer sind in den letzten zehn Jahren um 30 Prozent zurückgegangen. Das hat die Stellung der großen Unternehmen in den Entwicklungsländern als Kontrolleure der weltweiten Kapitalreserven noch gestärkt. Was tun sie für den erwünschten Kapitaltransfer?

Die anfängliche Kapitalzusammensetzung von 64 durch G. L. Reuber untersuchten Investitionsprojekten in Entwicklungsländern zeigt: Die Investoren fegen zuerst den ohnehin kümmerlichen, aber billigeren Kapital- und Kreditmarkt des Entwicklungslandes selbst aus, bevor sie höherverzinsliche Gelder aus den Herkunftsländern in ein Projekt eingeben. In der Gesamtheit aller untersuchten Fälle waren die Entwicklungsländer mit 20 Prozent Beteiligungs- und 20 Prozent Kreditkapital an der Gesamtfinanzierung beteiligt. Dieses Geld steht heimischen Investoren nicht mehr zur Verfügung.

Immerhin erhält das Entwicklungsland in der Aufbauphase damit noch rund 60 Prozent ausländisches Kredit- und Beteiligungskapital. Im Verlauf der Produktion indessen verkehren sich die Verhältnisse völlig in ihr Gegenteil. Innerhalb von zehn Jahren fließen nunmehr bis zu doppelt so viel Gelder (in Einzelfällen noch viel mehr) als transferierte Gewinne aus dem Entwicklungsland ab als hinein. Nur die deutschen Unternehmen, international noch nicht sehr lange wieder in großem Umfang tätig und mit ihren Projekten insgesamt noch in der Anlaufphase, haben den Entwicklungsländern statistisch bisher zu einem Nettozustrom von Kapital verholfen (1966–1970: 3,5 Mrd. DM). Im weiteren Verlauf und bei Ausreifung der deutschen Projekte dürften sich leider auch die deutschen Zahlen denen US-amerikanischer und britischer Unternehmen angleichen, durch deren Aktivitäten 1961–1970 aus den Entwicklungsländern 17,7 Mrd. Dollar bzw. 0,8 Mrd. Pfund (diese Zahl ohne Ölwirtschaft) netto abgeflossen sind.

„Tax planning“

Oft setzen Besteuerung oder andere gesetzliche Bestimmungen des Entwicklungslandes der Überweisung von Gewinnen ins Ausland Grenzen. Im Rahmen des sog. tax planning werden dann Gewinne gleich dort ausgewiesen, wo ihnen das Schicksal günstig ist. Ein Mittel in diesem Sinne ist, die Preise für Leistungen zu überhöhen, die das Tochterunternehmen vom eigenen Konzern beziehen muß. Die Preise für Technologie, die Konzerne auf ihre Tochterunternehmen in Entwicklungsländern

Übertragen, sind fast durchweg überhöht. (Die Entwicklungsländer zahlen für übertragene Technologie mehr, als sie an öffentlicher Entwicklungshilfe insgesamt einnehmen.) Ebenso zum tax planning gehört die von Valtos untersuchte Überteuierung von Vorprodukten (bis zu 500 Prozent), die das Tochterunternehmen von seiner Zentrale beziehen muß. Den gleichen Effekt hat die Unterfakturierung (preiseliche Unterbewertung) von Produkten, die das Tochterunternehmen an den Konzern liefert.

Für den Kapitalfluß gilt also, daß die Unternehmen „Betriebskapital in den Entwicklungsländern selbst beschaffen, andererseits aber die dort erzielten Gewinne transferieren.“ (Bethke/Koopmann, Multinationale Konzerne und Entwicklungsländer)

Der Beschäftigungseffekt

Ämtlich arbeitslos gemeldet, also auf der Suche nach Arbeit, waren nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation 1975 in den Entwicklungsländern 93 Millionen Menschen. Eine Zahl, die nichtamtliche Verhältnisse wie saisonale Arbeitslosigkeit einschließt, liegt bei 250 Millionen. 1 Million investierter Dollar schaffen, wie Schumacher (zt. nach Bethke/Koopmann) am Beispiel Lateinamerikas errechnet, in der Landwirtschaft 400, in der verarbeitenden Industrie 270, im Bergbau 100 Arbeitsplätze. Von der Ölförderung abgesehen, liegen Investitionen der verarbeitenden Industrie in den Entwicklungsländern an 1. Stelle.

Solche Projekte in Entwicklungsländern, die die Versorgung des lokalen Marktes zum Ziel haben, liegen in ihrer positiven Wirkung auf die Beschäftigung am besten. Dies ist vor allem wegen des hohen indirekten Effektes auf lokale Zuliefer- und Vertriebsfirmen der Fall. Doch rentieren sich in Ländern mit kleinen Märkten auf den dortigen Markt konzentrierte Projekte nicht. Das liegt an den auf Massenproduktion ausgerichteten, zu aufwendigen Technologien, die von den Unternehmen „in nahezu unveränderter Form übertragen werden“ (Bethke/Koopmann). Seit langem planen die Bundesministerien für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für Wirtschaft, gemeinsam etwas im Bereich „Technologieentwicklung für und Technologietransfer in Entwicklungsländer“ zu tun. Wie auch in anderen Fragen, könnte die Kooperation der beiden Ministerien hier verbessert werden.

Nun zu Investitionen, die sich auf arbeitsintensive Fertigungsprozesse konzentrieren. Fertigungsindustrien (Elektromontage, Optik usw.) sind fast immer sog. run-away-Industries: sie wurden des niederen Lohnniveaus wegen in die Entwicklungsländer ausgelagert. Sie verhelfen vielen zu Beschäftigung. Was von ihnen produziert wird, entspricht dafür „in weiten Bereichen nicht den sozioökonomi-

schen Bedingungen von Entwicklungsgesellschaften“ (H.-D. Heydenreich, in Bethke/Koopmann).

Bei Investitionen im „extraktiven Bereich“ der Rohstoffgewinnung (Bergbau, Ölförderung) bleibt der Segen eines Arbeitsplatzes oft auf eine kleine Minderheit im Land beschränkt, die sich erfahrungsgemäß als Arbeiteraristokratie vom Rest der Bevölkerung deutlich abhebt. So leben in Sambia 150 000 Menschen vom Kupfersektor inmitten 5 Millionen Armen, die eine primitive Subsistenzwirtschaft betreiben. Eine ähnlich dualistische Wirtschaftsstruktur hat sich in Venezuela und Chile entwickelt. Was in diesen Fällen fehlt, ist die Weiterverarbeitung der gewonnenen Rohstoffe im Land selbst und horizontale Diversifikation der Produktion. Mit den hohen Gewinnen, die die Unternehmen gerade im extraktiven Bereich erwirtschaften, ließe sich das auch finanzieren.

Die lokale Wirtschaft

Was haben lokale Betriebe der Entwicklungsländer von ausländischen Investitionen? Denkbar sind gemeinsam durchgeführte Projekte oder Anschlußaufträge. Die Multinationalen Unternehmen haben keine Vorliebe für gemeinsame, schon gar nicht paritätische (joint ventures) Betriebsgründungen: „Unsere Partner hatten nichts anzubieten, was wir brauchten: keine Technologie, keine Marktkontrakte, keine Management-Qualitäten, und ihr Kapital benötigten wir nicht“ (Reuber, zitiert in Bethke/Koopmann). In 30 Prozent von 2900 durch Vernon untersuchten Fällen kauften ausländische Investoren zum Auftakt einer Betriebsgründung stattdessen lokale Betriebe auf. Das erpart spätere Auseinandersetzungen über die Geschäftspolitik.

Lokale Zuliefer- oder Vertriebsfirmen haben eine Chance vor allem bei für den lokalen Markt produzierenden Projekten. Doch auch im Zuliefergeschäft nisten sich ausländische Investoren ein, sobald ein gewisser Umfang überschritten wird. Beispiel: VW do Brasil bezieht seine Schmiedeteile von Krupp in Campo Limpo, die elektrische Ausrüstung von Bosch in Brasilien, Preßwerke von Schuler (H. Michaels, in Bethke/Koopmann).

Bei Betrieben der verarbeitenden Industrie profitieren lokale Zulieferer kaum. Hier sind die Tochterunternehmen in der Regel von vornherein vertraglich gebunden, Vorprodukte von anderen Zweigbetrieben des Konzerns im Ausland zu beziehen. Entsprechende Klauseln finden sich meist in Verträgen, die gleichzeitig den Transfer von Technologie an das Tochterunternehmen regeln. In diesen Verträgen finden sich (laut UNCTAD) auch die meisten Exportauflagen und -verbote. Sie schneiden lokale Vertriebsgesellschaften vom Geschäft ab und sind ein Grund dafür, daß von ausländischen Investitionen in Entwicklungsländern keine positiven Effekte auf

deren Handelsbilanz, speziell auf den Handel der Entwicklungsländer untereinander, ausgehen. Lokale Konkurrenten haben gegenüber ausländischen Investoren keine Chance. Letztere können „vorübergehende Verluste in Kauf nehmen und mit dumping-Preisen die einheimische Konkurrenz ausschalten“. Später „werden die Preise nach einer gewissen Zeit wieder angehoben“ (Bethke/Koopmann).

Die regionale Struktur

„Die zunehmende Konzentration der Bevölkerung auf wenige Städte hat Dimensionen angenommen, welche die Entwicklungsländer vor kaum lösbare Probleme stellen. 1980 werden von 700 Millionen Stadtbewohnern (in den Entwicklungsländern) 300 Millionen in Städten über 500 000 Einwohnern leben.“ (Bethke/Koopmann) Demgegenüber floriert die Wirtschaft nach Aussage von Industrievertretern gerade in den Ballungsräumen (Die Welt v. 24. 5. 72). Ohne infrastrukturelle Erschließung sind Investitionen im Hinterland der Zentren schlechterdings unmöglich. Die Unternehmen leisten dazu keinen Beitrag. Vom Land, wo die Armut am größten ist, treibt die Landflucht große Menschenmengen in die Slums der Städte.

Die Souveränität der Entwicklungsländer

Viele Herkunftsländer der großen Unternehmen haben sich für in Entwicklungsländern privat investierte Werte verbürgt. Die Bundesrepublik ist Wertgarantien für im Ausland investiertes Kapital von ca. 2 Milliarden DM, dazu Kreditgarantien über ca. 2,6 Milliarden DM gegenüber deutschen Unternehmen eingegangen (bei einem Gesamtbestand deutscher privater Entwicklungsland-Investitionen von rund 12 Milliarden DM). Aufgrund solcher Garantien ergeben sich aus Nationalisierungsmaßnahmen Entschädigungsansprüche gegen die Bundesrepublik (im Falle Chiles z. B. 35 Millionen DM).

Unter anderem um solche Fälle zu verhindern, üben die Stammländer der betroffenen Unternehmen Druck auf die Entwicklungsländer aus. Daraus ergeben sich Einschränkungen der Souveränität der Entwicklungsländer. Bei ihrem Bemühen in dieser Richtung hat die Politik der Industrienationen auch vor vielfacher Verletzung der Menschenrechte leider nicht halt gemacht. Statt „die Notwendigkeit der Rechtssicherheit und eines gesunden Investitionsklimas in den Entwicklungsländern zu unterstreichen“ (Bundeskabinett am 9. 6. 1975), wäre es ein bedeutender Beitrag zur Sicherheit deutscher Auslandsinvestitionen, wenn dort die Geschäftspolitik dem Entwicklungsziel des betreffenden Entwicklungslandes untergeordnet bleibt.

Die Bundesregierung hält es auf der einen Seite für die „eigene Aufgabe (der Entwicklungsländer),

ausländische Investitionen nach ihren eignen Zielen und Prioritäten zu lenken“. Als die Vereinten Nationen am 12. 12. 1974 ihre „Charta über die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ beschlossen, stimmte die Bundesrepublik jedoch dagegen, „daß jeder Staat das Recht hat, ausländische Investitionen in seinem nationalen Hoheitsbereich nach Maßgabe seiner Rechts- und sonstigen Vorschriften entsprechend seinen nationalen Zielen und Prioritäten zu regeln und staatliche Gewalt über sie auszuüben“. Dies zur Frage der Souveränität.

Leontief-Studie und 3. Bericht an den Club of Rome: Industrialisierung und nationales Entwicklungsziel

Vorschläge zur Politik gegenüber privaten Investitionen setzen eine Vorstellung darüber voraus, welchen grundsätzlichen Stellenwert die industrielle Produktion in Entwicklungsländern einnehmen soll.

Die Studie des Harvard-Professors Leontief und seiner Mitarbeiter sieht die Zukunft der Entwicklungsländer in einer gewaltigen Anstrengung zur Steigerung ihrer industriellen Produktion. Die Rate des privaten Konsums sei in den Entwicklungsländern um 10 Prozent und mehr zu drosseln, um dadurch die Investitionsrate zu erhöhen. Das bedeutet entweder: die hauptsächlich ausländischen Investoren zu einer Erhöhung ihrer Reinvestitionsraten zu Lasten ihrer transferierten Gewinne zu zwingen oder ähnlich dem Konzept Professor Friedmans das nötige Kapital dadurch zu beschaffen, daß in den Entwicklungsländern Güter des täglichen Gebrauchs und Verbrauchs verteuert werden. Die landwirtschaftliche Produktion soll auch gleich noch mitgesteigert werden.

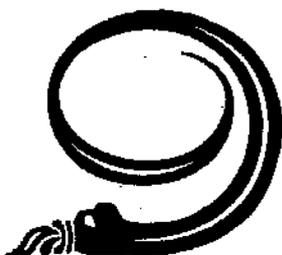
Anders sind die Entwicklungsziele im dritten Bericht an den „Club of Rome“ formuliert („Reshaping the international order“, in deutscher Sprache bei dva). Diese Autoren halten industrielles Wachstum in der bisherigen Weise für sinnlos und nicht machbar. Den Entwicklungsländern bleibe nur die Chance, sich nach innen zu wenden, „das klassische Modell des Wirtschaftswachstums und der Nachahmung des westlichen Lebensstils aufzugeben und sich auf ihre eigenen bescheidenen Kräfte zu besinnen (Landreform, arbeitsintensive Technologien, wirtschaftliche Autonomie, Bevölkerungspolitik).“

Vielleicht treffen Leontiefs Prognosen – die Wünschbarkeit ausgeklammert – für Lateinamerika zu, wo im übrigen zwei Drittel aller Industrieunternehmen in US-Hand liegen. In den nichtentwickelten Staaten Afrikas und Asiens liegen die Verhältnisse anders. Hier liegen sämtliche 25 von den UN als am schlechtesten entwickelt definierte Staaten (LLDC-Länder), ebenso jene 42 von der Erhöhung der Weltmarktpreise am stärksten betroffenen Staaten (MSAC-Länder).

Der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH

hat zum 1.1.1977 folgende Titel
aus dem Verlag Detlev Auvermann KG,
Glashütten/Taurus übernommen:

- Adler, Victor:
Briefwechsel mit August Bebel, Karl Kautsky u.a.
DM 85,-
- Atzrott, Otto:
Sozialdemokratische Druckschriften und Verelne
DM 28,-
- Bernstein, Eduard:
Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. 3 Bde.
DM 250,-
- Brügel, Friedrich:
Aus den Anfängen der deutschen sozialistischen Presse
DM 25,-
- Dietzgen, Josef:
Sämtliche Schriften
DM 45,-
- Dokumente des Sozialismus:
Hrsg. Eduard Bernstein. 4 Bde.
DM 500,-
- Festschrift für Carl Grünberg zum 70. Geburtstag
DM 90,-
- Gründungsdokumente des Bundes der Kommunisten
(Juni bis September 1847)
DM 28,-
- Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik
Eine Sammlung grundlegender Schriften zur Gesellschafts-
kritik. 3 Bde.
DM 250,-
- Held, Adolf:
Die deutsche Arbeiterpresse der Gegenwart
DM 35,-
- Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte
Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im
Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte.
DM 90,-
2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte
Deutschlands am 8. bis 14.4.1919 im Herrenhaus zu
Berlin. Stenographisches Protokoll
DM 100,-
- Kongreß-Protokolle der Zweiten Internationale.
2 Bde.
DM 250,-
- Kongreß-Protokolle der Sozialistischen-Arbeiter-
Internationale. 5 Bde.
DM 500,-
- Der lebendige Marxismus.
Festschrift zum 70. Geburtstag von Karl Kautsky.
Hrsg. Otto Janssen.
DM 120,-
- Luxemburg, Rosa, u.a.:
Briefe an Mathilde Jacob (1913-1918)
DM 98,-
- Marx, Karl:
Chronik seines Lebens in Einzeldaten.
DM 85,-
- Marx, Karl u. Friedrich Engels (MEGA):
Historisch-kritische Gesamtausgabe. 13 Bde.
DM 1.650,-
- Mayer, Gustav:
Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie
DM 75,-
- Müller, Theodor:
Die Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie
DM 120,-
- Prager, Eugen:
Geschichte der U.S.P.D.
DM 45,-
- Protokolle der Parteitage der Sozialdemokratischen
Arbeiterpartei Deutschlands (1869-1887). 2 Bde.
DM 200,-
- Protokolle der Reichskonferenz von 1918 und der Parteitage
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands während der
Weimarer Republik. 11 Bde.
DM 600,-
- Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
1946-1948. 3 Bde.
DM 150,-



Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) 1917-1923. 5 Bde.
DM 750,-

Quarck, Max:
Die erste deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49.
DM 80,-

Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu München vom 25. Februar bis 8. März 1919
DM 80,-

Strauß, Emil:
Geschichte der deutschen Sozialdemokratie Böhmens
DM 90,-

Winkler, Arnold
Die Entstehung des „Kommunistischen Manifestes“.
DM 38,-

Periodika:

Allgemeine Arbeiterzeitung, Frankfurt am Main 1848
DM 45,-

Freiheit, Arbeit, Köln 1849
DM 90,-

Der Geächtete
DM 150,-

Die Gesellschaft. 20 Bde.
DM 1.500,-

Gesellschaftspegel
DM 150,-

Die Internationale, Berlin 1920
DM 150,-

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946-1949.
DM 120,-

Jahrbuch für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 2 Bde.
DM 250,-

Marx-Studien. 5 Bde.
DM 450,-

Nachrichten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien (I.A.S.P.)
DM 75,-

Neue Rheinische Zeitung. 2 Bde.
DM 950,-

Das rote Blatt der katholischen Sozialisten
DM 120,-

Das Volk, Berlin 1848
DM 80,-

Das Westphälische Dampfboot. 5 Bde.
DM 450,-

Zeitschrift für Sozialismus
DM 180,-

Zeitung des Arbeiter-Vereines zu Köln, 1848
DM 80,-

Die Zukunft, Berlin 1877/78
DM 200,-

Der Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH wird ab sofort vertreten durch:

Inland:	Norddeutschland: Herrn Till Meyer-Bruhns Eichenhorst 4 2000 Hamburg 66	Westdeutschland: Herrn Karlheinz Flessenkemper Stresemannstraße 34 3650 Marburg
	Süddeutschland: Herrn Berthold Höch Kolberger Straße 27b 7500 Karlsruhe 1	Berlin (West): Zirk & Ellenrieder Herrn Heinz Zirk Lützowstraße 106/108 1000 Berlin 30

Ausland:	Österreich: A. Fichlers Witwe & Sohn Herrn Christian Lunzer Altmannsdorfer Straße 154-156 A-1232 Wien	Schweiz: Buch 2000 Postfach CH-8910 Affoltern am Albis
-----------------	--	--

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Kölner Straße 143 · 5300 Bonn-Bad Godesberg



Kleinbetrieb-Projekte in den LLDC-Ländern

Kleinbetriebliche Projekte wie Düngemittelherstellung, Herstellung landwirtschaftlichen Geräte inklusive Bewässerungsanlagen müßten wegen mangelnder Kaufkraft in den LLDC-Ländern über einige Zeit hinweg subventioniert werden. Wo eine Landreform produktive Erzeugereinheiten geschaffen hat, könnte dies sinnvoll sein. Damit die Bauern ihren landwirtschaftlichen Bedarf wie Düngemittel und Bewässerung selbst bezahlen können, muß gleichzeitig etwas für die Agrarpreise getan werden. „Die künstlich niedrig gehaltenen Agrarpreise in den meisten Entwicklungsländern sind eine der Hauptursachen der Nahrungsmittelknappheit“ (Billbeck). Dabei stellt sich in den LLDC-Ländern natürlich das Problem, ob die Bevölkerung dann noch Nahrungsmittel kaufen kann. Doch lassen sich eigene Anstrengungen zu landwirtschaftlicher Produktion nur induzieren, wenn makroökonomisch die Daten so gesetzt werden, „daß die Input-/Outputverhältnisse in einem landwirtschaftlichen Betrieb wieder ins richtige Lot kommen“. Hierzu muß von unserer Seite finanzielle Hilfe kommen.

Die „mittleren“ Staaten

Für die etwas besser entwickelten Staaten Afrikas bietet das Abkommen von Lomé mit der Europäischen Gemeinschaft einige Möglichkeiten, bescheidene, ihren Bedürfnissen entsprechende Investitionen zu veranlassen. Sinnvoll ist hier vor allem die Verarbeitung einer Reihe von Agrarprodukten zu Halbfabrikaten. Das Abkommen sieht über 3 Milliarden RE (1 RE = ca. 3 DM) für technische und finanzielle Zusammenarbeit vor.

Länder mit vorhandenem Bestand privater Investitionen

Länder mit Industrien, die der Rohstoff-Förderung dienen, wünschen vor allem eine Diversifizierung ihrer Produktion, um die nachteilige Abhängigkeit von einem oder zwei Produkten loszuwerden. Wahrscheinlich wird die Exporterlösstabilisierung für Rohstoffe ein Ergebnis der sog. Neuen Weltwirtschaftsordnung sein (im März 77 soll dazu eine Folgekonferenz von Nairobi stattfinden). Dann würden die Rohstoffländer Ausgleichszahlungen erhalten, sobald ihre Exporteinnahmen um einen bestimmten Prozentsatz zurückgehen. Wenn ein solches System die betroffenen Länder nicht auf ewig (bzw. bis zur Erschöpfung der Vorräte) in ihrer Rohstofflieferantenstellung festhalten will, dann muß die Verwendung dieser Gelder der horizontalen und vertikalen Produktionsverbreiterung dienen.

Einige Entwicklungsländer sind dagegen mit ausländischen Investitionen verschiedenster Art eingedeckt (wie einige Staaten Lateinamerikas oder des

fernen Ostens). Sie haben das Problem, die Geschäftspolitik ausländischer Unternehmen ihren nationalen Entwicklungszielen einzuordnen. Dieses Problem ist auch Gegenstand eines „Verhaltenskodex“ für die Tätigkeit multinationaler Unternehmen, über dem seit 1974 eine Kommission von Regierungsvertretern bei den UN grübelt. Damit den Unternehmen klare Anhaltspunkte vorliegen, muß hier ein Ergebnis erzielt werden. Die Bundesregierung möchte diesen Punkt lieber im Raum „rechtlich nicht verbindlicher Empfehlungen“ belassen. Wenn nichts dafür getan wird, daß die multinationalen Unternehmen ihre in Entwicklungsländern erwirtschafteten Erträge vor allem dort reinvestieren und die Produktion diversifizieren helfen, wird das den Ruf nach öffentlicher Hilfe nur verstärken. Des weiteren geht es beim „Kodex“ um angemessene Preise bei der Übertragung von Technologie, um den Abbau von Import/Export-Auflagen und um verstärkte Kooperation mit der einheimischen Wirtschaft. Diese Forderungen tragen die Entwicklungsländer im übrigen auch bei den Verhandlungen über die Weltwirtschaftsordnung vor.

Quellen/Literatur:

- E. Eppler: *Ende oder Wende*, Kohlhammer/Urban HWWA-Institut f. Wirtschaftsforschung-Hamburg; Bethke/Koopmann: *Multinationale Unternehmen und Entwicklungsländer*
- HWWA-Institut, Hasenpflug (Hrsg.): *Europäische Gemeinschaft und Dritte Welt*, darin: Klaus Billbeck
- Zweiter Bericht der Bundesregierung zur Entwicklungspolitik (Nov. 1975)
- W. Leontief: *Die Zukunft der Weltwirtschaft*, zitiert aus einer Darstellung der Studie vom BMWZ Einführung in die Studie des Club of Rome „RIO“ (BMWZ)
- Deutsche Bundesbank: *Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland*
- Waitec: *Strategy Choices in the Commercialization of Technology*
- 25 Thesen zur Politik der Zusammenarbeit, Bundeskabinett 9. 6. 75
- Die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesrepublik Deutschland, Neufassung 1975

Hans Konrad Koch:

Das chinesische Bildungswesen

Der Verfasser war Mitglied einer Delegation von Hochschulexperten, die vom 18. bis 31. Oktober 1976 die Volksrepublik China bereiste.

Das chinesische Bildungswesen ist wesentlich geprägt von der Kulturrevolution. In allen Diskussionen, die wir während der Reise führten, zeigte sich, daß nicht die „Befreiung“ von 1949, sondern erst die Kulturrevolution (1966–1969) den definitiven Einschnitt zur völlig neuen Gestaltung des gesamten Bildungssystems in der Volksrepublik China brachte. Ziel ist die Heranbildung von „roten Experten“, von gebildeten Werktätigen mit sozialistischem Bewußtsein, die nicht Gefahr laufen, sich als neue Bildungsaristokratie zu verstehen.

Die Hauptmomente dieser Neugestaltung sind eine konsequente gleichwertige Verbindung von Theorie und Praxis, eine radikale Verkürzung des Studiums und eine kooperative Leistungskontrolle.

Schule

Die maximale Schulzeit beträgt heute zehn Jahre. Nach der Kulturrevolution wurde die Grundschule von sechs auf fünf Jahre und die „Mittelschule“ von sechs bis sieben auf ebenfalls fünf Jahre gekürzt. Während 1949 80 Prozent der Bevölkerung Analphabeten waren, beträgt heute die Schulpflicht in den mittleren und großen Städten zehn Jahre, in den kleinen Städten und in hochentwickelten ländlichen Bereichen sieben Jahre und im restlichen Land fünf Jahre.

Bereits in der Schule wird die Verbindung zur Produktion stark betont. In der 15. Mittelschule in Peking z. B. verbringen die Schüler zwei Monate im Jahr in Fabriken oder auf dem Land. Jeweils ein Monat dieser produktiven Arbeit wird auf dem Schulgelände verbracht: Neue Gebäude werden von Schülern errichtet, andere arbeiten in einer kleinen Fabrik der Schule, in der an Metallpressen einfache Ersatzteile hergestellt werden, wieder andere montieren Petroleumkocher. Gleichzeitig kommen Arbeiter und Militärs in die Schule, um aus ihren Arbeitserfahrungen zu berichten. Erklärtes Ziel dieser Verbindung von Unterricht und Produktion ist das selbständige Lösen von praktischen Problemen. Dies wird auch bei der Beschreibung des neuen Prüfungsstils betont. Es soll kein eingepacktes Wissen mehr abgefragt werden, sondern in der Diskussion Verständnis gezeigt und in der Praxis die Fähigkeit zur Lösung von praktischen Problemen bewiesen werden. Beim Hineinschauen in den Unterricht von Abschlußklassen der Mittelschule sah dies meist noch etwas anders aus: die vorherige Bekanntgabe des Unterrichtsstoffs hatte dazu geführt, daß auswendig gelernt wurde. Immerhin – Streß schien es

nicht zu geben; schwächere Schüler erhalten selbstverständlich Nachhilfeunterricht durch ihre Lehrer. Bemerkenswert ist die starke Förderung musischer Fächer wie Zeichnen und Musik.

Hochschulzugang

Nach Abschluß der Mittelschule gehen sämtliche Schüler in die Fabrik, aufs Land oder zum Militär. Ein direkter Zugang zur Hochschule ist nicht mehr möglich. Nur ein geringer Prozentsatz der Mittelschüler hat später die Chance eines Hochschulstudiums: auf ca. 8–10 Millionen Mittelschulabsolventen pro Jahr kommen 200 000 Studienanfänger.

Voraussetzung für ein Hochschulstudium ist neben dem Mittelschulabschluß eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit. Aufgrund besonderer Bewährung während einer längeren praktischen Tätigkeit ist eine Bewerbung auch ohne Mittelschulabschluß möglich; das Studium erfolgt dann meist auf dem Gebiet, in dem die praktische Erfahrung besteht. Das Höchstalter für Studienbewerber ist 25 Jahre, Ausnahmen sind möglich.

Im Rahmen der Bewerberzahl, die der Fabrik oder Kommune vom Staat zugewiesen worden ist, entscheiden die Arbeitskollegen in der Vollversammlung der untersten Einheit (z. B. „kleine Brigade“ der Kommune mit etwa 400 Mitgliedern) darüber, wer zum Studium vorgeschlagen wird. Nur wer sich in der Gemeinschaft der Arbeiter bewährt hat, erhält also eine Chance zum Studium. Nach der Bestätigung durch die Leitung der Kommune oder der Fabrik erfolgt eine weitere Auswahl vor Ort durch eine Kommission der zuständigen Hochschule.

Diese Aufnahmeprüfung durch die Hochschule stellt eine wichtige Gelenkstelle dar, bei der das Verhältnis zwischen Fachkenntnissen und gesellschaftspolitischem Bewußtsein dosiert werden kann. An der Universität von Nanking werden z. B. für das Physikstudium als mathematische Grundkenntnisse analytische Geometrie und Algebra vorausgesetzt. Bewerber, die diese Kenntnisse aufgrund schlechter Schulbildung – z. B. im ländlichen Bereich – nicht besitzen, werden nicht zugelassen. Ansonsten werden unterschiedliche fachliche Eingangsvoraussetzungen durch individuelle Nachhilfe durch die Hochschullehrer ausgeglichen.

Studium

Das Studium ist stark verschult. Die Studenten arbeiten nach einem vorgeschriebenen Stundenplan in Klassenverbänden. Die Hochschulen sind relativ klein. 500 000 Studenten verteilen sich auf 400 Universitäten. Das Verhältnis zwischen Lehrern und Studenten ist ideal: An der Universität Nanking z. B. kommen 1400 Lehrer auf 3370 Studenten, an der Technischen Hochschule Nanking sogar 1100 Lehrer auf 2800 Studenten. Lehrer und Studenten wohnen

In der Regel auf dem Campus. Alle diese Faktoren bilden eine ideale Voraussetzung für einen engen Kontakt zwischen Lehrern und Studenten.

Nach der Kulturrevolution wurde die Studiedauer radikal von fünf bis sechs Jahren auf drei Jahre verkürzt. Dabei wurde der Stoff von allem „Metaphysischen und Scholastischen“ befreit. Das Medizinstudium z. B. wurde von 30 auf 14 Fächer reduziert. Dabei wurden oft mehrere Fächer zu einem zusammengefaßt. So sind die früheren „vorklinischen“ Fächer Anatomie, Histologie, Biochemie, Physiologie heute in einem Fach „Körperkunde“ enthalten, das mit insgesamt 290 Stunden – inklusive der praktisch/theoretischen Arbeit – gelehrt wird (zum Vergleich: in Deutschland circa 1200 Stunden). In der Medizin wird die Reduzierung des Stoffangebots dadurch erleichtert, daß die Studienanfänger „Barfußärzte“ sind, die bereits große praktische Erfahrung im medizinischen Bereich mitbringen. In anderen Studiengängen wird die Verkürzung insbesondere dadurch ermöglicht, daß ab dem 2. Jahr eine Spezialisierung erfolgt.

Verhältnis von Theorie und Praxis

Das Studium besteht in einer intensiven Verbindung von Lehre, Produktion und Forschung. Die eigentliche Studienzzeit wird unterbrochen durch mehrmonatige Praxisphasen. Während im ersten Studienjahr in der Praxiszeit nochmals einfache Arbeit auf dem Lande oder in einer Fabrik (z. T. in kleinen Fabriken, die der Hochschule eingegliedert sind) geleistet wird, entwickeln sich diese Zeiten im zweiten und dritten Jahr zunehmend zu speziellen Fachpraktika. Diese Tendenz ist in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern besonders groß. Theorie wird dabei Schritt für Schritt im Wechsel mit Praxis vermittelt. Während in Deutschland z. B. ein Student bereits die gesamte Theorie über Diabetes gelernt hat, bevor er den ersten Diabetiker zu Gesicht bekommt, gehen in China die Medizinprofessoren nach einem neunmonatigen Grundstudium mit ihren Studenten in die Kliniken auf dem Lande, um ihnen dort vor Ort Fach für Fach die Theorie am praktischen Fall zu vermitteln.

In den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern erfolgt ein großer Teil der Lehre am Beispiel der Produktion. So stellen z. B. Studenten der Pädagogischen Hochschule in Peking im dritten Studienjahr zehn Wochen lang Fernsehapparate her. An der Technischen Hochschule in Nanking werden z. B. Computer hergestellt. Dabei wird einerseits auf der Grundlagenforschung der Academia Sinica aufgebaut, andererseits werden in die Entwicklung und Produktion Arbeiter der Fabrik mit einbezogen, für die der Computer bestimmt ist. Unter anderem sahen wir an der Technischen Hochschule ein

Mikrowelleninstitut, in dem unter gemeinsamer Leitung eines Hochschullehrers und eines Arbeiters der Prototyp eines Fehlersuchgeräts entwickelt wurde. Die Produktion an den Hochschulen trägt auch zur Entlastung des Haushalts bei. So wird ca. ein Drittel des Haushalts der Technischen Hochschule in Nanking durch den Erlös der dortigen Produktion erwirtschaftet.

Praxiszeiten und Beteiligung von Fabrikarbeitern sind nur ein Teil der Politik der „offenen Tür“ an den Hochschulen. Gleichzeitig kommen nebenberufliche Arbeiter und Bauernlehrer an die Schulen und Hochschulen (neben 1,8 Millionen hauptamtlichen Lehrern z. Z. 1,8 Millionen Arbeiter- und Bauernlehrer), die meist Fachunterricht auf dem Gebiet ihres Erfahrungsbereichs geben. So unterrichtet z. B. ein Arbeiter einer Maschinenfabrik über Grundlagen des Maschinenbaus. Zum Teil halten Arbeiter aber auch Vorlesungen über politisch-theoretische Fragen, die sie in den Theoriegruppen ihres Betriebes aufgearbeitet haben. Daneben gibt es an den Schulen und Hochschulen „Arbeiterpropagandatruppen“, die das jeweilige Leitungsgremium, das „Revolutionskomitee“, unterstützen, insbesondere Einfluß auf den politischen Unterricht (20 Prozent des gesamten Unterrichts) nehmen und bei der „Umerziehung“ der alten Lehrer mithelfen.

Prüfungen

Eine allumfassende Abschlußprüfung gibt es nicht mehr, vielmehr erfolgt die Leistungskontrolle durch ein gestaffeltes System von Prüfungen während des gesamten Studiums. Jeweils nach Abschluß eines Fachs erfolgt auch die jeweilige Prüfung. Am Ende des Studiums findet ein Praktikum statt, in dem der Student zeigen soll, daß er zur Lösung praktischer Probleme im Stande ist. Zum Teil gibt es auch ein Abschlußexamen. Prüfungen werden meist mit Hilfsmitteln und nach vorheriger Bekanntgabe der Themen abgehalten. Die Bewertung durch den zuständigen Hochschullehrer ersetzt das Diplom.

Nach dem Studium kehrt ein großer Teil der Absolventen wieder in die Fabrik oder die Kommune zurück, die sie entsandt hat. Das Studium ist insoweit nur eine Unterbrechung der Berufstätigkeit. Die übrigen werden vom Staat eingesetzt, ein kleiner Teil bleibt als Lehrer (Assistenten) an den Hochschulen oder geht an die Forschungsinstitute der Academia Sinica.

Forschung

An den Hochschulen erfolgt im wesentlichen nur angewandte Forschung. Die eigentliche Grundlagenforschung ist den Forschungsinstituten der Academia Sinica vorbehalten. Im physikalischen Institut der Akademie der Wissenschaften in Peking haben

wir Forschungseinrichtungen zum Beispiel der Plasmaphysik gesehen, die dem höchsten internationalen Stand entsprechen, gleichzeitig aber eine Art improvisierten Pionierstil zeigen. Von der Akademieleitung geht der Anstoß aus zur Umsetzung dieser Grundlagenforschung in anwendungsbezogene Forschung der Hochschulen.

Hinsichtlich der Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses scheint man zur Zeit noch zu experimentieren. Während des 3. Studienjahrs wird ein kleiner Teil der Studenten stärker in die Forschungsarbeiten der Hochschule einbezogen. Die Auswahl dieser Studenten ergibt sich relativ einfach aufgrund der bereits erwähnten sehr guten Betreuungrelation. Aus diesen Studenten rekrutiert sich dann der Nachwuchs für die Hochschulen und die Forschungsinstitute.

Ergänzende Bildungsangebote

Das zahlenmäßig relativ kleine Bildungsangebot der Hochschulen wird ergänzt durch Kurz- und Weiterbildungsangebote der Hochschulen und durch die Ausbildung an eigenen „Hochschulen“ der Bezirke, Kreise, Fabriken oder Kommunen, die im Niveau unter dem der „staatlichen“ Hochschule liegen, aber wohl voll den regionalen Bedürfnissen nach einer breiteren Qualifikation gerecht werden.

In den Kursen von unterschiedlicher Dauer (einige Wochen – ein Jahr) erfolgt vor Ort oder in den Hochschulen eine spezielle Ausbildung für besondere Aufgaben in der Produktion, z. B. die Ausbildung von Stahlarbeitern in der Sauerstoffbehandlung von Stahl. In den ein- bis zweijährigen Weiterbildungskursen werden z. B. Lehrer für die regionalen „Hochschulen“ herangebildet oder erfolgt eine Nachschulung für besondere Aufgaben. Die Schülerzahl dieser Kurz- und Weiterbildungskurse ist dreieinhalb mal so groß wie die der normalen Studenten.

Als eigene regionale Hochschulen existieren insbesondere die Hochschulen des „21. Juli“ der Fabriken (780 000 Schüler) und die Hochschulen des „7. Mai“ (220 000 Schüler) der Kommunen und Kreise (die Namen leiten sich von entsprechenden Mao-Befehlen ab). Diese Schulen sind auf den regionalen Qualifikationsbedarf abgestellt, sie werden zum Teil neben der Arbeit besucht.

Keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten

Das hervorstechendste Element des chinesischen Bildungswesens nach der Kulturrevolution ist der ständige Wechsel von Theorie und Praxis. Dadurch soll zunächst erreicht werden, daß keine Bildungselite entsteht, die sich gegenüber der sonstigen arbeitenden Bevölkerung absondert. Entgegen der konfuzianischen Tradition, die körperliche Arbeit gering schätzte, sollen sich die Intellektuellen nicht

über die Arbeiter und Bauern erheben dürfen. Mit der starken Einbeziehung der Praxis wird aber zugleich erreicht, daß die Hochschulabsolventen ohne Schwierigkeiten bei der Lösung praktischer Probleme vor Ort einsetzbar sind. Auf eine breite Heranbildung von Wissenschaftlern, die dem Ausbildungsstand westlicher Industrienationen entsprechen, wird bewußt verzichtet. Schließlich steht die Forschung der Hochschulen aufgrund des ständigen Kontakts mit der Produktion ganz im Zeichen der Lösung konkreter Probleme der Praxis in enger Zusammenarbeit mit Fabriken und Kommunen.

Dieses gleichrangige Verhältnis von Theorie und Praxis, das sich auch in der Gleichrangigkeit von gesellschaftlichem Bewußtsein und Fachkenntnissen widerspiegelt („roter Experte“), ist seit der Kulturrevolution immer wieder in Frage gestellt worden mit der Begründung, für die schnelle Weiterentwicklung der chinesischen Wirtschaft würden vor allem hochqualifizierte Fachleute benötigt. Zuletzt ist diese Forderung von Teng Hsiao-ping vor seiner Kaltstellung Anfang 1976 aufgestellt worden. Ob eine Wiederkehr Tengs in Amt und Würden eine Änderung für das chinesische Bildungssystem bedeuten würde, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Die Ausschaltung der sogenannten „Viererbande“ um die Mao-Witwe Tschang Tsching, die im Westen als Vorkämpfer der Kulturrevolution galten, könnte vermuten lassen, daß nun eine stärkere Betonung der Theorie zu erwarten sei. Die intensiven Diskussionen während der Reise haben hierfür keine Anhaltspunkte gegeben. Die „Viererbande“ wurde offenbar in der Bevölkerung schon immer mit der chaotischen Phase der Kulturrevolution gleichgesetzt. Dies erklärt auch die während der Reise zu beobachtende spontane Erleichterung und Freude über die Entmachtung dieser Gruppe. Die Ergebnisse der Kulturrevolution selbst aber, vor allem die Neugestaltung des Bildungswesens, wurden ohne Einschränkung mit Begeisterung verteidigt. Gleichzeitig wurde Tengs Versuch des Zurückdrehens zum Teil ausdrücklich verurteilt. Ein Zurückspulen der Entwicklung auf eine einseitige Betonung des Experten ist also zur Zeit nicht zu erwarten. Wohl aber ist die Tabuisierung der Diskussion über die konkrete Dosierung des Verhältnisses von Theorie und Praxis beendet. So wird in der nächsten Zeit auch im Bildungsministerium in Peking z. B. darüber diskutiert werden, ob Infolge der radikalen Kürzung der theoretischen Fächer im Medizinstudium das Interesse an einer Fortentwicklung der medizinischen Grundlagenforschung in beunruhigender Weise nachgelassen hat.

Mittelfristig wird sich der Trend der Umwandlung der Praxiszeit in Fachpraktika noch verstärken. Dies könnte die ursprüngliche politische Zielrichtung – keine neue Bildungselite – abschwächen.

Helmut Helzlmelr: Erdöl in China

China – Öligigant der Zukunft. Diese Ankündigung macht seit zwei Jahren Schlagzeilen in der Weltpresse. In der Volksrepublik werden riesige Ölvorkommen vermutet. Danach soll China in einigen Jahren zu einem der bedeutendsten Ölländer der Welt werden. Noch nimmt es in der Weltrangliste der erdölproduzierenden Länder einen bescheidenen Rang ein.

China ist der älteste Ölproduzent der Welt. Erdöl war den Chinesen bereits lange vor der Zeitwende bekannt. Sie verwandten es als Waffe. Von Kriegswagen aus schleuderten sie brennende Öltöpfe in die feindlichen Scharen. Auch zu Beleuchtungszwecken wurde es verschiedentlich gebraucht. Weitergehende Beachtung wurde ihm jedoch nicht geschenkt, bis – zu Anfang dieses Jahrhunderts – China als Absatzmarkt für Kerosin entdeckt wurde. Der britisch-holländische Ölkonzern Shell und die amerikanische Esso rivalisierten seinerzeit um das große Geschäft in China. Sie verschenkten, um der Bevölkerung den Gebrauch von Kerosin schmackhaft zu machen, im ganzen Land viele Millionen von Petroleumlampen. Der Erfolg blieb nicht aus. Der Bedarf an Öl stieg sprunghaft. Die nötigen Einfuhren – die Eigenproduktion hielt sich bis in die fünfziger Jahre hinein in engen Grenzen – belasteten den Außenhandel auf Jahrzehnte hinaus erheblich. Das kommunistische China rechnete den Ölkonzernen vor, bis 1949 Gewinne im Wert von umgerechnet fast 300 000 Traktoren aus dem Lande gezogen zu haben.

Chinas Ölproduktion lag 1949 – nach den Verwüstungen des II. Weltkrieges, des vierjährigen Bürgerkrieges und der kommunistischen Machtergreifung – nahezu vollständig darnieder. Gleichzeitig verhängten die USA ein Handelsembargo gegen die Volksrepublik, das Erdöl – als kriegswichtigen Rohstoff – mitelbezog. Peking blieb für über zehn Jahre auf Öllieferungen und technische Hilfe beim Aufbau einer eigenen Ölindustrie auf Moskau angewiesen. Sie fanden nach 1960, nach dem offenzutagegetretenen chinesisch-sowjetischen Konflikt, bald ein Ende. China war gezwungen, sich auf eigene Beine zu stellen. Ein Zwang, der sich im Rückblick als günstig erwies. Nach einigen Jahren des offensichtlichen Mangels war es geschafft. Seit Mitte der sech-

ziger Jahre sind die Chinesen in der Rohölgewinnung Selbstversorger. Auch im Aufbau einer einschlägigen Industrie erweisen sie sich als überaus geschickt, nicht zuletzt, indem sie westliche Technologien kauften und kopierten. Das Prinzip war einfach und erfolgreich. Sie kauften im Westen kleinstmögliche Raffinerien, um die daraus gewonnenen Erfahrungen auf möglichst große selbstgefertigte Industriekomplexe zu übertragen. Eine Feststellung, die ihre Leistungen keineswegs schmälern kann.

China veröffentlicht seit 1960 keine offiziellen Wirtschaftsdaten mehr. Alle Angaben über die Wirtschaft des Landes müssen deshalb unter einem gewissen Vorbehalt gesehen werden. Dies gilt auch für die Ölindustrie. Trotzdem gehen nahezu alle ausländischen Analysen über die chinesische Ölindustrie von einem Datum aus. In einem Interview mit dem bekannten amerikanischen Journalisten Edgar Snow bezifferte Ministerpräsident Tschu En-lai die Rohölförderung seines Landes für 1970 auf 20 Millionen Tonnen. Fast alle seriösen Schätzungen der heutigen Erdölproduktion Pekings beruhen auf dieser Zahl. Uneinigkeit besteht jedoch über eine weitere Tschu En-lai zugeschriebene Äußerung. Danach soll die Produktion bis 1973 bereits auf 50 Millionen gesteigert worden sein. Eine derartige kurzfristige Steigerung widerspricht jedoch allen bekannten einschlägigen Erfahrungswerten. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß diese Produktionsmenge erst 1975 erreicht und 1976 mit reichlich 60 Mio t übertroffen wurde. So meinen jedenfalls mehrere, vom Institut für Asienkunde in Hamburg mit geradezu kriminalistischer Akribie erstellte Untersuchungen.

Ist es schon schwierig, einigermaßen verläßliche Angaben über Chinas Rohölförderung zu machen, so beruhen Zahlen über seine Ölreserven allemal auf weitgehender Spekulation. Die Schätzungen reichen von 3 bis 50 Milliarden Tonnen – eine Bandbreite, die wenig konkrete Folgerungen zuläßt. Mit 3 Mrd. würde China in der Liste der Ölländer an 10. Stelle liegen, mit 50 Mrd. wäre es das bedeutendste Ölland der Welt. Mehrheitlich bewegen sich die Schätzungen zwischen 10 und 30 Mrd. t; chinesische Fachleute selbst beziffern sie auf 15 bis 30 Mrd. t. Mit diesen Reserven könnte

China langfristig einer der größten Ölproduzenten der Welt werden.

Seine ergiebigen Fundstellen werden vorzugsweise in den Nordprovinzen — nahe der sowjetischen Grenze, also strategisch verwundbar — und in den Küstengebieten vermutet. Untersuchungen der UN-Wirtschaftskommission für Asien gehen sogar so weit, in den vorgelagerten Schelfmeeren die umfangreichsten Ölvorräte der Welt anzunehmen. Zu ihrer großräumigen Ausbeutung fehlt es Peking jedoch noch an der erforderlichen Technologie und dem nötigen Kapital. Doch nicht nur das. Auch die Besitzverhältnisse in jenen Küstemeeren sind umstritten. Unter anderem machen dort Vietnam, die Philippinen, Taiwan, Südkorea und Japan Hoheitsansprüche geltend. Die Brisanz dieser strittigen Hoheitsrechte wurde schon 1972 deutlich, als die USA die Ryukyu-Inseln (Okinawa) — zusammen mit den kleinen unbewohnten Senkaku-Inseln — an Japan zurückgaben. Bei den Senkaku-Inseln wird Öl vermutet. Auf sie erheben sowohl Peking als auch Taipeh Anspruch. Beide Regierungen protestierten heftig. Sie protestierten auch, als Saigon 1973 die Paracel- und die Spratly-Inseln im südchinesischen Meer besetzte. 1974 vertrieb Peking die Südvietnamesen mit Waffengewalt von den Paracel-Inseln. Heute beansprucht Hanoi diese Inseln. In einem aufsehenerregenden Tagesbefehl forderte der vietnamesische Verteidigungsminister im letzten Jahr eine Aufrüstung der Marine. Im vietnamesisch-chinesischen Konflikt um die Inseln geht es nicht nur um Prestige und Kontrolle der Wasserstraßen, sondern auch um vermutetes Erdöl. Wie politisch delikat im gesamten chinesischen Küstengewässer die Besitzrechte sind, wird am Verhalten Washingtons deutlich. Es rät amerikanischen Erdölgesellschaften ab, mit Konzessionen Taiwans oder Südkoreas in Gewässern zu bohren, die auch von Peking beansprucht werden. Es sucht sich aus dem Streit der Anlieger herauszuhalten. Obwohl unterstellt werden kann, daß die USA mit am besten über mögliche Ölvorkommen in jener Region informiert sind. Ihre 7. Flotte patrouilliert seit über zwei Jahrzehnten in diesen Gewässern. Ihr stehen auch Satelliten-Erkundungen zur Verfügung.

Seit 1973 ist China Ölexporteur — wenn auch noch in begrenzten Mengen. 1975 waren es knapp 10 Mio t, die exportiert wurden. Neben dem Hauptabnehmer Japan lieferte Peking unter anderem nach Nordvietnam und Nordkorea, Hongkong, Thailand und an die Philippinen. Für die Exporte gibt es eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Gründen. Zu den wichtigsten zählt, daß China seit 1973 mehr Rohöl fördert, als es verarbeiten kann. Es ist allemal leichter, mehr Förder- als Speicher und Raffineringskapazitäten aufzubauen. Daraus ergibt sich ein Zwang zum Export, dessen Höhe weitgehend aus eben jener Differenz zwischen Rohölförderung und Verarbeitungsmöglichkeiten abgeleitet werden kann. Sie beträgt etwa 10 bis 20 Prozent der Rohölförderung. Mit dem Export trägt Peking noch einem weiteren Erfordernis Rechnung. Mit dem Erlös läßt sich die verstärkte Einfuhr von Investitionsgütern aus den westlichen Industriestaaten wenigstens teilweise bezahlen. Anderenfalls droht China ein erhebliches Außenhandelsdefizit.

Aus demselben Grund bemüht es sich auch um erhöhte Kohleexporte. China besitzt — den USA und der Sowjetunion vergleichbar — reichlich Kohlevorräte. Kohle ist noch immer der weitaus wichtigste Primärenergie-träger des Landes. Mit knapp 70 Prozent gegenüber 20 : 10 Prozent von Erdöl und Erdgas, wenn auch der Öianteil am Gesamtverbrauch ständig wächst; dies auch deshalb, weil Peking bis in die jüngste Vergangenheit hinein in seiner Investitionspolitik die Kohle gegenüber Erdöl stark vernachlässigt hat.

Peking verfolgt mit seinen Ölexporten gleichermaßen außenpolitische Ziele. Am deutlichsten wird das in seinen Beziehungen mit Japan. Seine Angebote suchten 1973/74 das ölhungrige Tokio dazu zu veranlassen, seine Verhandlungen mit Moskau über den Bau einer Pipeline in Sibirien endgültig abzubrechen. Sie hätten Moskaus strategische Stellung an der chinesischen Grenze verbessert. Die Verhandlungen scheiterten. Im Krisenjahr 1974 lieferte Peking — zu „Freundschaftspreisen“ — auch an Thailand und die Philippinen Öl. Es war an diplomatischen Beziehungen mit beiden Staaten interessiert. Sie sind mittlerweile aufgenommen.

Trotzdem ist eine forcierte Ölausfuhr für Peking auf Dauer nicht ohne Probleme. Sie birgt die Gefahr in sich, das eigene Wirtschaftswachstum zu verlangsamen. Auch in der chinesischen Wirtschaft fällt dem Erdöl zunehmend eine Schlüsselrolle zu. Es ist nicht zuletzt für Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft — u. a. durch den verstärkten Einsatz von Traktoren und Düngemitteln — von herausragender Bedeutung. Schon heute wird — eine entsprechende industrielle Entwicklung vorausgesetzt — Chinas künftiger Eigenbedarf auf jährlich 500 Millionen bis eine Milliarde Tonnen geschätzt. Eine unvorstellbar hohe Zahl, deren tendenzielle Richtigkeit jedoch bereits ein kleines Zahlenspiel verdeutlicht. In der Bundesrepublik belief sich 1975 der Pro-Kopf-Verbrauch an Öl auf rund 2600 Liter, in China auf nur etwa 80. Wann China einen vergleichbaren Sättigungsgrad erreicht haben wird, läßt sich auch nicht annäherungsweise angeben. Auch wenn gegenüber einem derartigen Zahlenspiel Einwände möglich sind, in seiner Tendenz deutet es den ungeheuren Eigenbedarf des Landes an. Damit sind spektakulären Ölausfuhren deutliche Grenzen gesetzt.

Diese Grenzen werden auch in anderen Überlegungen deutlich. Einer überdurchschnittlichen Steigerung seiner Ölausfuhren steht entgegen, daß es Peking noch an einer Vielzahl technischer Voraussetzungen fehlt: unter anderem an der nötigen Zahl von Pipelines, Verladehäfen, Bohrtürmen usw. Westliche Technologien und Kapital könnten hier weiterhelfen. Dem stehen jedoch grundlegende politische Vorbehalte der chinesischen Führung entgegen. Sie vertritt das Prinzip, die wirtschaftliche Entwicklung „aus eigener Kraft“ voranzutreiben. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie diese Überzeugung — partielle wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist ohnehin nicht ausgeschlossen — im Bereich der Ölwirtschaft aufgeben wird, auch auf die Gefahr hin, daß dadurch die Produktionszahlen nicht im möglichen Ausmaß steigen werden. Sie muß sich bereits heute die Frage stellen, inwieweit sie in einigen Bereichen der Ölindustrie von westlichem Technologie-Import abhängig werden könnte. Eine Frage, die nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern gleicher-

maßen das bisherige Selbstverständnis und Entwicklungskonzept berührt.

Zum Schluß bleiben noch einige technische Anmerkungen. China wird wohl ein bedeutender Ölexporteur werden, aber später als gemeinhin angenommen. Erst in einigen Jahren wird es — mit etwa 4 Prozent der Weltproduktion — innerhalb der erdölproduzierenden Länder auf den 10. Platz vorstoßen. In absoluten Zahlen: Erst gegen Ende dieses Jahrzehnts wird China über 100 Millionen Tonnen Rohöl fördern. Das ist deutlich weniger, als vergleichsweise Saudiarabien und der Iran — ganz zu schweigen von der Sowjetunion und den USA — fördern. Dem Export bleiben vorrangig diejenigen Mengen vorbehalten, die nicht selbst raffiniert werden können. Das sind schätzungsweise bis zu 20 Prozent der Rohölförderung — gleichfalls eine deutlich begrenzte Menge. Aber immerhin noch so viel, daß die Umkehrung eines einstigen Schlagwortes erlaubt ist. Öl für die Lampen Chinas — so lautete vor einem guten halben Jahrhundert die Devise kapitalistischer Händler. Nunmehr beginnt chinesisches Öl für kapitalistische Wirtschaften zu fließen.

Gerhard E. Solbach: Die Stellung des Negers auf dem US-Arbeitsmarkt

Das heutige Negerproblem

Bis noch etwa gegen Mitte der 60er Jahre existierte das Negerproblem in den USA hauptsächlich im ländlichen Süden; heute hat es sich dagegen in die Industrieregionen und die Großstädte vor allem des Nordens bzw. Nordostens und Südwestens verlagert.

Mit dieser räumlichen Verschiebung ist aber auch eine entscheidende inhaltliche Veränderung des Konflikts verbunden. War seinerzeit das Problem, gegen das die mit dem Namen Martin Luther King verbundene Bürgerrechtsbewegung der späten 50er und frühen 60er Jahre ankämpfte, in erster Linie die rechtliche Diskriminierung der schwarzen Minderheit, so steht demgegenüber heute die ökonomische Benachteiligung der Neger im Mittelpunkt.

Die allgemeine wirtschaftliche Diskriminierung der Schwarzen in den USA demonstriert besonders augenfällig vor allem auch der Unterschied zwischen Negern und Weißen hinsichtlich der durchschnittlichen Einkommenslage und der beruflichen Stellung.

Die Einkommenslage

Statistische Erhebungen haben immer wieder aufgezeigt, daß Neger schlechter bezahlt werden als Weiße. Selbst bei gleicher Arbeit und beruflicher Qualifikation erhält ein schwarzer Arbeitnehmer vielfach weniger Lohn als ein weißer Kollege. Auch eine höhere Schul- und Berufsausbildung des Negers ändert hieran nichts. Nach Angaben vom Ende der 60er Jahre verdient ein männlicher Neger mit einem High-School-Abschluß im Durchschnitt weniger als ein männlicher Weißer, der lediglich eine Grundschule besucht hat (5801 Dollar gegenüber 6452 Dollar). Andererseits liegt aber das durchschnittliche Einkommen eines weißen High-School-Absolventen sogar über dem eines Schwarzen mit einem vierjährigen oder gar noch längeren Hochschulstudium (8154 Dollar gegenüber 7754 Dollar). Selbst bei den amerikanischen Großkonzernen von weltweitem Ruf ist eine derartige Diskriminierungspraxis nach regierungsamtlichen Feststellungen immer noch allgemein üblich. So mußte sich vor einiger Zeit beispielsweise das Großunternehmen American Telephone & Telegraph Co. in einem außergerichtlichen Schlichtungsverfahren verpflichten, seinen schwarzen — und anderen Minderheiten angehörenden — Beschäftigten wegen erwiesener Diskriminierung dieser Gruppe am Arbeitsplatz 15 Millionen Dollar an Lohn nachzuzahlen und ihnen eine jährliche Lohnerhöhung von insgesamt 23 Millionen Dollar zu gewähren.

Die ungleiche Bezahlung von Schwarzen und Weißen ist aber auch mit ein Grund für das niedrigere Durchschnittseinkommen der Neger im Vergleich zu der weißen Bevölkerungsmehrheit. 1962

z. B. betrug das schwarze Durchschnittseinkommen 56 Prozent des weißen Einkommens; bis 1969 war dieser Prozentsatz dann infolge der durch den Bürgerrechtskampf den Negern eröffneten größeren schulischen und beruflichen Möglichkeiten auf 63 Prozent angestiegen, um dann jedoch wieder langsam, aber stetig abzusinken. 1974 verdienten schwarze Familien im Durchschnitt bereits nur noch 62 Prozent des Pro-Kopf-Einkommens weißer Familien.

Doch solche Angaben über das Durchschnittseinkommen der Neger vermitteln nur ein unzureichendes Bild von der tatsächlichen Situation der schwarzen Minderheit in diesem ökonomischen Bereich. Sie verschleiern nämlich vor allem die Tatsache, daß es vorwiegend die Angehörigen der schwarzen Mittelschicht mit guter Schul- und Berufsbildung waren und auch noch sind, die von der unbezweifelbaren Steigerung des schwarzen Durchschnittseinkommens seit den 60er Jahren profitieren. Die junge Generation dieser Schicht ist es nämlich vor allem, die auf Grund ihrer gehobenen beruflichen Qualifikationen und infolge des Nachlassens der Diskriminierung von Negern auf dem Arbeitsmarkt immer mehr gerade in die gehobenen Positionen — zu einem nicht unbeträchtlichen Teil sind es sogar freiberufliche — mit den entsprechend hohen Einkommen vordringen und damit aber auch das schwarze Durchschnittseinkommen erheblich nach oben hin verzerrt. Andererseits liegt jedoch das tatsächliche Einkommen der etwa ein Drittel der Negerbevölkerung ausmachenden schwarzen Unterschicht z. T. sogar erheblich unter dem für die gesamte Negerbevölkerung errechneten Durchschnittswert. So betrug z. B. in der Mitte der 60er Jahre das durchschnittliche Einkommen schwarzer Familien im Norden der USA 4463 Dollar, in dem New Yorker Negergetto Harlem z. B. waren es dagegen nur 3480 Dollar; fast die Hälfte der schwarzen Familien in Harlem hatte sogar ein jährliches Einkommen von weniger als 4000 Dollar und befand sich damit in gefährlicher Nähe des als offizielle Armutsgrenze festgesetzten Mindesteinkommens von (damals) 3336 Dollar. Die gerade für die traditionelle schwarze Unterschicht ungünstige Einkommensentwicklung ist besonders eindrucksvoll u. a. auch in dem als typisches schwarzes Stummviertel anzusehenden Stadtteil East Los Angeles nachgewiesen worden: während in den gesamten USA das Durchschnittseinkommen z. B. zwischen 1959 und 1965 um 8 Prozent stieg, betrug hier die Zuwachsrate lediglich 0,2 Prozent.

Die berufliche Stellung

Eine wesentliche, unmittelbare Ursache für die schlechte Einkommenslage der Neger liegt darin, daß im Vergleich zu der weißen Bevölkerung unver-

hältnismäßig viele Schwarze in einfachen und entsprechend schlecht bezahlten Berufen tätig sind. Nach den z. B. aus dem Jahre 1965 vorliegenden Angaben ist rund ein Viertel aller berufstätigen Neger in solchen ungelerten und Anlernberufen wie Kraftfahrer und einfache Fabrikarbeiter beschäftigt; bei den Weißen ist es dagegen nur ein Fünftel. Nach den jüngsten Zahlen arbeiten heute insgesamt mehr als die Hälfte aller berufstätigen Neger in ungelerten oder Anlernberufen; in der gesamten arbeitenden Bevölkerung der USA sind es dagegen lediglich 40 Prozent. Noch deutlicher tritt die benachteiligte berufliche Lage der Neger hervor, wenn man einmal die schwarzen Großstadtlums untersucht. So ist z. B. in Harlem ermittelt worden, daß dort fast zwei Drittel der männlichen Neger in ungelerten oder Dienstleistungsberufen tätig sind; in der gesamten arbeitenden männlichen Bevölkerung der Stadt New York sind es dagegen lediglich 37 Prozent. Dem entspricht auch, daß nur 7 Prozent der berufstätigen männlichen Neger in Harlem in den gehobeneren Berufen (mit den entsprechenden Einkommen) wie Techniker, leitender Angestellter, Beamter oder Kaufmann arbeiten; unter den männlichen Berufstätigen der Stadt New York insgesamt sind es dagegen mehr als dreimal so viele.

Speziell auch in den qualifizierten Facharbeiterberufen, auf deren besondere Bedeutung für die Neger noch weiter unten eingegangen wird und in denen die gewerkschaftliche Organisation so gut wie hundertprozentig ist, sind die Neger – traditionell – stark unterrepräsentiert. So gab es z. B. in dem Industriezentrum Cleveland, Ohio, 1966 lediglich drei Neger unter den 1258 Mitgliedern der örtlichen Elektrikergewerkschaft; ebenso viele waren es bei den 1482 Installateuren, während es unter den 1319 Rohrlegern überhaupt keine Nicht-Weißen gab. In den fünf gewerkschaftlich organisierten Handwerkerberufen der Stadt wurden damals insgesamt lediglich vier schwarze Lehrlinge ausgebildet. Ähnliche Verhältnisse fanden und finden sich heute noch in zahlreichen anderen US-Städten. Nach den für die gesamte USA vorliegenden Werten für 1972 sind gerade in den gesuchten und hochbezahlten Facharbeiterberufen weniger als 1 Prozent der Beschäftigten Neger: 0,9 Prozent sind es z. B. bei den Elektrikern, 0,7 Prozent bei den Asbestarbeitern, 0,5 Prozent bei den Installateuren und 0,4 Prozent bei den Aufzugbauern (der schwarze Bevölkerungsanteil beträgt insgesamt aber etwa 12 Prozent).

Die Personalpolitik der Arbeitgeber

Für den unverhältnismäßig hohen Prozentsatz von Negern, vor allem unter den schwarzen Bewohnern der Großstadtghettos, in den unteren Einkommens- und Berufsgruppen sind neben der unzu-

reichenden schulischen und beruflichen Vorbildung der Neger – was angesichts der äußerst mangelhaften Qualität zahlreicher schwarzer Schulen nicht verwundert – vor allem auch die Einstellungs- und Beschäftigungspraktiken der Arbeitgeber verantwortlich. Nachweislich werden hierbei Neger (immer noch) diskriminiert. Entweder werden sie gar nicht eingestellt, oder aber sie bleiben auf die niedrigsten und schmutzigsten Tätigkeiten mit entsprechend niedriger Entlohnung beschränkt. Ein Aufstieg in den Betrieben wird den Schwarzen, selbst wenn sie eindeutig die entsprechenden beruflichen Qualifikationen besitzen, vielfach verwehrt und ein Weißer ihnen vorgezogen. Diese von zahlreichen Arbeitgebern gegenüber Negern (wie übrigens auch anderen Minderheitengruppen) – wenn auch heute mit erheblich subtileren Mitteln als früher – und nicht zuletzt häufig auch auf Druck oder doch zumindest mit Billigung der Gewerkschaften praktizierte Diskriminierung der Neger am Arbeitsplatz wurde jüngst wieder anlässlich eines auf Druck der Bundesregierung im Jahre 1974 von der US-Stahlindustrie angenommenen freiwilligen Plans zur Beendigung eben dieses Mißstands eindeutig festgestellt.

Doch nicht nur bei privaten Arbeitgebern ist eine derartige rassistische Diskriminierung von Negern verbreitet, auch bei staatlichen und selbst bei Regierungsbehörden findet sie sich nicht selten.

Das Verhalten der Gewerkschaften

Doch nicht nur die Handlungsweise der Arbeitgeber ist die Ursache für die benachteiligte berufliche und damit auch materielle Lage der Neger. Eine mindest ebenso bedeutsame Rolle spielt hierbei auch das Verhalten der Gewerkschaften. Das trifft vor allem für die qualifizierten Facharbeiterberufe zu. Gerade ihnen kommt aber hinsichtlich der beruflichen und damit letztlich auch der sozialen (Aufstiegs-) Chancen der Neger eine entscheidende Bedeutung zu. Nüchtern betrachtet besteht nämlich vor allem für die Angehörigen der unteren schwarzen Schichten eine realistische Chance, aus ihrem sozialen Elend zu entkommen und zumindest wirtschaftlich in die breite amerikanische Mittelklasse aufzusteigen, heute vornehmlich in der Erlangung und Ausübung eines qualifizierten Facharbeiterberufs. Diese Berufskategorie, insbesondere im handwerklichen Sektor, gehört sowohl zu den höchstbezahlten als auch zukunftsreichsten Beschäftigungssparten, deren Angehörige bereits heute z. T. schon mehr verdienen als manche Akademiker – wenn man einmal von bestimmten freien Berufen absieht. Die Tatsache, daß aber gerade in den begehrteren Facharbeiterberufen mit den Spitzenlöhnen kaum Neger vertreten sind, hängt wesentlich auch damit zusammen, daß in die-

sen Berufszweigen eine so gut wie vollständige gewerkschaftliche Organisation besteht. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und das Recht auf Ausübung des betreffenden Berufs sind hier praktisch identisch. Vor allem gilt das für das Baugewerbe, dessen Angehörige Höchstlöhne beziehen und fest in der amerikanischen Mittelklasse etabliert sind. Über die Aufnahme neuer Mitglieder entscheiden aber ausschließlich die jeweiligen örtlichen Gewerkschaftsabteilungen. Gerade auf dieser unteren Ebene ist jedoch traditionell ein mehr oder weniger offen praktizierter Rassismus besonders tief verwurzelt und weit verbreitet, durch den Negern – und anderen Minderheiten – die Zulassung zu diesen Organisationen verwehrt wird. Da aber die meistens von den Gewerkschaften durchgeführten Lehrlings-Ausbildungsprogramme als Teilnahmevoraussetzung die Mitgliedschaft in der (örtlichen) Gewerkschaft haben, bedeutet die Verweigerung einer Aufnahme in die Gewerkschaft praktisch den Ausschluß aus dem betreffenden Beruf. Theoretisch könnte nämlich z. B. ein abgelehnter Neger zwar seine beruflichen Kenntnisse und Qualifikationen auf irgendeine andere Art erwerben; doch das würde ihm in der Praxis wenig nützen. Gerade in Berufen mit hohen Löhnen, vor allem wiederum im Baugewerbe, haben die betreffenden Gewerkschaften nämlich mit den Arbeitgebern (formelle oder auch nur faktische) sogenannte „closed shop“-Vereinbarungen getroffen, auf Grund derer die Betriebe verpflichtet sind, ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder zu beschäftigen. Das bedeutet letztlich aber, daß die Vergabe von Arbeitsplätzen in dem betreffenden Berufszweig praktisch von der jeweiligen Gewerkschaft bzw. ihrer örtlichen Abteilung kontrolliert wird. Hinzu kommt noch, daß gerade die Facharbeitergewerkschaften in den Berufen mit Spitzenlöhnen, aus materiellen, gruppenspezifischen Gründen, zwecks langfristiger Sicherung ausreichender und hochbezahlter Arbeitsplätze die Zahl ihrer Mitglieder möglichst klein zu halten suchen. So waren beispielsweise 1970 lediglich 4 Prozent der Lehrlinge in sämtlichen von den Gewerkschaften organisierten Ausbildungsprogrammen in den USA Neger.

Dieses Verhalten der amerikanischen Gewerkschaften mag dem in der europäischen Gewerkschaftstradition Denkenden zumindest befremdend erscheinen. Hierbei muß man aber berücksichtigen, daß im Unterschied zur europäischen Tradition die amerikanischen Gewerkschaften sich nie eigentlich als Klassenverbände in dem Sinn empfunden haben, daß sie die Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten hätten. Sie verstanden und verstehen sich vielmehr immer noch vorwiegend als berufsspezifische „pressure groups“, deren Ziel vor allem in der Erlangung bzw. Erhaltung eines möglichst hohen Lohnniveaus für ihre spezielle Berufsgruppe besteht.

Die Gefahren für die Zukunft

Die oben dargestellte beruflich bedingte wirtschaftliche Benachteiligung und daraus erwachsende materielle Not vor allem der in den heruntergekommenen schwarzen Großstadtghettos zusammengepferchten Farbigen stellt heute das eigentliche und sich noch immer mehr verschärfende Negerproblem in den USA dar. Gerade aber die Erscheinung, daß die Neger vor allem in den qualifizierten Facharbeiterberufen nur schwer Fuß fassen können und ein unverhältnismäßig hoher Anteil der Schwarzen auf einfache und ungelernete Beschäftigungen beschränkt bleibt, wird hierbei in Zukunft mit ziemlicher Sicherheit schwere soziale Folgen für die USA insgesamt haben. So stellen einerseits angesehene und keineswegs radikal eingestellte schwarze Bürgerrechtsführer resignierend fest, daß auch in absehbarer Zukunft sich nichts Wesentliches an der Diskriminierung der Neger im beruflichen und wirtschaftlichen Leben ändern werde. Andererseits aber verschwinden in immer rascherem Tempo auf Grund langfristiger struktureller Veränderungen in der Wirtschaft und beschleunigt durch konjunkturelle Krisen – wie z. B. die jüngste, immer noch nicht ganz überwundene Wirtschaftszession in den USA – die Arbeitsplätze für ungelernete und Anlernkräfte, in denen aber ein im Vergleich zu der weißen Bevölkerung unverhältnismäßig hoher Prozentsatz der Neger tätig ist. Gleichzeitig wächst aber speziell der Bedarf an qualifizierten Fachkräften ständig. Insbesondere gilt dies für sämtliche Facharbeiterberufe, und hierbei steht – trotz aller vorübergehenden Krisen – das Bauhandwerk mit an der Spitze. So hat man z. B. für den Staat New York für das Jahrzehnt von 1960 bis 1970 einen Rückgang der Arbeitsplätze für ungelernete und Anlernkräfte um 70 bis 80 000 vorausgerechnet, während andererseits ein jährlicher Anstieg der Arbeitsplätze für Facharbeiter um 28 000 ermittelt wurde. Ein besonders großer Bedarf besteht dabei an Baufacharbeitern.

Unmittelbare Folgen einer derartigen, vorwiegend auf schlechteren Bildungsmöglichkeiten und rassistischer Diskriminierung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften beruhenden Benachteiligung der Neger im Erwerbsleben werden mit Sicherheit ein noch weiteres Anwachsen der im Durchschnitt sowieso schon im Vergleich zu der weißen Bevölkerung doppelt so hohen Arbeitslosigkeit der Neger und eine weitere materielle Verelendung der in den Großstadtelms konzentrierten schwarzen Unterschicht sein. Damit wird aber gleichzeitig auch eine Zunahme z. B. der Kriminalität, des Alkoholismus und des Drogenmißbrauchs hervorgerufen werden, die als sozial und nicht rassistisch bedingte Phänomene in den schwarzen Elendsvierteln im Zentrum amerikanischer Großstädte bereits jetzt schon ein er-

erschreckend hohes Ausmaß erreicht haben. Vor allem aber dürften auch schwere soziale Explosionen, ähnlich den großen Gettounruhen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, in Zukunft nicht auszuschließen sein. Wie nämlich zahlreiche Untersuchungen inzwischen nachgewiesen haben, lagen diesen Gewaltausbrüchen letztlich vor allem ökonomische Probleme der Neger zugrunde. Trotz einer augenblicklichen Periode des scheinbaren, äußeren Rassenfriedens in den USA wird dieses Land in absehbarer Zeit entscheidende Maßnahmen zur Lösung seines immer mehr zu einem Klassenproblem werdenden und sich in den heruntergekommenen Großstadtgettos konzentrierenden Negerproblems in Angriff nehmen müssen. Andernfalls droht die Gefahr, daß der in den schwarzen Sluma bereits zu einem hochexplosiven Grad aufgestaute soziale Konflikstoff sich in destruktiver Gewalttätigkeit von nationalem Ausmaß entlädt. Doch ganz offensichtlich ist trotz dieser drohenden Entwicklung bei den politischen Führern in weitgehender Übereinstimmung mit der weißen Bevölkerungsmehrheit der USA (immer noch) die von der Nixon-Administration bezüglich dieser ursächlich letztlich durch den — bewußten oder unbewußten — weißen Rassismus hervorgerufenen, erschreckungsmäßig aber vorwiegend ökonomischen Rassenprobleme Ende der 60er Jahre ausgegebene Maxime des „benign neglect“ handlungsbestimmend.

Antimarxistische Dogmen

Wenn ein Juno gegen Jusos wettert, wird man sich fragen müssen, wem er dient: Der Genosse Graeff überschreibt seinen Artikel in der NG 12/76 mit „Wahlanalysen als Glasperlenenspiel“. Er sei daran erinnert, daß der Held des Heese-Romans „Glasperlenenspiel“ Josef Knecht heißt!

Zum Inhalt des Artikels: Graeff kritisiert die Benutzung „konfliktträchtiger Formulierungen“ durch die Jusos, wahl etwa im Falle der Wahlanalysen die bösen Journalisten dann mit der SPD genauso umprägen wie mit dem Kreuther Beschluß und der CDU. Dieser Vorwurf steht an sich da, ohne daß der Leser wüßte, welche Formulierungen Graeff meint, und ohne daß er entscheiden kann, warum denn nicht das von Vertretern der Mutterpartei Gesagte die eigentlich „konfliktträchtigen Formulierungen“ enthält. Unabhängig davon wäre es meines Erachtens gar nicht so übel, wenn z. B. die Tageschau so ausführlich und detailliert über mehrere Wochen über die Streitpunkte zwischen Jusos und SPD berichten würde: das brächte die öffentliche Diskussion über die tatsächlichen Konflikte in Bewegung.

Genosse Graeff beginnt seine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Wiedergabe des Zitats aus der Einleitung der Juno-Analysen, die „Wahlkampfstrategie der SPD müsse vor dem Hintergrund einer Politik der ‚Senkung des Erwartungsniveaus an sozialdemokratische Politik‘ analysiert und bewertet werden.“ Obwohl er wohl gern anders möchte, wie seine Formulierung vermuten läßt, meint der Genosse: „Dagegen läßt sich wenig sagen.“ Diese Senkung kommt doch nicht von ungefähr, und wir müssen uns angesichts der jetzt vorliegenden Regierungserklärung wirklich fragen, wie lange die SPD noch „Reformpolitik auf wirtschaftlich wieder bessere Zeiten“ verschleppen kann, ohne vollends wie mit dem Rentenversprecher begonnen, ihr Gesicht zu verlieren. Wenn auch Juno Graeff die Berufung auf den Orientierungsrahmen durch „Linke“ für schilfzohrig hält, meine ich: Selbst Helmut Schmidt, der „Göttergleiche“, sollte gelegentlich mal das Kapitel 2 im OR '85 nachlesen, etwa was unter 2.4.5 steht: „Sozialdemokratische Politik für eine demokratische und sozial gerechte Gesellschaftsordnung ... muß Vollbeschäftigung und stabile Wirtschaftsentwicklung sichern und gleichzeitige Reformen zügig vorantreiben.“

Besondere zynisch klingt nach Kenntnis der Regierungserklärung der Satz von Graeff: „... dürfte es für Arbeitnehmer einen wahlentscheidenden Unterschied machen, ob die SPD zwecks Anstoß und Verstärkung des Aufschwungs die Unternehmen in Maßen subventioniert bei gleichzeitiger Bestandewahrung der sozialen Sicherung

für die arbeitende Bevölkerung oder ob die CDU/CSU der Privatwirtschaft massive Steuervergünstigungen zu Lasten der Arbeitnehmer verschafft.“

Ich glaube dem Genossen Graeff, daß er im Ruhrgebiet mit solchen Arbeitnehmererwartungen genauso Wahlkampf gemacht hat wie Walter Arendt. Sicher hat diese Erwartung auch den ‚wahlentscheidenden Unterschied‘ bei den Kumpels gemacht. Doch nach der Wahl liest man es anders: Senkung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Verwässerung der Mitbestimmung durch eine inkonsequente Wahlordnung und sogar der Versuch, die versprochene Rentenerhöhung zu verschleiben. Wo bleibt der Unterschied, der wahlentscheidende? Ist das die „Bestandswahrung der sozialen Sicherung für die arbeitende Bevölkerung?“

Die Jusos meinten in Ihrer Analyse, unter kapitalistischen Bedingungen sei ein „sozialer Interessenausgleich“ illusorisch: Vielleicht hat auch unser Genosse Schmidt das erkannt und deshalb auf die Vertretung von Interessen der arbeitenden Bevölkerung nach der Wahl in weiten Bereichen erstmal verzichtet, damit das Wachstum nicht gefährdet wird.

Und wenn ihn Juso Graeff dabei unterstützt, indem er fatalistisch „die Orientierung an den Verwertungsbedingungen des Kapitals“ für die Regierung als unumgänglich ansieht, dann fällt mir wieder der OR '85 ein: „Die realistische Beurteilung der staatlichen Handlungsmöglichkeiten und Handlungskapazitäten zwingt uns dazu, . . . auch die Grenzen des Machbaren durch politische Aufklärungsarbeit und strukturelle Reformen zu erweitern.“ (OR '85, Kapitel 2.6.5). Natürlich müssen solche grenzerweiternden strukturellen Reformen den Verwertungsbedingungen des Kapitals widersprechen, und deshalb stehen sie wohl auch nicht in der Regierungserklärung.

Und damit die Jusos insgesamt auch so denken wie der Kanzler, hat Juso Graeff auch gleich einen Vorschlag, nämlich „Realität wahrzunehmen als etwas, was zunächst einmal unbekümmert um alle Theorie ganz einfach nur passiert“. So einfach ist das – wenn man so unbekümmert ist wie Graeff.

Hans H. Pöpsel
SPD-OV-Vorsitzender Münster-Süd

Noch einmal: das Sontheimer-Buch

Zu Recht kritisiert Horst Heimann (in NG 8/76), daß Sontheimer „auch alle radikaldemokratischen und demokratisch-sozialistischen Theorien und Konzeptionen . . . pauschal in die neolinken Theorien einbezieht und verwirft“. Zu behaupten aber, seine Kritik linker Theorie sei „als eine geistige Kapitulation und Bankrotterklärung des Liberalismus . . . anzusehen“, ist doch wohl recht präntöse. Sontheimers Zergliederung und Ausdeutung jener linken Theorie erhellt ja gerade, daß diese Ideologie in ihrem Anspruch auf Unfehlbarkeit jedem vernünftigen Einwand gegenüber immun bleibt, so daß die Berufung auf Voltaire ins Leere zielt. Um Sontheimer der Abkehr von liberalen Grundsätzen bezichtigen zu können, entkleidet Heimann nicht nur Satzfragmente, sinnenstehend zitierend, ihres logischen Zusammenhangs; er verfälscht auch Sontheimers Aussagen. So schreibt er, über den Radikalerlaß wisse Sontheimer „nur zu sagen“, daß „mit dessen Hilfe der Bund und die Bundesländer seit 1972 versuchen, Verfassungsgegnern den Zugang zum Staatsdienst zu erschweren“. In Wahrheit versteht sich dieser von Sontheimer in Klammern gesetzte Satz ganz eindeutig im Gesamtkontext mit der von ihm abgehandelten „Theorie, die zur Praxis verpflichtet“. „Vor diesem Hintergrund“, so beginnt der bei Sontheimer eingeklammerte Satz, „muß man auch den Radikalerlaß sehen, mit dessen Hilfe der Bund und die Bundesländer seit 1972 versuchen, ‚Verfassungsgegnern‘ den Zugang zum Staatsdienst zu erschweren“. Die Anführungsstriche, in die Sontheimer den Terminus Verfassungsgegner kritisch setzt, unterschlägt Heimann. Ebenso verschweigt er, daß Sontheimer einige Seiten später an eben diesen „Berufsverboten“ Kritik übt. Heimann selbst gebraucht, symptomatisch, den nicht sachgemäßen Begriff „Berufsverbote“ unkritisch ohne Anführungszeichen.

Ferner behauptet Heimann, Sontheimer zitiere positiv und zustimmend „vor allem“ Schelsky und Hans Maier, den bayerischen CSU-Kultusminister. Ersteren bezieht Sontheimer jedoch nur einige Male in die allgemeinen Fragestellungen des Problemkreises ein; an mehreren anderen Stellen führt er ihn an – mehr von ihm abweichend als ihm zustimmend. Und von Hans Maier zitiert er in seinem 290 Seiten umfassenden Text lediglich eine acht Zeilen lange Äußerung zur Sprache linker Ideologen sowie den von Maier in diesem Zusammenhang verwendeten Begriff „dissoziales Denken“.

Heimanns Vorwurf, mit dem er wiederum eine Preisgabe liberaler Haltung zu belegen vermeint, Sontheimer entwickle keinen eigenen Theoriebegriff und suche nicht die „Aktivbürger durch rationale und dialogische Argumentation für vernünftige

Reformkonzepte zu gewinnen", verkennt, daß es nicht Aufgabe eines Kritikers ist, Alternativen anzubieten. Der Kritiker ist auch nicht zu konstruktiver Kritik verpflichtet. Doch davon abgesehen: Wenn Heimann im Verfolg seiner Konstruktion der „Tendenzwende eines Liberalen“ Sontheimer außerdem unterstellt, er argumentiere im Stile des Freund-Feind-Denkens, begnüge sich mit dem Niederreißen des Theorieverständnisses der Neuen Linken und betreibe eine zermalmende und rein destruktive Kritik, verfehlt er nicht nur Sontheimers Motivationen und Intentionen, sondern erfaßt auch die Thematik des Buches nicht. Sontheimer die liberale Gesinnung abzusprechen, weil er angeblich „nur in den neolinken Theorien eine Gefahr für die liberalen Werte sieht“, ist von bestürzender Leichtfertigkeit.

Daß der „Rechtsruck“ in der Bundesrepublik, d. h. die Wiedererstarkung des Konservatismus, nicht zuletzt eine Reaktion ist auf das Auftreten der unduldsamen Linken, geht aus Sontheimers Darlegungen deutlich hervor. Jene, die voll Eifer die Gefahr von rechts beschwören, sollten nicht vergessen, daß es gerade in ihren Kreisen als progressiv gilt, die — endlich — an die Regierung gelangte SPD aufs heftigste herabzusetzen, ohne, in der Regel, wirklich Stichhaltiges vorzubringen. In der sich hier offenbarenden Antihaltung gründet denn ja auch das „Elend der Intellektuellen“. Man verschließt sich der Tatsache, daß regierende Sozialdemokraten oder Sozialisten nicht in der Lage sind, einschneidende Änderungen, gar der Eigentumsverhältnisse, durchzusetzen, solange sie sich auf keine hierfür ausreichende Mehrheit, keinen verlässlichen Rückhalt in der Bevölkerung stützen können. Zur Schaffung dieser Grundvoraussetzung trägt man jedoch nicht nur nicht bei; man mindert, im Gegenteil, das Ansehen der Partei, nennt sie, bestenfalls, „das kleinere Übel“, das man „trotz allem“ wählen müsse. Denn man hängt der Illusion an, der Kommunismus, jetzt der europäische, sei auf dem Wege, sich zur sozialistischen Demokratie hin zu entwickeln. So will man auch die kommunistisch regierten Staaten — zur Rechtfertigung der dort herrschenden Diktatur und zugleich als Verheißung baldigen Wandels — als sozialistische Übergangsgesellschaften sehen. Die entschiedene Ablehnung des Kapitalismus und der durch ihn bedingten Lebensumstände verküßelt sich in dieser Optik unversehens mit einer Billigung kommunistischer Ordnungskategorien. Für gegen den Kapitalismus gerichtete Gewalttaten bringt man Immerhin Verständnis auf.

Bei den Protesten gegen die undemokratische behördliche Behandlung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst ignoriert man, daß Kommunisten gemäß ihren Prinzipien für die Verfassung der Bundesrepublik nicht nur nicht eintreten können,

sondern ihre gewaltsame Außerkräftsetzung intendieren müssen. Es drängt sich hier mehr und mehr der Eindruck auf, es benutzen die linken Opponenten die notwendige warnende Geltendmachung der Bedenklichkeit dieser Extremistenbeschlüsse ausschließlich für ihre agitatorischen Zwecke, nämlich die Verhältnisse in der — sozialdemokratisch-liberal regierten — Bundesrepublik als nachgerade präfachistisch zu denunzieren, um sie ideologiegerecht auslegen, anprangern und entsprechend bekämpfen zu können.

In welchem Maße linksintellektuelle Realitätsverzerrung oppositionelles Denken beeinflusst, verrät der Aufruf der seinerzeit vor der Ausbürgerung gegründeten Initiative für die Ausreise Wolf Biermanns. Dort heißt es: „Die Kampagne zur Verteidigung der Freiheit der politischen Meinung, des Berufs und der Reise für Wolf Biermann ist Bestandteil des Kampfes zur Verteidigung der demokratischen Rechte in Ost- und Westdeutschland, für die Verwirklichung der Freizügigkeit, die Freiheit der politischen Meinung und des Berufs in ganz Deutschland.“

Hier wird ganz selbstverständlich Diktatur und Demokratie einander gleichgesetzt, d. h. die den Kommunismus kennzeichnende Verweigerung demokratischer Grundrechte auf eine Stufe gestellt mit den — anfechtbaren — Abwehrmaßnahmen eines demokratisch verfaßten Staates gegenüber seinen potentiellen Zerstörern und aktiven Verfechtern eben jener Staatsverfassung, in der demokratische Rechte nicht bestehen. Dieser Mangel an Unterscheidungsvermögen, in dem die Entstellung der bundesdeutschen Wirklichkeit exemplarisch einhergeht mit der Verharmlosung der kommunistischen Diktatur, birgt eine viel größere Gefahr für den Bestand liberaler Werte als die noch immer vorhandene (un-)geistige Rückständigkeit — der wirklicher begegnet werden könnte, wenn nicht linke Ideologie sie — kontraproduktiv — verstärkte. Die größere Gefahr liegt ohne Zweifel in der suggestionskraft linker Ideologie und einer ganz ähnlichen, angesichts des offenkundigen Versagens des Kapitalismus sich vollziehenden Umwertung des liberalen Demokratie- und Freiheitsverständnisses zugunsten der kommunistischen Weltanschauung, die hinwiederum dazu angetan ist, Möglichkeiten einer im Rahmen des noch zu erforschenden Realisierbaren liegenden, nicht profit-, sondern sozial orientierten Produktionsgestaltung zu durchkreuzen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß Biermann überzeugter Kommunist ist, der sich, den hier in Rede stehenden linken intellektuellen gleich, dem Wahn hingibt, bei den kommunistischen Zwangsmaßnahmen handle es sich um korrigierbare Irrtümer, um rückgängig zu machenden Machtmißbrauch.

Im Gegensatz zu Helmann wäre also festzustellen: Die politische Realität in der Bundesrepublik nimmt sehr wohl zur Kenntnis, wer bemerkt, daß die liberalen Werte von der fatale Faszination besitzenden linken Theorie stärker bedroht sind als von reaktionären oder faschistischen Tendenzen, deren irrationaler Gehalt offener zutage liegt und unmittelbarer einleuchtet. Es ist Sontheimers Verdienst – das auch durch seinen von der Reformierbarkeit des Kapitalismus ausgehenden Standort keine Beeinträchtigung erfährt –, die Abwegigkeit dieser linken Theorie systematisch vor Augen zu führen, wobei in Erscheinung tritt, wie beharrlich die marxistische, zum großen Teil aber auch die neomarxistische Kapitalismuskritik in einer Verabsolutierung von Teilwahrheiten kreist, die Trug- und Fehlschlüsse nach sich zieht und Handlungsimpulse vermittelt, deren Untauglichkeit zur Schaffung einer humanen, freien und sozialistischen Gesellschaft Evidenz erhält. Es zeigt sich, daß wir es hier mit der Ideologisierung legitimer Forderungen des Menschen zu tun haben, die auch die Ursache dafür zu sein scheint, daß das ganze Lehrgebäude tatsächlich anmutet, als handle es sich um eine Theorie für „abstrakte Menschen und eine abstrakte Gesellschaft“, wie Sontheimer es ausdrückt. Wenn Marcuse z. B. lapidar erklärt, daß die Tatsachen nicht mit der Theorie übereinstimmen, sei um so schlimmer für die Tatsachen – ohne jedoch auf den Gedanken einer Infragestellung dieser Theorie zu kommen, mit

der ganz offensichtlich die Tatsachen nicht in freiheitlich-sozialistischer Richtung verändert werden können –, bezeugt er damit die absolute Unerschütterlichkeit des Glaubens so vieler Linker an diese Theorie. Auffällig ist allerdings die – in der Regel – gereizte, oft aggressive, jedenfalls polemische oder anzüglich mokante Reaktion auf Kritik an ihr. So wird seit eh und je in Marxismus-Kommunismus-Diskussionen dem Kritiker, den man ungenau zitiert und nur flüchtig gelesen hat, Wissenschaftlichkeit, Sachverstand und Ernsthafteigkeit aberkannt und behauptet, er bringe nichts Neues. Charakteristisch ist – was die Betroffenheit und die Verunsicherung durch den Kritiker eindeutiger noch anzeigt – dessen Abwertung in wohlfeilem Spott.

Dieser Methode bedient sich auch Arno Waschkuhn (in NG 10/76), der unter dem Titel „Sticheleien eines politischen Feuilletonisten“ mit weit hergeholt, Sontheimers Abhandlung aber kaum berührenden Vorbringen ebenso wie Helmann Ansprüche an das Buch Sontheimers stellt, die es – als Analyse des dogmatischen linken Theoriebewußtseins – im Grunde gar nicht erfüllen konnte und vermutlich auch nicht wollte. Unrichtig ist die Behauptung, Sontheimer erwähne Popper nicht.

Daß liberal sich dünkende Linke glauben, Sontheimer desavouieren zu müssen, ist bezeichnend und kann als Bestätigung der Trefflichkeit seiner Kritik angesehen werden.

Freya Eisner

geyrhofer: sturm über deutschland
 nenning: achtung kurve! tendenzkehrtwende
 mandel/kienzl: unwohlfahrtsstaat
 blechschmidt: die weisen von kreuth
 borneman: selbsterlebte volksfront
 janssen: wohnungsfresser an der ruhr
 kpi: philosophie des compromesso storico

jänner/februar
 1977

NEUES
FORVM

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
 Ich bestelle obiges Heft um öS 44 DM/sfr 6,50 ein Gratiaprobeheft
 1 Jahresabo. um öS 320 DM/sfr 48 (Studenten öS 240 DM/sfr 36 / Nachweis!)
 NAME _____ ADRESSE _____

Die Schülerarbeit der Jungsozialisten

von Joachim Hofmann
Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Bonn-Bad Godesberg 1976, 151 S.,
DM 8,-

Angesichts des Jungwählerverhaltens bei den Bundestagswahlen vom 3. Okt. 1976 ist die Schülerarbeit der Jungsozialisten erneut steigendem Interesse ausgesetzt. Aus den bisher veröffentlichten demoskopischen Zahlen muß sicher eine Folgerung gezogen werden: Das Erstwählerverhalten ist offenbar entscheidend auch für das spätere Wahlverhalten. Die Mobilisierung zur Sozialdemokratie ist demnach gerade für die kommenden Erstwähler von entscheidender Bedeutung für die Zukunft. Die Aktivitäten für die Interessen Jugendlicher müssen also ausgebaut werden. Eine Säule ist dabei die Schülerarbeit.

Wer Perspektiven für die Zukunft entwickeln will, braucht den kritischen Rückblick auf die bisher geleistete Arbeit. Joachim Hofmann, Schülerreferent beim Juso-Bundesvorstand, gibt in seinem Buch einen faktenreichen Abriss über die Entwicklung und die organisatorischen wie inhaltlichen Vorstellungen der Juso-Schülerarbeit, soweit sie sich in Beschlüssen von Bundeskongressen und Fachkonferenzen niederschlagen haben. Wer angesichts des weit verstreuten Materials Schwierigkeiten hat, sich einen Überblick zu verschaffen, bekommt hier eine wichtige Hilfe.

Fehlanzeigen muß allerdings derjenige melden, der – verleitet durch den Titel – nach Berichten und Analysen von Basisarbeit der Juso-Schülergruppen sucht. Der zweite Teil des Buches mit seiner statistisch-fachwissenschaftlich orientierten Untersuchung von Juso-Schülerzeitungen bietet hierfür keinen Ersatz. Wer jedoch in der Schülerarbeit steht, in sie einsteigen oder sie fördern will, der

wird auch aus Hofmanns Dokumentation, Darstellung und Interpretation von Beschlüssen höherer Gremien nützliche Anregungen für die eigene Basisarbeit ziehen können. Hans-Jürgen Belke

Arbeitnehmer in der Marktwirtschaft

von Dr. Reinhard Schultz
Wilhelm Goldmann Verlag
München 1976, 320 Seiten, DM 9,-

Der Autor formuliert die Ziele, die er mit seinem Buch erreichen will, wie folgt:

1. „Sie (die vorliegende Arbeit) will wichtiges Wissen über den Faktor Arbeit systematisch zusammenfassen, ergänzen und vertiefen und in anschaulichen und anwendungsnahe Komplexen darbieten.“

2. „... und damit einen Beitrag zur Versachlichung und Stärkung des Problembewußtseins leisten.“

3. „Das Buch ist nicht nur für die betriebliche Praxis..., sondern vor allen Dingen auch für den gesamten Bereich der politischen Bildung... gedacht.“

Schultz weist weiter darauf hin, daß er vom „in marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften vorherrschenden Unternehmenstyp“ ausgeht. Er betont aber gleichzeitig: „Weil die meisten grundsätzlichen Fragen der Personalführung systemindifferent sind, ... wäre es falsch, die vorliegende Einführung als eine

rein kapitalistech-orientierte Personalwirtschaftslehre anzusehen, der die ‚sozialistische Menschenführung‘ gegenüberzustellen wäre.“

Betrachtet man die Arbeit unter diesen angeführten Gesichtspunkten, so wird man dem Autor auf jeden Fall bescheligen müssen, daß er umfangreiches Material zu den Themen Entlohnung, Gewinnbeteiligung, Vermögensbildung, Sozialleistungen, Führungsmethoden und Mitbestimmung zusammengetragen hat. Das Buch gibt in fast dokumentarischer Form einen guten Überblick über die Diskussion zu diesen Fragen, soweit sie die Marktwirtschaft als gewollt akzeptiert. Eine Vervollständigung bieten ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und Sachregister.

Wer also sozusagen an systemimmanenter Information und Diskussion mit ihren unterschiedlichen Standpunkten interessiert ist, der wird nicht enttäuscht, zumal ihm, wie gesagt, Möglichkeiten zur weiteren Beschäftigung mit den Themenkomplexen angeboten werden. Damit scheint auch der Anspruch des Autors erfüllt: „Das vorliegende Buch behandelt insbesondere die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland.“

Doch Schultz formuliert – wie einleitend festgestellt – weitergehende Ansprüche, auf die die Arbeit ebenfalls geprüft werden muß. Und damit ist es schlecht bestellt. So ist seine Beweisführung, daß die meisten Fragen in diesen Themenbereichen „systemindifferent“ seien, sehr dünn. Denn er vermeint lediglich, daß unterschiedliche ökonomische Zielsetzungen grundsätzlich auch Konsequenzen hinsichtlich des Aufbaus eines Betriebes und der Rolle der Mitarbeiter haben. Einziger Beweis ist der Hinweis, daß auch in der DDR das „Prinzip der Wirtschaftlichkeit“ gilt. Fast nicht vorhanden scheinen für Schultz die Diskussionen in anderen sozialistischen Ländern (z. B. Jugo-

elawien) oder von Organisationen und Gruppen bzw. Personen mit antikapitalistischer Zielsetzung in der Bundesrepublik zu sein. Wie gesagt, dies wäre zu akzeptieren, wenn lediglich eine Diskussion wiedergegeben werden soll, die die Marktwirtschaft nicht in Frage stellt, oder wenn wirklich bewiesen würde, daß die Probleme bei allen Wirtschaftsformen gleich sind.

So mißlingt logischerweise auch der Anspruch, „zur Versachlichung und Stärkung des Problembewußtseins“ beizutragen, zumindest was die Stärkung betrifft. Denn: Wie kann man Probleme verdeutlichen, wenn von vornherein ein fester Rahmen existiert und damit nur bestimmte Antworten gegeben werden können?

Abschließend sei noch einmal festgestellt, daß das Buch ein gutes Nachschlagewerk für denjenigen ist, der sich darüber informieren will, was unter Beachtung der gegebenen Verhältnisse diskutiert wird, welche Lösungen angeboten werden oder gefunden worden sind. So ist die Diskussion zur Vermögensbildung, vor allem im Gewerkschaftsbereich – Position der IG Metall contra Mehrheit im DGB – sehr ausführlich und damit nachvollziehbar wiedergegeben. Auch Sprache und Darstellungsform sind anschaulich und klar, so daß das Buch leicht lesbar ist.

W. K.

Die Nationalisierung der Massen

Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich
von George L. Mosse
Ullstein-Verlag
Frankfurt/Berlin 1976, 283 S.,
DM 38,-

Bei der Durchsicht dieses Buches, das eigentlich ein Stück trauriger deutscher Vergangenheit behandelt, wird man unwillkürlich an die Gegenwart erinnert. Nach der geschlagenen Schlacht vom 3. Oktober 1976 war vielfach von der Notwendigkeit die Rede, den Faktor Emotionalität und Gemeinsinn im Wahlkampf stärker herauszuheben. Der Bürger möchte nicht allein rational angesprochen werden, er sucht nicht nur ein Urteil, sondern zugleich die Möglichkeit der Identifikation. Daß die Opposition in dieser Hinsicht ihr Geschäft besser verstanden hat, sollte man neidlos anerkennen.

Frellich sind die Gefahren eines emotionalen Wahlkampfes nicht erst seit gestern bekannt. Daß gerade die emotionsgeladene Unions-These vom Widerspruch zwischen Freiheit und Sozialismus genau das Gegenteil dessen bewirken kann, was die Urheber hier versprechen, zeigt – in historischer Perspektive – die Arbeit des amerikanischen Historikers G. L. Mosse. Sein Buch beginnt mit dem klugen Satz: „Dieses Buch ist das Ergebnis einer langwierigen Beschäftigung mit der Würde des Einzelmenschen und deren Herausforderern, die in langen Zeiträumen unseres Jahrhunderts mit Erfolg den Menschen der Verfügung über sein Geschick beraubt haben.“

Auch wenn weite Teile dieser Arbeit die letzten Jahre des 18. und das gesamte 19. Jahrhundert behandeln, kulminiert der weitgestreckte Gedankengang doch in der Beschreibung der Herrschaftspraktiken des Nationalsozialismus. Es geht dem Autor darum, einen neuen „politischen Stil“ festzumachen, eine Praxis

der Massenbewegung und -lenkung, die ihre Quellen im Gefolge der Französischen Revolution findet. Insofern kann man das Buch in Ergänzung zu Wilhelm Reichs „Massenpsychologie des Faschismus“ lesen, wobei Mosse den Bereich der Kultur, der Kunst und der Ästhetik untersucht. Seine Grundthese lautet: „Faschistisches und nationalsozialistisches Denken kann nicht nach traditioneller politischer Theorie beurteilt werden. Es hat mit rationalen, logisch konstruierten Systemen wie jenen Hegels und Marx' wenig gemein.“

Die politische Ästhetik des Nationalsozialismus sieht Mosse in der Kontinuität von F. Th. Vischers „Ästhetik oder Wissenschaft des Schönen“ sowie in J. J. Winckelmanns Schriften. Die hier propagierte Ästhetik des Schönen, die Ganzheit und Harmonie in sich vereinigt, nimmt die Ideologie des „arischen Typs“ bereits vorweg. Mosse wörtlich: „Sollte die weiße Rasse weiterhin Schönheit und Würde symbolisieren, sei es von Wichtigkeit, daß sie sich nicht mit anderen Rassen vermische und keine Nachkommenschaft hervorbringe, die die ideale griechische Form einbüßen würde. So sind die Anfänge der Rasseneugenik eng mit der entscheidenden Symbolik edler griechischer Schönheit verbunden.“

Der neue „politische Stil“ des Faschismus bestand nun darin, daß er durch Äußerlichkeiten versuchte, den Massen die Basis zur Identifikation zu offerieren. Nicht der Inhalt einer Rede sei das eigentlich Wichtige, sondern das „kultische Zeremonielle“. Macht und Geschlossenheit des Volkes sollten durch monumentale Bauten, durch liturgische Zeremonien demonstriert werden, um auch von der inhaltlichen Leere des nationalsozialistischen Gedankengutes abzulenken. Daß die Faschisten mit dieser Methode, mit diesem Stil den bekannten Erfolg hatten, sollte für die aktuelle Politik zu

denken geben. Daß sich der „mündige Bürger“ und ein emotionaler Wahlkampf ausschließen, haben eben viele noch nicht erkannt – oder sie ignorieren es bewußt.

Günter Wohlers

Lageanalysen und Prognosen sowie seine Therapievorschläge zur Lösung der Probleme nicht grundsätzlich korrigieren muß, so dürfte dies darin begründet sein, daß er stets monokausale Erklärungen und finalistische Lösungen abgelehnt hat und bemuhrt war, die ökonomischen Probleme in ihrer Komplexität zu erfassen und praktikable Vorschläge zu ihrer Lösung anzubieten.

Das heißt jedoch nicht, daß Ehrenberg für eine wertfreie neutrale Wirtschaftspolitik eintritt. Im Gegenteil. Für ihn ist Wirtschaftspolitik zugleich Gesellschaftspolitik, die ohne eine wertbewute Entscheidung nicht möglich ist. Es verwundert deshalb auch nicht, daß er stets um realisierbare Lösungsansätze bemuhrt ist und einer utopischen oder hollustischen Sozialtechnik sehr skeptisch gegenübersteht. Denn Ehrenberg vertritt wie Kurt Schumacher die Auffassung, daß „vor dem Leben ... der Sozialismus nur recht (hat), wenn er den Menschen in ihren täglichen Nöten und Leiden etwas Gegenwartsgluck bringt“.

Somit ist es verständlich, daß Ehrenberg unsere vielfach geschmahnte, marktwirtschaftliche, aber sozial gebundene Wirtschaftsordnung mit all ihren Unvollkommenheiten für besser geeignet hält, mit den ökonomischen und sozialen Problemen der Gegenwart fertig zu werden, als alle anderen – empirisch wie theoretisch bekannten – Wirtschaftssysteme. Allerdings läßt der Autor keinen Zweifel daran, daß dies von der Voraussetzung abhängig ist, daß die Sozialbindung ernst genommen wird, eine strikte staatliche Datensetzung erfolgt und die zur Verfügung stehenden wirtschaftspolitischen Instrumente konsequent angewendet werden.

Die Voraussetzungen und Gestaltungsmöglichkeiten einer solchen Zielvorstellungen entsprechenden Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, ist das Anliegen dieses Sammelbandes von Reden und Aufsätzen aus den Jahren 1968

bis 1975. Da sich Ehrenberg dankenswerterweise der Mühe unterzogen hat, seine Veröffentlichungen und Reden nach aktuellen politischen Problemfeldern zu gliedern und in sachlicher Reihenfolge zu ordnen, wird sein wirtschaftspolitisches Bestreben auch dem ökonomischen Laien verständlich.

Wenn auch Ehrenbergs wirtschaftspolitischer Konzeption die Faszination des „großen Wurfs“ fehlt, so dürfte jedoch feststehen, daß sie eine größere Effizienz und ein Höchstmaß an individuellen Freiheitsrechten gewährleistet als jede andere Wirtschaftspolitik. Es wäre deshalb zu wünschen, wenn sich nicht nur die wirtschaftspolitisch Interessierten und Engagierten mit Ehrenbergs wirtschaftspolitischer Konzeption beschäftigen würden, sondern recht viele SPD-Mitglieder und Gewerkschafter, für die Wirtschaftspolitik immer noch ein „Buch mit sieben Siegeln“ darstellt. Manchem könnte dadurch die eine oder andere Illusion oder gar Enttäuschung erspart bleiben.

Hubert Volgtander

Blick zurück nach vorn

Eine Zehnjahresbilanz zu ökonomischen Tabus und strukturellen Problemen von Herbert Ehrenberg
Sozialtats-Verlag
Frankfurt a. M. 1975, 220 S.,
DM 17,20

Es kommt nicht sehr häufig vor, daß ein nicht nur politisch engagierter, sondern auch parlamentarisch tätiger Ökonom öffentlich Nabelschau betreibt, indem er seine in Reden und Aufsätzen in den letzten 8 Jahren vertretene wirtschaftspolitische Position zur Diskussion stellt. Gehört hierzu schon bei einer „normalen“ wirtschaftlichen Entwicklung viel Mut, so grenzt es schon an Kühnheit, wenn dies vor dem Hintergrund der schwersten weltweiten Rezession der Nachkriegszeit geschieht, die Anlaß dazu gab, neue und alte „Systemzweifel“ aufleben zu lassen und „Patentrezepte“ zur Lösung der Probleme zu suchen und anzubieten.

Wenn Ehrenberg trotz der inzwischen eingetretenen weltwirtschaftlichen Verwerfungen mit Genugtuung feststellen kann, daß er seine politisch-ökonomischen

Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland von G. Gutmann/W. Klein u. a. Gustav Fischer Verlag
Stuttgart/New York 1976, 281 S.,
DM 14,80

Sogenannte Systemvergleiche, insbesondere zwischen der Bundesrepublik und der DDR, gehören

seit Jahren zu den Standardthemen der politischen Bildungsarbeit. Die bisherige Praxis hat gezeigt, daß gerade diese Methodik zu äußerst fruchtbaren Ergebnissen führen kann, da die eigene Praxis und Lebenswelt einer permanenten Herausforderung gegenübergestellt wird.

Freilich lassen sich infolge der komplexen Materie die Gesellschaftssysteme in Ost und West kaum in ihrer ganzen Breite vergleichen. Der in der politischen Bildungsarbeit Tätige wird immer gezwungen sein, bestimmte Teilbereiche auszuwählen, um die notwendige Tiefe und Präzision zu erreichen. Bewährt hat sich in diesem Zusammenhang die durch die System- und Ordnungstheorie überlieferte Trennung in politische, kulturelle und wirtschaftliche Subsysteme, wobei man als Gliederungskriterium die Funktionen auswählt, „welche die Gesellschaft gegenüber ihren Mitgliedern zu erfüllen hat – nämlich die Befriedigung der Bedürfnisse nach kulturellen Werten, nach politischem Rechtsschutz und nach materiellen Gütern“. Als Wirtschaftssystem gilt demnach die Gesamtheit aller Institutionen, die dazu beitragen, Güter herzustellen, zu verteilen und zu verbrauchen.

Nun geht es dem Autorenteam in dem hier anzulegenden Band weder um das Wirtschaftssystem noch um eine Wirtschaftsordnung, sondern um die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik. Damit ist gemeint – so definiert es G. Gutmann in seiner Einleitung – die Summe der in Verfassung, Gesetzen und Rechtsverordnungen enthaltenen, auf das Wirtschaften bezogenen Normen.

Die Grundlagen der Wirtschaftsverfassung finden sich im Grundgesetz, das von den Verfassern zunächst auf seine vermeintliche Neutralität in wirtschaftspolitischer Hinsicht abgeklopft wird. Ihr Urteil ist eindeutig: „Als Ergebnis der Analyse läßt sich feststellen, daß die Wirt-

schaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Grundgesetzes nur als ein marktwirtschaftliches Lenkungs- und Koordinationssystem gestaltet werden kann.“ Das heißt mit anderen Worten: „An der Unternehmensfreiheit des Art. 2 Abs. 1 ... scheitert selbstverständlich von vornherein jedes Wirtschaftssystem, das das freie Unternehmertum ganz beseitigt.“

Wird schon diese Aussage auf mancherlei Gegenargumente treffen, so dürfte das Kapitel über die Eigentumsverfassung auf noch härteren Widerspruch stoßen. Die Autoren vertreten hier die Auffassung, daß das Eigentum an Produktivvermögen, dessen Zentralisierung in wenigen Händen nicht bestritten wird, tendenziell an Bedeutung verliere, da das Produktivvermögen kaum mehr als 20 Prozent des Gesamtvermögens ausmache. Dieser Schluß von der quantitativen auf die qualitative Ebene überseht eindeutig die politischen Dimensionen des Problems.

Als weitere Themen behandeln die Verfasser das Kartellgesetz, die Geldverfassung (insbesondere die Rolle der Bundesbank), die Finanzverfassung, die Unternehmensverfassung, das Außenwirtschaftsgesetz sowie die rechtlichen Normen im Bereich der Sozial- und Umweltpolitik.

Die Lektüre verschafft somit zwar einen vorzüglichen Überblick über die Komplexität unserer Wirtschaftsverfassung, stellt jedoch zugleich hohe Anforderungen an die Geduld des Lesers. Wer die einzelnen Abschnitte aufarbeiten möchte, sollte unbedingt die Gesetzestexte zur Hand haben, um die Orientierung nicht zu verlieren. Die drei Register am Schluß des Buches gestatten aber auch eine schnelle Information, so daß man den Band auch als eine Art Wirtschaftslexikon empfehlen kann. Für den Systemvergleich jedenfalls scheint mir diese Publikation unentbehrlich.

G. W.

Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur DDR nach dem Grundvertrag

von Theodor Schramm
Verlag Carl Heymanns
Köln/Berlin/Bonn/München 1975,
273 S., DM 39,80

An Interpretationen und Dokumentationen der deutsch-deutschen Beziehungen fehlt es nicht. Insbesondere der Grundlagenvertrag und das dazu verkündete Urteil des Bundesverfassungsgerichts haben eine Fülle deutsch-landpolitischer und -rechtlicher Literatur gebracht. Insofern ist es erstaunlich, daß Schramm es unternimmt – nun schon in zweiter Auflage –, die rechtlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf ein Neues zu qualifizieren.

„Die Rechtsbeziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander sollten durch den Grundvertrag verbindlich geregelt werden. Ob und in welchem Umfang dies gelungen ist, wird im folgenden untersucht werden müssen“ (S. 8). Schaut man sich das Buch insgesamt an, so fällt auf, daß der Analyseteil zu kurz kommt. Das Verhältnis von Dokumentation und Analyse läßt sich sogar in Zahlen ausdrücken: Von 273 Seiten entfallen 47 (!) auf die Analyse, 226 dagegen auf Dokumente (einschl. Tabellen-Übersicht und Literatur).

Wir haben keinen Mangel an Dokumentationen, sondern an Analysen, die zum Verständnis der äußerst schwierigen Rechtsfragen der deutsch-deutschen Szene beitragen. Dem Autor muß auch widersprochen werden, wenn er in seinem Vorwort (VI) apodiktisch feststellt: „Schwieriger als die juristische erscheint die politische Wertung.“ Das Adjektiv „schwierig“ (auch in seinen Steigerungsformen) gilt für beide Bereiche, die nicht voneinander zu trennen sind. Ist beispielsweise die Staatsbürgerfrage ein politisches oder juristisches Problem? War die Anerkennung der DDR eine

politische oder juristische Frage? Zum „grundsätzlichen Verhältnis“ beider deutschen Staaten zueinander formuliert Schramm als „Ergebnis“, daß „zwei deutsche Staaten bestehen, die aber zueinander nicht Ausland sind“ (modifizierte Zwei-Staaten-Theorie). „Beide Staaten bestehen im Rahmen einer einheitlichen deutschen Nation“ (S. 21).

Wie kommt es, daß ein und derselbe Text (Grundlagenvertrag) von beiden Vertragspartnern (BRD und DDR) so unterschiedlich ausgelegt wird? Hier taucht wieder das Problem auf, ob die „deutsche Frage“ fein säuberlich aufgeteilt werden kann in einen juristischen und einen politischen Teil. Ist die Situation Berlins nach dem Viermächte-Abkommen von 1971 politisch oder juristisch zu fassen? „Gegenwärtig ergibt die juristische Analyse entweder einen Gesamtstatus für Groß-Berlin, oder aber West-Berlin ist Teil der Bundesrepublik, wie Ost-Berlin zur DDR gehört. Das Viermächte-Abkommen hat an diesem Zustand trotz seiner nicht eben eindeutigen Terminologie nichts geändert“ (S. 38). Trotz der „nicht eben eindeutigen Terminologie“ stellt der Autor dennoch fest, daß „kein Zweifel“ bestehe, „daß mit diesem Abkommen die östliche Vertragsseite ihren eindeutig erklärten Zielen greifbar nahe gekommen ist“ (S. 38). Der Leser erhält keinen Aufschluß darüber, wie Schramm zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Im übrigen vermißt man bei Schramm eine Analyse der Folgeabkommen nach Art. 7 des Grundlagenvertrages (beim Rechts-hilfeabkommen ist dies nur angedeutet unter dem Stichwort „Staatsangehörigkeit“). Lesenswert ist der gestrafft vorgetragene historische Überblick, der die gegenwärtige Rechtsituation verständlich macht.

W. B.

In Acht und Bann

Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel Willy Brandts.
von Hans Georg Lehmann
Verlag C. H. Beck
München 1976, 387 S., DM 29,80

Zufall und persönliche Neugier des Autors legten den Grundstein für ein wissenschaftliches Werk, dessen Notwendigkeit eigentlich schon lange offensichtlich war. Die Bedeutung der Emigrantenfrage wurde selbst in der Tagespolitik dadurch deutlich, daß der Kanzlerkandidat der SPD in den Jahren 1961 und 1965 und spätere Kanzler Willy Brandt wegen seiner Emigrationszeit ständig diffamiert wurde. Dies ist auch der vordergründige Anstoß für das Buch Lehmanns gewesen, als er im politischen Archiv des Auswärtigen Amtes auf die NS-Ausbürgerungsakten stieß. Denn obwohl er diese Art von Wahlkampf wegen ihrer gefährlichen Tendenzen verurteilte, sagt er von sich selbst: „... und doch irritierte mich effektiv in rational nicht erklärbarer Weise seine (Brandts) norwegische Staatsangehörigkeit.“

Die intensive Beschäftigung mit dem Phänomen der nationalsozialistischen Expatriation machte dem Autor deutlich, daß er sich nicht allein mit dem „Fall Brandt“ beschäftigen konnte. „Daraus resultierte die Zielsetzung, eine Gesamtanalyse der NS-Ausbürgerungen mit einer Fallstudie Willy Brandt zu verbinden.“

Dieser Zielsetzung ist Lehmann in hervorragender Weise unter zwei Aspekten gerecht geworden:

1. Der Autor hat bisher wissenschaftlich unerforschtes Land betreten und ausgezeichnet aufgearbeitet bis hin zur Frage der Wiedergutmachung.

2. Er hat seine allgemeine Arbeit mit einer nach amtlichen Akten erarbeiteten Schilderung der Ausbürgerung von Willy Brandt verbunden.

Der erste Aspekt ist nicht nur deshalb wichtig, weil hier ein Einzelschicksal in einen Gesamtzusammenhang gestellt wird und damit auch einzuordnen ist, sondern weil Lehmann zeigt — wie er es selbst formuliert —, daß die Ausbürgerung und ihre Folgen „eine totale Kriegserklärung sui generis gegen einen Emigranten, verbunden mit einer geistig-moralischen Ächtung seiner gesamten Person und seines gesamten Werkes“ ist. Lehmanns Buch ist eine Anreicherung der Darstellung des antifaschistischen Widerstandes, der sich heute auch in der Wissenschaft noch weitgehend als weiße Fläche darstellt. Dies gilt insbesondere für die NS-Ausbürgerungen. Insofern könnte man Lehmann als Pionier bezeichnen.

Der obengenannte zweite Aspekt ist zunächst schon einmal durch die Person interessant. Denn aus dem damals weitgehend unbekanntem Emigranten war zwischenzeitlich der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland geworden. Und dies hatten die politischen Gegner in Parteien und Publizistik u. a. dadurch zu verhindern versucht, daß sie den Kanzlerkandidaten der SPD wegen seiner Emigrationszeit verleumdete und diffamierten. Das Verdienst der vorliegenden Arbeit ist es daher u. a. auch, daß diese Art von Politik künftig erschwert werden wird. Der Autor liefert eine detaillierte Schilderung, warum und wie Willy Brandt norwegischer Staatsbürger wurde, und bemüht sich mit wissenschaftlicher Akribie, Fakten über diese Zeit im Leben Willy Brandts offenzulegen.

Die Arbeit hat nicht an Aktualität verloren, auch wenn sich Ende der sechziger Jahre bis hin zu dem Höhepunkt 1972 das Bild total veränderte. Schon im Zusammenhang mit Brandts Rücktritt im Jahre 1974 kamen diese Dinge wieder hoch, wenn auch nur als ein Aspekt unter vielen.

Die wissenschaftliche Redlichkeit Lehmanns zeigt sich auch

darin, daß er anlässlich eines Gesprächs mit Willy Brandt, dem er seine Arbeit vorgelegt hatte, ihm in zwei Interpretationsfragen nicht gefolgt ist, weil er diese Fragen aufgrund der ihm zugänglichen Unterlagen meinte anders beantworten zu müssen. So sind beide Interpretationen dargestellt, und Lehmann erläutert auch, warum er Brandt nicht folgen konnte.

Das Buch muß abschließend positiv beurteilt werden, weil es a) einen Beitrag dazu leistet, die deutsche Vergangenheit aufzuarbeiten, b) die Widerstandsliteratur bereichert und c) mit Fehlurteilen über die Emigranten aufräumt. Es trägt insgesamt zur Versachlichung der Problematik „NS-Ausbürgung und seine Folgen“ bei.

Kle.

Reichweite und eigenen, „systemischen“ Problemen. Die Darstellungen des Buches sind bewußt auf praktische und verfahrenstechnische Fragen eingeeignet. Der Autor bezeichnet seinen Ansatz als praxeologisch, Praxeologie als die „Lehre vom effizienten (strategischen) Handeln unter systemischen Komplexitätsbedingungen, wobei normative und empirische Elemente verbunden werden, die zugleich Restriktionen erfassen“.

Das Buch umfaßt drei Abschnitte:

I: Von den Schwierigkeiten des Planens mit der Darstellung allgemeiner, geläufiger und schon oft beschriebener Probleme (Problemerkennung, Gewinnung relevanter Informationen u. a. m.);

II: Die mittelfristige Programmplanung;

III: Eine Darstellung gebräuchlicher Planungstechniken und -verfahren (Brainstorming, Delphi-Methode, Interdependenzanalyse usw.), die ebenfalls bereits wiederholt dargestellt und erörtert worden sind.

Der zentrale Abschnitt ist der über die mittelfristige Programmplanung, die planungsstrategisch, praktisch und verfahrensmäßig erläutert und an Beispielen mit vielen Grafiken, „Planungsblättern“ und Ablaufplänen auf fast einhundert Seiten demonstriert wird. Dieser Versuch ist sicherlich von didaktischem und auch von heuristischem Interesse – er bleibt in wichtigen Bereichen jedoch Methodik im Sandkasten. Organisatorische Voraussetzungen und Probleme werden zu wenig dargestellt. Es reicht auch nicht aus, eine mittelfristige Programmplanung zu propagieren und im zentralen und interessanten Bereich des Verhältnisses der Programmplanung zur Finanzplanung im Grunde nichts Konkretes und Präzises zu fordern und vorzuschlagen als die Dominanz der Programmplanung über den Rotstift der Finanzplaner.

Es ist sicher richtig, daß mit-

telfristig angelegte Planung eine sinnvolle Sache ist, da kurzfristige Projektplanung auf jeden Fall zu kurz greift und die Diskreditierung langfristiger Planung durch wirtschaftliche Entwicklung und organisatorischen Mißerfolg langsam wieder von der Einacht in die Notwendigkeit einer längerfristigen Perspektive eingeholt wird. Die sozio-ökonomischen Fragen und die politisch-strategischen und konzeptionellen Überlegungen, die eine solche Planung zur Voraussetzung hat, werden von Böhrer verschiedentlich angesprochen. Ihre Diskussion gehört aber nicht zur Konzeption des Buches. Diese freiwillige Selbstbeschränkung läßt viele Fragen zur mittelfristigen Programmplanung offen, die geklärt werden müßten, wenn man sich ein Konzept propagiert. So bleibt der Grundriß eine von vielen Einführungen in methodische und praktische Fragen dessen, was manchmal vielleicht sogar zu hochtrabend bereits Planung genannt wird. Wol.

Grundriß der Planungspraxis Mittelfristige Programmplanung und angewandte Planungstechniken

von Carl Böhrer

Westdeutscher Verlag

Opladen 1975, 228 S., DM 29,—

Böhrers „Grundriß“ will eine Anleitung und Hilfe für „Planungspraktiker“ und Studenten sein.

Der Ausgangspunkt: Unser System der „kapitalistischen Industriegesellschaft“ muß umfassend reformiert werden und ist reformierbar. Planung versteht Böhrer als Veränderungsinstrument der Politik mit begrenzter

Demokratischer Sozialpluralismus
von Hans-Günther Assel
Olzog Verlag
München 1975, 254 S., DM 8,80

In diesem Buch – einem Taschenbuch mit Personen- und Sachregister – propagiert der Autor den „Demokratischen Sozialpluralismus“ als „freiheitliche Veränderungsstrategie“, deren ge-

sellschaftspolitisches Ziel ein Modell jenseits des Antagonismus von Kapital und Arbeit und jenseits des realen, autoritären Sozialismus ist. Diese Strategie soll drei Komponenten haben: eine demokratische, eine soziale und eine pluralistische.

Sie wird entwickelt aus einer Darstellung und Auseinandersetzung mit Pluralismustheoretikern und -kritikern (von Marcuse und Agnoli bis Scharpf), auch mit Theorien des „sozialistischen Pluralismus“ (von Lombardo-Radice bis Garaudy und Stojanovic). Diese Darstellung macht den eigentlichen Hauptteil des Buches aus.

Zu den drei Komponenten des „Demokratischen Sozialpluralismus“ erfährt der Leser zunächst (S. 9):

„Diese Komponenten fördern einen kreativen Interaktions- und Partizipationsstil und eine wechselseitige Interdependenz, die Mitwirkung und Mitverantwortung stimuliert. Strukturelle Transformationen und qualitative Organisationsstrategien, sowie kooperative Verhaltensmuster und ein komplementärer Interessens- und Denkstil zerbrechen überlebte Denk- und Strukturformen.“

Auch nach mehrfachem Lesen bleibt die Frage: Was heißt das auf deutsch, und was wird inhaltlich mit diesen Formulierungen eigentlich ausgesagt?

Diese Passage ist leider nicht die einzige dieser Art. Die zweite große Schwäche der Arbeit betrifft ihre Auseinandersetzung mit dem „Demokratischen Sozialismus“.

Gerade ein Modell wie das von Assel, das, so wenig konkret es auch sein mag, bereits einen eigenen Namen beansprucht und eine eigene Begrifflichkeit zu entwickeln versucht, muß sich abgrenzen und beschäftigen mit ähnlich angelegten Modellen oder Strategien. Dies wäre für Assel zweifellos der „Demokratische Sozialismus“ der Sozialdemokratie gewesen. Er macht sich diese

Sache aber ziemlich einfach: Er beschränkt sich auf wenige Seiten und behandelt eigentlich nur grob die Frage der Sozialisierung und ihrer Rolle und Bedeutung für die soziale Bewältigung von Industrialisierungsprozessen und ein Buch von I. Geies mit Thesen zum „Demokratischen Sozialismus“.

Dies ist wenig. Die in den letzten Jahren in Gang gekommene Diskussion um den „Demokratischen Sozialismus“ in und außerhalb der SPD hat er so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Ein Eingehen darauf hätte den Autor vielleicht in Begründungsschwierigkeiten für sein Konzept gebracht und auch dazu gezwungen, seine verschwommene Begrifflichkeit zu verlassen.

F. W.

kaum noch übersehbaren Zahl von Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen zu einem bedeutsamen Faktor im demokratischen Kräftespiel geworden ist.

Nachdem bereits 1972 die Bürgerinitiativen mit 3 Prozent Anteil an der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung nahe an die 3,4 Prozent der wahlberechtigten Bürger herangerückt waren, die als Parteimitglieder die Basis der Parteien in der Bundesrepublik bildeten, haben inzwischen auch die Parteien ein entschiedenes Interesse an der politischen Konkurrenz „Bürgerinitiative“ entwickelt, das sich in einer stattlichen Anzahl von Broschüren und Aufsätzen dokumentiert (vgl. NG 10/76, S. 834 ff.). Auch als Konsequenz der Interessen anderer Organisationen und Verbände, die taktisch auf Einfluß in den Bürgerinitiativen spekulieren, entstand eine ganze Reihe von Veröffentlichungen, die zumeist der Intention nach verdeckte Strategien sind, um dem spontanen Bürgerprotest schließlich zur Integration ins Konzept der Großen zu verhelfen.

Es ist daher zu begrüßen, daß Jungdemokrat Knirsch und sein Mit-Autor Nickolmann hier nun den Versuch unternommen haben, die bisherigen Ergebnisse kritisch zusammenzufassen. Es ist auch anzuerkennen, daß beide Autoren strikt in eigener Sache reden — als junge Sachverständige des demokratischen Bürgerprotests. Beide verstehen sich von Amts wegen auf die Demokratie, beide wissen zugleich aus eigener Erfahrung in Bürgerinitiativen, wie man aus demokratischem Bewußtsein praktische Konsequenzen abzuleiten hat.

Ihr „Handbuch“ gliedert sich übersichtlich in drei Hauptabschnitte. Der erste beschäftigt sich mit der Theorie. Hier wird, nach kurzem, geschichtsbezogenem Aufriß des Problems, eine empirische Definition des Begriffs der „Bürgerinitiative“ (also unter Berücksichtigung der verschiedenen,

Die Chance der Bürgerinitiativen
von H. Knirsch/F. Nickolmann
Ein Handbuch
Peter Hammer Verlag
Wuppertal 1976, 146 S., DM 12,—

Die Ereignisse um das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf haben vor einiger Zeit wieder den Blick der Öffentlichkeit auf die Frage nach Sinn und Grenzen jenes bürgerlichen Ungehorsams gelenkt, der in der Bundesrepublik etwa zur Zeit der Großen Koalition mit der sogenannten APO eine besondere Blüte zu treiben begann und der mittlerweile durch organisierte Entfaltung in einer

heute zu beobachtenden Spielarten) vorgelegt.

Der zweite Teil dokumentiert ausführlich den Verlauf von fünf Bürgerinitiativen, die den Autoren nach der Materialaufbereitung von über fünfzig Bürgerinitiativen in verschiedener Hinsicht besonders bemerkenswert erschienen. Beim „Fleischboykott der Dortmunder Hausfrauen“, der „Aktion DÜBoDo“ (gegen den Bau der Autobahnstraße der A 44 Düsseldorf–Bodrum–Dortmund) sowie bei der Bürgerinitiative gegen den Bombenabwurfplatz Nordhorn-Ränge handelt es sich um Beispiele, die bislang nur unzureichend auf Hintergründe und Zusammenhänge untersucht und dokumentarisch behandelt worden sind. Die zwei weiteren Berichte – über Bürgerinitiativen für Kinderspielplätze und Umweltschutz – sind besonders aufschlußreich, weil die Autoren hier, besonders im letzten Fall, ganz spezifische Interessenabhängigkeiten der Bürgerinitiativen, sowie die Gefahren der Manipulation durch Dritte nachweisen können.

Der dritte Teil schließlich gibt, gegliedert in Aktionsabchnitte, knappe Hinweise für Initiatoren und Mitarbeiter von Bürgerinitiativen in praktisch-organisatorischer und rechtlicher Hinsicht.

Insgesamt ein informatives, nützliches und flüssig geschriebenes Buch, mit seinen 147 Seiten zwar nicht gerade ein „Handbuch“ im klassischen Sinn, aber ein praktisches Taschen-Vademecum für den Bürger. Bei einer Neuauflage wäre die Beigabe eines An-schriften-Verzeichnisses wohl angebracht.

H. E. R.

Die Neuordnung der Weltwirtschaft

hrsg. von Rainer Jonas und Manfred Tietzel
Verlag Neue Gesellschaft
Bonn Bad-Godesberg 1976,
259 S., DM 25,—

Die meisten Artikel dieses Buches sind nicht jüngsten Datums, im Anhang hätten die Dokumente von UNCTAD IV, etwa die Erklärung von Manila, nicht fehlen dürfen. Trotzdem ist es zu begrüßen, weil darin die wichtigsten Aspekte unseres Verhältnisses zur Dritten Welt konzentriert dargestellt worden sind. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, wann die einzelnen Beiträge verfaßt wurden: die Probleme der Weltwirtschaft und die Forderungen der Entwicklungsländer nach ihrer Lösung sind schon lange bekannt.

Warum diese Forderungen heute mehr Gewicht haben als früher, wird aus dem Aufsatz von Konrad Seitz ersichtlich: weil die arabische Ölpreispolitik seit Ende 1973 auch von solchen Entwicklungsländern als nachahmenswerter Aufbau einer Gegenmacht zu den Industriestaaten betrachtet wird, die von dieser Politik an den Rand des Ruins gedrängt worden sind. Seitz unterschätzt den politischen Inhalt dieser Solidarität der Dritten Welt, zieht aber aus deren Auftreten gegenüber den Industriestaaten den richtigen Schluß: Er fordert eine Südpolitik, die nicht nach der wirtschaftlichen Kraft einzelner Entwicklungsländer differenziert ist, sondern den Aufbau einer neuen globalen Ordnung will.

Wie diese neue globale Ordnung aussehen kann, wird in den folgenden Artikeln dargestellt, in denen im Wesentlichen auf eine überflüssige Diskussion verschiedener Theorien verzichtet wird. In ihnen werden die Umverteilung der Einkommen, die Lösung der Rohstoffprobleme und die Industrialisierung der Entwicklungsländer als wichtigste Grundlagen

für Fortschritte in der Dritten Welt betrachtet.

In einigen Artikeln, etwa denen von Alfons Lemper und Hans-Gert Buran, wird davor gewarnt, äußere Einwirkungen als Ursachen für die Unterentwicklung der Dritten Welt zu überschätzen. Endogene Faktoren wie Mangel an Initiative und Produktivität, eine falsche Wirtschaftspolitik und Korruption seien entscheidende Voraussetzungen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer. Was die exogenen Verursacher dieser Rückständigkeit betrifft, so resigniert Alfons Lemper: „Macht gerät immer zum Leidwesen des Schwächeren.“

Die Auswirkung dieser äußeren Machtfaktoren auf die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer zeigen Mahbub ul Haq, Dietrich Kobschull und Hubertus Adebahr. Kobschull und Adebahr erörtern die Bedeutung der Rohstoffpreise für die Entwicklungsländer, die bis auf wenige Ausnahmen noch heute von den Industriestaaten bestimmt werden. Mahbub ul Haq beleuchtet die Bedeutung des Transfers von Kapital in die Dritte Welt durch Entwicklungshilfe, den internationalen Währungsfonds (sein Vorschlag, IWF-Gold zu verkaufen, wird inzwischen realisiert) und die Weltbank. Wie schwer es den Entwicklungsländern fallen wird, Druck auf die Industriestaaten auszuüben, wird auch aus Rainer Jonas' Schilderung der Schwierigkeiten klar, die der Kartellbildung rohstoffexportierender Entwicklungsländer entgegenstehen.

Die folgenden Beiträge über das Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit 46 assoziierten Entwicklungsländern, das internationale Währungssystem und die multinationalen Unternehmen können dem Mangel an Sachkenntnis abhelfen, unter denen Diskussionen über Weltwirtschaft nicht selten leiden. Klaus-Peter

Treyde, Hans-Peter Nissen sowie Rainer Jonas und Manfred Tietzel beschreiben nicht nur, sondern haben auch den Mut zu kritischer Beurteilung und Vorausschau.

Die typischen Widersprüche von Aufsatzsammlungen schaden hier nicht; sie zeigen, daß die Richtung, in der die Weltwirtschaftsordnung weiterentwickelt

werden soll, noch lange nicht klar ist. Eine umfassende Information über diese Probleme leitet das vorliegende Buch.

Walter Zöllner

Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wehner
Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion

Gerhard E. Gründler
Redakteur beim „Stern“

Rudolf Scharping
Mitglied des Landtages Rhein-
land-Pfalz; Kommissarischer Lan-
desgeschäftsführer der SPD
Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Egon Matzner
Professor für Finanzwissenschaft
an der Technischen Universität in
Wien; Vorsitzender einer Arbeits-
konferenz, die mit der Erarbeitung
theoretischer Grundlagen für die
Revision des SPD-Programms
betraut ist

Helmut Hohmann
Dipl.-Pol.; Redakteur in der
Bonner RIAS-Redaktion

Hermann Scheer
Mitglied des Parteirates der SPD

Wolfgang Zalsig
Referent beim Arbeitskreis innere,
Bildung und Sport der
SPD-Bundestagsfraktion

Henning Nasse
Dipl.-Soziologe; Mitarbeiter im
Bundesministerium für Arbeit und
Sozialordnung

Andreas Diekmann
Dipl.-Soziologe; Doktorand am
Seminar für Sozialwissenschaften
der Universität Hamburg

Peter Schmidt
Dipl.-Soziologe; Wiss. Assistent
am Seminar für Sozialwissen-
schaften der Universität Hamburg

Heiner Lindner
Mitarbeiter im Forschungsinstitut
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fritz Sängler
Journalist

**Johannes Ebwein/Friedhelm
Tausch/Thomas Wälders**
Dipl.-Volkwirte

Dr. Hans-Georg Kiera
Dipl.-Volkswirt; Wiss. Referent
beim Rheinisch-Westfälischen
Institut für Wirtschaftsforschung,
Essen

Dr. Karl Kühne
Abt.-Referent (Hauptverwaltungs-
rat) bei der EG, Brüssel

Kurt Mattick
SPD-MdB; Vorsitzender des Bun-
destagsausschusses für Inner-
deutsche Beziehungen

Joachim Bauer
Student der Medizin

Hans Konrad Koch
Persönlicher Referent des Staats-
sekretärs im Bundesministerium
für Bildung und Wissenschaft

Dr. Helmut Heinzmeier
Politikwissenschaftler

Gerhard E. Sollbach
Akademischer Oberrat an der
Pädagogischen Hochschule in
Dortmund